

Bestandserhebung und -analyse im Rahmen des Projekts "Gemeinsam wachsen - Freiburger Netzwerk gegen Kinderarmut"

Spiegel, Jürgen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Abschlussbericht / final report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Spiegel, J. (2023). *Bestandserhebung und -analyse im Rahmen des Projekts "Gemeinsam wachsen - Freiburger Netzwerk gegen Kinderarmut"*. Freiburg: Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (FIFAS) e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91339-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

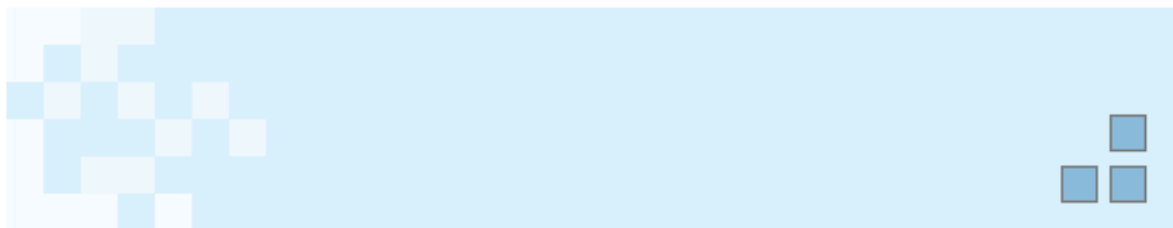
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Jürgen Spiegel

**Bestandserhebung und -analyse im Rahmen des
Projekts „Gemeinsam wachsen – Freiburger
Netzwerk gegen Kinderarmut“**

– Arbeitsbericht –



Unterstützt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Landesmitteln,
die der Landtag Baden-Württemberg beschlossen hat.

FIFAS

Freiburger Institut für angewandte
Sozialwissenschaft e.V.
Erasmusstr. 16
79098 Freiburg

Homepage: <https://fifas.de>
E-Mail: info@fifas.de
Telefon: 0761 / 28 83 64

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
1.1. Hintergrund des Projekts.....	1
1.2. Fragestellung der Studie	2
1.3. Eingesetzte Methoden.....	3
1.3.1. Erhebungsmethoden	3
1.3.2. Projektsteuerung und Beteiligung	3
2. Bestandserhebung	5
2.1. Situation in den Freiburger Stadtbezirken – Analyse von Sozialindikatoren	5
2.1.1. Kinder und Jugendliche in den Stadtbezirken.....	6
2.1.2. Materielle Lage.....	10
2.1.3. Bildung	22
2.1.4. Soziale Integration und Teilhabe.....	28
2.1.5. Gesundheit	29
2.1.6. Zusammenfassende Betrachtung der Situation in den Stadtbezirken	29
2.2. Erhebung der Freiburger Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut	31
2.2.1. Ergebnisse der Angebotserhebung.....	32
2.2.2. Darstellung der Angebotskategorien als Präventionskette	43
2.2.3. Sozialräumliche Verteilung der Angebote	45
2.2.4. Netzwerkeinbindung der Angebote bzw. Akteur*innen.....	47
3. Bedarfsanalyse	50
3.1. Expert*inneninterviews	50
3.1.1. Methodik.....	50
3.1.2. Ergebnisse der Expert*inneninterviews	50
3.1.3. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse der Expert*inneninterviews	72
3.2. Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen	77
3.2.1. Methodik.....	78
3.2.2. Gruppendiskussionen mit Jugendlichen	78
3.2.3. Gruppendiskussionen mit Erwachsenen.....	86
3.2.4. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse der Gruppendiskussionen	96
4. Zusammenführung und Interpretation der Ergebnisse	99
4.1. Erhobene Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut	100
4.2. Ungedeckte Bedarfe und Angebotslücken	100
4.3. Zugangsbarrieren	103
4.4. Vernetzung der Angebote und Träger.....	107
4.5. Resümee	108
5. Das Wichtigste in Kürze	112
Anhang	120
Übersichtskarte der Freiburger Stadtteile und -bezirke	120
Fragebogen der Online-Abfrage bei den Trägern	121
Merkmale der erstellten Angebotsdatenbank.....	128
Gruppendiskussionen mit Jugendlichen und Eltern: Aufschrift der Kärtchen auf den Pinnwänden	129
Mitglieder der Begleitgruppe des Projekts	133
Expert*inneninterviews: Institutionen der Befragten	134
Tabellenverzeichnis.....	135
Karten- und Abbildungsverzeichnis.....	135
Literaturverzeichnis	136

Vorwort

Die Einkommensarmut von Familien kann mit erheblichen Einschränkungen der Teilhabe- und Verwirklichungsmöglichkeiten von deren Kindern und Jugendlichen verbunden sein, die oftmals Auswirkungen auf das gesamte spätere Leben haben. In der Stadt Freiburg leben immerhin rd. 14% der Minderjährigen in armutsgefährdeten Familien, die mit weit unterdurchschnittlichen Einkommen zurechtkommen müssen.

Die Stadt Freiburg hat sich zum Ziel gesetzt, die Teilhabe aller Bevölkerungsschichten am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen und beteiligt sich deshalb mit dem Projekt „Gemeinsam wachsen – Freiburger Netzwerk gegen Kinderarmut“ an der Landesstrategie zur Einrichtung von kommunalen Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs.

Als Grundlage für das Projekt wurde FIFAS vom Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt beauftragt, eine Bestands- und Bedarfserhebung der Freiburger Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut durchzuführen. Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse vor. In der Folge wird es darum gehen, die gewonnenen Informationen zu nutzen, um eine integrierte kommunale Gesamtinfrastruktur zur Armutsprävention in Freiburg aufzubauen und darin die vorhandenen Unterstützungsangebote, Strukturen, Netzwerke und Institutionen zusammenzuführen.

An dieser Stelle sei allen am Projekt und den damit verbundenen Datenerhebungen Beteiligten gedankt: der Koordinatorin des Gesamtprojekts Frau Penka, mit der ein intensiver Austausch stattfand, den weiteren Mitgliedern der Projektsteuerungsgruppe Frau Wesselmann, Herr Merz, Herr Schäfer und Frau Kimpel, den Mitgliedern der Projektbegleitgruppe, den Fachkräften und Expert*innen, die sich an der Online-Abfrage beteiligt haben oder für ausführliche qualitative Interviews zur Verfügung standen und natürlich ganz besonders den Eltern und Jugendlichen, die sich an den Gruppendiskussionen beteiligt haben. Ein Dank gebührt auch den weiteren Beteiligten, die uns bei den Erhebungen z.B. durch die Gewinnung von Interviewpartner*innen oder die Bereitstellung von Räumen unterstützt haben.

Jürgen Spiegel

Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (FIFAS)

Mai 2023

1. Einleitung

Dieser Bericht hat die Bestandserhebung und -analyse im Rahmen des Projekts der Stadt Freiburg „Gemeinsam wachsen – Freiburger Netzwerk gegen Kinderarmut“ zum Thema, die von unserem Institut von März 2022 bis März 2023 erstellt wurde. Er ist folgendermaßen gegliedert:

- In **Kapitel 1** werden die Hintergründe des Projekts, die Fragestellung der Studie und die eingesetzten Methoden erläutert.
- **Kapitel 2** berichtet über die Bestandserhebung, die aus einer Analyse von kleinräumigen Sozialindikatoren und der Erhebung der Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut in Freiburg bestand.
- **Kapitel 3** beschreibt die Bedarfsanalyse mithilfe von Expert*inneninterviews und Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen.
- In **Kapitel 4** werden schließlich die Ergebnisse der verschiedenen Erhebungen zusammengeführt und interpretiert.
- In **Kapitel 5** wird für eilige Leser*innen ein Kurzüberblick über die Studie und ihre Ergebnisse gegeben.

1.1. Hintergrund des Projekts

Obwohl Deutschland ein vergleichsweise reiches Industrieland ist und zumindest in der Zeit vor der Corona-Pandemie die wirtschaftliche Entwicklung über einen langen Zeitraum positiv verlaufen ist, stellt Armut eine große gesellschaftliche Herausforderung dar. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Prävention und Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut, da davon auszugehen ist, dass die Einkommensarmut von Familien potenziell zu eingeschränkten Teilhabechancen und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder führt und diese sich in der weiteren Biografie oftmals fortsetzen und verfestigen. So galten 2021 in Baden-Württemberg 20,8% der unter 18-Jährigen als armutsgefährdet¹, sie sind zusammen mit den 18-25-Jährigen die Altersgruppe mit der höchsten Armutsgefährdung.

In der Folge des Ersten Armuts- und Reichtumsberichts für das Land Baden-Württemberg von 2015² hat die Landesregierung die Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut und ihren Folgen zu einem Schwerpunktthema gemacht³. Ein zentraler Ansatz dafür ist der Aufbau von Präventionsnetzwerken in den Kommunen Baden-Württembergs, die die bestehenden Angebote vor Ort erfassen, Lücken in den Präventionsketten aufdecken und durch die Entwicklung einer integrierten kommunalen Gesamtstruktur die infrastrukturellen Voraussetzungen zur Verbesserung der Teilhabechancen aller Kinder schaffen sollen⁴.

Dabei kann auf die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zurückgegriffen werden. So hat z.B. das Land Nordrhein-Westfalen schon Anfang der 2000er-Jahre entsprechende Modellprojekte gestartet⁵.

¹ <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de> [abgerufen 8.6.22].

² Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2015): Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015, Stuttgart.

³ Einen Einfluss darauf hat sicherlich die Diskussion in Folge der UN-Kinderrechtskonvention gehabt, die von Deutschland 1992 ratifiziert wurde und in Art. 27 das „Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard“ postuliert (s. <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention> [zuletzt geprüft 10.1.2023]).

⁴ Vgl. <https://www.starkekinder-bw.de/ansatz-pnetz/> [zuletzt geprüft 27.2.2023].

⁵ Siehe z.B. Holz, G.; Mitschke, C. (2019): Die Monheimer Präventionskette. Von der Vision zur Verwirklichung kindbezogener Armutsprävention auf kommunaler Ebene, Frankfurt a.M.

Wichtige theoretische Konzepte für die empirische Erforschung von Kinderarmut wurden vom Frankfurter Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) formuliert⁶ und von der Landesregierung aufgegriffen. Das Institut hat auch die ersten Pilotprojekte in Tübingen und Singen begleitet. Auf Seiten der Landesregierung hat die Familienforschung im Statistischen Landesamt⁷ eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des Konzepts gespielt⁸ und begleitet es auch weiterhin wissenschaftlich.

In dem Konzept wird von einem breiten Armutsbegriff ausgegangen, der berücksichtigt, dass materielle Armut in der Familie erhebliche und lebenslange Auswirkungen auf die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Kinder und Jugendlichen auch in anderen Lebenslagen haben kann, wie der Bildung, der sozialen Integration und Teilhabe sowie der Gesundheit⁹.

Die Einrichtung von Präventionsnetzwerken in den Kommunen Baden-Württembergs wird seit nunmehr fast 10 Jahren mit Landesmitteln gefördert. Nach einer Pilotphase ab 2015 und einer ersten breiteren Förderphase von 2018-2021 erfolgte eine weitere Ausschreibung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg im Mai 2022, mit der Projekte bis Ende 2024 gefördert werden. Im November 2022 wurde mit einer Verwaltungsvorschrift die Förderung von Präventionsnetzwerken in eine neue Systematik überführt¹⁰.

Derzeit (Stand Februar 2023) bestehen 29 Präventionsnetzwerke in Baden-Württemberg in 22 Stadt- und Landkreisen¹¹. Erklärtes Ziel der Landesregierung ist es, bis zum Jahr 2030 in allen 44 Stadt- und Landkreisen Präventionsnetzwerke einzurichten.

Die Stadt Freiburg hat sich mit ihrem Amt für Kinder, Jugend und Familie – in Kooperation mit dem Freiburger Bündnis für Familie¹² – im Sommer 2021 erfolgreich um Fördermittel des Landes zum Aufbau eines Präventionsnetzwerks beworben. Die Stelle einer Projektkoordinatorin wurde ausgeschrieben und im Dezember 2021 besetzt. Mit der Erstellung einer Bestandserhebung und -analyse wurde das Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (FIFAS) im März 2022 beauftragt. Der hier vorliegende Bericht dokumentiert die Ergebnisse.

1.2. Fragestellung der Studie

Damit ein kommunales Präventionsnetzwerk erfolgreich etabliert werden kann, ist zunächst einmal eine Bestands- und Bedarfserhebung notwendig¹³, die in Freiburg folgende Aufgabenstellungen umfasste: Die vorhandenen Angebote zur Bekämpfung und Prävention von (Teilhabe-)Armut von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sollten für das Stadtgebiet von Freiburg erfasst und strukturiert dargestellt werden. Die bestehende Vernetzung sollte dokumentiert und Lücken in der Präventionskette sichtbar gemacht werden. Unter Berücksichtigung der Bedarfe der Zielgruppen sollten erste Vorschläge zur

⁶ Für Publikationen des ISS zum Thema siehe <https://www.iss-ffm.de/themen/alter/projektarchiv-1/von-alleine-waechst-sich-nichts-aus> [abgerufen 8.6.22].

⁷ <https://www.statistik-bw.de/FaFo/Aktuell/> [zuletzt geprüft 27.2.2023].

⁸ Siehe z.B. Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021): Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg, Stuttgart.

⁹ Dieser in der Armutforschung mittlerweile häufig zugrunde gelegte Lebenslagenansatz geht auf Arbeiten von Otto Neurath, Kurt Grelling, Gerhard Weisser und Ingeborg Nahnsen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück (s. z.B. Maelicke, B. (Hrsg.) (2008): Lexikon der Sozialwirtschaft, Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 643-646).

¹⁰ <https://www.starkekinder-bw.de/foerderung/> [abgerufen am 10.1.23].

¹¹ Siehe <https://www.starkekinder-bw.de/standorte/> [abgerufen 28.2.23].

¹² <https://www.freiburger-buendnis-fuer-familie.de/> [zuletzt geprüft 10.1.23].

¹³ Siehe: Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (Hrsg.) (2017): Präventionsnetzwerke und Präventionsketten erfolgreich koordinieren. Eine Arbeitshilfe aus dem LVR-Programm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ im Rheinland, Köln.

Verknüpfung der bestehenden Angebote und Netzwerke zu einem wirksamen Präventionsnetzwerk erarbeitet werden. Dabei sollte eine sozialräumliche Perspektive berücksichtigt werden, also nicht nur die Situation in der Stadt Freiburg insgesamt, sondern auch der Bestand und Bedarf in den Stadtgebieten Freiburgs in den Blick genommen werden.

Die Aufgabenstellung ist überaus ambitioniert. Die bisher in Baden-Württemberg geförderten Standorte sind in deutlich kleineren Kommunen angesiedelt oder betrachten nur ein Teilgebiet der Kommune oder ein eingeschränktes Themenfeld, wie z.B. die Gesundheitsförderung¹⁴. In einer Großstadt wie Freiburg mit seinen fast 230.000 Einwohner*innen ist von einer sehr breit gefächerten Angebotslandschaft in den verschiedenen Themenfeldern auszugehen. Mit einer einmaligen Erhebung einen umfassenden Überblick über alle vorhandenen Angebote, Strukturen und Akteur*innen zu erlangen, ist deshalb ein kaum erreichbares Ziel, zumal die zur Verfügung stehenden zeitlichen und finanziellen Ressourcen dafür ausgesprochen knapp bemessen waren.

1.3. Eingesetzte Methoden

Für das Projekt war für FIFAS eine Laufzeit von insgesamt 12 Monaten vorgegeben. Angesichts der ambitionierten Fragestellung musste auf effiziente Methoden geachtet werden, die mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu den benötigten Ergebnissen führen.

1.3.1. Erhebungsmethoden

Für die Bestands- und Bedarfserhebung wurden mehrere Methoden eingesetzt:

- Durch eine Aufbereitung und Analyse vorhandener, kleinräumig differenzierter **Sozialindikatoren** wird ein Überblick über die Situation in den Stadtgebieten Freiburgs gegeben. Dadurch ergeben sich auch Hinweise auf spezifische Bedarfslagen in den Stadtteilen bzw. Stadtbezirken. Über dieses Erhebungsmodul wird in Kap. 2.1. berichtet.
- Die vorhandenen Angebote zur Prävention und Eindämmung von Kinderarmut und ihren Folgen wurden durch eine **Online-Abfrage bei den Trägern**, ergänzt durch die Erfassung bereits vorliegender Angebotslisten, erhoben (Kap. 2.2.).
- Einschätzungen zu den Bedarfen wurden durch leitfadengestützte **Expert*inneninterviews** gewonnen, die auch zur Vertiefung der Bestandserhebung genutzt wurden (Kap. 3.1.).
- Ebenfalls zur Bedarfserhebung und zur Einbindung und Beteiligung der Zielgruppen wurden **Gruppendiskussionen** mit armutsgefährdeten Eltern und Jugendlichen durchgeführt, über die in Kap. 3.2. berichtet wird.

1.3.2. Projektsteuerung und Beteiligung

Zur Abstimmung des Projekts wurde von der Auftraggeberin (Amt für Kinder, Jugend und Familie (AKI) der Stadt Freiburg) eine **Steuerungsgruppe** etabliert, der Vertreter*innen des AKI, des Kooperationspartners Freiburger Bündnis für Familie und von FIFAS angehörten. Wichtige Projektschritte wurden durch regelmäßige Besprechungen (per E-Mail oder in Präsenz) diskutiert und abgestimmt.

Zur Einbindung der Anbieter und Träger wurde eine ca. 15-köpfige **Begleitgruppe** gebildet, der Vertreter*innen der Angebotsträger und der involvierten städtischen Ämter, des Freiburger Bündnisses für

¹⁴ Siehe <https://www.starkekinder-bw.de/standorte/> [abgerufen 28.2.23].

Familie als Kooperationspartner sowie von FIFAS angehört¹⁵. Die Gruppe traf sich mehrmals in Präsenz, die Treffen fanden am 23.5.22, am 18.10.2022 sowie am 6.2.2023 statt. Weitere Treffen sind nach Abschluss der Bestands- und Bedarfserhebung geplant.

Die **Zielgruppeneinbindung** und -beteiligung musste angesichts des sehr knappen Zeit- und Ressourcenbudgets auf die o.g. Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen beschränkt bleiben.

¹⁵ Die Mitgliederliste findet sich im Anhang.

2. Bestandserhebung

2.1. Situation in den Freiburger Stadtbezirken – Analyse von Sozialindikatoren

Die (Teilhabe-)Armut von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien ist in der BRD räumlich sehr unterschiedlich verteilt¹⁶. Die Unterschiede fallen umso größer aus, je kleiner die fokussierte Ebene ist. So zeigt sich auf Ebene der Bundesländer für 2020 in der Tendenz ein – sich in der letzten Zeit abschwächendes – West-Ost-Gefälle in den Armutsgefährdungsquoten¹⁷ (alte Bundesländer 15,6%; neue Bundesländer 18,4%) sowie ein Süd-Nord-Gefälle (Baden-Württemberg und Bayern hatten mit 13,1% und 11,6% die niedrigsten Quoten, Bremen mit 28,4% die höchste)¹⁸. Sehr viel größere Armutsdisparitäten finden sich auf Ebene der Stadt- und Landkreise. Eine Auswertung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) ergibt für 2020 eine Spannweite der SGB II-Quote der unter 18-Jährigen von 40,9% im Stadtkreis Gelsenkirchen bis zu 1,9% im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm¹⁹. Dabei zeigt sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: die 15 Kreise mit den höchsten SGB II-Quoten von Minderjährigen (28% bis 40,9%) sind allesamt Stadtkreise, die 15 niedrigsten Quoten (1,9% bis 3,4%) finden sich in süddeutschen Landkreisen. Eine noch größere Spreizung findet sich bei einer kleinräumigen Betrachtung auf Ebene der Teilgebiete von Kommunen²⁰.

Zur Beschreibung der Situation von armutsgefährdeten Kindern und ihren Familien in den Sozialräumen Freiburgs kann auf die für die Stadt kleinräumig verfügbaren Sozialindikatoren zurückgegriffen werden. Als Quelle stehen vorwiegend die Daten der amtlichen Statistik zur Verfügung, die beim Amt für Bürgerinformation und Informationsverarbeitung (ABI) gepflegt werden und z.T. über das Online-Portal FR.ITZ²¹ öffentlich verfügbar gemacht werden. Des Weiteren liefert die regelmäßig alle zwei Jahre durchgeführte, repräsentative Freiburg-Umfrage weitere – z.T. ebenfalls über FR.ITZ abrufbare – thematisch relevante Informationen über die Bevölkerung, die über die amtliche Statistik nicht erfasst werden.

Weitere in der Armutsforschung häufig herangezogene stichprobenbasierte Datenquellen, wie etwa der Mikrozensus, lassen sich leider nicht für eine kleinräumige Analyse nutzen, da sie aufgrund der zu geringen Fallzahlen keine Differenzierung nach Stadtgebieten zulassen²².

Die über FR.ITZ abrufbaren Sozialindikatoren liegen in unterschiedlichen räumlichen Differenzierungen vor; auf Ebene der Gesamtstadt, der 28 Stadtteile und der 42 Stadtbezirke²³. In der Regel werden

¹⁶ Vgl. Butterwegge, C. (2017): Kinderarmut in Deutschland. Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen, Düsseldorf, S. 22f.

¹⁷ Die Armutsgefährdungsquote wird berechnet als Anteil der Personen, die weniger als 60% des Medians des bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommens der Bevölkerung zur Verfügung haben. Siehe auch Kap. 2.1.2.

¹⁸ Die Quoten beziehen sich auf den Bundesmedian, weshalb sich Abweichungen zu den von den einzelnen Bundesländern berechneten Armutsquoten ergeben, die mit dem Landesmedian berechnet werden. Datenquelle: <https://www.statistikportal.de> [abgerufen am 20.4.2022].

¹⁹ http://biaj.de/images/2021-08-27_biaj_sgb2-kinder-u18-u15-u6-u3-kreise-2020-neu.pdf [zuletzt geprüft 15.12.2022].

²⁰ Butterwegge (2017), S. 25f. Es gibt eine lange Forschungstradition in der Stadtforschung zur sozialen Segregation, die zur Armutskonzentration in bestimmten Quartieren führen kann. S. z.B. Häußermann, H. (2003): Armut in der Großstadt: Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. In: Informationen zur Raumentwicklung, (3./4.), S. 141–159.

²¹ <https://fritz.freiburg.de> [zuletzt geprüft 19.4.2022]. Das Akronym FR.ITZ bedeutet „Freiburger Informationen, Trends und Zahlen“.

²² Die Daten des Mikrozensus sind räumlich aggregiert bis auf Ebene der sog. regionalen Anpassungsschichten mit etwa 500.000 Ew. verfügbar (s. <https://www.forschungsdatenzentrum.de/de/haushalte/mikrozensus> [abgerufen am 19.4.2022]).

²³ Eine Übersichtskarte der Freiburger Stadtbezirke findet sich im Anhang sowie in erweiterter Form unter https://fritz.freiburg.de/pdf/grafiken/karte_stat_bez_1-1-19-HOCH.pdf [zuletzt geprüft 20.4.2022].

sie jährlich, wenn die Freiburg-Umfrage als Datenquelle dient alle zwei Jahre, aktualisiert, sodass sich Zeitreihen bilden lassen und ein Monitoringsystem etabliert werden kann²⁴.

Die Bildung und Bereitstellung von Indikatoren für andere, möglicherweise inhaltlich angemessenere, Gebietsdifferenzierungen – wie etwa Sozialräume mit sozial homogener Bevölkerungsstruktur – könnte nur zeit- und arbeitsaufwändig durch das ABI vorgenommen werden. Angesichts der sehr knappen Projektlaufzeit bezieht sich die sozialräumliche Betrachtung deshalb vorwiegend auf die Ebene der *Stadtbezirke*, da hierfür die Daten bereits vorlagen und nicht erst generiert werden mussten.

Ebenso wenig war es möglich, ggf. aussagekräftigere, eigene Indikatoren aus vorhandenen Rohdaten berechnen zu lassen oder gar durch Primärerhebungen verfügbar zu machen²⁵.

Bei den Analysen werden keine Werte für den Stadtteil Mundenhof berichtet, da hier lediglich 12 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und fünf Haushalte mit Kindern leben. Die Berechnung von Anteilswerten wäre bei so geringen Fallzahlen methodisch höchst fragwürdig und zudem sprechen Datenschutzaspekte für den Ausschluss dieses Stadtteils von den Analysen.

Bei der Recherche nach Sozialindikatoren wurde versucht, die vier mit einem breiten Begriff von Kinderarmut verbundenen Lebenslagendimensionen materielle Lage, Bildung, soziale Integration und Teilhabe sowie Gesundheit (s. Kap. 1.1.) abzudecken. Es zeigt sich, dass die materielle Lage und der Bereich Bildung zumindest zum Teil abgebildet werden können. Für die Bereiche „Soziale Integration und Teilhabe“ und „Gesundheit“ ließen sich jedoch keine brauchbaren, kleinräumig differenzierten Indikatoren finden.

Wenn möglich, wird zunächst der aktuelle Wert des jeweiligen Indikators für die Gesamtstadt berichtet und mit den Werten für Baden-Württemberg und Deutschland verglichen. Danach werden Unterschiede zwischen den Stadtbezirken beschrieben und in einem weiteren Schritt die Entwicklung in den letzten 20 Jahren in den Blick genommen. Dabei kann an dieser Stelle nicht auf die *Ursachen* für Unterschiede zwischen den Gebieten und eventuell beobachtbare Trends im zeitlichen Verlauf in einzelnen Stadtbezirken oder in der Gesamtstadt eingegangen werden²⁶. Für weitergehende Analysen sei auf die vielfältigen Publikationen des Amts für Bürgerservice und Informationsmanagement und der jeweiligen Fachämter verwiesen.

2.1.1. Kinder und Jugendliche in den Stadtbezirken

In einem ersten Schritt wird als Hintergrundinformation für die weiteren Analysen die Verteilung von Kindern und Jugendlichen über das Stadtgebiet betrachtet. Dafür werden die Anteile der Haushalte mit Kindern und die Anteile der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung sowie ihre Anzahl in den 42 Stadtbezirken analysiert.

²⁴ So verfügt die Stadt Freiburg schon seit einiger Zeit über eine indikatorengestützte Sozialberichterstattung <https://sozialbericht.freiburg.de> [zuletzt geprüft 21.6.2022].

²⁵ Beispiele für geeignete Indikatoren finden sich u.a. in der nationalen bzw. baden-württembergischen Armutsberichterstattung (Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2021): *Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin; Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2015): *Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015*, Stuttgart). Wie gesagt, lassen sich viele der dort verwendeten Indikatoren (derzeit) nicht auf Stadtgebietsebene herunterbrechen.

²⁶ Auffällige „Sprünge“ in den Zeitreihen einzelner Stadtbezirke ergeben sich z.T. durch deren Neugliederung. So wurde aus dem Stadtbezirk St. Georgen-Stüd zum 1.1.2007 der neue Stadtteil Vauban abgespalten, wodurch sich die Bevölkerungszusammensetzung stark geändert hat. Und zum 1.1.2015 hat der Bezirk „Beurbarung“ den Stadtteil gewechselt: von Stühlinger nach Brühl. Weitere „Sprünge“ in der Sozialstruktur einzelner Stadtbezirke ergeben sich durch den starken Zuzug von Flüchtlingen nach Freiburg um das Jahr 2015, vor allem für die Stadtbezirke mit großen Flüchtlingsunterkünften (Haslach-Schildacker, Brühl-Industriegebiet). Welche Effekte der aktuelle Ukraine-Krieg mit dem daraus resultierenden Zuzug von Flüchtlingen hat, kann mit den derzeit verfügbaren Daten noch nicht abgeschätzt werden.

Indikator	Beschreibung	räumliche Differenzierung	Jahr
Anteil Haushalte mit Kindern	Anteil der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren an allen Haushalten	42 Stadtbezirke	2021
Anteil unter 18-Jährige	Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung	42 Stadtbezirke	2021
Anzahl unter 18-Jährige	Anzahl der unter 18-Jährigen	42 Stadtbezirke	2021

In Großstädten wie Freiburg leben vergleichsweise wenige Familien mit Kindern. Der **Anteil der Haushalte mit Kindern** an allen Haushalten lag 2021 in Freiburg insgesamt bei 16,6% und damit deutlich niedriger als in Baden-Württemberg (30%) oder Deutschland insgesamt (29,5%). Die Mehrheit der Haushalte in der Stadt sind Einpersonenhaushalte (55%). Verstärkend ist schon seit geraumer Zeit ein deutlicher Trend zum Fortzug von Familien mit Kindern aus der Stadt in das Umland zu verzeichnen²⁷. Ein Hauptgrund ist der Mangel an geeigneten und bezahlbaren Wohnungen, der in Freiburg mit seinem äußerst angespannten Wohnungsmarkt sehr ausgeprägt ist.

Innerhalb des Stadtgebiets verteilen sich die Haushalte mit Kindern sehr ungleichmäßig. Ihr Anteil variierte von 6,1% im Stadtbezirk „Altstadt-Mitte“ bis zu 29,4% in Munzingen, das damit den Landes- bzw. Bundesdurchschnitt (29,5%) erreicht. Es lässt sich ein relativ deutliches Muster erkennen: Besonders niedrige Anteile finden sich in der Altstadt und in angrenzenden Innenstadtbezirken (Neuburg, Stühlinger, Oberau), während die höchsten Anteile an Familienhaushalten eher in den für Familien günstigeren Randgebieten von Freiburg zu finden sind (Munzingen, Rieselfeld, Opfingen) (Tabelle 1, Karte 1)²⁸.

Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist in Freiburg seit 2001 leicht und kontinuierlich von 18,2% auf 16,6% im Jahr 2021 gesunken. In den meisten Stadtbezirken blieb er über die letzten 20 Jahre hinweg relativ stabil. Es gibt aber auch Stadtbezirke mit erheblichen Veränderungen. So wohnten im Rieselfeld Anfang der 2000er-Jahre in noch über 50% der Haushalte Kinder. Seither ging dieser Anteil kontinuierlich zurück und betrug im Jahr 2021 nur noch 26,7%, hat sich also halbiert²⁹. Auch in Vauban, Waltershofen, Hochdorf, Munzingen, Tiengen Weingarten und Opfingen sind z.T. deutliche Rückgänge seit den 2000er-Jahren zu verzeichnen (Vauban: 2007 38,2%, 2021 23,1%; Waltershofen: 2001 35,5%, 2021 21,8%).

In Günterstal und Haslach-Egerten ist der Anteil der Familienhaushalte mit Kindern hingegen in der Zeit seit 2001 gestiegen, von 13,7% auf 19,4% (2021) bzw. von 10,6% auf 15,4%.

Wie zu erwarten, weisen die Stadtbezirke mit hohen Anteilen an Haushalten mit Kindern auch hohe **Anteile von Kindern und Jugendlichen** unter 18 Jahren auf³⁰. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug in Freiburg 2021 16,2% und variierte in den Stadtbezirken von 8,2% bis 26,7% (Tabelle 1). In fünf Stadtbezirken liegt ihr Anteil bei über einem Fünftel der Bevölkerung.

Neben dem Anteil von Minderjährigen in den Stadtbezirken ist mit Blick auf den Bedarf an Angeboten auch deren absolute Anzahl von Interesse. Am meisten **Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren** leben in Weingarten, Rieselfeld, St. Georgen-Nord, Haslach-Gartenstadt und Littenweiler (jeweils zwischen ca. 2.400 bis 1.400, Tabelle 1, Karte 2), wobei Weingarten und Rieselfeld auch zu den fünf Stadtbezirken

²⁷ S. z.B. Brachat-Schwarz, W.; Böhm, M. (2021): Werden Großstädte für Familien immer unattraktiver? Zur Abwanderung von Familien aus den Städten Baden-Württembergs mit mehr als 100.000 Einwohnern. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, (2), S. 3-11.

²⁸ Auf die spezifischen Bedingungen in den jeweiligen Stadtteilen kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

²⁹ Ein Grund für diesen Rückgang ist vermutlich die Alterung der Bewohner*innen, die ab Mitte der 90er-Jahre als junge Familien mit kleinen Kindern in den damals neuen Stadtteil eingezogen sind und deren Kinder mittlerweile erwachsen sind.

³⁰ Die Korrelation beträgt $r = 0,93$.

mit dem höchsten *Anteil* an Minderjährigen zählen. Die beiden Stadtteile mit den höchsten Anteilen, Munzingen und Günterstal, weisen jedoch absolut gesehen nur eine vergleichsweise geringe Anzahl an Minderjährigen auf (695 bzw. 449), was natürlich mit ihrer insgesamt geringen Bevölkerungszahl zusammenhängt³¹.

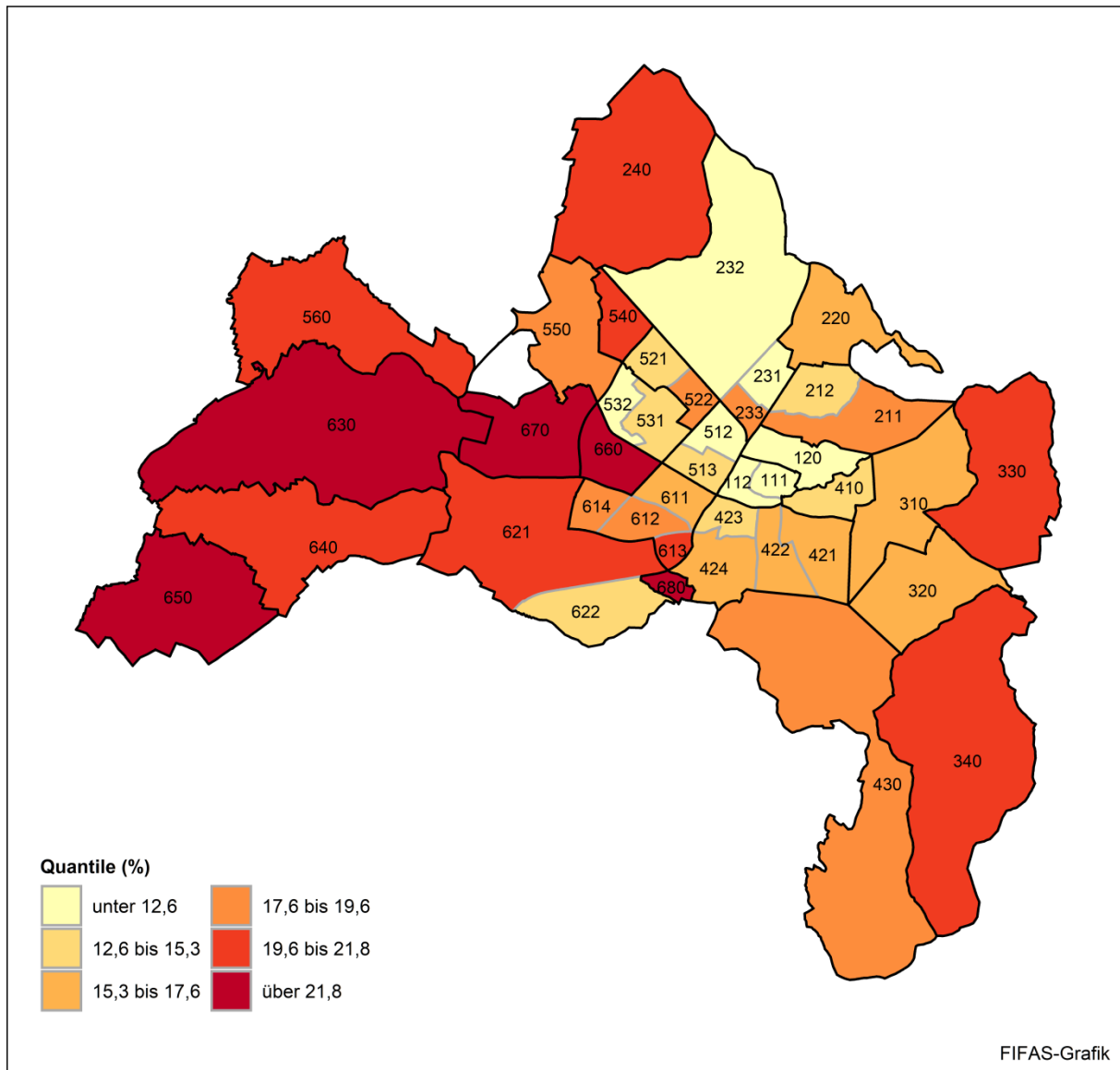
Tabelle 1: Anteil der Haushalte mit Kindern und Anteile und Anzahl der unter 18-Jährigen in den Stadtbezirken Freiburgs 2021

Stadtteil	Stadtbezirk	Anteil der Haushalte mit Kindern 2021	Anteil der unter 18-Jährigen 2021	Anzahl der unter 18-Jährigen 2021
11	111 Altstadt-Mitte	6,1%	8,2%	313
	112 Altstadt-Ring	8,0%	8,4%	309
12	120 Neuburg	9,4%	10,2%	532
21	211 Herdern-Süd	17,6%	16,8%	1.074
	212 Herdern-Nord	15,0%	15,0%	929
22	220 Zähringen	16,1%	14,6%	1.335
23	231 Brühl-Güterbahnhof	12,4%	12,4%	1.057
	232 Brühl-Industriegebiet	11,8%	15,5%	226
	233 Brühl-Beurbarung	19,0%	19,4%	517
24	240 Hochdorf	21,8%	18,2%	939
31	310 Waldsee	17,5%	18,8%	1.099
32	320 Littenweiler	17,1%	17,0%	1.396
33	330 Ebnet	20,2%	18,0%	484
34	340 Kappel	21,0%	17,6%	469
41	410 Oberau	12,7%	13,3%	896
42	421 Oberwiehre	16,5%	15,5%	1.027
	422 Mittelwiehre	16,0%	15,8%	737
	423 Unterwiehre-Nord	14,1%	14,3%	744
	424 Unterwiehre-Süd	17,0%	16,9%	1.340
43	430 Günterstal	19,4%	21,5%	449
51	512 Stühlinger-Eschholz	10,3%	10,7%	727
	513 Alt-Stühlinger	12,8%	12,6%	1.137
52	521 Mooswald-West	15,1%	14,3%	558
	522 Mooswald-Ost	18,5%	18,4%	968
53	531 Betzenhausen-Bischofslinde	13,0%	12,8%	1.220
	532 Alt-Betzenhausen	10,5%	10,1%	525
54	540 Landwasser	20,5%	18,9%	1.338
55	550 Lehen	19,3%	16,4%	410
56	560 Waltershofen	21,8%	17,5%	382
57	570 Mundenhof	-	-	12
61	611 Haslach-Egerten	15,4%	16,1%	1.287
	612 Haslach-Gartenstadt	19,3%	18,6%	1.547
	613 Haslach-Schildacker	20,1%	20,0%	261
	614 Haslach-Haid	18,4%	16,8%	649
62	621 St. Georgen-Nord	20,5%	19,1%	1.971
	622 St. Georgen-Süd	15,1%	14,7%	354
63	630 Opfingen	23,7%	19,7%	889
64	640 Tiengen	20,7%	18,1%	628
65	650 Munzingen	29,4%	23,0%	695
66	660 Weingarten	23,6%	21,2%	2.389
67	670 Rieselfeld	26,7%	20,9%	1.974
68	680 Vauban	23,1%	19,3%	1.004
Gesamtstadt		16,6%	16,2%	36.791
Standardabweichung ³²		5,0%	3,6%	
Anzahl der Haushalte Gesamtstadt		128.593		
Bevölkerungsbestand Gesamtstadt			227.537	

Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

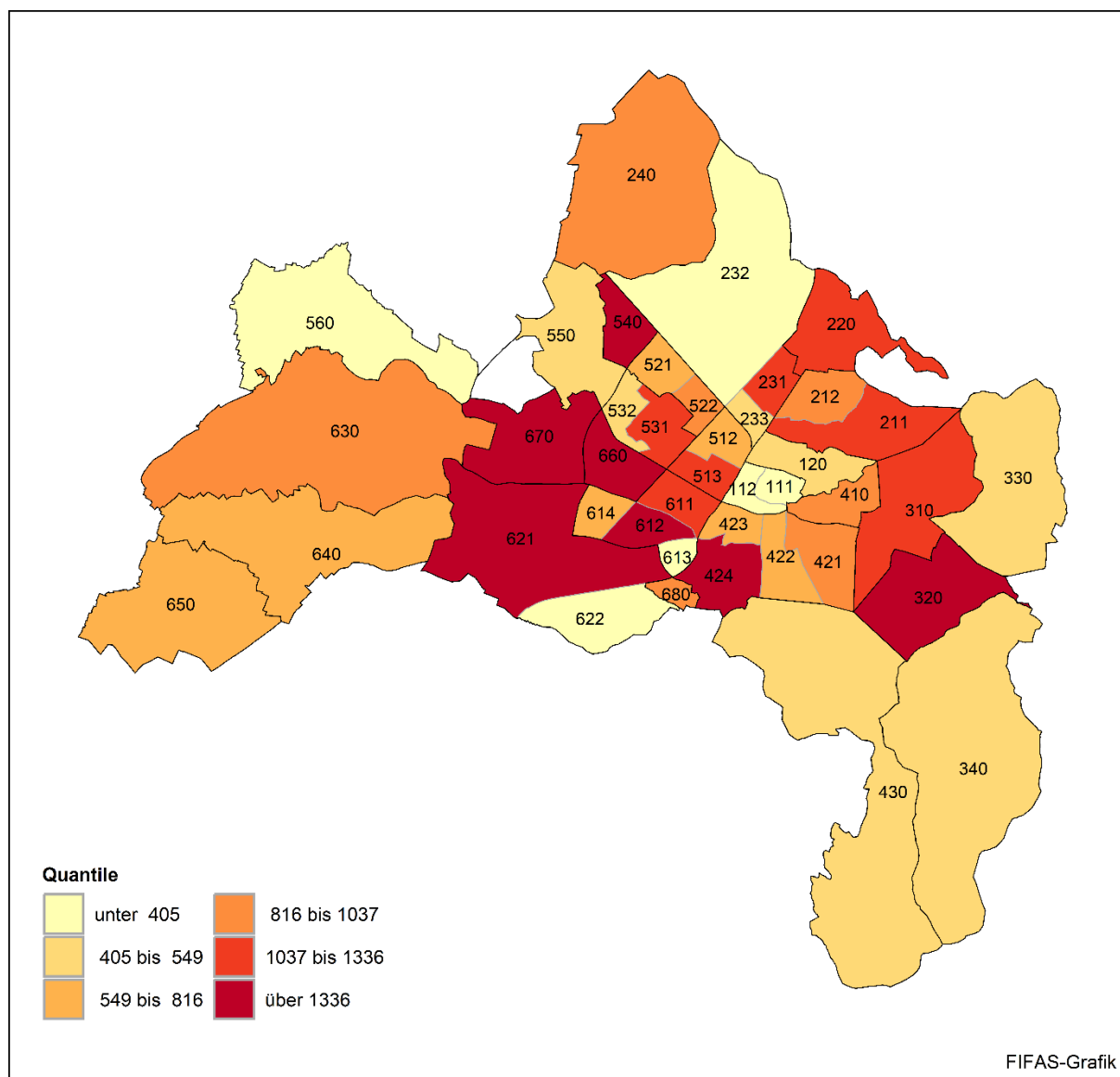
³¹ Munzingen hatte im Jahr 2021 3.019 Einwohner*innen, Günterstal 2.087. Beide Stadtbezirke zählen damit zu den kleineren in Freiburg.

³² Die Standardabweichung (SD = standard deviation) ist ein Maß für die Streuung der Werte um den Mittelwert.

Karte 1: Anteile der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten in den Stadtbezirken Freiburgs 2021³³

Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

³³ In der Karte sind die Stadtbezirksnummern abgedruckt (vgl. Tabelle 1 und Übersichtskarte im Anhang). Die Anteilswerte der 42 Stadtbezirke wurden in sechs Quantile (= Sextile) eingeteilt, die jeweils sieben Stadtbezirke umfassen. D.h., dass in sieben Stadtbezirken der Anteil unter 12,6% lag (1. Sextil, gelb gefärbt) und in sieben über 21,8% (6. Sextil, dunkelrot gefärbt). Für Mundenhof wird kein Wert berichtet, da hier nur 19 Haushalte leben, fünf davon mit Kindern.

Karte 2: Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in den Stadtbezirken Freiburgs 2021

Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

2.1.2. Materielle Lage

Zentral bei der Betrachtung von Kinderarmut ist die Einkommensarmut der Familien. In der Armutsforschung haben sich dafür zwei Messkonzepte durchgesetzt: Die Erfassung von relativer Armut als Armutsgefährdungsquote und der Bezug von SGB II-Leistungen („Grundsicherung für Arbeitssuchende“: ALG II und Sozialgeld) als wichtigstes Kriterium für die Deckung des politisch-normativ festgelegten Existenzminimums der Familien mit Minderjährigen³⁴.

Die Armutsgefährdungsquote wird berechnet als Anteil der Personen, die weniger als 60% des Medians³⁵ des bedarfsgewichteten Nettoäquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung zur Verfügung

³⁴ Die weiteren Sozialleistungen zur Sicherung des Existenzminimums, die gemäß SGB XII (Sozialhilfe) oder Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gezahlt werden, spielen für diese Personengruppe zahlenmäßig kaum eine Rolle.

³⁵ Der Median teilt eine Verteilung in zwei Hälften. Die Hälfte liegt unter diesem Wert, die Hälfte darüber. Beim Einkommen ist die Verwendung des Medians als Mittelwert sinnvoll, da die Einkommensverteilung sehr schief ist und das arithmetische Mittel sehr viel stärker auf Ausreisser, also in diesem Fall z.B. Personen mit extrem hohem Einkommen, reagiert.

haben³⁶. Relativ ist das Maß deshalb, weil es einerseits davon abhängt, mit welchem Ortsbezug das Medianeinkommen berechnet wird. So unterscheidet sich das Medianeinkommen deutlich zwischen der Stadt Freiburg, dem Land Baden-Württemberg und dem Bund. Zudem hängt es von der Einkommensverteilung in der Bevölkerung vor Ort ab. Nimmt die Zahl der Personen mit hohem Einkommen in Freiburg zu, steigt auch die Armutsgefährdungsschwelle³⁷ und damit die Zahl der Armutsgefährdeten, obwohl sich an den Lebenshaltungskosten u.U. nichts geändert hat. Die Armutsgefährdungsquote wird für größere Gebietseinheiten i.d.R. aus den Daten des Mikrozensus berechnet³⁸. Für kleinere Raumeinheiten (Kreise, Kommunen, Teilgebiete von Städten) ist man auf entsprechende Umfragedaten angewiesen, aus denen sich die Äquivalenzeinkommen berechnen lassen. Für Freiburg liefert diese die regelmäßige, alle zwei Jahre durchgeführte Freiburg-Umfrage.

Die Messung von Armut als Bezug von Transferleistungen wie SGB II ist mit dem Problem behaftet, dass es sich um eine politisch-normativ festgesetzte Schwelle handelt³⁹ und zudem damit nicht die verdeckte Armut von Menschen erfasst wird, die zwar anspruchsberechtigt sind, die Leistungen aber aus Scham, Unwissenheit oder anderen Gründen nicht abrufen⁴⁰.

Empirisch hat sich gezeigt, dass Kinder in bestimmten Familienkonstellationen ein erhöhtes Armutsrisiko aufweisen. Besonders armutsgefährdet sind Kinder von Alleinerziehenden, Familien mit Migrationshintergrund⁴¹, kinderreichen Familien (drei Kinder und mehr), Langzeitarbeitslosen sowie Familien mit besonderen Belastungssituationen (v.a. psychisch Kranke / Suchtkranke, Trennungsfamilien, Kinder mit Behinderungen / chronischen Erkrankungen). In Stadtgebieten mit hohen Anteilen dieser Familien besteht somit eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für eine Armutskonzentration.

Auf Ebene der Freiburger Stadtbezirke liegen folgende aussagekräftige Indikatoren für die materielle Lage der Bevölkerung und die besonders armutsgefährdeten Familien vor:

³⁶ Zu den methodischen Grundlagen der Ermittlung von Armutsgefährdungsquoten siehe: Krentz, A. (2011): Ermittlung der Armutsgefährdungsquoten und Armutsgefährdungsschwellen. Methodische Grundlagen zur Messung von Armut. In: Statistischen Monatsheft Baden-Württemberg 1/2011, S. 16-17.

³⁷ Vgl. Stadt Freiburg i.Br. – Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement (Hrsg.) (2021): Sozialbericht 2020, Freiburg i.Br., S. 15.

³⁸ Vgl. Fußnote 22.

³⁹ Die Sozialverbände kritisieren seit Langem, dass die staatlichen Sozialleistungen nicht ausreichen, um eine menschenwürdige Existenz zu sichern.

⁴⁰ Der 1. Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg berichtet von Nichtinanspruchnahmekquoten von SGB II und SGB XII-Leistung in der Größenordnung von 34-43% (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2015), S. 204).

⁴¹ Die Armutsgefährdung von Migrant*innen unterscheidet sich dabei sehr stark je nach Herkunftsland. In Baden-Württemberg ist sie am höchsten bei rumänischen und türkischen Familien (Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021), S. 16). Hauptursachen sind ein niedriger Bildungshintergrund und ungenügende Sprachkenntnisse und damit eine schlechtere Integration in den Arbeitsmarkt (vgl. Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2020): Arm ist nicht gleich arm: Armut bei Kindern mit Migrationshintergrund, Gesellschaftsreport BW, Nr. 2, Stuttgart). Eine sehr hohe Armutsgefährdung haben auch geflüchtete Familien, da sie u.a. aufgrund ihres Aufenthaltsstatus i.d.R. Transferleistungen (SGB II, SGB XII, AsylbLG) beziehen und keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können (Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2020a), S. 6; Butterwegge (2017), S. 5).

Indikator	Beschreibung	räumliche Differenzierung	Jahr
Armutsgefährdungsquote	Anteil der Bevölkerung in Haushalten mit weniger als 60% des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens von Freiburg	28 Stadtteile	2020
Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften	Anteil Kinder unter 18 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften bezogen auf Bevölkerung	42 Stadtbezirke	2020
<i>Armutsgefährdete Gruppen:</i> Anteil Alleinerziehende	Anteil Alleinerziehendenhaushalte an allen Haushalten mit Kindern	42 Stadtbezirke	2021
Anteil kinderreiche Haushalte	Anteil Haushalte mit 3 u.m. Kindern an allen Haushalten	42 Stadtbezirke	2021
Anteil Migrant*innen unter 18 J.	Anteil der Migrant*innen an den unter 18-Jährigen	42 Stadtbezirke	2021
Anteil Kinder mit langzeiterwerbslosen Eltern	keine Daten verfügbar, z.T. durch „Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften“ abgedeckt		

Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote in Freiburg wird berechnet als Anteil der Personen, die in Haushalten leben, die weniger als 60% des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens der Freiburger Haushalte zur Verfügung haben. Für eine kleinräumige Betrachtung stehen als Datenquelle für die Einkommen der Haushalte keine amtlichen Statistiken zur Verfügung, sodass auf Umfragedaten zurückgegriffen werden muss. In Freiburg liefert die alle zwei Jahre durchgeführte Freiburg-Umfrage⁴² die nötigen Informationen (Einkommen, Haushaltszusammensetzung etc.). Bei der Interpretation der Werte ist zu berücksichtigen, dass es sich um eine Stichprobenerhebung handelt⁴³. Sie basiert auf einer repräsentativen Zufallsauswahl, die mit entsprechenden Stichprobenfehlern behaftet ist. Die Nettostichprobe umfasste im Jahr 2020 2.606 Befragte⁴⁴. Kleinräumige Analysen sind damit nur begrenzt möglich. Ausreichende Fallzahlen für alle Stadtgebiete stehen nur auf Ebene der 28 Stadtteile zur Verfügung, eine weitere Untergliederung in die 42 Stadtbezirke ist nicht möglich⁴⁵.

Leider kann die Armutsgefährdungsquote in den Stadtgebieten aufgrund der limitierten Fallzahl nur für die Bevölkerung insgesamt ermittelt werden. Aussagekräftiger für die Fragestellung wäre die Armutsgefährdung der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, aber diese Daten liegen nur für die Gesamtstadt vor. Demnach lebten 2020 13,8% der Minderjährigen in Freiburg in armutsgefährdeten Familien.

⁴² Zum Zeitpunkt der Auswertungen waren die Daten der Freiburg-Umfrage von 2020 verfügbar.

⁴³ Zur Methodik der Bürgerumfrage siehe Stadt Freiburg i. Br. – Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement (Hrsg.) (2020): Freiburg-Umfrage 2020. Ergebnisse zum Beteiligungshaushalt 2021/22, Freiburg i.Br., S. 40ff.

⁴⁴ Ebd. S. 41.

⁴⁵ Der Bezirk Mundenhof wurde wegen seiner geringen Einwohnerzahl ganz aus der Erhebung ausgeschlossen, für zwei Stadtbezirke lagen weniger als 10 Interviews vor (ebd., S. 42).

Tabelle 2: Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung in den Stadtteilen und Minderjährige in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in den Stadtbezirken Freiburgs 2020

Stadtteil	Stadtbezirk	Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung 2020 (Stadtteile)	Anteil Kinder unter 18 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften bezogen auf Bevölkerung 2020
11	111 Altstadt-Mitte	21,4%	6,9%
	112 Altstadt-Ring		9,6%
12	120 Neuburg	14,0%	4,2%
21	211 Herdern-Süd	19,0%	4,7%
	212 Herdern-Nord		4,0%
22	220 Zähringen	8,1%	10,8%
23	231 Brühl-Güterbahnhof	25,2%	14,0%
	232 Brühl-Industriegebiet		35,6%
	233 Brühl-Beurbarung		29,7%
24	240 Hochdorf	10,6%	10,7%
31	310 Waldsee	16,9%	3,6%
32	320 Littenweiler	13,9%	16,0%
33	330 Ebnet	8,2%	2,8%
34	340 Kappel	10,3%	4,7%
41	410 Oberau	17,4%	3,9%
42	421 Oberwiehre	16,5%	4,6%
	422 Mittelwiehre		2,2%
	423 Unterwiehre-Nord		4,6%
	424 Unterwiehre-Süd		13,4%
43	430 Günterstal	14,3%	0,9%
51	512 Stühlinger-Eschholz	12,1%	9,7%
	513 Alt-Stühlinger		23,0%
52	521 Mooswald-West	17,5%	7,4%
	522 Mooswald-Ost		23,0%
53	531 Betzenhausen-Bischofslinde	17,0%	21,2%
	532 Alt-Betzenhausen		11,7%
54	540 Landwasser	18,2%	23,9%
55	550 Lehen	16,7%	2,5%
56	560 Waltershofen	19,6%	3,7%
57	570 Mundenhof	-	-
61	611 Haslach-Egerten	23,1%	21,5%
	612 Haslach-Gartenstadt		16,8%
	613 Haslach-Schildacker		28,1%
	614 Haslach-Haid		21,4%
62	621 St. Georgen-Nord	10,2%	8,8%
	622 St. Georgen-Süd		0,5%
63	630 Opfingen	5,6%	7,6%
64	640 Tiengen	7,7%	12,3%
65	650 Munzingen	7,8%	11,2%
66	660 Weingarten	25,7%	35,3%
67	670 Rieselfeld	11,5%	11,3%
68	680 Vauban	11,3%	6,6%
Gesamtstadt		16,7%	13,4%
Standardabweichung		5,6%	9,4%

Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

Die Armutsgefährdungsquote lag 2020 in Freiburg bei 16,7% (Tabelle 2)⁴⁶. In den Stadtteilen Freiburgs variiert sie zwischen 25,7% (Weingarten) und 5,6% (Opfingen) (Standardabweichung SD = 5,6%). Die Stadtteile mit den höchsten Armutsgefährdungsquoten sind Weingarten, Brühl, Haslach, Altstadt und Waltershofen. Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass es sich um die Quote für die Gesamtbevölkerung handelt, die auch Haushalte *ohne* Kinder umfasst.

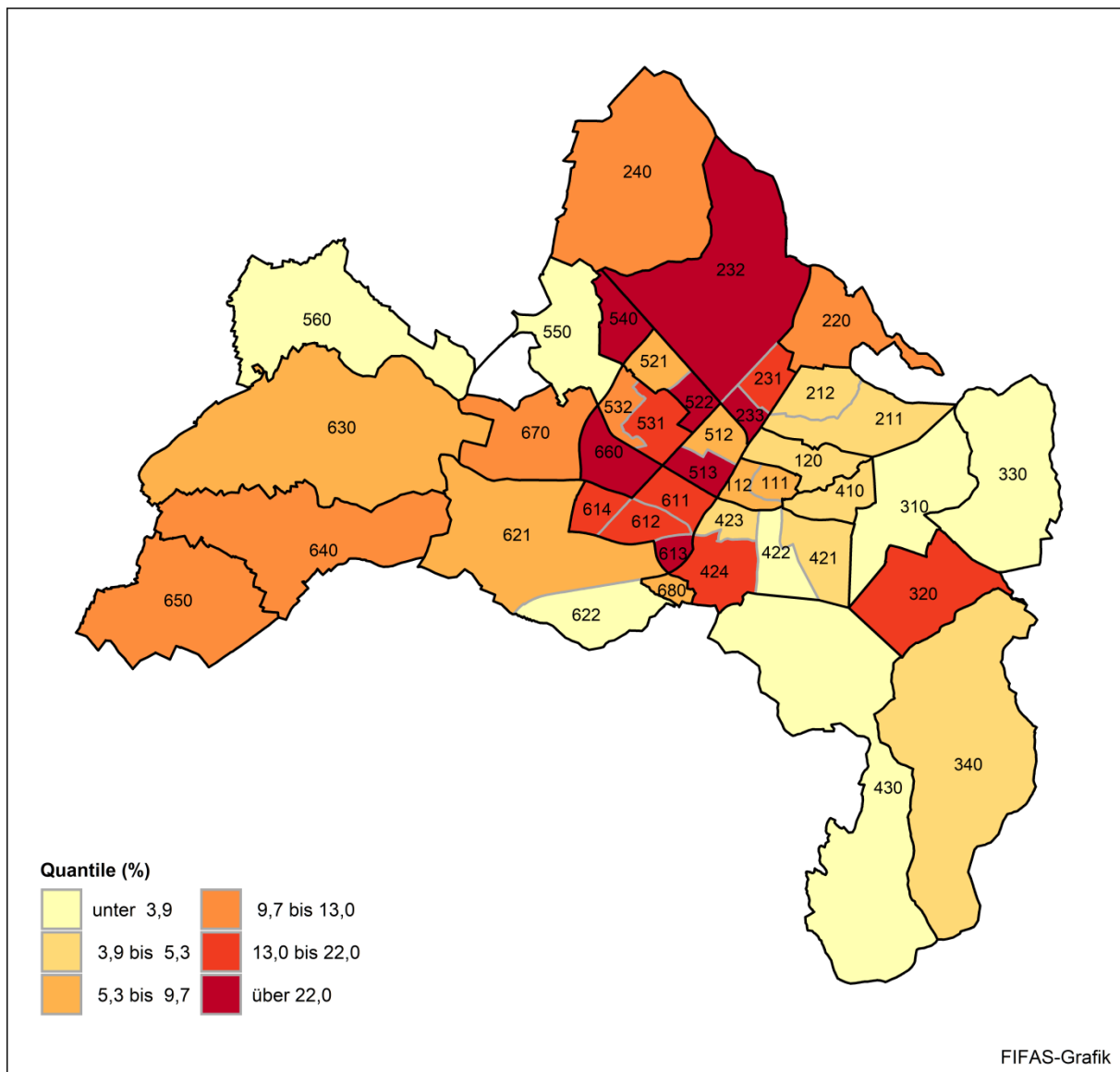
⁴⁶ Ein Vergleich mit den Quoten für Baden-Württemberg und Deutschland wird hier nicht vorgenommen, weil er aufgrund der jeweils unterschiedlichen räumlichen Basis für die Berechnung des Medianeinkommens (Freiburg, Land, Bund) irreführend wäre.

Kinder und Jugendliche in SGB II-Bedarfsgemeinschaften

In Freiburg lebten 2020 13,4% der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Grundsicherung). Damit liegt der Wert deutlich über dem Landesdurchschnitt in Baden-Württemberg von 8,0% aber noch unter dem Bundesdurchschnitt von 14,1%⁴⁷.

Innerhalb der Stadt gibt es eine enorme Spreizung. Der Anteil der Minderjährigen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften reicht von 0,5% der Bevölkerung in St. Georgen-Süd bis zu 35,6% in Brühl-Industriegebiet (SD = 9,4%). Sehr geringe Quoten von unter 3% weisen auch die Stadtbezirke Günterstal, Mittelwiehre, Lehen und Ebnet auf, während in Haslach-Schildacker, Brühl-Beurbarung und Weingarten mehr als ein Viertel der Minderjährigen zu dieser Gruppe zählen (Tabelle 2, Karte 3).

Karte 3: Anteile der Kinder und Jugendliche in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in den Stadtbezirken Freiburgs 2020⁴⁸



Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

In den Jahren seit 2005 hat sich der Anteil der Minderjährigen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in der Stadt Freiburg moderat verändert und ist nach einem Höchststand von 17,0% in 2007 auf 13,0% im Jahr

⁴⁷ Datenquelle für Landes- und Bundeswerte: <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de> [abgerufen am 4.5.2022].

⁴⁸ Für Mundenhof wird wegen zu geringer Fallzahlen kein Wert berichtet.

2021 zurückgegangen. In einigen Stadtbezirken gab es jedoch sehr starke Veränderungen – um bis zu 40 Prozentpunkte. So lag er in Haslach-Schildacker im Jahr 2015 bei nur 7%, aber 2008 noch bei 50% und im Jahr 2021 dann wieder bei 31,4%⁴⁹. In St. Georgen-Süd stieg der Anteil von 2006 auf 2007 sprunghaft von 5,3% auf 26,2%, um dann 2009 wieder auf 2,5% zu fallen. Mittlerweile (2021) liegt er bei 2,8%⁵⁰. Brühl-Industriegebiet weist ähnlich turbulente Veränderungen auf: nach 24,1% in 2011 wurden 2013 nur noch 8,3% Minderjährige in SGB II-Bedarfsgemeinschaften registriert, 2019 dann aber wieder 39,0%.

Die Korrelation zwischen dem Anteil der Kinder und Jugendliche in SGB II-Bedarfsgemeinschaften und der Armutsgefährdungsquote in den Stadtbezirken ist zwar mit einem Wert von $r = 0,52$ relativ hoch, aber keineswegs perfekt. So leben in der Altstadt relativ wenige Minderjährige in SGB II-Bedarfsgemeinschaften ($< 10\%$), aber die Armutsgefährdungsquote ist mit 21,4% eher hoch. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass es sich bei der Armutsgefährdungsquote um einen Wert handelt, der aus einer mit einem gewissen Fehler behafteten Stichprobenbefragung ermittelt wurde und sie sich zudem auf die Gesamtbevölkerung bezieht und nicht nur auf die Minderjährigen. Für die weiteren Analysen wird deshalb auf den Anteil der Kinder und Jugendliche in SGB II-Bedarfsgemeinschaften als aussagekräftigeres Maß für deren Einkommensarmut zurückgegriffen.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Empirisch zeigt sich, dass Kinder in spezifischen sozialen Lagen und Haushaltskonstellationen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko aufweisen. In Baden-Württemberg hatten Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren im Jahr 2019 eine Armutsgefährdungsquote von 19,1%⁵¹. Erheblich erhöhte Armutsgefährdungsquoten ergaben sich jedoch, wenn sie⁵² ...

- in Haushalten mit Langzeiterwerbslosen lebten (77%)
- in Alleinerziehenden-Haushalten lebten (41,2%)
- in einer kinderreichen Familie mit drei oder mehr Kindern lebten (31,7%)
- einen Migrationshintergrund hatten (29,7%)

Diese Haushaltstypen sind – auch aufgrund von Segregationsprozessen des Wohnungsmarkts – nicht gleichmäßig über das Freiburger Stadtgebiet verteilt. Stadtbezirke, die besonders hohe Anteile aufweisen, sind Gebiete mit einem erhöhten Risiko für (Kinder-)Armutskonzentration.

Kinder und Jugendliche mit langzeiterwerbslosen Eltern

Im Dezember 2021 waren in Freiburg 60% der Bezieher*innen von SGB II-Leistungen Langzeitarbeitslose, d.h., sie waren schon mindestens ein Jahr arbeitslos gemeldet⁵³. Das bedeutet, dass ein Großteil der Kinder und Jugendlichen, die in SGB II-Bedarfsgemeinschaften leben (s.o.), in Familien mit Langzeiterwerbslosen leben. Da von der Arbeitsagentur keine Daten zu den Minderjährigen mit langzeiterwerbslosen Eltern bereitgestellt werden, muss auf den Indikator „Minderjährige in SGB II-Bedarfsgemeinschaften“ (s.o.) zurückgegriffen werden.

⁴⁹ Der Grund dafür könnte die große Zahl von minderjährigen Flüchtlingen sein, die 2015 in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in diesem Stadtteil gewohnt haben, aber keine SGB II-Leistungen erhalten haben.

⁵⁰ Diese Sprünge sind vermutlich auf die Abspaltung des neuen Wohngebiets Vauban zum 1.1.2007 zurückzuführen.

⁵¹ S. Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021), S. 11.

⁵² Ebd., S. 14.

⁵³ Unter den restlichen 40% sind u.a. Personen, die – z.B. mit einem Minijob – längere Zeit keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Eigene Berechnung, Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit <https://statistik.arbeitsagentur.de> [abgerufen am 4.5.2022].

Alleinerziehende

Auch Kinder von Alleinerziehenden haben ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. In Baden-Württemberg lag ihre Armutsgefährdungsquote 2019 bei 41% und damit sehr viel höher als bei allen Minderjährigen (19,1%)⁵⁴. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden steigt mit der Anzahl der Kinder und wenn Kleinkinder zu versorgen sind⁵⁵.

In Freiburg waren 2021 90,5% der Alleinerziehenden Frauen. 24,5% der Haushalte mit Kindern waren alleinerziehend⁵⁶, in den Stadtbezirken variiert dieser Anteil von 11,8% bis 37,1% (SD = 5,2%). In Brühl-Beurbarung, Altstadt-Mitte, Haslach-Gartenstadt, Betzenhausen-Bischofslinde und Alt-Stühlinger ist der Anteil der alleinerziehenden Familien mit über 30% am höchsten. Die niedrigsten Anteile weisen mit 11,8% bis 16,7% Mooswald-West, Günterstal, Tiengen, Brühl-Industriegebiet und Ebnet auf (Tabelle 3, Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement Karte 4).

⁵⁴ Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021), S. 15.

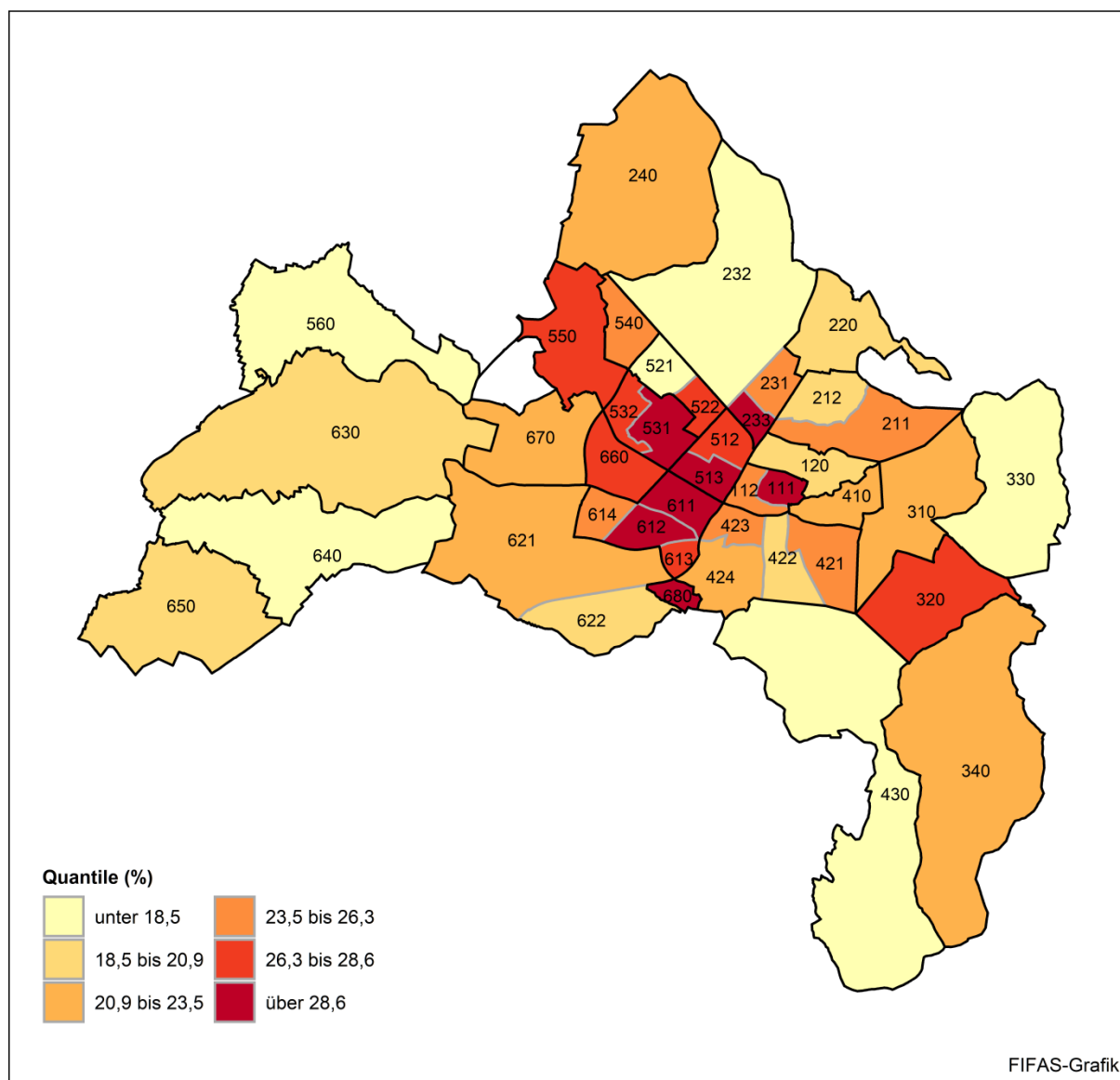
⁵⁵ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2015), S. 40.

⁵⁶ Der Anteil der Alleinerziehendenhaushalte an *allen* Haushalten betrug 2021 4,1%.

Tabelle 3: Familien mit erhöhtem Armutsrisiko in den Stadtbezirken Freiburgs 2021

Stadtteil	Stadtbezirk	Anteil Alleinerziehendenhaushalte an allen Familienhaushalten mit Kindern 2021	Anteil Haushalte mit 3 und mehr Kindern 2021	Anteil Migrant*innen an den unter 18-Jährigen 2021		
11	111	Altstadt-Mitte	31,5%	0,3%	33,9%	
	112	Altstadt-Ring	25,0%	0,6%	26,5%	
12	120	Neuburg	20,0%	1,0%	22,2%	
21	211	Herdern-Süd	24,2%	2,1%	16,0%	
	212	Herdern-Nord	19,4%	2,1%	17,1%	
22	220	Zähringen	20,7%	1,7%	26,8%	
23	231	Brühl-Güterbahnhof	26,0%	1,5%	32,8%	
	232	Brühl-Industriegebiet	16,5%	4,2%	80,5%	
	233	Brühl-Beurbarung	37,1%	2,9%	38,1%	
24	240	Hochdorf	22,8%	2,9%	24,1%	
31	310	Waldsee	21,0%	3,4%	16,2%	
32	320	Littenweiler	26,8%	2,9%	29,4%	
33	330	Ebnet	16,7%	2,9%	9,5%	
34	340	Kappel	21,7%	3,3%	11,9%	
41	410	Oberau	23,0%	1,0%	16,9%	
		421	Oberwiehre	24,3%	1,3%	11,2%
		422	Mittelwiehre	20,8%	1,5%	10,7%
		423	Untervehre-Nord	26,2%	1,7%	18,5%
42	424	Untervehre-Süd	23,2%	3,1%	27,7%	
		430	Günterstal	15,6%	3,2%	27,6%
51	512	Stühlinger-Eschholz	28,0%	0,7%	25,4%	
		513	Alt-Stühlinger	30,2%	1,2%	31,6%
52	521	Mooswald-West	11,8%	1,8%	20,8%	
		522	Mooswald-Ost	27,9%	3,2%	37,7%
53	531	Betzenhausen-Bischofslinde	30,6%	1,9%	36,4%	
		532	Alt-Betzenhausen	28,5%	0,6%	23,6%
54	540	Landwasser	23,9%	4,0%	43,9%	
55	550	Lehen	27,0%	1,8%	10,0%	
56	560	Waltershofen	17,1%	2,9%	7,6%	
57	570	Mundenhof	-	-	-	
61	611	Haslach-Egerten	29,2%	2,5%	30,0%	
		612	Haslach-Gartenstadt	31,2%	3,2%	32,8%
		613	Haslach-Schildacker	26,5%	4,3%	55,2%
		614	Haslach-Haid	24,8%	3,1%	24,3%
62	621	St. Georgen-Nord	22,2%	3,2%	22,7%	
		622	St. Georgen-Süd	20,8%	2,0%	14,4%
63	630	Opfingen	18,8%	3,7%	20,7%	
64	640	Tiengen	16,2%	2,9%	29,5%	
65	650	Munzingen	18,9%	5,3%	21,2%	
66	660	Weingarten	27,7%	4,9%	41,7%	
67	670	Rieselfeld	22,3%	3,4%	22,1%	
68	680	Vauban	29,7%	3,0%	16,5%	
Gesamtstadt			24,5%	2,4%	26,3%	
Standardabweichung			5,2%	1,2%	13,4%	

Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

Karte 4: Anteile alleinerziehende Haushalte an allen Haushalten mit Kindern in den Stadtbezirken Freiburgs 2021

Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Freiburger Haushalten mit Kindern hatte in den letzten 20 Jahren im Jahr 2005 mit 29,2% seinen Höchststand und ist seither leicht auf 24,5% in 2021 zurückgegangen. Jedoch schwankte er über die letzten 20 Jahre hinweg in manchen Stadtbezirken sehr deutlich (um mehr als 20 Prozentpunkte), allerdings i.d.R. ohne eindeutigen Trend. So hatte ihr Anteil in Haslach-Schildacker 2003 einen Höchststand von 43,8%, sank dann 2015 auf 16,7% und lag 2021 wieder bei 26,5%. Auch in Brühl-Industriegebiet variierte er zwischen 30,8% in 2005 und 10,4% in 2020 und liegt mittlerweile (2021) wieder bei 16,5%. In der Hälfte der Stadtbezirke lag die Streubreite der Anteile von 2001 bis 2021 jedoch bei unter 10 Prozentpunkten, in Haslach-Gartenstadt (2012: 28,3%, 2019: 33,1%) und Vauban (2012: 25,1%, 2018: 29,7%) sogar bei unter 5 Prozentpunkten.

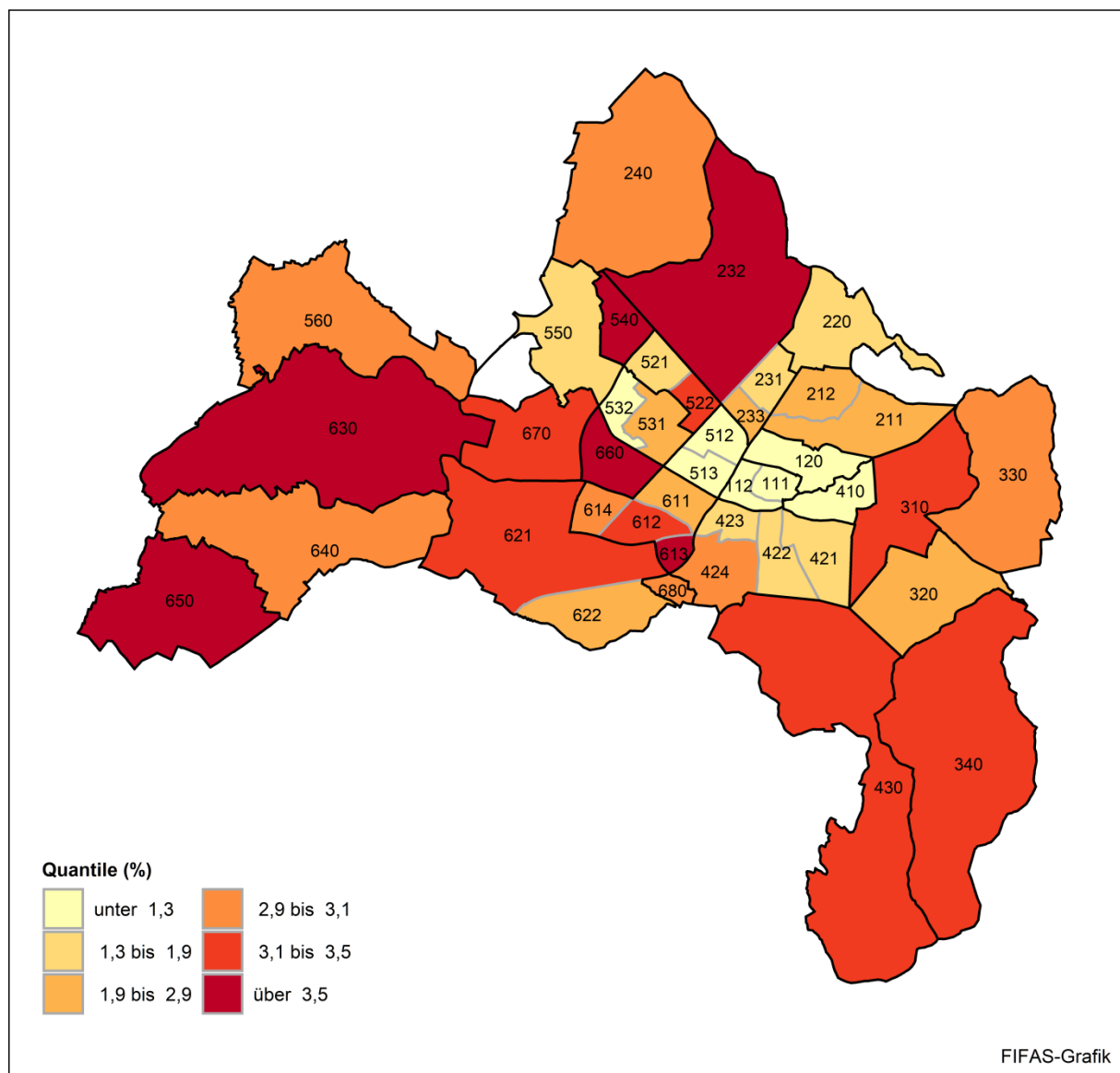
Stadtbezirke mit vielen alleinerziehenden Haushalten mit Kindern sind nur zum Teil von Einkommensarmut von Familien mit Kindern betroffen, die Korrelation zum Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften liegt bei $r = 0,42$. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass das Armutsrisiko von Alleinerziehenden zwar statistisch erhöht ist (s.o.), aber dennoch nur ein Teil von ihnen von Einkommensarmut betroffen ist.

Kinderreiche Haushalte

Ebenfalls erhöht ist das Armutsrisiko von kinderreichen Familien mit drei und mehr Kindern. Ihre Armutsgefährdungsquote lag in Baden-Württemberg 2019 bei 32%. Besonders hoch ist das Risiko bei fünf oder mehr Kindern und wenn die Eltern einen Migrationshintergrund haben⁵⁷.

In Freiburg lebten 2021 3.031 Familien mit drei und mehr Kindern, das entspricht 2,4% aller Haushalte bzw. 14,2% der Haushalte mit Kindern. Der Anteil variiert in den Stadtbezirken zwischen 0,3% und 5,3% (SD = 1,2%). Jeweils unter 1% lag er in Altstadt-Mitte, Altstadt-Ring, Alt-Betzenhausen und Stühlinger-Eschholz, also in innerstädtischen Gebieten mit eher ungeeigneten Wohnbedingungen für Großfamilien. Besonders viele kinderreiche Familien (Anteil über 4% der Haushalte) lebten in Brühl-Industriegebiet, Haslach-Schildacker, Weingarten und Munzingen (Tabelle 3, Karte 5).

Karte 5: Anteile der Haushalte mit drei u.m. Kindern an allen Haushalten in den Stadtbezirken Freiburgs 2021



Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

In den Jahren seit 2001 hat sich der Anteil der kinderreichen Haushalte in der Stadt Freiburg nur wenig verändert. Er hatte 2008 mit 2,1% seinen Tiefststand und sein Maximum mit 2,4% in 2019. In einzelnen

⁵⁷ Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021), S. 14.

Stadtbezirken kam es zu erheblich stärkeren Schwankungen. Im Rieselfeld ist er seit 2001 von 7,0% kontinuierlich auf 3,4% in 2021 gesunken. In Haslach-Schildacker hingegen lag er 2002-2004 nur bei 0,9% und erreichte 2015 einen Höchststand von 4,5%⁵⁸; 2021 waren es 4,3%. In St. Georgen-Süd gab es nach der Abspaltung von Vauban 2007 einen Rückgang von 4,1% auf 1,7%; 2021 lag der Anteil der kinderreichen Haushalte hier bei 2,0%. Auch Munzingen weist von 2003 bis 2013 einen deutlichen Rückgang kinderreicher Haushalte auf, von 7,0% auf 4,0%. Mittlerweise liegt ihr Anteil dort wieder bei 5,3% (2021).

Wiederum findet sich für das Jahr 2021 nur eine mittlere Korrelation des Anteils der kinderreichen Haushalte von $r = 0,44$ zu Stadtbezirken, die von Einkommensarmut von Familien mit Kindern betroffen sind (gemessen über den Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften). Auch in diesem Fall ist davon auszugehen, dass es einen größeren Anteil an kinderreichen Familien mit guter Einkommenssituation gibt, die sich zudem aufgrund von Segregationsprozessen in bestimmten Stadtbezirken konzentrieren.

Minderjährige mit Migrationshintergrund

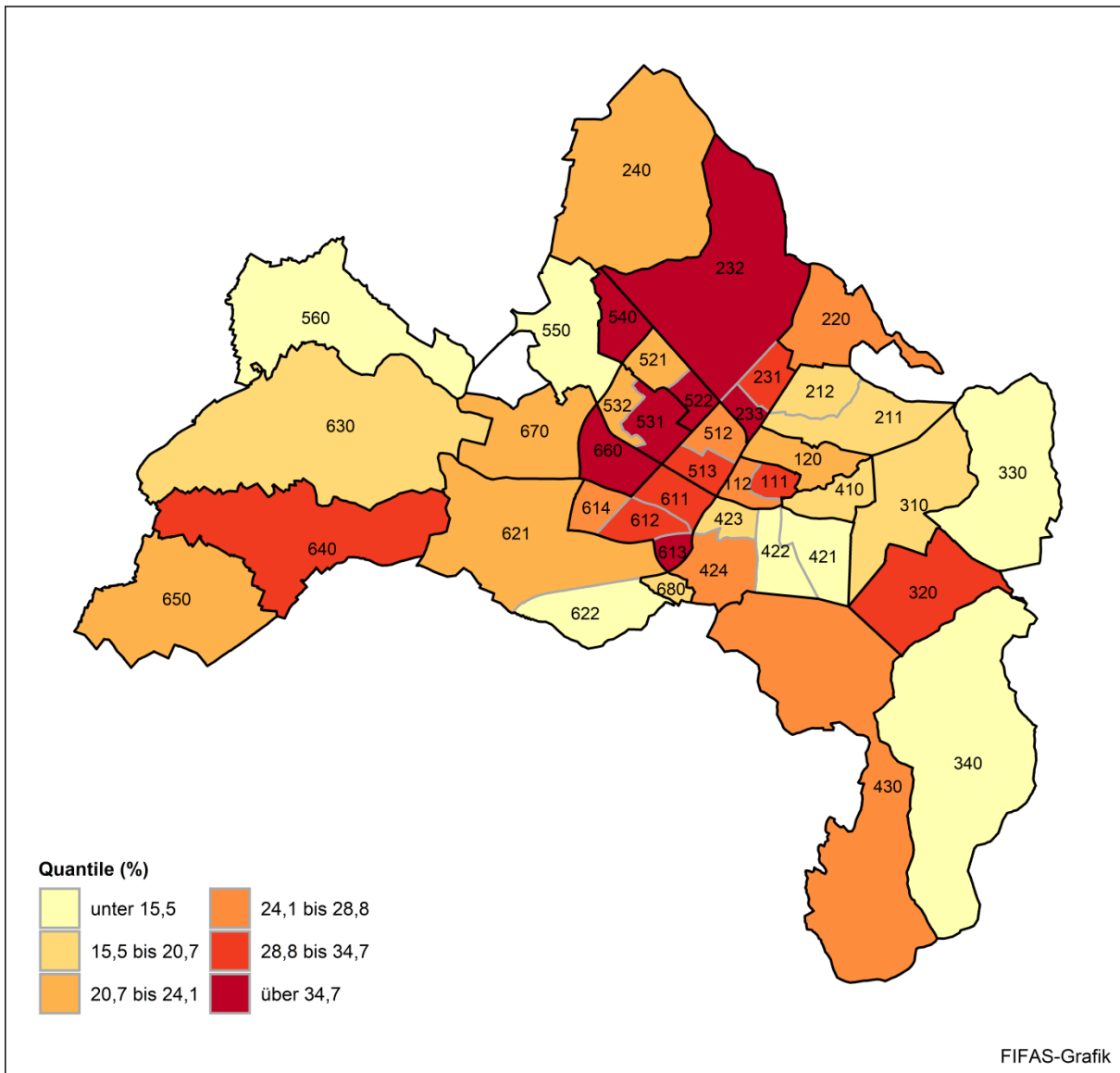
Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zählen ebenfalls zu den Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko. Ihre Armutsgefährdungsquote lag 2019 in Baden-Württemberg bei 29,7%⁵⁹ gegenüber nur 19,1% bei allen Jugendlichen.

In Freiburg hatten 2021 26,3% der unter 18-Jährigen einen persönlichen Migrationshintergrund⁶⁰. In den Stadtbezirken variieren die Anteile extrem stark und liegen zwischen 7,6% in Waltershofen und 80,5% in Brühl-Industriegebiet ($SD = 13,4\%$) (Tabelle 3, Karte 6). Stadtbezirke mit besonders hohen Anteilen an Minderjährigen mit Migrationshintergrund sind Haslach-Schildacker, Landwasser, Weingarten und Brühl-Beurbarung. Sehr geringe Anteile weisen, neben Waltershofen, auch Ebnet (9,5%), Lehen (10,0%), Mittel- und Oberwiehre (10,7% bzw. 11,2%) sowie Kappel (11,9%) auf.

⁵⁸ Dieser starke Anstieg dürfte mit den hohen Flüchtlingszahlen im Jahr 2015 zu tun haben, da sich in Haslach-Schildacker in der Lörracherstraße die LEA (Landeserstaufnahmeeinrichtung) für Geflüchtete befindet, in der zeitweise mehr als 900 Personen untergebracht waren.

⁵⁹ Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021), S. 15.

⁶⁰ Vergleichszahlen für Baden-Württemberg liegen nur für den erweiterten Migrationshintergrund vor, also nicht nur bei persönlicher Migrationserfahrung. Für Deutschland waren keine Zahlen verfügbar.

Karte 6: Anteil Migrant*innen an den unter 18-Jährigen in den Stadtbezirken Freiburgs 2021

Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

Seit 2006 ist der Anteil der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund an allen Minderjährigen von 20,9% auf 26,3% (2021) gestiegen. In den Stadtbezirken gab es jedoch sehr viel stärkere Veränderungen. So sind aufgrund der großen Zahl von Flüchtlingen, die um das Jahr 2015 nach Freiburg gekommen sind, in den Stadtbezirken, in denen sich große Unterkünfte befinden, z.T. sprunghafte Anstiege zu verzeichnen. In Haslach-Schildacker lag der Anteil 2006 bei 38,3%, stieg dann 2015 auf 85,2% und hat sich seitdem wieder auf 55,2% (2021) verringert.

Große Schwankungen sind auch in Altstadt-Mitte (2006: 23,3%, 2015: 53,4%, 2021: 33,9) und Brühl-Industriegebiet (2006: 54,4%, 2015: 80,4%, 2021: 80,5%) zu verzeichnen. Sehr geringe Veränderungen gab es jedoch in Stadtbezirken wie der Oberwiehre, wo der Anteil lediglich um drei Prozentpunkte variierte (2017: 8,0%, 2021: 11,2%).

Die Stadtbezirke mit hohen Anteilen an Minderjährigen mit Migrationshintergrund decken sich zum größten Teil mit den Gebieten mit Armutsgefährdung (gemessen über den Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften), die Korrelation beträgt $r = 0,85$.

2.1.3. Bildung

Von Armut betroffene Kinder und Jugendliche haben häufiger als andere problematische Bildungsbio- grafien, was sich wiederum auf die weiteren Entwicklungs- und Teilhabechancen auswirkt. Zu diesem Bereich lassen sich folgende auf Stadtbezirksebene differenzierte Indikatoren für Freiburg finden.

Indikator	Beschreibung	räumliche Differenzierung	Jahr
Kita-Plätze für unter 3-Jährige	Plätze in Kindertagesstätten für unter 3-Jährige je Kind 0-3 Jahre	42 Stadtbezirke	2020
Kita-Plätze für 3-6-Jährige	Plätze in Kindertagesstätten für 3-unter 6-Jährige je Kind 3-6 Jahre	42 Stadtbezirke	2020
Anteil der Gymnasiast*innen	Anteil der Gymnasiast*innen an allen Schülern der Klassen 5-10	42 Stadtbezirke	2017/2018

Betreuung von Kindern

Die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten (Kitas) und in Form von Nachmittagsbetreuung in Schulen ist mit einem „positiven Effekt [...] auf die Alltagsfertigkeiten, die Motorik, die sozialen Kompetenzen sowie die Sprache der Kinder“⁶¹ verbunden. Zudem kann sie den Eltern die Möglichkeit zur Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit eröffnen und damit zur Verbesserung der monetären Lage beitragen.

Für die Freiburger Stadtbezirke liegen die Versorgungsquoten mit Kita-Plätzen für die Vorschulkinder von unter 3 Jahren, 3 bis unter 6 Jahren sowie 0 bis unter 6 Jahren vor. Zudem gibt es vom Gemeinderat beschlossene Zielvorgaben, die auf den fortlaufenden Analysen und Bedarfsprognosen der Kindertagesstättenbedarfsplanung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie (AKI) beruhen. So soll aktuell für 54% der Kinder von 0 bis unter 3 Jahren ein Kita-Platz zur Verfügung stehen und für 103% der 3 bis unter 6-Jährigen⁶².

An dieser Stelle kann lediglich aufgezeigt werden, wie sich die Versorgungsquote in den Stadtbezirken darstellt und in welchem Maß die Zielvorgaben erreicht werden. Für detailliertere Analysen und Hintergründe sei auf die Berichte der o.g. Kindertagesstättenbedarfsplanung verwiesen.

Die Versorgungsquote setzt die Zahl der vorhandenen Plätze in Relation zu der Zahl der Kinder im jeweiligen Gebiet. Wie groß der Anteil der Kinder in einem Stadtbezirk ist, die tatsächlich betreut werden, lässt sich daraus nur mit gewisser Unschärfe ablesen, da ein Teil der Kita-Plätze von Kindern aus anderen Stadtbezirken belegt wird.

Kita-Versorgungsquoten der unter 3-Jährigen

Für die unter 3-Jährigen ist aktuell eine Versorgungsquote von 54% vorgesehen, d.h. dass rechnerisch für 54% der Kinder im Stadtgebiet ein U3-Platz in einer Kindertagesstätte vorhanden sein sollte. Im Jahr 2020 lag die tatsächliche Quote für die Gesamtstadt bei 43% (Tabelle 4, Datenquelle: * FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

** Stadt Freiburg – Amt für Schule und Bildung (2020): Schulentwicklungsbericht 2020, Freiburg

Karte 7), d.h. die Zielvorgabe wurde bisher nicht erreicht. Freiburg lag damit aber deutlich über dem Durchschnitt für Baden-Württemberg von 25,3%⁶³ und auch über dem Bundesdurchschnitt von 35,0%⁶⁴.

⁶¹ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2015), S. 413.

⁶² Siehe Gemeinderatsbeschluss G-20/095 vom 10.11.2020 und zuletzt G-21/116 vom 22.6.2021.

⁶³ <https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/Kindbetreuung/KJH-u3-KEKP.jsp> [abgerufen am 21.6.2021].

⁶⁴ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/09/PD21_449_225.html [abgerufen am 21.6.2021].

In den Stadtbezirken bewegt sich die Versorgungsquote von 10% bis zu 219%. Lediglich 12 der 42 Stadtbezirke erfüllen die Zielvorgabe von 54% oder liegen darüber. In fünf Stadtbezirken stehen für weniger als 20% der dort wohnenden Kinder unter drei Jahren Kita-Plätze zur Verfügung; in Brühl-Beurbarung, Neuburg, Unterwiehre-Süd, Tiengen und Haslach-Schildacker. In Altstadt-Ring und Brühl-Industriegebiet⁶⁵ sind rechnerisch sogar mehr U3-Kita-Plätze verfügbar, als dort Kinder in dieser Altersgruppe leben.

Selbstverständlich bedeutet eine niedrige Versorgungsquote in einem Gebiet nicht automatisch eine Unterversorgung. Z.T. können Bedarfe auch in nahegelegenen Kitas gedeckt werden, die in benachbarten Stadtbezirken liegen.

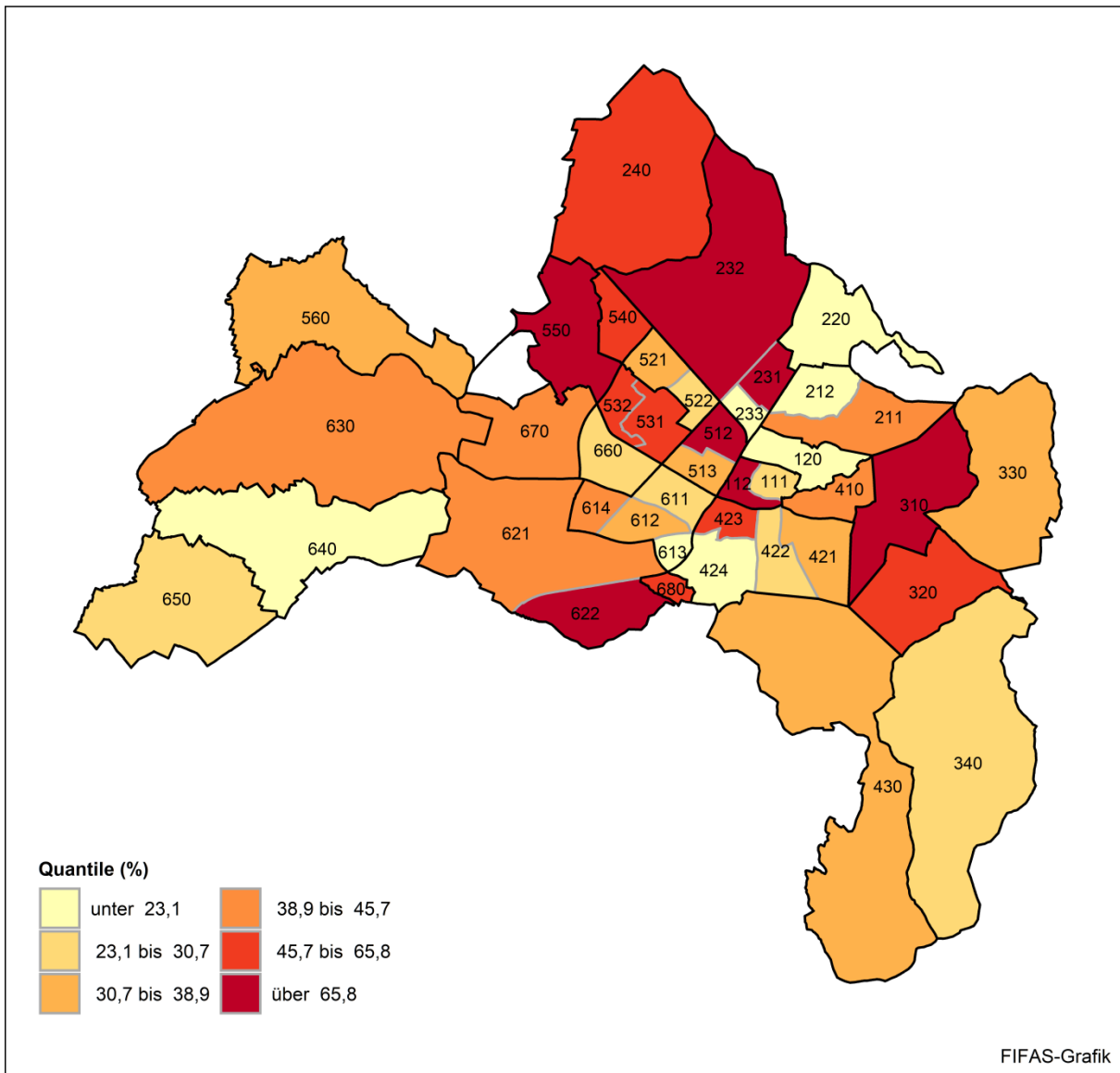
⁶⁵ Dabei muss berücksichtigt werden, dass in Brühl-Industriegebiet lediglich 32 Kinder unter 3 Jahren leben.

Tabelle 4: Indikatoren zum Bereich „Bildung“ in den Stadtbezirken Freiburgs

Stadtteil	Stadtbezirk	U3-Plätze je Kinder 0 bis unter 3 Jahre 2020*	Ü3-Plätze je Kinder 3 bis unter 6 Jahre 2020*	Anteil Gymnasiast*innen an Schülern der Klassen 5-10 2017/18**	
11	111	Altstadt-Mitte	31%	83%	72,5%
	112	Altstadt-Ring	109%	296%	54,4%
12	120	Neuburg	15%	109%	71,1%
21	211	Herdern-Süd	45%	89%	77,2%
	212	Herdern-Nord	20%	57%	84,2%
22	220	Zähringen	21%	119%	62,1%
23	231	Brühl-Güterbahnhof	90%	203%	36,6%
	232	Brühl-Industriegebiet	219%	43%	7,0%
	233	Brühl-Beurbarung	10%	47%	37,5%
24	240	Hochdorf	47%	112%	41,6%
31	310	Waldsee	71%	111%	70,5%
32	320	Littenweiler	46%	131%	36,8%
33	330	Ebnet	35%	180%	75,8%
34	340	Kappel	24%	92%	61,8%
41	410	Oberau	40%	77%	63,8%
42	421	Oberwiehre	33%	88%	80,7%
	422	Mittelwiehre	25%	129%	79,7%
	423	Unterwiehre-Nord	60%	130%	74,6%
	424	Unterwiehre-Süd	17%	132%	52,1%
43	430	Günterstal	31%	119%	71,9%
51	512	Stühlinger-Eschholz	77%	259%	49,5%
	513	Alt-Stühlinger	34%	122%	34,9%
52	521	Mooswald-West	36%	235%	66,3%
	522	Mooswald-Ost	28%	45%	42,7%
53	531	Betzenhausen-Bischofslinde	54%	85%	42,1%
	532	Alt-Betzenhausen	64%	158%	69,4%
54	540	Landwasser	56%	111%	26,7%
55	550	Lehen	80%	136%	72,6%
56	560	Waltershofen	31%	97%	71,3%
57	570	Mundenhof	-	-	-
61	611	Haslach-Egerten	27%	76%	31,0%
	612	Haslach-Gartenstadt	39%	134%	27,7%
	613	Haslach-Schildacker	19%	0%	33,3%
	614	Haslach-Haid	43%	121%	37,6%
62	621	St. Georgen-Nord	43%	144%	60,6%
	622	St. Georgen-Süd	69%	114%	80,8%
63	630	Opfingen	40%	138%	46,7%
64	640	Tiengen	19%	134%	51,1%
65	650	Munzingen	30%	87%	41,4%
66	660	Weingarten	29%	110%	16,5%
67	670	Rieselfeld	40%	165%	58,0%
68	680	Vauban	58%	226%	72,1%
Gesamtstadt			43%	124%	50,3%
Standardabweichung			35%	58%	19,4%
Zielvorgabe			54%	103%	-

Datenquelle: * FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

** Stadt Freiburg – Amt für Schule und Bildung (2020): Schulentwicklungsbericht 2020, Freiburg

Karte 7: Versorgungsquote 0-3-Jährige (U3-Kita-Plätze je Kind) in den Stadtbezirken Freiburgs 2020

Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

Die Versorgungsquote mit Plätzen in Kindertagesstätten konnte in den letzten Jahren von 37,0% im Jahr 2016 auf 43,0% im Jahr 2020 gesteigert werden. Eine besonders große Steigerung hat der Stadtbezirk Brühl-Industriegebiet zu verzeichnen, hier stieg sie von 127,3% (2016) auf 218,8% in 2020, wobei dabei berücksichtigt werden muss, dass dort nur 32 Kinder dieser Altersgruppe leben. Auch in Lehen wurde offenbar das Angebot sehr stark ausgebaut, sodass die Quote von 25,0% (2015) auf 80,4% (2020) anstieg. Das Gleiche gilt für Landwasser, wo sie sich von 23,6% in 2017 auf 56,5% in 2020 mehr als verdoppelt hat.

Ein deutlicher Rückgang der Versorgungsquote von 47,6% in 2014 auf 12,5% in 2015 ist in Haslach-Schildacker zu verzeichnen. Mittlerweile liegt sie dort bei 18,9% (2020). Der Grund dafür dürfte in der starken Zunahme der Anzahl von unter Dreijährigen im Stadtbezirk durch den Flüchtlingszuzug im Jahr 2015 in die dortige Sammelunterkunft (LEA) liegen.

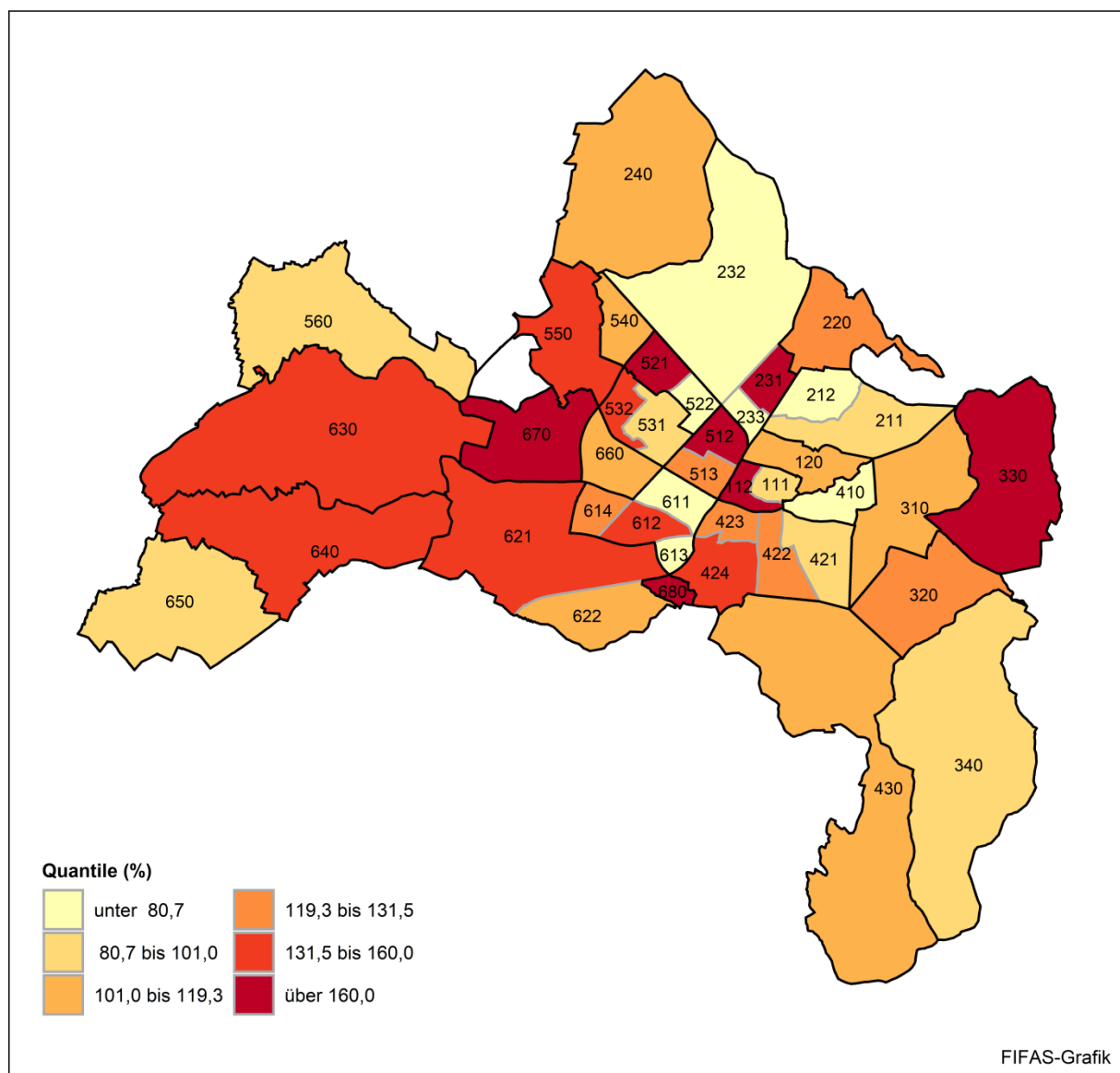
Kita-Versorgungsquoten der 3- bis unter 6-Jährigen

Für die Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen hat der Freiburger Gemeinderat eine Versorgungsquote mit Ü3-Kita-Plätzen von 103% vorgegeben, die mittlerweile für die Gesamtstadt sogar deutlich übertroffen wird. 2020 waren für jedes Kind in diesem Alter 1,24 Ü3-Kita-Plätze verfügbar, die Versorgungsquote lag also bei 124% (Tabelle 4, Karte 8).

Damit lag Freiburg deutlich über dem Landesdurchschnitt im Jahr 2020 von 93,9% und dem Bundesdurchschnitt von 95,5%⁶⁶.

Allerdings ist die Situation in den Stadtbezirken unterschiedlich, die Quoten variierten 2020 zwischen 0% und 296%. 14 Stadtbezirke lagen unter der Zielvorgabe von 103%, vier Bezirke sogar unter 50% (Haslach-Schildacker, Brühl-Industriegebiet, Mooswald-Ost und Brühl-Beurbarung).

Karte 8: Versorgungsquote 3-6-Jährige (Ü3-Kita-Plätze je Kind) in den Stadtbezirken Freiburgs 2020



Datenquelle: FR.ITZ online, Stadt Freiburg i.Br., Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement

Auch die Versorgungsquote mit Kitaplätzen für 3- bis unter 6-Jährige konnte in den letzten Jahren in Freiburg etwas gesteigert werden und stieg von 114,4% in 2015 auf 123,7% in 2020. In einigen

⁶⁶ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/09/PD21_449_225.html [abgerufen 21.6.2022].

Stadtbezirken ist eine sehr deutliche Steigerung zu verzeichnen. In Mooswald-West lag sie 2013 noch bei 151,9% und mittlerweile bei 234,5% (2020). In Stühlinger-Eschholz stieg sie von 179,1% in 2015 auf 258,7% in 2020. In Littenweiler war 2016 ein Tiefststand von 86,6% erreicht und 2018 das Maximum von 153,3% (2020: 131,2%). In Kappel war seit 2014 (113,8%) eine kontinuierliche Steigerung auf nunmehr 180,0% (2020) zu verzeichnen.

Im Altstadt-Ring sank sie hingegen von 360,0% in 2014 auf 292,9% im Folgejahr, mittlerweile liegt sie bei 295,8%.

Weiterführende Schulen: Anteil der Gymnasiast*innen an allen Schüler*innen der Klassen 5-10

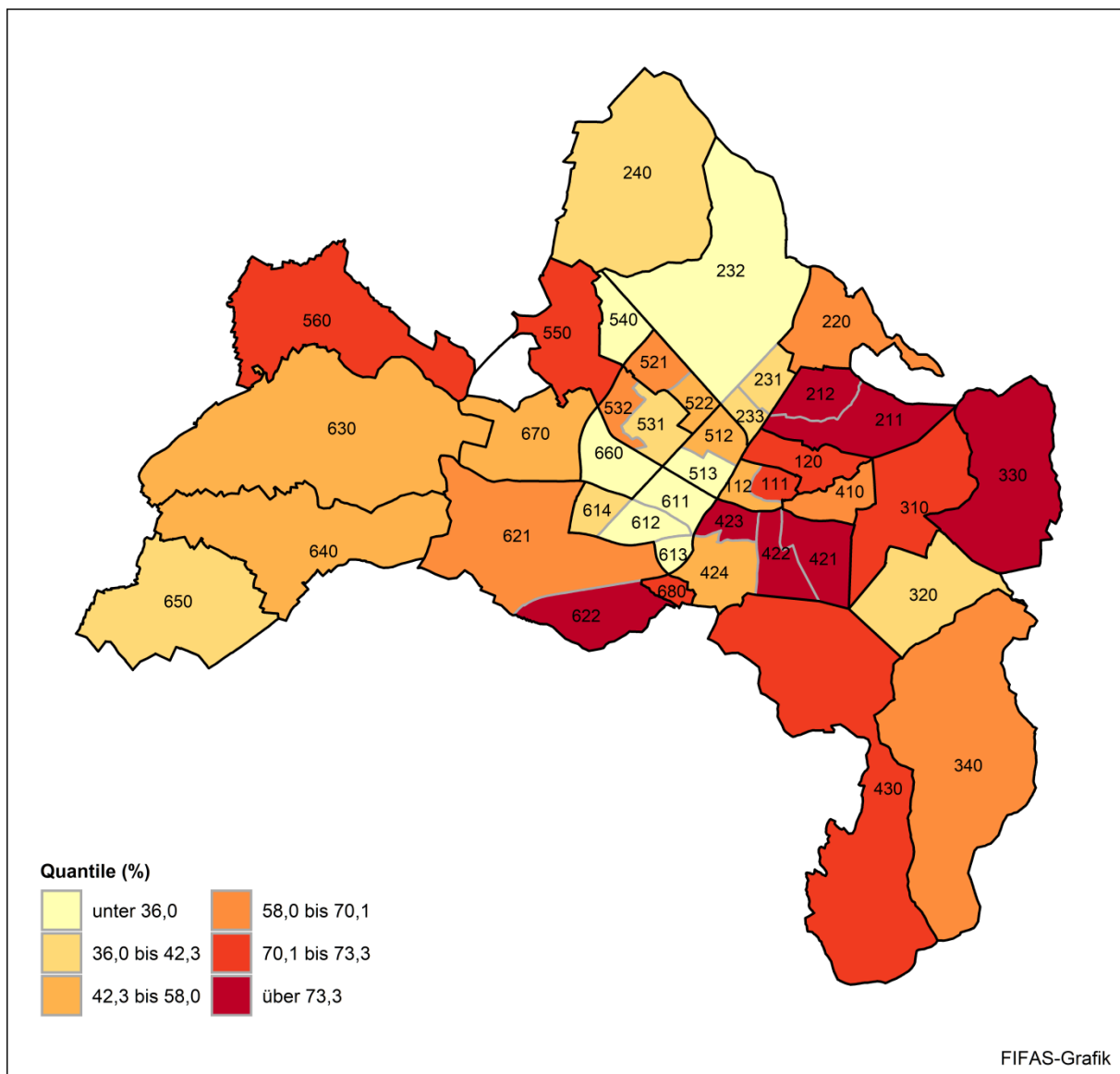
Sozialräumliche Unterschiede zeigen sich ebenfalls, wenn man die Schularten betrachtet, die von den Schüler*innen der Klassenstufen 5-10 in den Stadtbezirken besucht werden. In Deutschland wird – verstärkt seit den PISA-Studien – schon seit Langem der starke Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg kritisiert. Dieser Zusammenhang zeigt sich auch in Freiburg insofern, als der Anteil an Gymnasiast*innen an den Schüler*innen der Klassen 5-10 in den Stadtteilen besonders hoch ist, in denen ein vergleichsweise geringes Armutsrisiko besteht⁶⁷.

In der Stadt Freiburg besuchten im Schuljahr 2017/2018 50,3% der 5. bis 10. Klässler*innen ein Gymnasium⁶⁸. In den Stadtbezirken variiert der Gymnasiast*innenanteil jedoch enorm, von 7,0% in Brühl-Industriegebiet bis 84,2% in Herdern-Nord. Sehr niedrige Quote von unter 30% weisen noch die Stadtbezirke Weingarten, Landwasser und Haslach-Gartenstadt auf, besonders hohe Quoten von über 80% finden sich auch in der Oberwiehre und in St. Georgen-Süd (Tabelle 4, Karte 9).

⁶⁷ Gemessen als Anteil der Minderjährigen in Familien mit SGB II-Bezug, Korrelation $r = -0,90$.

⁶⁸ Stadt Freiburg i.Br. – Amt für Schule und Bildung (2020): Schulentwicklungsbericht 2020 der Stadt Freiburg, Freiburg i.Br., S. 49. Neuere Daten lagen nicht vor.

Karte 9: Anteil der Schüler*innen der Klassen 5-10, die ein Gymnasium besuchten, in den Freiburger Stadtbezirken 2017/18



Datenquelle: Stadt Freiburg – Amt für Schule und Bildung (2020): Schulentwicklungsbericht 2020, Freiburg

2.1.4. Soziale Integration und Teilhabe

(Teilhabe-)Armut bezieht sich auch auf den Lebensbereich soziale Integration und Teilhabe. So wurden in verschiedenen Studien Einschränkungen von armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen in ihren sozialen Beziehungen, ihren Freizeitaktivitäten oder ihrer gesellschaftlichen und politischen Teilhabe aufgezeigt⁶⁹. Dieser Bereich wird nicht durch die amtliche Statistik abgedeckt⁷⁰, sodass man auf Daten aus repräsentativen Umfragen angewiesen ist. Für Freiburg wurden 2019 die Freizeitaktivitäten und die Mitbestimmungsmöglichkeiten und -wünsche von 12-18-Jährigen im Freiburger Jugendsurvey erhoben⁷¹. Die Ergebnisse wurden zwar räumlich differenziert dargestellt, jedoch nur auf Ebene der sechs

⁶⁹ S. z.B. Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021), S. 53ff. Weitere Quellen: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2015), S. 461ff; Antes, W.; Gaedcke, V. (2020): Jugendstudie Baden-Württemberg 2020; Baltmannsweiler; Albert, M.; Hurrelmann, K.; Quenzel, G. (2019): Jugend 2019. 18. Shell-Jugendstudie, Hamburg.

⁷⁰ In gewissem Maße sind die im Bereich „Bildung“ (Kap. 2.1.3.) betrachteten Kita-Versorgungsquoten relevant, da ein Kita-Besuch auch die soziale Integration und Teilhabe fördern kann.

⁷¹ Post, I.; Reinders, H. (2019): Jugendsurvey 2019 der Stadt Freiburg im Breisgau, Freiburg.

Stadtgebiete Freiburgs („Ein-Steller“)⁷². Da in den Stadtgebieten z.T. sozialstrukturell sehr unterschiedliche Stadtbezirke anhand ihrer geografischen Lage zusammengefasst sind, ist diese Betrachtungsebene für sozialräumliche Analysen ungeeignet. Andere Datenquellen für Indikatoren für die soziale Integration und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in den Freiburger Stadtbezirken liegen leider nicht vor.

2.1.5. Gesundheit

Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015 konstatiert einen prägenden Einfluss des sozioökonomischen Status der Familie auf die gesundheitliche Entwicklung der Kinder⁷³, der in zahlreichen Studien (u.a. dem KiGGS⁷⁴ – „Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland“) belegt werden konnte. Neben diesen Studien liefert auch die Gesundheitsberichterstattung des Bundes eine Fülle von Daten und Indikatoren zur Gesundheit und dem Gesundheitsverhalten der Bevölkerung.

Leider liegen für Freiburg keine aussagekräftigen Indikatoren für diesen Bereich in der benötigten Differenzierung von Stadtbezirken bzw. Stadtteilen vor.

2.1.6. Zusammenfassende Betrachtung der Situation in den Stadtbezirken

Im Folgenden werden die analysierten Sozialindikatoren nochmals im Überblick dargestellt. In der Abbildung 1 ist farblich markiert, welche Ausprägung ein Indikator in dem jeweiligen Stadtbezirk hat. Dabei bedeutet dunkelrot, dass der Stadtbezirk zu den sieben Stadtbezirken mit den höchsten Werten und dunkelgrün, dass er zu den sieben mit den niedrigsten zählt (Quantile mit sechs Stufen: Sextile). Die Zwischenstufen werden über die farbliche Schattierung abgebildet. Die Eingruppierung der Stadtbezirke in sechs Quantile entspricht der in diesem Kapitel abgebildeten Karten verwendeten.

Für die drei ganz rechts auf der x-Achse abgebildeten Indikatoren zum Bereich „Bildung“ (Anteil Gymnasiast*innen Kl. 5-10, Versorgungsquoten Kita 0-3 J. und 3-6 J.) wurde das Farbspektrum umgekehrt, da hier – im Gegensatz zu den anderen Indikatoren – ein *niedriger* Wert auf Bedarfslagen hindeutet und mit rot gefärbt wurde.

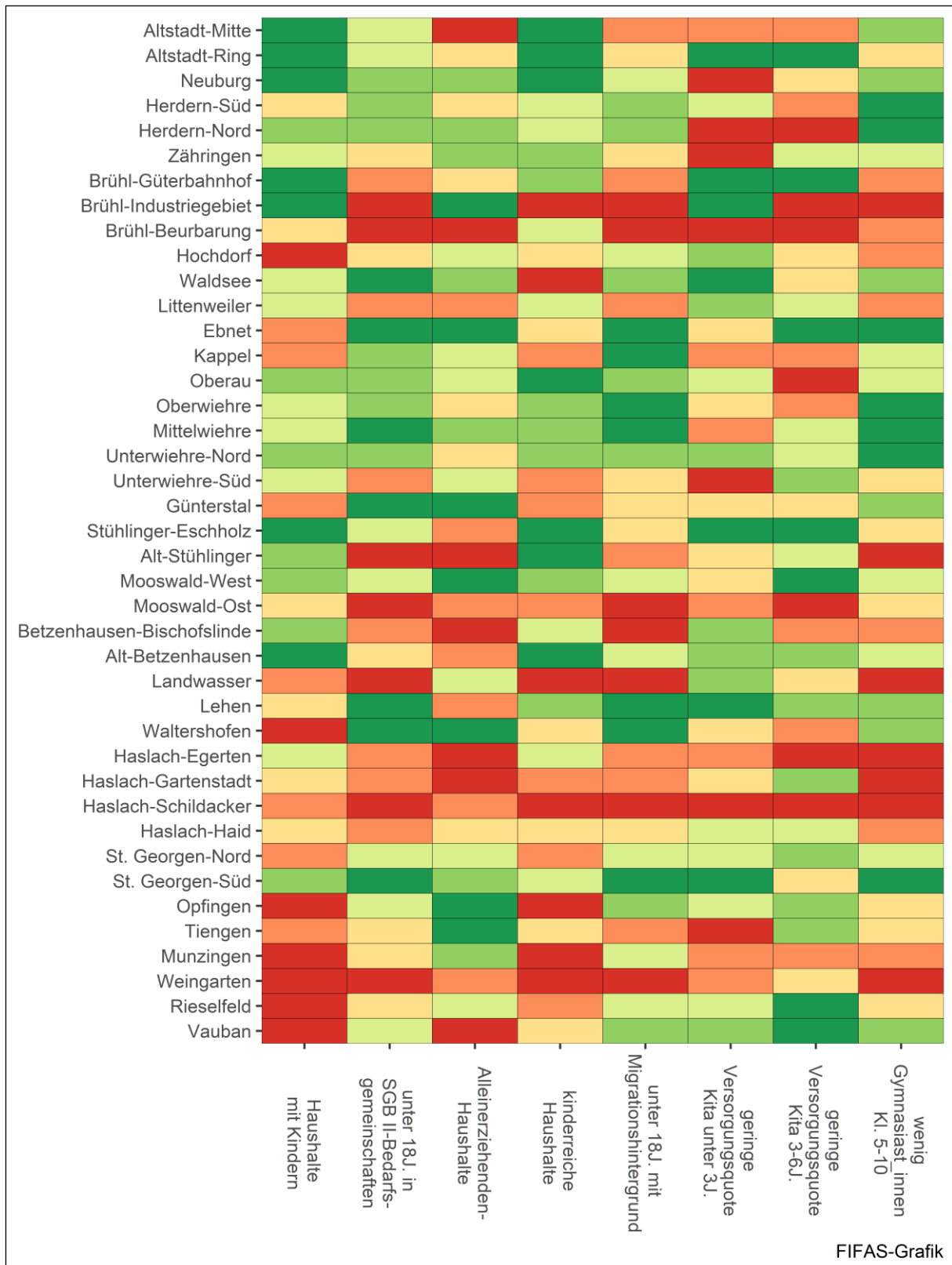
An dieser Stelle muss nochmals betont werden, dass die hier dargestellten Indikatoren nur einen Teilbereich der Fragestellung – die sozialräumliche Verteilung von (Teilhabe-)Armut von Kindern, Jugendlichen und deren Familien im Stadtgebiet – abdecken und die Auswahl der Daten vor allem durch deren Verfügbarkeit bestimmt wurde. Und ein hoher Wert eines Stadtbezirks bei einem Indikator bedeutet nicht zwangsläufig eine Problemlage mit Handlungsbedarf. Z.B. haben alleinerziehende oder kinderreiche Haushalte zwar ein erhöhtes Armutsrisiko, es kann aber auch einzelne Stadtbezirke mit relativ vielen kinderreichen Haushalten geben, die überwiegend ein *hohes* Einkommen haben. Ggf. sind also vertiefende Recherchen und Analysen ratsam, bevor Maßnahmen erwogen werden.

⁷² Vgl. ebd., S. 17. Für die räumliche Gliederung der Stadt s. https://fritz.freiburg.de/pdf_grafiken/karte_stat_bez_1-1-19-HOCH.pdf.

⁷³ Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2015), S. 439.

⁷⁴ <https://www.kiggs-studie.de>

Abbildung 1: Zusammenfassende Darstellung der Sozialindikatoren in den Stadtbezirken (Quantile)



Farbskala: dunkelgrün = 1. Quantil ... dunkelrot = 6. Quantil (Sextile); alle Indikatoren sind Anteilswerte

Im Ergebnis zeigt sich, dass es Stadtbezirke mit kumulierten Problemlagen gibt. So gehört Weingarten zu den sieben Stadtbezirken (6. Quantil) mit den höchsten Anteilen an Haushalten mit Kindern und gleichzeitig zu denen mit den höchsten Anteilen an unter 18-Jährigen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, kinderreichen Haushalten (drei Kinder und mehr) und Minderjährigen mit Migrationshintergrund. Der

Anteil der 5.-10.-Klässler*innen, die das Gymnasium besuchen, ist gering, auch bei den anderen Indikatoren liegt der Stadtbezirk im „roten“ oder zumindest „orangen“ Bereich.

Ähnliche Muster mit einer Häufung von z.T. weit unterdurchschnittlich ausgeprägten Indikatoren zeigen sich auch für die Stadtbezirke Brühl-Industriegebiet und Brühl-Beurbarung, Haslach-Schildacker, Haslach-Gartenstadt, Haslach-Egerten, Mooswald-Ost und Landwasser.

Auf der anderen Seite finden sich Stadtteile wie die Wiehre, die bei der Mehrzahl der Indikatoren Spitzenplätze besetzen. Es gibt dort relativ wenig Kinderhaushalte, kaum Armutsgefährdung (gemessen als SGB II-Bezug der Familien), wenig Alleinerziehende oder kinderreiche Familien, einen geringen Migrant*innenanteil unter den Minderjährigen und einen hohen Anteil Schüler*innen der Sekundarstufe I, die ein Gymnasium besuchen.

Es gibt auch eine Reihe von Stadtbezirken, die nur bei einzelnen Indikatoren ungünstige Werte aufweisen. Daraus ergeben sich Hinweise auf möglichen Handlungsbedarf, die weiter vertieft werden müssten.

2.2. Erhebung der Freiburger Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut

Eine wichtige Grundlage für die Etablierung eines Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut ist die Kenntnis der vorhandenen Angebote, Akteur*innen und Strukturen. In einer Großstadt wie Freiburg mit rd. 227.000 Einwohnern ist die Angebotslandschaft vielfältig und auch für Fachkräfte schwer zu überblicken. Zur effizienten Erfassung der relevanten Angebote wurde in der Zeit vom 27.6.2022 bis 10.10.2022 eine Online-Abfrage bei den Anbietern bzw. Trägern durchgeführt.

Zusätzlich wurden Listen mit bereits bekannten Angeboten, die bei der Stadt Freiburg vorlagen, gesondert in einer Datenbank erfasst und mit den Befragungsdaten zusammengeführt.

Für die Online-Abfrage wurde von FIFAS ein Fragebogenentwurf vorgelegt und mit der Steuerungsgruppe abgestimmt. Einige Anregungen kamen auch von Mitgliedern der Begleitgruppe, die im Nachgang der ersten Sitzung vom 23.5.2022 um Durchsicht des Entwurfs gebeten wurden. Kurz vor Freischaltung wurde die Online-Befragung am 20.6.2022 einem Pretest unterzogen, bei dem durch mehrere Mitarbeitende die Eingabe unter realen Bedingungen auf technische und inhaltliche Probleme geprüft wurde.

Am 27.6.2022 wurden die Leitungskräfte der Träger und relevanten Ämter der Stadtverwaltung mit einer E-Mail durch das Freiburger Amt für Kinder, Jugend und Familie (AKI) zur Beteiligung an der Erhebung eingeladen, die einen Link zur Umfrage enthielt. Dieser Link sollte an die betroffenen Fachexpert*innen weitergeleitet werden, die dann für jedes Angebot einen Fragebogen ausfüllen sollten⁷⁵. Am 2.8.2022 wurde vom AKI zur Steigerung des Rücklaufs eine Erinnerungsmail versandt.

Der Einladungs-E-Mail wurde ein erläuterndes Dokument beigelegt, in dem ausführlich und mit Beispielen hinterlegt beschrieben wurde, welche Angebote zu erfassen seien und über welche Angebote auf anderen Wegen Informationen eingeholt werden konnten. Es sollte sich um frei zugängliche, regelmäßig stattfindende Angebote handeln.

Regulär war in der Einladungsmail als Deadline für das Ausfüllen des Online-Fragebogens der 31.7.2022 angegeben. Da bis zu diesem Zeitpunkt der Rücklauf noch verhalten war, wurde in der

⁷⁵ Eine Druckversion des Fragebogens findet sich im Anhang.

Erinnerungsmail die Rückmeldefrist auf das Ende der Sommerferien in Baden-Württemberg verlängert, also bis zum 10.9.2022. Endgültig offline geschaltet wurde die Online-Abfrage am 10.10.2022.

Nach Bereinigung um doppelte und fehlerhafte Einträge verblieben 67 Angebote, die durch die Online-Erhebung erfasst werden konnten. Weitere 429 Angebote wurden anhand von Listen nacherfasst, die bei der Stadt Freiburg bereits vorhanden waren, sodass insgesamt 496 Einträge vorlagen. Es handelt sich z.T. um Angebote mit mehreren Standorten, so sind etwa die Hälfte der Einträge Kindertagesstätten ($n = 254$). Zählt man jeden Standort eines Angebots einzeln, steigt die Gesamtzahl der Einträge der Datenbank auf 531.

In der erstellten und der Stadt Freiburg übergebenen Datenbank⁷⁶ sind sicherlich nicht alle Angebote in Freiburg erfasst, die der Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut zugerechnet werden können. Dazu ist die Angebotslandschaft in Freiburg zu vielfältig. Zudem macht es der weitgefaste Armutsbegriff schwierig zu entscheiden, welche Angebote einzubeziehen sind. Mit dieser Sammlung ist jedoch ein erster Überblick erstellt, der in der Zukunft sukzessive ergänzt und aktualisiert werden kann.

2.2.1. Ergebnisse der Angebotserhebung

Die folgenden Auswertungen basieren im Wesentlichen auf den Angaben, die in der Online-Abfrage gemacht wurden. Für die Angebote, die aus bei der Stadt vorhandenen Listen nacherfasst wurden, lagen nur wenige der im Fragebogen erhobenen Informationen vor bzw. sie wurden im Nachgang zugeordnet. Dazu zählen die Träger der Angebote, die Lebensphase, auf die das Angebot abzielt, das Handlungsfeld, das es abdeckt (materielle Lage, Bildung, soziale Teilhabe, Gesundheit) sowie der Standort.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass die Angebote in sehr unterschiedlichem Detaillierungsgrad erfasst wurden. Das Spektrum reicht von Nennungen zu verschiedenen Einrichtungen oder Institutionen, die eine ganze Reihe von Angeboten haben (Jugendzentren, Familienzentren, Quartiersbüros etc.) bis hin zu spezifischen Einzelangeboten wie Kursen oder einzelnen Freizeitangeboten. Zudem haben verschiedene Angebote mehrere Standorte in der Stadt, die z.T. nicht im Einzelnen erfasst werden konnten. Die *Anzahl* der erfassten Angebote ist also nur wenig aussagekräftig und interpretierbar. Wenn im Folgenden dennoch über Häufigkeiten berichtet wird, kann es nur darum gehen, Dimensionen und Größenordnungen abzuschätzen.

Die Gliederung der Ergebnisdarstellung folgt im Wesentlichen der Anordnung der Fragen in der Online-Abfrage.

Lebensphase

Die Lebensphase resp. die Altersgruppe, auf die das Angebot vorrangig abzielt, wurde mit folgenden Kategorien erhoben. Eine Mehrfachauswahl war möglich:

- Schwangerschaftsbegleitung
- Krippenalter (0-3 Jahre)
- Kita-Alter (3-6 Jahre)
- Grundschulalter (6-10 Jahre)
- weiterführende Schule (Jugendliche 10-18 Jahre)
- Berufs-(aus-)bildung von Jugendlichen
- Kinder / Jugendliche *aller* Altersgruppen (0-18 Jahre)
- *Eltern* mit Kindern aller Altersgruppen (0-18 Jahre)

⁷⁶ Eine Übersicht über die in der Datenbank enthaltenen Merkmale findet sich im Anhang.

Für die aus vorhandenen Listen erfassten Angebote wurde ebenfalls eine Zuordnung vorgenommen, sodass in der für die Stadt Freiburg erstellten Angebotsdatenbank für fast alle Angebote ein Eintrag vorlag.

Die gewonnenen Informationen, auf welche Lebensphase der Kinder und Jugendlichen mit ihren Familien die Angebote abzielen, werden zur Erstellung der Präventionskette verwendet (s. folgendes Kap. 2.2.2.). Eine Auszählung der Häufigkeit oder des Anteils einzelner Lebensphasenkategorien an dieser Stelle wäre wenig aussagekräftig.

Standort der Angebote

In der Befragung wurde erhoben, an welchen Standorten das Angebot von den Nutzer*innen in Anspruch genommen werden kann. Sofern es an mehreren Standorten angeboten wird, sollten alle Adressen angegeben werden. Bei den aus Listen erfassten Angeboten wurde ebenfalls die Adresse miterfasst. Im Nachgang wurden die Standortadressen der standortgebundenen Angebote den 42 Freiburger Stadtbezirken zugeordnet⁷⁷. Da die Stadtbezirke eine Untergliederung der 28 Stadtteile darstellen, kann eine Auswertung auch auf dieser Ebene stattfinden. Über die sozialräumliche Verteilung der Angebote wird gesondert im Kap. 2.2.3. berichtet.

Bei der Online-Befragung wurde für die genannten 47 standortgebundenen Angebote⁷⁸ nachgefragt, wie wichtig es ist, das Angebot mit mehreren Standorten wohnortnah in den Stadtgebieten vorzuhalten. Fast drei Viertel der Nennungen (34 von 47) lauteten, dass das „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ sei, die restlichen 13 schätzten das als „eher unwichtig“ oder „überhaupt nicht wichtig“ ein. Dass eine wohnortnahe Versorgung derzeit in einem hohen Grad realisiert ist, wurde aber nur für 10 Angebote angegeben. Dass sie teilweise realisiert ist und eine Ausweitung der Standorte wünschenswert wäre, wurde 17-mal genannt, dass die Wohnortnähe unzureichend oder gar nicht realisiert ist, 7-mal.

Als Nachfrage wurde für die Angebote, bei denen die Wohnortnähe als wichtig eingeschätzt wurde, um Angabe der Stadtteile gebeten, die besonders unterversorgt sind. Hierzu wurden für nur sechs Angebote Angaben gemacht, sodass keine sinnvolle Auswertung möglich ist.

Geschlechtsspezifische Angebote

Unter den in der Online-Erhebung genannten und aus vorhandenen Listen erfassten Angeboten waren lediglich sechs, für die angegeben wurde bzw. anzunehmen ist, dass sie geschlechtsspezifisch sind. Dazu zählen eine Beratungsstelle für Mädchen und junge Frauen und die Kontaktstelle Frau und Beruf. Eine quantitative Auswertung dieser Frage ist deshalb derzeit nicht sinnvoll. Es ist anzunehmen, dass es sehr viel mehr geschlechtsspezifische Angebote in Freiburg gibt, die aber durch die Erhebung nicht erfasst wurden bzw. in übergeordneten Angebotsnennungen mit enthalten sind.

Zuordnung der Angebote zu Lebenslagen

Die Einkommensarmut von Familien kann mit vielfältigen Benachteiligungen in den kindlichen Lebenslagen bzw. -bereichen verbunden sein (vgl. Kap. 1.1.). In der Befragung wurde deshalb erhoben, welchem Bereich das jeweilige Angebot *schwerpunktmäßig* zugeordnet werden kann. Die Vorgaben im Fragebogen waren:

⁷⁷ Die Zuordnung erfolgte sogar auf der noch kleinräumigeren Ebene der statistischen Bezirke („4-Steller“), die für die weiteren Analysen jedoch nicht benötigt wurde.

⁷⁸ Bei den 20 nicht-standortgebundenen Angeboten handelt es sich um mobile bzw. aufsuchende Angebote, Verzeichnissen von Angeboten u.Ä.

- materielle Lage (Einkommen, Versorgung mit materiellen Grundgütern wie Wohnen, Nahrung, Kleidung)
- Bildung (Bildungschancen und -ungleichheiten)
- soziale Integration und Teilhabe (Freizeitaktivitäten, soziale Beziehungen, Beteiligung etc.)
- Gesundheit (Vorsorge, Ernährung, Bewegung etc.)

Bei den aus Listen erfassten Angeboten wurde diese Zuordnung ebenfalls vorgenommen, sodass für nahezu alle Einträge eine Information vorlag.

Selbstverständlich können Angebote auch in mehreren Bereichen eine Unterstützung sein. Z.B. hat ein pädagogisch begleitetes Freizeitangebot einen Bildungsaspekt (etwa hinsichtlich Spracherwerb), gleichzeitig wird dadurch aber auch die soziale Integration und Teilhabe gefördert. Aus diesem Grund gab es auch bei der Online-Abfrage die Möglichkeit, mehrere Bereiche anzukreuzen.

Die weit überwiegende Zahl der derzeit erfassten 531 Angebote kann den Bereichen soziale Integration und Teilhabe (92%, Tabelle 5) und Bildung (73%) zugeordnet werden⁷⁹. Nur ein relativ kleiner Teil zielt auf den Gesundheitsbereich (11%) und die materielle Lage der Zielgruppen (9%).

Tabelle 5: Welchen Lebenslagen sind die Angebote zuzuordnen?

	Anzahl	Anteil
Materielle Lage	46	9%
Bildung	388	73%
Soziale Integration und Teilhabe	490	92%
Gesundheit	60	11%

Mehrfachantworten möglich, addiert sich nicht auf 100%, 100% = 531 Angebote (einzelne Standorte)

Da fast die Hälfte der erfassten Angebote aus den 254 Kitas in der Stadt Freiburg besteht, wird die Verteilung dadurch stark beeinflusst⁸⁰. Deshalb wurde eine weitere Auszählung ohne sie vorgenommen (Tabelle 6). Es zeigt sich erwartungsgemäß, dass der Bereich Bildung dann ein deutlich geringeres Gewicht hat. Nur noch knapp die Hälfte (48%) der verbliebenen Angebote ist ihm zuzurechnen. Immer noch 85% der Angebote haben die soziale Integration und Teilhabe der Nutzer*innen zum Ziel, der Anteil der Bereiche materielle Lage (17%) und Gesundheit (22%) liegt bei dieser Betrachtung deutlich höher.

Tabelle 6: Welchen Lebenslagen sind die Angebote zuzuordnen? – Ohne Kitas

	Anzahl	Anteil
Materielle Lage	46	17%
Bildung	134	48%
Soziale Integration und Teilhabe	236	85%
Gesundheit	60	22%

Mehrfachantworten möglich, addiert sich nicht auf 100%, 100% = 277 Angebote (einzelne Standorte, ohne Kitas)

Nutzer*innen der Angebote

Ein ganzer Fragenblock der Online-Abfrage bezog sich auf die Nutzer*innen der Angebote.

Erwartungsgemäß variiert die Anzahl der Nutzer*innen im Jahr sehr stark und hängt von der Art des Angebots ab. Das Spektrum der Angaben in der Erhebung reicht von 8.000 Nutzer*innen der

⁷⁹ Für die Auswertung wurde jeder Standort eines Angebots einzeln gezählt, sodass deren Gesamtzahl 531 beträgt.

⁸⁰ Alle Kitas wurden den Bereichen „Bildung“ und „Soziale Integration und Teilhabe“ zugeordnet.

Schulsozialarbeit der Caritas in den von ihr abgedeckten Schulen⁸¹ und 6.000 Nutzer*innen der Freiburger FamilienCard bis zu 10 Nutzer*innen bzw. Teilnehmenden einer Elterngruppe. Eine detaillierte Betrachtung der Nutzer*innenzahlen für einzelne Angebote ist an dieser Stelle nicht sinnvoll, kann aber im weiteren Projektverlauf nützlich sein, wenn es z.B. um das Schließen von Angebotslücken geht.

In der Befragung wurde nachgefragt, ob die Corona-Pandemie (seit 2020) Auswirkungen auf die Nutzer*innenzahlen hatte. 15 der 67 genannten Angebote wurden erst nach der Pandemie gestartet, für 22 (45% der restlichen) wurde angegeben, dass die Nutzer*innenzahlen etwas oder sogar stark abgenommen haben, bzw. sie gar nicht angeboten werden konnten. Bei 18 Angeboten (39%) haben die Zahlen jedoch sogar etwas oder stark zugenommen, bei 9 Angeboten sind sie gleichgeblieben. Eine Zunahme gab es u.a. bei einigen Beratungsangeboten, eine starke Abnahme bei manchen Freizeit- und Kursangeboten⁸².

Das Einzugsgebiet erstreckt sich bei 29 Angeboten (43%) auf das gesamte Stadtgebiet, bei 16 (24%) auf einen einzelnen Stadtteil und bei den restlichen 22 (33%) auf das Stadtgebiet und das Umland. Bei den Angeboten, die einen oder mehrere Stadtteil(e) abdecken, wurde noch nachgefragt, welche/r das ist/sind. Da für lediglich 16 Angebote Angaben gemacht wurden, wird hier auf eine Auswertung verzichtet, da sich kein Überblick gewinnen ließe.

Zusätzlich wurde nach dem Wohnort der Nutzer*innen der Angebote gefragt. Bei gut einem Drittel der 67 Angebote (25) kommen mehr als die Hälfte der Nutzer*innen aus dem Stadtteil oder dem näheren Umkreis des Standorts. Bei einem Drittel (22) stammen mehr als die Hälfte aus dem (restlichen) Freiburger Stadtgebiet. Es gibt nur ein Angebot, bei dem die Mehrzahl der Nutzer*innen im Umland oder noch weiter entfernt wohnen.

Nutzer*innengruppen

Empirisch gesehen haben Kinder aus bestimmten Bevölkerungsgruppen ein besonders hohes Armutsrisiko und sind deshalb auch Zielgruppen der baden-württembergischen Landesstrategie gegen Kinderarmut. Dazu gehören Kinder, die

- von einem Elternteil alleinerziehend versorgt werden,
- in kinderreichen Familien mit drei und mehr Kindern leben,
- eine Migrationsgeschichte haben,
- langzeitarbeitslose Eltern haben,
- in besonders belasteten Familien leben (psychische bzw. Suchterkrankung, Trennungsfamilien, Behinderung oder chronische Krankheit der Eltern bzw. ihrer Kinder etc.).⁸³

Aus diesem Grund wurde im Fragebogen die Frage gestellt, ob diese Gruppen die Angebote besonders stark nutzen.

⁸¹ Es gibt noch mehr als 10 weitere Träger, die Schulsozialarbeit in den Freiburger Schulen anbieten. Deren Nutzer*innenzahlen sind über die Befragung nicht erhoben worden und sind hier nicht eingerechnet.

⁸² Diese Ergebnisse werden durch Aussagen in den Expert*inneninterviews gestützt, in denen über Restriktionen während Corona bei den Gruppenangeboten berichtet wurde und über einen gestiegenen Beratungsbedarf (s. Kap. 3.1.2.4.).

⁸³ S. z.B. Butterwegge (2017), S. 4; Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (2021), S. 6, S. 15; Grundmann, T.; Winkler, D. (2022): Soziale Lage von Kindern in der Stadt: Kinderarmut im sozialräumlichen Kontext. In: Stadtfor-schung und Statistik, 35 (1), S. 28–37.

Tabelle 7: Welche Bevölkerungsgruppen nutzen das Angebot besonders stark?

	Anzahl	Anteil
Alleinerziehende bzw. ihre Kinder	39	58%
(Kinder aus) kinderreiche(n) Familien (3 und mehr Kinder)	29	43%
Kinder mit Migrationsgeschichte bzw. ihre Eltern	44	66%
langzeitarbeitslose Eltern bzw. ihre Kinder	7	10%
besonders belastete Familien (psychische bzw. Suchterkrankung, Trennungsfamilien, Behinderung oder chronische Krankheit der Eltern bzw. ihrer Kinder etc.)	33	49%
Sonstige	16	24%

Mehrfachantworten möglich, addiert sich nicht auf 100%, 100% = 67 Angebote

Die mit der Online-Abfrage erhobenen Angebote werden stark von diesen Zielgruppen genutzt. Zwei Drittel der Angebote werden stark von Migrant*innen genutzt (44 Nennungen), mehr als die Hälfte von Alleinerziehenden bzw. ihren Kindern (39 Nennungen) und etwas weniger als die Hälfte von Kindern aus besonders belasteten (33 Nennungen) oder kinderreichen Familien (29 Nennungen) (Tabelle 7). Da mit der Online-Abfrage wie gesagt nur ein kleiner Teil der tatsächlich vorhandenen Angebote erfasst wurde und vermutlich auch kein repräsentativer Querschnitt abgebildet wird, müssen die Zahlen sehr vorsichtig interpretiert werden. Dennoch lässt sich sagen, dass die besonders armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen auch zu den Hauptnutzer*innengruppen zählen.

Als weitere wichtige Nutzer*innengruppen wurden in der offenen Nachfrage für einzelne Angebote genannt (insg. 16 Nennungen):

- alle Bevölkerungsgruppen
 - Eltern
 - ab 18 Jahren
 - Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren
 - Familien mit Kindern unter 6 Jahren
 - Eltern mit Erstgeborenen
- Familien mit Gesundheitsproblemen
- (ukrainische) Geflüchtete
- Familien, die auf aufsuchende Angebote angewiesen sind (z.B. geringe Mobilität)
- Mütter mit Kindern in beengten Wohnverhältnissen
- von Isolation bedrohte oder betroffene Familien
- Non Binäre
- Angehörige von Inhaftierten
- Fachkräfte, Multiplikator*innen

Bekanntheit der Angebote bei den Zielgruppen

Die Bekanntheit der Angebote wird – sofern eine Einschätzung möglich war – auf der vorgegebenen Skala von „sehr hoch“ bis „sehr niedrig“ für 24 der 67 genannten Angebote (43%) als „hoch“ und für weitere 23 (41%) zumindest als „mittelmäßig“ eingeschätzt. Für neun Angebote (16%) wird hingegen angenommen, dass sie „niedrig“ oder sogar „sehr niedrig“ ist.

Zugangsbarrieren

Eine Erfahrung, die Träger von Angeboten immer wieder machen, ist wie schwer es mitunter ist, die adressierten Zielgruppen mit einem Angebot zu erreichen. Ein in der Literatur immer wieder genanntes

„klassisches“ Beispiel ist das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes (BuT), das nur von einem kleinen Teil der Berechtigten tatsächlich in Anspruch genommen wird.⁸⁴

Nachdem im vorigen Themenblock der Online-Erhebung abgefragt wurde, welche Bevölkerungsgruppen die Angebote hauptsächlich nutzen, wurde zunächst in offener Form gefragt, welche Personengruppen nicht oder nur unzureichend erreicht werden, obwohl sie eigentlich zur Zielgruppe gehören. Auf diese Frage gab es für 23 der 67 Angebote Nennungen, die z.T. stark auf das jeweilige Angebot bezogen sind:

- Familien aus anderen Stadtteilen (6 Nennungen)
 - nicht mobile Familien (2 Nennungen)
- Familien mit Migrationsgeschichte/-hintergrund (3 Nennungen)
 - Geflüchtete (1 Nennung)
- Familien mit hohen Sprachbarrieren / ohne Deutschkenntnisse (3 Nennungen)
- einkommensarme Familien (2 Nennungen)
- sozial isolierte Familien (2 Nennungen)
 - Familien ohne anderen Kontakt zum Träger (1 Nennung)
- besonders belastete Familien (1 Nennung)
 - mehrfach belastete und benachteiligte Mädchen* (1 Nennung)
- bildungsschwache Eltern (1 Nennung)
- (junge) Alleinerziehende (1 Nennung)
- Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen (1 Nennung)
- Jugendliche, die nicht mehr zur Schule gehen bzw. in Berufsausbildung sind (1 Nennung)
- Nichtnutzer*innen des Jugendzentrums (1 Nennung)
- Jugendliche aus Randgruppen (Nerds, Emos, Homosexuelle, Non Binäre) (1 Nennung)
- Familien, die anonym bleiben wollen (1 Nennung)

In der Erhebung wurde als nächstes eine Liste von möglichen Zugangsbarrieren vorgelegt, die eine Inanspruchnahme behindern können.

⁸⁴ Leistungen des BuT sind: Lernförderung, Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf, Schülerbeförderung, Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung, (Schul-) Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten, sowie die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (sogen. Teilhabeleistung). Anspruch besteht für einen breiten Personenkreis, u.a. nach SGBII, SGBXII, BKiGG, AsylbLG, WoGG. In Baden-Württemberg wurde es 2019 nur von 19% der unter 25-Jährigen in SGBII-Bedarfsgemeinschaften in Anspruch genommen. Als Hauptgrund dafür werden die hohen bürokratischen Hürden genannt (Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (2021), S. 63).

Tabelle 8: Zugangsbarrieren bei der Inanspruchnahme von Angeboten

	Anzahl	Anteil
fehlende fremdsprachige Öffentlichkeitsarbeit / Informationen	19	28%
Sprachbarrieren	19	28%
zu wenig Öffentlichkeitsarbeit / Informationen	17	25%
Scham	16	24%
ich nehme keine Zugangsbarrieren wahr	15	22%
kulturelle Barrieren	11	16%
nicht zielgruppengerechte Informationskanäle	10	15%
Zugangswege nicht bekannt	9	13%
Standort(e) zu weit entfernt	7	10%
soziale Barrieren	7	10%
keine freien Plätze, zu lange Wartezeiten	7	10%
zu zeitaufwändig	6	9%
ungünstige (Öffnungs-)zeiten	4	6%
Zugangswege zu kompliziert	3	5%
schlecht erreichbar	2	3%
zu hohe Kosten	1	2%
benötigte Zugangsberechtigung deckt die Zielgruppe(n) nicht ab	1	2%

Mehrfachantworten möglich, addiert sich nicht auf 100%, 100% = 67 Angebote

Am häufigsten – jeweils 19-mal – wurden Sprachbarrieren und zu wenig Öffentlichkeitsarbeit bzw. Informationen genannt. Auch nicht zielgruppengerechte Informationskanäle (10 Nennungen) und unbekannte Zugangswege (9 Nennungen) deuten darauf hin, dass es bei den Zielgruppen aus Sicht der Befragten Fachkräfte an Informationen über die Angebote mangelt (Tabelle 8).

Eine weitere relativ häufig genannte Barriere ist Scham (16 Nennungen), z.B. Unterstützung und fremde Hilfe in Anspruch nehmen oder anderen seine prekäre Situation offenbaren zu müssen.

Für lediglich 15 Angebote wurden *keine* Zugangsbarrieren wahrgenommen. Für 11 Angebote wurden kulturelle Barrieren angenommen.

Zu hohe Kosten für die Angebote wurden nur einmal als Zugangsbarriere genannt. Das liegt auch daran, dass für 53 der 67 Angebote (80%) keine Nutzungs- oder Teilnahmegebühren zu entrichten sind. Gebühren fallen nur für neun zum Teil (etwa für Unterangebote oder bestimmten Personengruppen) und für vier generell an.

Öffentlichkeitsarbeit

Wie berichtet, wurde fehlende oder nicht zielgruppengerechte Information und Öffentlichkeitsarbeit häufig als Hinderungsgrund für die Nutzung von Angeboten gesehen. Ein Block des Fragebogens der Online-Abfrage befasste sich mit dem Thema Öffentlichkeitsarbeit.

Tabelle 9: Arten der Information der Zielgruppe

	Anzahl	Anteil
Gedruckte Flyer / Infobroschüren	52	78%
<i>Flyer mehrsprachig</i>	7	
<i>Flyer in einfacher Sprache</i>	17	
Internet	50	75%
<i>Infos im Internet mehrsprachig</i>	4	
<i>Infos im Internet in einfacher Sprache</i>	13	
Social Media	27	40%
Eintrag in öffentlich zugängliche Verzeichnisse	25	37%
<i>im Internet</i>	21	
<i>als Printversion</i>	10	
Regelmäßige Informationsveranstaltungen für die Zielgruppen	16	24%
Regelmäßige Informationen über die Presse	14	21%
Sonstige Informationswege	25	37%
keine Öffentlichkeitsarbeit oder keine Angabe	4	6%

Mehrfachantworten möglich, addiert sich nicht auf 100%, 100% = 67 Angebote

Der größte Teil der 67 genannten Angebote wird über gedruckte Flyer bzw. Infobroschüren (78%) und über das Internet (75%) beworben (Tabelle 9). Werden Flyer oder Broschüren herausgegeben, sind sie in sieben Fällen mehrsprachig und in 17 in einfacher Sprache verfasst. Von den 50 Webpages sind lediglich vier mehrsprachig und 13 in einfacher Sprache.

Für 27 Angebote (40%) wird Öffentlichkeitsarbeit über Social Media betrieben. Am häufigsten werden dabei Instagram (17 Nennungen) und Facebook (12 Nennungen) verwendet, drei Angebote werden auch über WhatsApp beworben, zwei über die Social-Media-Kanäle der Stadt Freiburg und jeweils eines über Twitter und nebenan.de.

25 Angebote (37%) sind in öffentliche Verzeichnisse eingetragen, 21 davon in Internetverzeichnisse und 10 in Printverzeichnisse.

Regelmäßige Informationsveranstaltungen finden für 16 Angebote (24%) statt und regelmäßige Informationen über die Presse werden für 14 Angeboten (21%) herausgegeben.

Für 25 Angebote (37%) wurden in offener Form sonstige Informationswege angegeben. Am häufigsten wurde persönliche Ansprache genannt, entweder durch Fachkräfte in den Beratungsstellen oder Einrichtungen und Institutionen oder durch Mund-zu-Mund-Information durch andere Betroffene. Weitere Wege der Information sind das Bekanntmachen über andere Angebote, Aushänge und Plakate sowie Newsletter.

Einschätzungen zur Netzwerkeinbindung

Mit einem weiteren Fragenblock der Online-Abfrage wurden die Netzwerke erhoben, in denen die Angebote und ihre Akteur*innen eingebunden sind. Auch bei den im Folgenden berichteten Häufigkeiten und Anteilswerten muss berücksichtigt werden, dass nur für den kleineren Teil der über die Online-Abfrage erhobenen Freiburger Angebote Einschätzungen zur Netzwerkeinbindung abgegeben wurden. Für die aus Listen erfassten Angebote lagen diese Informationen nicht vor. Dennoch lassen sich interessante Trends ablesen.

Für mehr als zwei Drittel der Angebote (46 von 67) wurde angegeben, dass sie in Netzwerke eingebunden sind. Von diesen Angeboten sind 15 in ein Netzwerk eingebunden, 16 in zwei Netzwerke, 9 in drei und 6 in vier. Insgesamt wurden also – mit Mehrfachnennungen – 98 Netzwerke genannt.

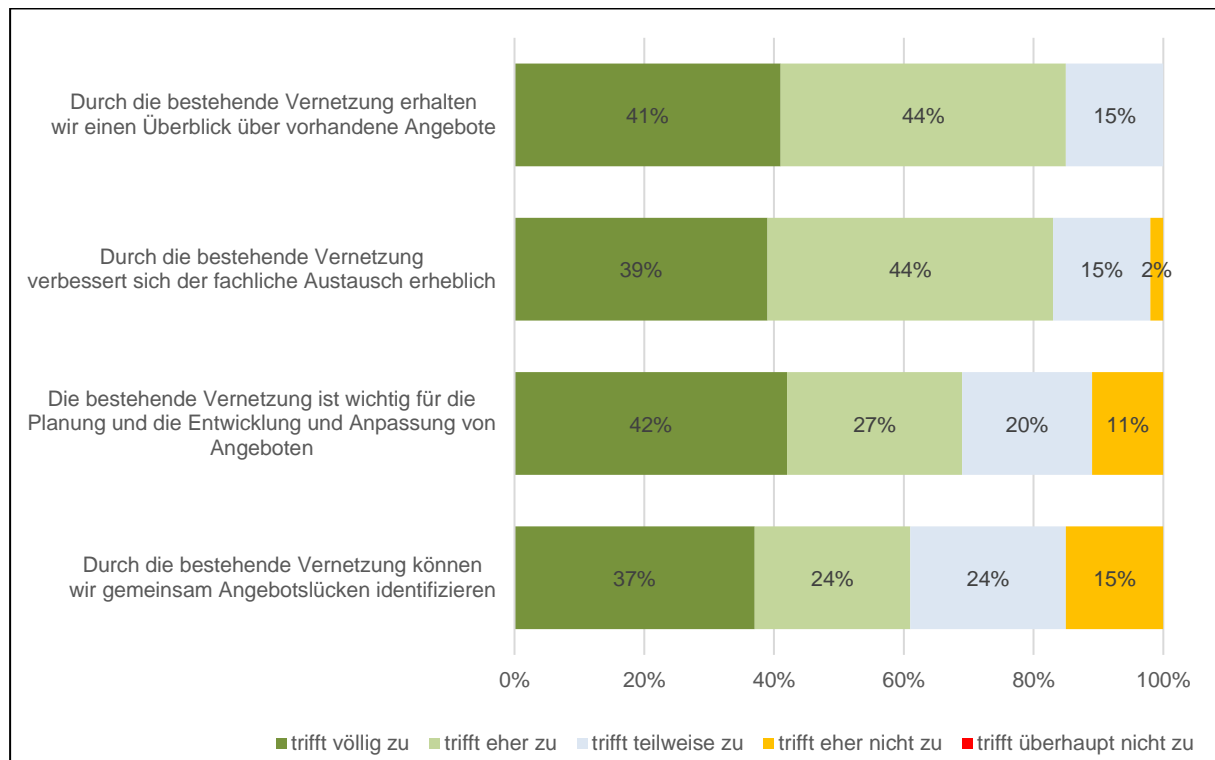
Welche spezifischen Netzwerke in der offenen Abfrage genannt wurden, wird in Kap. 2.2.4. berichtet, in das auch die zusätzlichen Informationen aus den Expert*inneninterviews (Kap. 3.1.2.3.) einfließen.

Bei 37 der 98 Netzwerknennungen (entspricht 38% der Nennungen) wurde die Vernetzung in der Online-Abfrage als „intensiv“ charakterisiert, mit regelmäßigen Treffen und starker Abstimmung. Bei weiteren 45 (46%) ist sie mittelmäßig und für lediglich 15 Nennungen (15%) wurde eine schwache Vernetzung, z.B. mit sporadischem Austausch, angegeben. Für 19 Angebote wurde angegeben, dass sie nicht vernetzt seien (s.o.)⁸⁵.

Eine weitere Nachfrage lautete, ob es sich bei dem genannten Netzwerk um eine übergreifende Vernetzung handelt, d.h. dass sie mehrere Angebote oder ganze Themen- oder Arbeitsbereiche umfasst, oder ob sie auf Ebene des einzelnen Angebots angesiedelt ist. 75-mal (78% der 98 Nennungen) wurde eine übergreifende Vernetzung angegeben, 21-mal (22%) ist sie auf Ebene des einzelnen Angebots.

Für die 46 Angebote, die in ein Netzwerk eingebunden sind, wurde um eine Einschätzung zu den vorgegebenen Vorteilen der Vernetzung gebeten.

Abbildung 2: Beurteilung der Vernetzung von Angeboten



Weitgehende Zustimmung (mehr als 80% Angaben mit „trifft völlig zu“ oder „trifft eher zu“) herrschte darüber, dass man sich durch die Vernetzung einen Überblick über die vorhandenen Angebote verschaffen kann und sich der fachliche Austausch erheblich verbessert (Abbildung 2). Für ca. zwei Drittel der vernetzten Angebote ist die Vernetzung wichtig für die Planung und die Entwicklung und Anpassung von Angeboten. Dass dadurch Angebotslücken identifiziert werden können, wird etwas weniger häufig angenommen.

Auf die Frage, wie das Ausmaß der Vernetzung der 67 Angebote beurteilt wird, wurde mehrheitlich (55%) eine Verstärkung der Vernetzung befürwortet; 22-mal wurde angegeben, dass sie „etwas“ und

⁸⁵ Bei den verbleibenden zwei Angeboten wurde die Frage nicht beantwortet.

13-mal dass sie „deutlich“ verstärkt werden sollte. Für 29 Angebote (45%) wurde das Ausmaß der Vernetzung mit „genau richtig“ beurteilt, bei keinem Angebot wurde eine Verringerung empfohlen.

Einbindung in städtische Strategien

Zusätzlich zur Einbindung in Netzwerke, können Angebote auch in offizielle städtische Strategien eingebunden sein. Zwar wurde für 21 Angebote bei der Online-Abfrage angegeben, dass das für sie zutrifft, die anschließenden offenen Nennungen zeigen jedoch, dass darunter oftmals die bereits abgefragte Vernetzung verstanden wurde.

Die Nennungen, die z.T. im weiteren Sinne als städtische Strategie interpretiert werden können, waren:

- Netzwerk, Gesamtsystem Frühe Hilfen Freiburg (7 Nennungen)
- (Freiburger) Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) (4 Nennungen)
- Leuchtturmprojekte der Stadt (3 Nennungen)
- Kitabedarfsplanung (1 Nennung)
- Durchgängige Sprachbildung (1 Nennung)
- „Aufholen nach Corona“⁸⁶ (1 Nennung)

Angebotslücken

Als letzter Themenbereich wurden die Angebotslücken in Freiburg angesprochen. Die Frage nach Angebotslücken spielte auch in der Expert*innenbefragung (s. Kap. 3.1.) und in den Gruppendiskussionen (s. Kap. 3.2.) eine wichtige Rolle.

Etwa die Hälfte der Befragten (33 von 67) ist der Meinung, dass gravierende Angebotslücken in Freiburg im Bereich der kommunalen Prävention von (Teilhabe)-Armut von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien bestehen, die restlichen stimmen dem nicht zu.

Die in der offenen Nachfrage genannten Angebotslücken sind vielfältig und zum Teil sehr spezifisch. Einige Bereiche wurden jedoch mehrfach angesprochen:

Beratungsangebote:

- Sozialberatung
- Hilfe bei der Beantragung finanzieller Unterstützung
- niedrigschwellige Beratungsangebote bzw. Zugänge ins Hilfenetzwerk (der Frühen Hilfen), angedockt an Kinder- und Jugendarztpraxen, in weiteren Stadtteilen (4 Nennungen)
- familienorientierte Sozialberatung direkt in Kitas etc.
- stärkere Präsenz der Schwangerschaftsberatung bei Frauen-/Kinderärzten
- Fachberatung für von psychischer und körperlicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche
- vertrauensvolle Beratungsstellen bei Schülerschöpfung

Sprache:

- Finanzierung von Dolmetscher*innendiensten oder Zugriff auf digitale Übersetzungsprogramme in den Frühen Hilfen (2 Nennungen)
- Sprachkurseangebote mit Kinderbetreuung
- Mehrsprachigkeit in Institutionen

⁸⁶ Es handelt sich zwar um ein Förderprogramm des Bundes, örtliche Projekte werden darüber jedoch vom Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt gefördert.

Diversität:

- Angebote für Trans-, Inter- und queere Familien
- mehr Diversitätsorientierung bei Informationen über Angebote und bei den Arbeitsabläufen in den Institutionen

Betreuungsangebote:

- Randzeitenbetreuung (2 Nennungen)
- Betreuungszeiten passend für Arbeitnehmer*innen, mehr Betreuungsplätze
- Ferienbetreuung von Kindern mit Beeinträchtigungen

Bildung:

- schulische Förderung
- im Bereich Chancengleichheit in der formellen Bildung
- mehr Rücksicht auf LRS bzw. Nichtmuttersprachler in der Schule
- Teilhabemöglichkeiten an informeller Bildung

Wohnen:

- Hilfe bei Wohnungsnot
- Zugang zu Wohnraum
- Hilfen für Familien bei der Wohnungssuche, bzw. Notwohnungen

Alleinerziehende:

- Unterstützung für Alleinerziehende und deren Kinder (2 Nennungen)

Sonstiges:

- insgesamt mehr Angebote
- kostenlose Freizeitangebote
- mehr sozialraumorientierte, niederschwellige Angebote
- Angebote im Bereich Bildung und Teilhabe
- Erleichterung und Bündelung der Zugänge zu finanziellen Hilfen
- offene Angebote und Räume für Familien
- leichter zugängliche, gebündelte Informationen
- bessere Informationen im Jobcenter und der Wohngeldstelle über BuT-Paket
- Kosten ÖPNV
- Vermittlung von Spenden
- mehr familienfreundliche Arbeitsplätze

Als Bevölkerungsgruppen, die besonders von den angegebenen Angebotslücken betroffen sind, wurden auf die nachfolgende offene Frage genannt:

- Kinder bzw. Familien mit Migrationshintergrund (11 Nennungen)
 - Sinti und Roma (1 Nennung)
 - Geflüchtete (1 Nennung)
- einkommensarme, sozial schwache Familien (7 Nennungen)
 - einkommensschwache Familien knapp über der Bedarfsgrenze (1 Nennung)
 - Benachteiligte (1 Nennung)
- Alleinerziehende (5 Nennungen)
- Familien mit Sprachdefiziten (5 Nennungen)
- bildungsferne Familien (4 Nennungen)

- isolierte Familien, ggf. ohne Kontakt zum Hilfenetzwerk (3 Nennungen)
 - schlecht Informierte (1 Nennung)
- nicht „normkonforme“ Kinder (anderes Aussehen, sexuelle Orientierung etc.) (2 Nennungen)
- Alle, alle Kinder und Jugendlichen, Trennungsfamilien, Familien mit kulturellen Barrieren, multifaktoriell belastete Familien, Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen (jeweils 1 Nennung)

Einschätzungen zu unterversorgten Bevölkerungsgruppen wurden auch im Themenblock „Angebotslücken“ in den qualitativen Expert*inneninterviews erhoben, über die Ergebnisse wird in Kap. 3.1.2.1. berichtet.

2.2.2. Darstellung der Angebotskategorien als Präventionskette

Um einen Überblick über die vorhandenen Angebote in Freiburg gewinnen zu können und um einen Rahmen zu schaffen, in den sie eingeordnet und durch den sie miteinander verbunden werden können, ist die Erstellung einer Präventionskette das geeignete Mittel⁸⁷. Die strukturierte Darstellung kann auf verschiedene Weise erfolgen, bspw. adressaten- oder institutionenbezogen⁸⁸. Für Freiburg wurde eine institutionenorientierte Darstellung gewählt, die eine Zuordnung der verschiedenen Angebote zu den Lebensphasen der Kinder und Jugendlichen vornimmt. Idealerweise greifen die Angebote der einzelnen Träger und Institutionen entlang der Biografie der Kinder und Jugendlichen abgestimmt und lückenlos ineinander.

Für die thematische Strukturierung wurde ein zweistufiges Kategorienschema entwickelt, in das die einzelnen Angebote eingeordnet wurden. Dies ermöglicht auch eine visuelle Darstellung der Präventionskette auf Ebene dieser Kategorien, die mit den Einzelangeboten aufgrund ihrer großen Zahl nicht möglich wäre.

Das Schema besteht aus sieben Hauptkategorien, die durch Unterkategorien weiter aufgegliedert werden. Angebote, die nicht den Unterkategorien zugeordnet werden konnten, wurden in die Hauptkategorie aufgenommen. Es gibt also keine gesonderten Unterkategorien „sonstiges“. Die Kategorien dienen lediglich der Strukturierung. Ihre Reihenfolge und Anordnung beinhaltet keinerlei Wertung z.B. hinsichtlich der Relevanz. Eine Kategorisierung nach einer alternativen Strukturierungslogik ist jederzeit möglich.

Die Angebote wurden jeweils nur *einer* Kategorie zugeordnet. Gewählt wurde die Kategorie, die den Schwerpunkt des Angebots am besten charakterisiert. Dadurch kommt es zu gewissen Unschärfen, da breiter angelegte Angebote teilweise *mehrere* Bereiche abdecken. So kann ein Angebot der Frühen Hilfen auch mit Beratung verbunden sein oder Freizeitangebote mit Bildungsmaßnahmen einhergehen.

Eine Liste aller derzeit erfassten Angebote mit der Zuordnung zu den Kategorien liegt beim Freiburger Amt für Kinder, Jugend und Familie als Datenbank vor und kann für die zukünftige Arbeit im Präventionsnetzwerk genutzt werden, etwa um die Angebotssituation in den einzelnen Themenbereichen gezielter zu beurteilen⁸⁹. Um einen Überblick in diesem Bericht zu geben, bietet sich eine nach den Kategorien aggregierte Darstellung an (Tabelle 10).

⁸⁷ Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2020b): Strategien gegen Armut. Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut und für Kindergesundheit, Stuttgart, S. 12.

⁸⁸ Siehe hierzu: Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (Hrsg.) (2017), S. 26f.

⁸⁹ Eine Übersicht über die in der Datenbank enthaltenen Merkmale findet sich im Anhang.

Tabelle 10: Präventionskette in Freiburg – Angebotskategorien und Lebensphasen

Angebotskategorie	Schwangerschafts- begleitung 0 J.	Krippenalter 0-3 J.	Kitaaalter 3-6 J.	Grundschulalter 6-10 J.	weiterführende Schule 10-18 J.	Berufs-(aus-)bildung 15-18 J.	Eltern
Beratung							
Allgemeine Sozialberatung							
Schwangerenberatung							
Migrationsberatung							
Rechtsberatung							
Schuldnerberatung							
Kinder-, Jugend- und Familienberatung							
Berufsberatung							
Unterstützung in besonderen Lebenslagen							
Frühförderung							
Frühe Hilfen							
Hilfen zur Erziehung							
Eingliederungshilfe							
Bildung und Betreuung							
Schulsozialarbeit							
Berufliche Bildung							
Sprache							
Kindertagesbetreuung							
sonstige Betreuungsformen							
Schülerbetreuung / Horte							
Familienangebote, Quartier							
Familienbildung							
Familientreffs, Elterncafés							
Familienzentren							
Angebote für Alleinerziehende							
Familienpat*innen							
Quartierszentren/-arbeit							
Freizeit und Kultur							
Offene Kinder- und Jugendarbeit							
Sportangebote							
Ferienprogramme							
Musik							
Kunst							
Gesundheit							
Gesundheitsangebote							
Kinder- und Jugendärztlicher Dienst							
Materielle Unterstützung und Wohnen							
Sozialleistungen							
materielle Alltagshilfen							
Wohnen							

Die meisten Kategorien in dieser Tabelle sind relativ selbsterklärend. Für einige sollen jedoch zum besseren Verständnis noch Erläuterungen und Beispiele für zugeordnete Angebote gegeben werden:

- „*Kindertagesbetreuung*“: darunter fallen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege
- „*sonstige Betreuungsformen*“: Kinderbetreuung bei Kursbesuchen, Randzeitenbetreuung etc.

- „*Schülerbetreuung / Horte*“: Wird an den Freiburger Schulen und anderen Einrichtungen in verschiedenen Formen angeboten⁹⁰. In der Datenbank ist die Schulkindbetreuung (noch) nicht mit den verschiedenen (Schul)standorten aufgeführt, sondern als einzelnes Angebot.
- „*Offene Kinder- und Jugendarbeit*“: darunter fallen u.a. die Kinder- und Jugendzentren Freiburgs
- „*Sozialleistungen*“: ALG I, BaföG etc.
- „*materielle Alltagshilfen*“: Kleiderläden, Tafel etc.

Wenn die Datenbank mit den gesammelten Angeboten in der Zukunft ergänzt wird, können die neu erfassten Angebote den bestehenden Kategorien zugeordnet werden. Es können aber auch problemlos weitere Unterkategorien hinzugefügt werden, falls das sinnvoll erscheint.

2.2.3. Sozialräumliche Verteilung der Angebote

Wie die Erhebungen bestätigt haben, kann es durchaus eine Zugangsbarriere sein, wenn für die Nutzung von Angeboten weitere Entfernungen zurückgelegt werden müssen⁹¹. Deshalb ist für Angebote, bei denen die Wohnortnähe wichtig ist, deren räumliche Verteilung im Stadtgebiet aufschlussreich. Da die Standorte der erhobenen Angebote miterfasst wurden (s. Kap. 2.2.1.), kann im Folgenden dargestellt werden, wie viele Angebote derzeit in den 28 Freiburger Stadtteilen insgesamt erfasst sind⁹². Dadurch ergibt sich ein erster Eindruck der Verteilung.

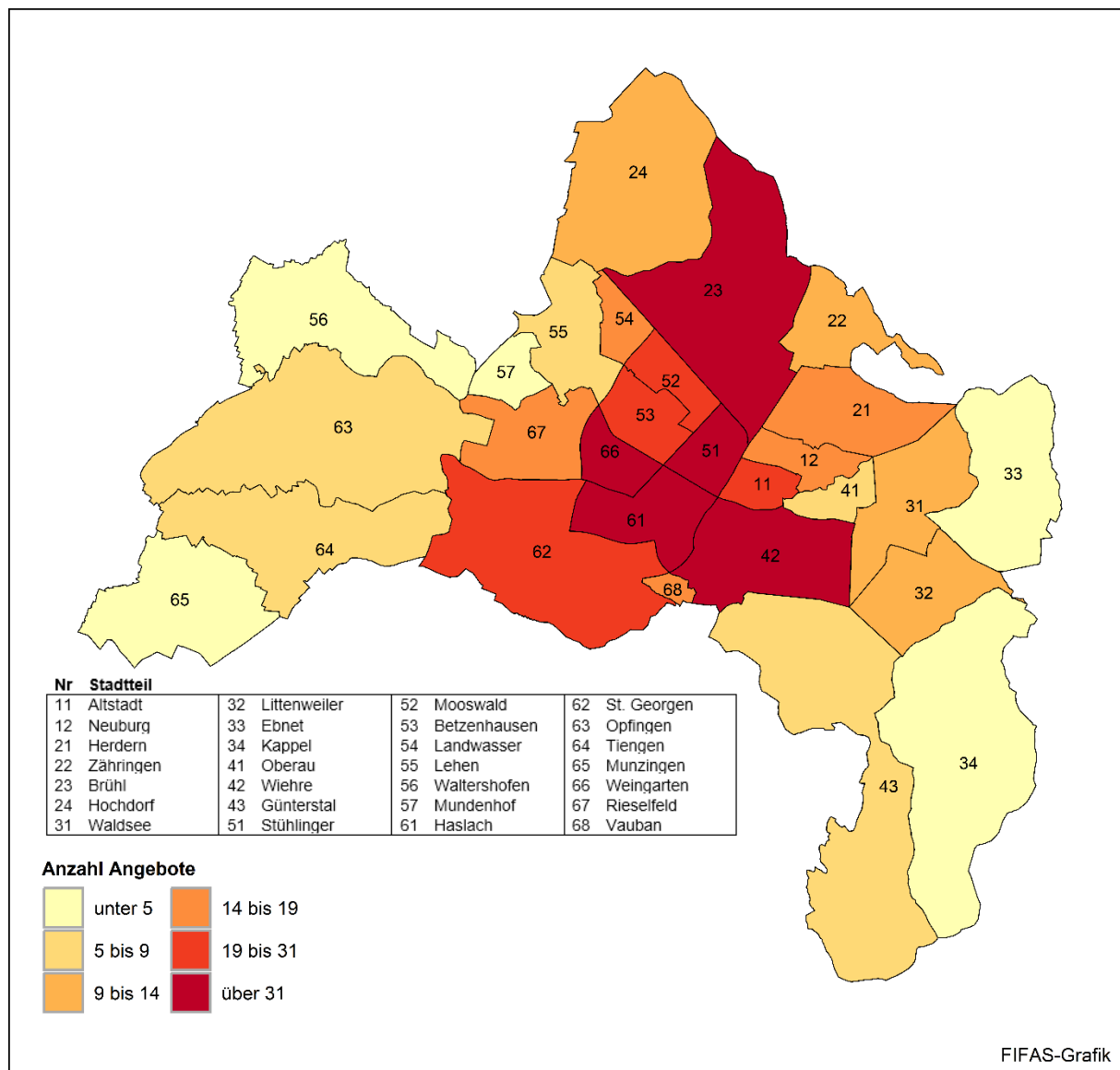
Um ein differenzierteres Bild der Versorgungslage in den Stadtgebieten zu bekommen, wäre es nötig, die Angebotsdatenbank zu vervollständigen, sehr viel stärker nach den Inhalten des jeweiligen Angebots und der Notwendigkeit, es wohnortnah vorzuhalten, zu differenzieren, alle Standorte zu erfassen⁹³ und auch die tatsächliche Nutzbarkeit vor Ort mit zu berücksichtigen, etwa indem die Anzahl der (freien) Plätze und die Auslastung sowie mögliche weitere Zugangsbarrieren betrachtet werden. Das ist aber an dieser Stelle mit den zur Verfügung stehenden Daten nicht möglich.

⁹⁰ Ausführliche Informationen dazu finden sich im Schulentwicklungsbericht der Stadt Freiburg (Stadt Freiburg i.Br. – Amt für Schule und Bildung (Hrsg.) (2020), S. 40ff. sowie Anhang).

⁹¹ Sowohl aus der Online-Erhebung (Kap. 2.2.), als auch den Expert*inneninterviews (folgendes Kap. 3.1.) und Gruppendiskussionen (folgendes Kap. 3.2.) ergaben sich entsprechende Hinweise.

⁹² Eine noch kleinräumigere Differenzierung nach Stadtbezirken oder sogar statistischen Bezirken wäre mit den Daten zwar möglich, inhaltlich aber nicht sinnvoll.

⁹³ Das ist derzeit nicht durchgängig erfolgt.

Karte 10: Anzahl der Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut in den Stadtteilen⁹⁴

Obwohl die Anzahl der Angebote in einem Stadtteil – wie gesagt – nur sehr eingeschränkt interpretiert werden kann, lassen sich in Bezug auf die räumliche Verteilung der derzeit erfassten Angebote doch einige Auffälligkeiten beobachten.

- Vergleichsweise viele der derzeit erfassten Angebote – jeweils über 30 – sind in den Stadtteilen Wiehre (Nr. 42), Stühlinger (Nr. 51), Haslach (Nr. 61), Weingarten (Nr. 66), Brühl (Nr. 23) und Altstadt (Nr. 11) angesiedelt (Karte 10), wobei die Wiehre die mit Abstand größte Anzahl aufweist. Die Angebote sind also eher in der Innenstadt konzentriert. In den Ortsteilen Ebnet (Nr. 33), Kappel (Nr. 34), Waltershofen (Nr. 56) und Munzingen (Nr. 65) finden sich nur wenige.
- Die Verteilung ist stark von den Kitas geprägt, die fast die Hälfte der derzeit erfassten Angebote ausmachen (n = 254). Darum ist die Verteilung der Angebote unter Ausschluss der Kitas interessant. Sie bei der folgenden Betrachtung auszuschließen, ist auch deshalb vertretbar, weil es

⁹⁴ Die abgedruckten Ziffern in den Stadtteilen entsprechen deren amtlichen Nummer. Die Zuordnung kann der Übersichtskarte im Anhang entnommen werden.

eine umfangreiche, regelmäßige Kitabedarfsplanung auf Ebene der Stadtteile und -bezirke durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt gibt, bei der auch Versorgungsquoten berechnet und berücksichtigt werden (vgl. Kap. 2.1.3.).

Auch die verbleibenden Angebote sind ungleichmäßig im Stadtgebiet verteilt. Die Rangfolge der Stadtteile ändert sich kaum. Wiederum sind in den Stadtteilen Wiehre, Stühlinger, Altstadt, Weingarten und Haslach besonders viele vorhanden (jeweils mindestens 20). Lediglich Brühl nimmt bei Ausschluss der Kitas keinen der oberen Ränge mehr ein.

- Differenziert man nach den im vorigen Kapitel 2.2.2. eingeführten Angebotskategorien, lassen sich folgende Trends erkennen:
 - Die mit Abstand meisten „Beratungsangebote“ weist die Wiehre auf, gefolgt von der Altstadt und dem Stühlinger. In 15 der 28 Stadtteile befinden sich überhaupt keine Beratungsangebote.
 - „Bildungs- und Betreuungsangebote“ (ohne Kitas) sind relativ gleichmäßig verteilt und etwas häufiger in der Wiehre und Haslach vorhanden.
 - Der Bereich „Familienangebote, Quartier“ ist in der Wiehre, Weingarten und dem Stühlinger stärker vertreten.
 - Bei „Freizeit und Kultur“ liegen Weingarten und Haslach leicht über dem Durchschnitt.
 - In den Bereichen „Unterstützungsangebote in besonderen Lebenslagen“, „Gesundheit“ und „Materielle Unterstützung und Wohnen“ wurden (bisher) nur wenige Angebote erfasst, sodass eine Differenzierung nach Stadtteilen nicht sinnvoll wäre.

2.2.4. Netzwerkeinbindung der Angebote bzw. Akteur*innen

In Freiburg existiert eine ausgeprägte Vernetzung der Akteur*innen, die im Feld der Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut aktiv sind. Welche wichtigen Netzwerke in der Stadt existieren, wurde einerseits über die Online-Abfrage bei den Trägern erhoben (Kap. 2.2.1.), andererseits in offener Form bei den Expert*inneninterviews (s. folgendes Kap. 3.1.) abgefragt⁹⁵. In diesem Kapitel sollen die gesammelten Informationen im Überblick dargestellt werden.

Da unter „Netzwerken“ verschiedenlichste Zusammenschlüsse verstanden werden können, wurde im Online-Fragebogen näher definiert, was damit gemeint ist. Es geht um *„Kooperationen und institutionalisierte Zusammenschlüsse, die zum Erfahrungsaustausch und zur Abstimmung der Angebote zwischen den Anbietern oder dem fachlichen Austausch der Anbieter/Träger dienen“*. Also nicht etwa um Kooperationspartner*innen bei einzelnen Projekten oder informelle (bilaterale) Kontakte, die man zu anderen Anbietern oder Institutionen hat.

Mit den gesammelten Informationen kann kein vollständiger Überblick über alle existierenden Netzwerke in Freiburg, den jeweiligen Mitgliedern, den eingebundenen Angeboten, den behandelten Themen und den Querverbindungen gegeben werden. Dafür wäre eine eigene, aufwändige Erhebung nötig gewesen, die im Rahmen dieses Projekts mit den gegebenen Ressourcen nicht leistbar, aber auch nicht vorgesehen war.

In der folgenden Tabelle 11 werden, grob nach den Angebotskategorien sortiert, die erhobenen Netzwerke aufgelistet.

⁹⁵ In den Erhebungen wurde nur die Netzwerkeinbindung der Interviewten erfragt, jedoch nicht, welchen anderen Akteur*innen in den jeweiligen Netzwerken vertreten sind. Das hätte den Rahmen der Erhebungen gesprengt und die Befragten überfordert. Für die aus Listen erfassten Angeboten lagen keine Informationen zur Netzwerkeinbindung vor.

Tabelle 11: Freiburger Netzwerke im Themenfeld Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut

Netzwerk
Beratung
AG Beratungsstellen
Fachforum Freiburger Beratungsstellen
AK Sozialberatung
Katholische Schwangerschaftsberatungsstellen
AK Schwangerenberatung
AG Mädchen*
AG Mädchen in der Jugendhilfe
AK Trans*
AG Qualität der Erziehungs- und Familienberatungsstellen
Unterstützung in besonderen Lebenslagen
AG §78 Frühe Hilfen
Netzwerk Frühe Hilfen
AG §78 Hilfen zur Erziehung
AG §78 Jugendhilfe
Forum ambulante Hilfen
AG Heilpädagogische Horte
Netzwerk Migration
Netzwerk Bildung & Migration (AMI)
Bündnis für Familie, AG Familien mit Fluchthintergrund
Bildung und Betreuung
Bündnis für Familie, AG Erziehung, Bildung und Betreuung
Netzwerke im Rahmen der „Durchgängigen Sprachbildung“
AK Sexualpädagogik
AG §78 Schulsozialarbeit
AG §78 Kitas
Nutzerkonferenz der Freiburger Kindertageseinrichtungen
AG Kinderbetreuung
AG §78 Übergang Schule-Beruf
AG Mädchen Beruf
AK Arbeitsmarktintegration
AK Jugend und Berufshilfe
Familie, Quartier
Freiburger Bündnis für Familie
Bündnis für Familie, AG Alleinerziehende
Bündnis für Familie, AG Forum familienfreundliche Unternehmenspolitik
Freiburger Arbeitskreis für Quartiersarbeit (FRAQ)
Kindernetz Weingarten
AG Kinder und Jugend, Brühl
AG Soziales Weingarten
Stadtteilrunde Brühl
Stadtteilrunde Kinder- und Jugend, Mooswald
Stadtteilkonferenz Stühlinger
Runder Tisch Landwasser
Runder Tisch Zähringen
Freizeit und Kultur
AG §78 Offene Kinder- und Jugendarbeit
Gesundheit
AK Frauengesundheit
Materielle Unterstützung und Wohnen
Netzwerk Wohnungslosenhilfe (AfS)

Neben den Freiburger Netzwerken wurden in der Expert*innenbefragung auch einige überregionale Netzwerke genannt, in die die Träger mit ihren Angeboten eingebunden sind. Genannt wurden:

- Mütterforum Baden-Württemberg
- Bundesverband der Mütter- und Familienzentren
- Netzwerk der lokalen Bündnisse für Familie
- Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit (LAG)
- AG Jugend der Oberrheinkonferenz
- AG Jugendfreizeitstätten Baden-Württemberg (AGJF)
- Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze
- Fachverband Ferienpass-Städte
- AG Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (bundesweit)

Auch diese Auflistung bildet vermutlich nur einen Bruchteil der tatsächlich vorhandenen überregionalen Netzwerkeinbindungen der Freiburger Träger und Angebote ab und ist nicht vollständig.

3. Bedarfsanalyse

Die Bedarfe der Zielgruppen wurden mit qualitativen Interviews mit Expert*innen sowie mehreren moderierten Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen erhoben, über die in diesem Kapitel berichtet wird.

3.1. Expert*inneninterviews

Mit einer Befragung von Expert*innen konnten Einschätzungen zu ungedeckten Bedarfen und eventuellen Angebotslücken, Barrieren beim Zugang der Zielgruppen zu den bestehenden Angeboten sowie zur Netzwerkeinbindung der einzelnen Angebote bzw. deren Träger eingeholt werden. Es handelt sich also sowohl um eine Bedarfserhebung, als auch um eine Vertiefung der Angaben der Träger zum Bestand – etwa was die vorhandenen Netzwerke anbelangt.

3.1.1. Methodik

Die qualitativen, leitfadengestützten Interviews wurden überwiegend persönlich-mündlich an den Arbeitsstellen der Interviewpartner*innen durchgeführt und aufgenommen. Ein Interview wurde auf Wunsch der Gesprächspartnerin online per Video geführt. Die Audio-Aufnahmen wurden anschließend für die Auswertung transkribiert. Veranschlagt war eine Dauer von einer Stunde, das kürzeste Interview dauerte 35 min, das längste 87 min, der Durchschnitt liegt bei 62 min. Insgesamt liegen 15h 40min Interviewmaterial vor.

Die Expert*innen wurden durch die Steuerungsgruppe ausgewählt. Es handelt sich um Vertreter*innen der wichtigsten in diesem Handlungsfeld tätigen Träger und Ämter. Ausgewählt wurden Führungskräfte auf mittlerer Ebene oder Fachkräfte aus der Praxis, da dieser Personenkreis die nötige Praxisnähe hat, um die gestellten Fragen beantworten zu können⁹⁶.

Insgesamt wurden 15 Interviews geführt, in drei Fällen nahmen zwei Personen als Befragte teil. Das erste Interview wurde am 9.8.2022 geführt, das letzte am 14.10.2022. Zu Beginn des Interviews wurden Erläuterungen zum Datenschutz gegeben und eine schriftliche Einverständniserklärung für die Audioaufnahme des Interviews und die Auswertung eingeholt.

3.1.2. Ergebnisse der Expert*inneninterviews

Im Interview wurden mehrere Themen angesprochen. Zunächst wurde um eine allgemeine Einschätzung der Situation in Freiburg in Bezug auf die Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut und ihren Folgen gebeten. Im Anschluss wurden ungedeckte Bedarfe und Angebotslücken angesprochen. Nachfragen in diesem Themenblock bezogen sich auf unterversorgte Bevölkerungsgruppen, sozialräumliche Lücken und eventuelle Schnittstellen- und Übergangsprobleme.

Im nächster Themenkomplex ging es um Zugangsbarrieren und die Gründe für die Nichtinanspruchnahme von Angeboten. Nachgefragt wurde – wenn nötig – zu strukturellen Barrieren, zu von Barrieren besonders betroffenen Handlungsfeldern und Zielgruppen und nach Lösungsansätzen zum Abbau von Barrieren.

Als Ergänzung und Vertiefung zur Online-Abfrage bei den Trägern wurden auch die Expert*innen nach der Einbindung ihrer Angebote und Organisationen in Netzwerke gefragt, sowie Nachfragen zur

⁹⁶ Eine Liste der interviewten Institutionen findet sich im Anhang.

Effizienz der Netzwerke, in welchen Bereichen die Vernetzung verstärkt werden sollte und wie die Stadt Freiburg die Netzwerkarbeit unterstützen kann, gestellt.

Sofern noch Zeit dafür blieb, wurde zum Schluss eine Einschätzung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Angebote und die Situation von armutsgefährdeten Eltern und ihren Kindern erbeten.

3.1.2.1. Ungedeckte Bedarfe und Angebotslücken

Die Mehrzahl der Expert*innen ist der Meinung, dass es in Freiburg im Hinblick auf die Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut eigentlich eine breite Palette von Angeboten gibt. Es gibt, neben den städtischen und staatlichen Stellen, eine Vielzahl von Trägern, die sich in diesem Feld engagieren und auch durch ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches Engagement wird ein breites Spektrum abgedeckt. Das Problem ist weniger das *Fehlen* von Angeboten, sondern dass oftmals der *Zugang* aus verschiedenen Gründen nicht gelingt (9 Nennungen⁹⁷). Das Thema Zugangsbarrieren bzw. Gründe für Nichtinanspruchnahme von Angeboten wird im anschließenden Kap. 3.1.2.2. näher untersucht.

Generelle Probleme für die Anbieter

Aus Sicht der Anbieter bestehen folgende generellen Probleme:

Informiertheit der Anbieter über Angebote

Um von Armut betroffene Familien adäquat beraten zu können und auch für die Planung von Angeboten, ist das Wissen über den Bestand an Angeboten wichtig. Die Anbieter sind jedoch über die Angebote anderer Träger z.T. nur unzureichend informiert (5 Nennungen). Für große Träger besteht dabei der Vorteil, dass sie selbst eine breite Angebotspalette vorhalten, die intern dann auch bekannt ist. Auch in den Behörden ist das Wissen über die Angebotslandschaft lückenhaft (3 Nennungen). Einen Überblick zu bekommen wird durch die Zersplitterung der Angebotslandschaft erschwert, was auch mit einem hohen Beratungsaufwand für die Anbieter verbunden ist.

Einen Überblick könnte aus Sicht mehrerer Befragter ein Verzeichnis geben, evtl. in Form eines Online-Portals (2 Nennungen), das ggf. von der Stadt erstellt werden könnte (1 Nennung).

Zwei Expertinnen sind jedoch der gegenteiligen Meinung, nämlich dass die vorhandenen Angebote bekannt sind und es für Fachkräfte auch leicht ist, Informationen darüber zu finden (2 Nennungen).

Neben dem fehlenden Überblick über bestehende Angebote wird ein Mangel darin gesehen, dass es zwar auf Stadtteilebene eine Vielzahl an Angeboten von einzelnen Organisationen und Institutionen gibt, jedoch eine übergreifende Konzeption für die Gesamtstadt und zentrale Anlaufstellen fehlen (1 Nennung).

Informiertheit der Anbieter über Bedarfe der Zielgruppen

Inwieweit die Träger über die Bedarfe der Zielgruppen informiert sind, wird unterschiedlich eingeschätzt. Mehrfach wird geäußert, dass die Bedarfslage unzureichend bekannt ist (3 Nennungen). Auch die politischen Entscheider (u.a. der Gemeinderat) kennen die Bedarfslage der Zielgruppen nicht, da ihnen die Informationen aus der Praxis fehlen (1 Nennung). Eine Expertin gab jedoch an, durch die regelmäßig stattfindenden Erhebungen zur sozialen Lage im Stadtteil genügend Informationen über die Bedarfslage vor Ort zu haben (1 Nennung).

⁹⁷ D.h., dass neun Expert*innen, also die Mehrheit, dieses Argument genannt haben.

Gründe für fehlendes Wissen über Bedarfslagen sind, dass die Datengrundlage (z.B. im Stadtbezirksatlas) in Bezug auf Kinderarmut und ihren Folgen dürftig ist, da Kinder nur mittelbar über die Familie betroffen sind und sich Teilhabearmut nur schwer über Statistikdaten abbilden lässt (1 Nennung). Zudem werden keine subjektiven Bedarfe über die verfügbaren Statistikdaten sichtbar (1 Nennung).

Eine Strategie der Anbieter zur Verbesserung der Informationslage ist, die Bedarfe durch verstärkte aufsuchende Arbeit selbst zu ermitteln (1 Nennung). Eine Möglichkeit ist, Treffpunkte für Gruppen (Jugendliche, Alleinerziehende etc.) zu begleiten (1 Nennung). Die Stadt könnte durch eine Bedarfserhebung bei den Zielgruppen unterstützen (1 Nennung). Berücksichtigt werden muss dabei, dass die Bedarfe in den Freiburger Quartieren sehr unterschiedlich sind und von der jeweiligen Bevölkerungsstruktur abhängen (1 Nennung). Allerdings bestand auch die Einschätzung, dass die Stadt es eher nicht als ihre Aufgabe sieht, die Träger bei der Entwicklung von Angeboten, z.B. durch Information über Bedarfe, zu unterstützen (1 Nennung).

Das schnelle Reagieren auf aktuelle Bedarfslagen wird den Trägern dadurch erschwert, dass die Abstimmung mit der Stadt und die Beantragung der Finanzierung zu lange dauert (1 Nennung). Und wenn man neue Angebote etablieren möchte, für die Räume benötigt werden, ist es in Freiburg sehr schwierig, diese zu finden (1 Nennung).

Weitere Probleme

Ein großes Problem für die Träger ist die Finanzierung ihrer Angebote. Müssen dafür Mittel beantragt werden, werden diese oftmals nicht bewilligt (1 Nennung). Und wenn eine Förderung bewilligt wird, ist diese i.d.R. projektbezogen und häufig auch zu knapp bemessen (3 Nennungen). Dadurch ist es schwierig, ein Angebot kontinuierlich aufrechtzuerhalten oder zu verbessern, auch weil sich unter diesen Rahmenbedingungen kein qualifiziertes Personal finden bzw. halten lässt. Aufgrund der Projektförderung ist es zudem immer wieder nötig, bestehende Angebote leicht abzuwandeln, damit weitere Fördermittel bewilligt werden.

Mit Blick auf das Ziel des Projekts „Präventionsnetzwerk“ wurde angemerkt, dass die Stadt Freiburg, sofern sie steuernd in die Angebotslandschaft eingreifen möchte, dies partizipativ unter Einbeziehung der Zielgruppen und Träger gestalten sollte (1 Nennung). Bisherige Beteiligungsverfahren mit den Trägern wurden jedoch oftmals als frustrierend empfunden, da die Berücksichtigung der Ergebnisse nicht erkennbar wurde (1 Nennung).

Angebotslücken

Auf die Frage, welche Angebote in Freiburg konkret fehlen, wurden folgende Punkte genannt:

Wohnraum, Räume

Ein sehr großes Problem in Freiburg ist der extrem angespannte Wohnungsmarkt mit viel zu wenig bezahlbaren Wohnungen für Familien. Daraus resultiert eine unzureichende Wohnraumversorgung vieler Familien mit weniger Einkommen, was für die Kinder mit gravierenden Einschränkungen in ihren Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten verbunden ist (1 Nennung).

Neben dem Problem der Versorgung mit Wohnraum ist es in Freiburg auch sehr schwer, kostenfreie oder zumindest -günstige Räumlichkeiten für Treffpunkte zu finden, wo sich Gruppen privat treffen können (z.B. für Familienfeiern) (1 Nennung), sich Jugendliche oder Alleinerziehende in offenen Treffs austauschen und vernetzen können (2 Nennungen).

Die Wohnungsmarktsituation macht es auch sehr schwer, Familien in akuter Wohnungsnot zeitnah mit geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten zu helfen (1 Nennung). Ebenfalls problematisch sind die räumlichen Bedingungen in den Flüchtlingsunterkünften, die sich besonders negativ auf die Entwicklung der dort lebenden Kinder auswirken (1 Nennung).

Angebote im Bereich Bildung und Betreuung

Viele Nennungen der Expert*innen auf die Frage nach Angebotslücken bezogen sich auf den Bildungsbereich. Insgesamt gibt es in diesem Bereich zu wenig Angebote (z.B. Vorträge) (1 Nennung), obwohl die stärkere Unterstützung von Kindern in der Bildung die in Deutschland relativ stark ausgeprägte „Vererbung“ von Armut durchbrechen könnte (1 Nennung).

Für die Eltern sollten mehr persönliche Beratungsangebote zum Bildungs- bzw. Schulsystem und Unterstützungen wie Dolmetscher*innendienste eingerichtet werden, da sie oft mit den Anforderungen überfordert sind (2 Nennungen).

Für Eltern mit Migrationshintergrund gibt es zwar Sprachkurse. Diese berücksichtigen jedoch nicht die Bedarfe der Teilnehmenden, die unterschiedliche Niveaus benötigen, je nachdem, ob sie sich nur im Alltag verständigen oder in qualifizierten Berufen arbeiten wollen (1 Nennung).

Die Kitas und Schulen sind wegen des – durch die Wohnkosten in Freiburg noch verschärften – Fachkräftemangels „am Limit“ (1 Nennung), was bestehende Angebote in Frage stellt und die Ausweitung der Angebote stark erschwert. Konkret fehlen in einigen Gebieten Ü3-Kitaplätze (2 Nennungen) und vorhandene Plätze sind aufgrund der Personalsituation mitunter prekär oder nur mit eingeschränkten Zeiten verfügbar, was es Eltern sehr schwer macht, eine Ausbildung oder Arbeitsstelle anzunehmen. Wenn Kitas keine Betreuung in den Randzeiten anbieten, erschwert das nicht nur die Ausübung einer Berufstätigkeit, sondern hält Eltern auch davon ab, unterstützende Angebote wahrzunehmen. Und wenn die Anbieter selbst eine angebotsbegleitende Kinderbetreuung einrichten wollen, ist das mit enormen bürokratischen Hürden – bis hin zu Vorschriften über die Größe von Kindertoiletten – verbunden (1 Nennung).

Ähnliche Probleme verursachen fehlende Betreuungsmöglichkeiten in der Schule, die zu ungünstigen Zeiten, mit einer Lücke von zwei Stunden zwischen Schulende und Beginn der Betreuung, angeboten werden und für die lange Wartelisten bestehen (1 Nennung). Problematisch ist auch, dass nicht flächendeckend Schulessen angeboten wird und dass die Beantragung zu bürokratisch ist (1 Nennung).

Und in den Ferien macht es sich für Eltern negativ bemerkbar, dass es an niederschweligen Ferienbetreuungen und Ferienangeboten mangelt. Vor allem für Alleinerziehende und kinderreiche Familien ist das problematisch (2 Nennungen).

In den Schulen sollten auch mehr Förderangebote vorgehalten werden, die Schüler*innen mit Bedarf offenstehen und nicht umständlich als individuelle Hilfen beim Jugendamt beantragt werden müssen (1 Nennung).

Neben der Förderung in den Schulen fehlen aber auch außerschulische Betreuungs- und Bildungsangebote, in denen eine in der Schule nicht leistbare intensivere Förderung möglich ist (1 Nennung). Eine gute Möglichkeit diese zu organisieren, ist die Vermittlung von ehrenamtlichen Pat*innen, die Kinder zu Angeboten begleiten, mit ihnen Bücher lesen etc. („Patenoma“). Damit solche Patenschaften eine wirksame Unterstützung für die Familien sind, müssen sie mit professioneller Anleitung verbunden sein. Eine Förderung durch die Stadt wäre sinnvoll (1 Nennung).

Des Weiteren besteht ein Bedarf an zusätzlichen sonderpädagogischen Angeboten, die z.T. sehr lange Wartelisten haben (1 Nennung).

Beratungsangebote

Da der Zugang zu den Angeboten ein großes Problem ist (s. folgendes Kap. 3.1.2.2.), ist eine niederschwellige Beratung der Zielgruppen vor Ort sehr wichtig (1 Nennung). Beratungsangebote sollten also ausgebaut werden, vor allem mit familienbezogener Beratung. Derzeit sind zudem die vorhandenen Beratungsstellen sehr stark mit Ukraine-Flüchtlingen ausgelastet (1 Nennung). Bewährt haben sich auch die 16 Quartiersbüros bzw. -treffs in den Stadtteilen als beratende Anlaufstellen für die Bevölkerung und auch für die Anbieter (1 Nennung). Sie sollten auch an weiteren Standorten installiert werden.

Für die Gruppe der Geflüchteten gibt es zwar umfangreiche Beratungsangebote, jedoch besteht eine Lücke bei der Asylverfahrensberatung (1 Nennung).

Freizeitangebote

Für die Teilhabe von armutsgefährdeten Familien ist es auch wichtig, Freizeitangebote nutzen zu können. Insgesamt gibt es davon jedoch zu wenige in Freiburg (1 Nennung), vor allem für Jugendliche (1 Nennung). Vorhandene Freizeitangebote von Vereinen haben oftmals lange Wartelisten. Einzelne von den Expert*innen genannte Punkte waren, dass in manchen Stadtteilen Sportangebote am Nachmittag fehlen, u.a. Klettern und Schwimmen (1 Nennung). Besonders schwierig ist die Situation für Kinder mit Förderbedarf, für die es kaum Angebote gibt (1 Nennung). Ein Grund dafür ist, dass Sportangebote und auch andere Freizeitangebote i.d.R. ehrenamtlich von Vereinen angeboten werden, denen das Fachpersonal fehlt, um auf Förderbedarfe adäquat eingehen zu können (1 Nennung).

Unterversorgte Bevölkerungsgruppen

Da die Zielgruppen spezifische Bedarfe haben, wurde den Expert*innen die Frage gestellt, ob es unterversorgte Bevölkerungsgruppen gibt, z.B. bestimmte Altersgruppen oder soziale Gruppen⁹⁸.

Mehrere Expert*innen sind der Ansicht, dass es zu wenig Hilfe für alleinerziehende Frauen gibt, v.a. bei der Kinderbetreuung (4 Nennungen). Das erschwert sehr stark die Aufnahme einer Berufstätigkeit, vor allem wenn die Betreuung nicht durch Verwandtschaft vor Ort oder andere soziale Netze organisiert werden kann (1 Nennung). Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von Angeboten, die sich an Frauen richten (z.B. Müttertreffs), aber sehr wenige für Familien oder auch Väter (1 Nennung).

Eine weitere Bevölkerungsgruppe, für die nicht in ausreichendem Umfang Angebote vorhanden sind, sind Migrant*innen (4 Nennungen), vor allem wenn sie Flüchtlinge oder anderweitig neu zugewandert sind (3 Nennungen). Ein Mangel an „kultursensiblen“ Angeboten für Familien mit anderen kulturellen Hintergründen besteht auch deshalb, weil den Anbietern die spezifischen Bedarfe dieser Zielgruppen nicht bekannt sind (1 Nennung). Bei Kindern mit Migrationsgeschichte kommt es teilweise, u.a. aufgrund der Bilingualität, zu einer verzögerten Sprachentwicklung, für die es ebenfalls zu wenig Förderangebote gibt (1 Nennung).

Eine Gruppe, die in vielen Bereichen „*durch das Raster fällt*“, sind Familien, die „*knapp unter dem Bedarf*“ liegen und dadurch z.B. nicht die Bildungs- und Teilhabehilfen in Anspruch nehmen können (2 Nennungen). Durch die Krisen der letzten Jahre sind auch viele Mittelschichtsfamilien, etwa durch Jobverlust, in prekäre Lagen geraten und zählen nun zu dieser Gruppe (1 Nennung).

⁹⁸ Eine offene Frage zu Personengruppen, die von den jeweiligen Angeboten nicht erreicht werden, wurde auch in der Online-Abfrage gestellt (s. Kap. 2.2.1.).

Schwierig ist in Freiburg auch die Situation für Personen mit psychischen Problemen oder Erkrankungen, die oft auch von Armut betroffen sind. Schon lange fehlen Therapieplätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und bei freien Therapeuten (1 Nennung) und durch die Krisen hat der Bedarf eher noch zugenommen. Für diese Personengruppe fehlt es auch an Fachpersonal, das sie bei der Nutzung von Angeboten unterstützen könnte (1 Nennung).

Unterversorgte Altersgruppen

Auf die Frage, ob bestimmte Altersgruppen mit Angeboten zur Prävention und Bekämpfung von unterversorgt sind, wurde ein Mangel an Angeboten für unter 3-Jährige genannt, während 3-6-Jährigen und die Grundschul Kinder gut abgedeckt seien (1 Nennung). Es gab aber auch die konträre Meinung, dass es für die Kleinen ein gutes Angebot an Frühen Hilfen gäbe, aber „*je älter die Kinder werden, desto brüchiger wird das dann*“ (1 Nennung).

Auch für Jugendliche gibt es nur ein eingeschränktes Angebot. Was fehlt, sind Treffpunkte und Ansprechpartner*innen für ihre Anliegen; eine Anlaufstelle für Jugendbeteiligung jenseits der offiziellen Formate (2 Nennungen). Für Jugendliche aus schwierigen Familienverhältnissen wären mehr „*strukturgebende*“ (1 Nennung) Angebote sinnvoll, wie z.B. Hausaufgabenbetreuung oder Mittagessen.

Gendergerechte Angebote

Ob es genügend gendergerechte Angebote in Freiburg gibt, sehen die Expert*innen unterschiedlich. Einerseits wird das bejaht (2 Nennungen), andererseits wird angemerkt, dass die allermeisten Angebote von „*Normalfamilien*“ ausgehen und andere Familienformen (z.B. mit gleichgeschlechtlichen Eltern) damit nicht erreicht werden (1 Nennung).

Als einzelne Angebote fehlen solche für Mädchen mit Gewalterfahrung (ab der Grundschule) (1 Nennung) und Sportangebote für Mädchen am Nachmittag (1 Nennung).

Sozialräumliche Lücken

Auch wenn das Angebotsspektrum bezogen auf die Gesamtstadt groß sein mag, kann es trotzdem zu sozialräumlichen Lücken kommen, d.h. dass Angebote, die wohnortnah vorgehalten werden sollten, in manchen Stadtteilen oder Quartieren nicht verfügbar sind.

Allgemeine Einschätzungen

Die Expert*innen sehen zwar Lücken (1 Nennung), jedoch wurde auch die Meinung geäußert, dass die Angebote in den Quartieren gut an die jeweilige Bevölkerungsstruktur angepasst sind (1 Nennung). Manchmal ist es auch sinnvoll, wenn in einem Gebiet eine Ballung von Angeboten besteht, da die räumliche Nähe bei der Verzahnung von Angeboten hilft (1 Nennung). Auch die Ansiedlung von Angeboten in privilegierten Stadtteilen wie der Wiehre hat Vorteile, da es dort sehr viel leichter ist, Ehrenamtliche (z.B. für Patenschaften) zu gewinnen und individuelle Spenden zu akquirieren (1 Nennung).

In der Vergangenheit wurde der Fehler gemacht, dass neue Quartiere für sozial Schwache gebaut wurden, ohne dass die nötige soziale Infrastruktur mit entsprechenden Angeboten vorhanden gewesen wäre. Beispiele sind der Raimannweg, der Laubenweg und Munzingen (1 Nennung).

Unterversorgung in den Stadtteilen mit einzelnen Angeboten

Ohne näher zu benennen, welche Stadtteile betroffen sind, wurden sozialräumliche Lücken für einige Angebote genannt. So wäre eine bessere Verteilung von Beratungsstellen im Stadtgebiet

wünschenswert, da diese z.T. räumlich konzentriert sind (1 Nennung). Lücken gibt es auch bei Ü3-Kita-Plätzen (1 Nennung), Familienzentren (1 Nennung), Frauen- und Mädchentreffs (1 Nennung), Sportangeboten am Nachmittag (1 Nennung) und Heilpädagogischen Horten (1 Nennung). Auch sind Bildungsangebote, v.a. der niederschwellige Zugang zu Büchern, nicht in allen Stadtteilen verfügbar (1 Nennung).

Unterversorgte Stadtteile / Quartiere

Die Expert*innen haben auch einzelne Stadtteile benannt, die sie für nicht ausreichend mit Angeboten ausgestattet ansehen. Die „Klassiker“ sind Haslach und Weingarten, da hier viele Sozialwohnungen mit entsprechender Bewohnerstruktur liegen (1 Nennung). Dasselbe trifft jedoch auch für Munzingen zu. Allgemein gibt es in den Freiburger Randgemeinden zwar Vereinsangebote, aber keine anderen (1 Nennung). In den Tuniberggemeinden, v.a. Munzingen, gibt es auch keine freien Kita-Plätze oder Schulen, was die Eltern zum Ausweichen auf andere Stadtteile und zu Fahrdiensten zwingt (1 Nennung).

In Brühl-Beurbarung fehlt es an Sozialberatungsstellen und an einer weiterführenden Schule (1 Nennung). Dafür mangelt es in der Innenstadt an Angeboten für Jugendliche (1 Nennung), in Littenweiler an offener Jugendarbeit und einem Jugendzentrum (1 Nennung).

Will man in Zähringen Sportangebote wahrnehmen, ist man mit langen Wartelisten konfrontiert (1 Nennung). Zähringen gehört zusammen mit Mooswald im Bereich um die Westarkaden zu den Gebieten, die etwas „aus dem Blick geraten“ sind, weil sich der Fokus auf andere Gebiete (Haslach, Weingarten) verlagert hat (1 Nennung).

Doppelstrukturen

Der Fokus des Interviews lag auf fehlenden Angeboten und ungedeckten Bedarfen. Trotzdem wurde auch die Frage gestellt, ob in Freiburg auch Doppelstrukturen bei den Angeboten zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut bestehen.

Mehrere Expert*innen verneinen, dass es Doppelungen bei den Angeboten gibt und betonen eher Lücken und Unterversorgungen (4 Nennungen). Andererseits wird durchaus gesehen, dass es zu parallelen Angeboten kommen kann. Einerseits sind dafür die unterschiedlichen Strukturen verantwortlich, die eine Koordinierung erschweren (z.B. Schule vs. offene Jugendarbeit) (1 Nennung). Zum anderen gibt es auch gewisse „Konjunkturen“, da Fördergelder oft themenbezogen vergeben werden. Derzeit „stürzen“ sich alle Träger auf Hilfen für ukrainische Flüchtlinge, da dafür viele Mittel bereitgestellt werden (1 Nennung). Eine ähnliche Situation ergab sich 2015 auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, als auch viele parallel laufende Angebote entstanden (1 Nennung).

Zwischen den vielen in Freiburg aktiven Trägern in diesem Feld besteht durchaus eine Konkurrenzsituation, die sich unterschiedlich auswirkt. So kommt es vor, dass Anbieter – trotz bestehendem Bedarf bei den Zielgruppen – eigene Angebote zurückziehen, um das Verhältnis zu anderen Trägern mit ähnlichen Angeboten nicht zu belasten (1 Nennung).

Kommt es dennoch zu Doppelungen bei Angeboten, wird das nicht unbedingt als schlecht angesehen, da die Zielgruppe dann das für sie passendere auswählen kann (1 Nennung). Die Anbieter haben auch kein Problem mit der Konkurrenzsituation, solange sie den Nutzer*innen zugutekommt.

Wenn Familien mehrere gleichartige Angebote verschiedener Träger nutzen, wissen die Anbieter oft – auch aus Datenschutzgründen – nichts davon und können sich dementsprechend auch nicht koordinieren (1 Nennung). Dass manchmal mehrere Beratungsstellen parallel aufgesucht werden, ist z.T. sogar nötig

(2 Nennungen). Ein Beispiel sind die komplizierten BuT(Bildung und Teilhabe)-Anträge, bei denen oftmals zusätzlich zur Behörde noch ein/e Sozialberater*in bei der Beantragung helfen muss.

Probleme bei Schnittstellen und Übergängen

Die Erfahrungen aus anderen Kommunen zeigen, dass es besonders an den Schnittstellen und Übergängen (Zuständigkeits- bzw. Rechtsbereiche, Übergang Grundschule – weiterführende Schule – Berufseinstieg etc.) zu Lücken in der Präventionskette kommen kann. Solche Schnittstellen- und Übergangsprobleme wurden auch in den Expert*inneninterviews genannt.

Das Gelingen von Übergängen wird als sehr wichtig für die Prävention der Folgen von Armut angesehen (1 Nennung).

So geht beim Übergang von einer Lebensphase in die nächste durch den Wechsel der Zuständigkeiten oftmals das Wissen über die Bedarfe einer Familie verloren (2 Nennungen). Helfen würde eine „*Hand-zu-Hand-Vermittlung*“ (1 Nennung), indem z.B. die Nachsorgehebamme die Anbieter von Frühen Hilfen über die Situation der Familie informiert. Für den Übergang von der Kita zur Grundschule haben einige Kitas enge Kooperationen mit den Grundschulen und können so das vorhandene Wissen über Bedarfe und Problemlagen weitergeben (2 Nennungen). Allerdings wäre es gut, wenn mehr Zeit- und Personalressourcen für solche Kooperationen zur Verfügung stünden, das würde eine lückenlose Unterstützung von Kindern erleichtern.

Neben dem Verlust von Wissen über die Familiensituation geht bei den Übergängen z.T. auch die Vertrauensbasis zwischen Helfenden und Familien verloren (1 Nennung). Zudem werden manche etablierten Netze bei diesen Übergängen gekappt und müssen dann neu aufgebaut werden (1 Nennung).

Um dem Problem der bei Übergängen wechselnden Bezugspersonen zu begegnen, würde Case-Management helfen, „*Hilfen aus einer Hand*“ mit einer langfristigen Ansprechperson (1 Nennung).

Da es verschiedene Hilfesysteme mit unterschiedlichen Logiken gibt, wäre es hilfreich, wenn die unterschiedlichen Akteur*innen sich quartiersbezogen besser vernetzen, um Schnittstellenprobleme zu vermeiden (1 Nennung).

Praktische Probleme für die Eltern entstehen beim Übergang von der Kita in die Grundschule dadurch, dass eine lange Pause von mehreren Monaten zwischen Kita-Ende und Schulbeginn zu überbrücken ist und dann oft eine Ferienbetreuung fehlt (2 Nennungen). Weiterhin fehlt in den Schulen die in die Kitas integrierte Heilpädagogik, die dann außerhalb der Schule wahrgenommen werden muss (1 Nennung).

3.1.2.2. Zugangsbarrieren bei der Inanspruchnahme von Angeboten

Wie eingangs dieses Kapitels schon beschrieben, sehen die Freiburger Expert*innen die Hauptproblematik weniger in einem Mangel an Angeboten zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut, sondern in den Zugangsbarrieren bei der Inanspruchnahme. Ein Großteil der Aussagen bezog sich auf dieses Thema.

Die Gründe, warum Angebote nicht wahrgenommen werden bzw. wodurch der Zugang erschwert wird, lassen sich den im Folgenden aufgeführten Kategorien zuordnen. Wobei es natürlich Überschneidungen und Zusammenhänge zwischen den einzelnen Gründen gibt.

Zugang zu den Zielgruppen

Fast übereinstimmend waren die Expert*innen der Meinung, dass es sehr wichtig ist, einen Zugang zu den Zielgruppen zu finden. Aus verschiedenen Gründen, die in der Folge erläutert werden, wird ein

erheblicher Teil der Zielgruppen über die „klassischen“ Zugangswege (Informationen über Broschüren, Flyer, Webpages etc.) nicht erreicht. Mit „Zugang“ ist jedoch nicht nur gemeint, dass die Angebote den Zielgruppen bekannt sind. Ein gelungener Zugang beinhaltet aus Sicht der Anbieter auch, dass die Zielgruppe bestimmter Angebote diese dann auch tatsächlich wahrnimmt.

Vor allem bildungsferne Familien sind schwer zu erreichen (2 Nennungen), sie kommen nicht von alleine (1 Nennung), weshalb Angebote und Hilfen aufsuchend gestaltet sein müssen (1 Nennung). Es braucht etwas „*Zugehendes*“ (2 Nennungen) im ersten Schritt, „*man muss die Familien abholen, um sie zu erreichen*“ (1 Nennung).

Der Zugang gelingt am besten, wenn er niederschwellig (2 Nennungen) und „*menschlich*“ erfolgt; über persönliche Ansprache (1 Nennung), persönliche Kontakte (1 Nennung) und Beziehungen (1 Nennung). Es braucht „*irgendeine Stelle, die die Menschen an die Hand nimmt und dahin begleitet oder verweist*“ (1 Nennung). Aus diesem Grund sind u.a. Schul- oder Flüchtlingssozialarbeit und Quartiersarbeit so wichtig (2 Nennungen).

Damit Problemlagen und Bedarfe von Kindern möglichst frühzeitig erkannt werden, ist es wichtig, den Zugang zu den Familien zu einem frühen Zeitpunkt zu finden (1 Nennung). Eine gute Strategie ist es, die Familien dort anzusprechen, wo *alle* hingehen müssen. So werden auch isolierte Familien erreicht, die in keine privaten Netzwerke eingebunden sind oder nicht institutionell angebunden sind (z.B. indem sie Kontakt zu Leistungserbringern oder Beratungsstellen haben) (2 Nennungen). Schwerer zu erreichen sind auch Familien mit Vorschulkindern, die nicht in die Kita gehen (1 Nennung).

Ein sehr früher Zugang schon in der Säuglingszeit kann über das Gesundheitswesen gelingen; über die Geburtskliniken (1 Nennung) und vor allem über die Kinderärzt*innen, die von allen Eltern aufgrund der in Baden-Württemberg verpflichtenden U-Untersuchungen (Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9) regelmäßig aufgesucht werden (3 Nennungen). Ideal wäre, wenn in den Kinderarztpraxen bei dieser Gelegenheit eine „*psychosoziale Beratung*“ erfolgen könnte (1 Nennung).

Zusätzlich zur in Freiburg gut ausgebauten Schulsozialarbeit wäre die Etablierung von Kitasozialarbeit sinnvoll, da dadurch in vielen Fällen ebenfalls der Zugang zu Familien mit Problemlagen und Bedarfen früher erfolgen könnte (1 Nennung).

Eigentlich wären auch die Ämter, bei denen viele der zu den Zielgruppen zählenden Familien Sozialleistungen beantragen, eine gute Möglichkeit sie anzusprechen und zu informieren. Dort findet aber i.d.R. keine Beratung zu anderen Angeboten und Leistungen statt (1 Nennung).

Weitere Ideen, wie Familien über informelle Wege an Angebote herangeführt werden können, waren sie z.B. bei einem Elternfrühstück in einem Familienzentrum anzusprechen (1 Nennung). Erfolgreich war es in der Vergangenheit auch, Tandems zu bilden, d.h. dass z.B. Mitarbeitende von Kitas Familien direkt ansprechen und dann die Eltern zu einem Angebot begleiten (1 Nennung). Gut zu erreichen sind Familien auch über öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie gemeinsames Essen auf dem Wochenmarkt. Diese sind aber schwer zu realisieren, da sie ehrenamtlich geleistet werden müssen (1 Nennung).

Ein Zugang zu Angeboten ist auch das ehrenamtliche Engagement der Betroffenen selbst, das dann tradiert und an die folgende Generation weitergegeben wird. So werden z.B. in der Jugendverbandsarbeit viele Angebote von den Jugendlichen selbst gemanagt. Sie gehen als Kinder auf Freizeiten und werden, wenn sie älter werden, Gruppenleiter*innen. Die nächste Generation oder jüngere Geschwister haben dann schon den Bezug zu diesem Angebot. Zusätzlich werden durch die Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben bei solchen Angeboten die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und informelle Bildung (Verantwortung übernehmen, Organisieren lernen etc.) vermittelt (1 Nennung).

Bekanntheit der Angebote, Information und Beratung

Damit der Zugang zu den Zielgruppen gelingt, müssen ihnen die Angebote zunächst einmal bekannt sein. Insofern gibt es eine Überschneidung zu den o.g. Ausführungen. Dass die Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut den Zielgruppen unbekannt oder zumindest zu wenig bekannt sind, wird von der Mehrzahl der Expert*innen explizit angegeben (8 Nennungen). Selbst über die ihnen zustehenden Transferleistungen und Hilfen (z.B. FamilienCard), sind die Betroffenen oftmals nicht informiert (2 Nennungen).

Wie schon im vorigen Abschnitt berichtet, gelingt auch die Information und Beratung am besten durch niederschwellige, persönliche Ansprache (3 Nennungen), wie sie z.B. in Stadtteiltreffs oder durch die Quartiersarbeit möglich ist. Die Zielgruppe informiert sich eher nicht aktiv selbst (1 Nennung).

Familien sollten möglichst frühzeitig über Angebote informiert werden. Deshalb sollten sie gleich bei Geburt eines Kindes Informationsmaterialien über für sie relevante Angebote ausgehändigt bekommen (1 Nennung) oder spätestens in der Kita informiert und beraten werden (1 Nennung). Stehen den Familien Leistungen oder Hilfen (wie die BuT-Hilfen) zu, sollten die Ämter und Behörden proaktiv darüber informieren und nicht erst auf Nachfrage (1 Nennung).

Besonders effektiv ist es, aufsuchend Beratung und Information zu geben (1 Nennung), indem man die Eltern in ihrem Lebensraum anspricht. Mitarbeitende können z.B. ihre Angebote in Flüchtlingsunterkünften vorstellen oder Eltern in Parks ansprechen (1 Nennung).

Die Informationswege müssen zielgruppengerecht sein (1 Nennung), weshalb digitale oder gedruckte Informationen (z.B. Flyer) weniger gut geeignet sind (2 Nennungen). Gründe dafür sind u.a. fehlende digitale Kompetenz oder technische Ausstattung und auch Sprach- bzw. Leseprobleme (s. auch die folgenden Abschnitte).

Neben der persönlichen Ansprache durch die Anbieter, funktioniert auch Mund-zu-Mund-Information sehr gut (3 Nennungen), indem z.B. ein Bandprojekt in der Schule von Schüler*innengeneration zu Schüler*innengeneration weiterempfohlen wird. Deshalb ist es sinnvoll, die Netzwerke der Familien zu stärken und diese als Informationsweg zu nutzen (1 Nennung). Das Etablieren von Angeboten bei den Zielgruppen, das „*sich herumsprechen*“, ist oftmals ein langwieriger Prozess, was sich jetzt durch die Zwangsunterbrechungen in Folge der Corona-Pandemie sehr deutlich gezeigt hat (1 Nennung).

Mehrfach wurde betont, wie hilfreich „*Lotsen*“ oder auch „*Kümmerer*“ sein können, da sie genau die persönliche, übergreifende Beratung – das „*an-die-Hand-nehmen*“ (1 Nennung) – leisten können, die benötigt wird (3 Nennungen). Vorzugsweise sollten solche Lotsendienste an den Orten angeboten werden, wo die Familien ohnehin schon sind. Aber auch eine übergreifende, allgemeine Beratungsstelle mit offener Sprechstunde würde helfen (1 Nennung). In dieser Hinsicht spielen die Quartiersbüros eine wichtige Rolle, auch als Ansprechpunkte für die Anbieter (1 Nennung). Weitere in diesem Zusammenhang genannte Einrichtungen sind das Familienbüro beim Freiburger Bündnis für Familie sowie das geplante Servicecenter für Familien der Stadt (1 Nennung). Anlaufstellen mit Beratung und Hilfestellung sind besonders wichtig, wenn Angebote mit Antragstellungen verbunden sind, die manche Familien überfordern (1 Nennung).

Solche Lotsendienste sind auch deshalb hilfreich, weil es eine Flut an Informationen über Angebote gibt, die es schwer macht, das Passende zu finden (1 Nennung). Als Beispiele wurden die unüberschaubaren Ferienangebote und die Massen an Informationen, die von den Schulen an die Eltern gehen, genannt (2 Nennungen). Für ehrenamtliche Angebote besteht eher das gegenteilige Problem, nämlich dass

dafür relativ wenig Öffentlichkeitsarbeit gemacht wird und deshalb nur wenige Informationen verfügbar sind (1 Nennung).

In einigen Fällen kommt es auch zu einer Überforderung der Eltern, weil sie sich wegen der großen Menge an vorhandenen Angeboten nicht entscheiden können (1 Nennung).

Vorteilhaft ist es, wenn ein Träger eine breite Angebotspalette hat. Wenn Familien ein Angebot des Trägers nutzen, lernen sie dabei oftmals auch dessen anderen Angebote kennen (1 Nennung).

Auch wenn persönliche Informationen besser bei den Zielgruppen ankommen, wäre trotzdem ein zentrales, benutzerfreundlich gestaltetes Verzeichnis (gedruckt oder als Online-Datenbank) hilfreich, auch für die beratenden Fachkräfte (2 Nennungen).

Für die Bekanntheit von Angeboten ist es besser, wenn sie räumlich gut sichtbar sind und sich nicht „*im Keller in der Seitengasse*“ (1 Nennung) befinden. D.h., sie sollten an zentralen Orten platziert sein, wo man sie „*im Vorbeigehen*“ wahrnimmt.

Strukturelle und bürokratische Hürden

Auch wenn Familien von Angeboten wissen, gibt es eine Reihe weiterer Hürden, die eine Inanspruchnahme verhindern oder zumindest erschweren. Die Aussagen der Expert*innen dazu werden im Folgenden zusammengestellt.

Eine sehr große Zugangshürde für Familien stellen die strukturellen Rahmenbedingungen und die bürokratischen Hindernisse beim Zugang zu Angeboten dar.

Beantragung

Eine der wichtigsten Zugangshürden ist, wenn Angebote oder Leistungen mit einer bürokratischen Beantragung verbunden sind (1 Nennung).

Die erste Hürde besteht darin, dass überhaupt ein Antrag oder eine Anmeldung für ein Angebot nötig sind (2 Nennungen) und ein Angebot nicht spontan und ggf. auch unregelmäßig wahrgenommen werden kann (1 Nennung). Muss man einen Antrag bei einer Behörde stellen, ist die Hemmschwelle noch einmal höher (1 Nennung).

Die Antragstellung von Angeboten und Leistungen, „*das Antragswesen*“ (1 Nennung), ist oftmals zu kompliziert und zu aufwändig (2 Nennungen). Das gilt in besonderem Maß für finanzielle Hilfen und wenn es sich um Leistungen des Bundes handelt (2 Nennungen). Als Beispiel wurden mehrfach die Bildungs- und Teilhabeleistungen (BuT) genannt, deren Beantragung zu kompliziert ist (2 Nennungen). So muss zunächst der BuT-Antrag selbst und dann für jede Teilleistung ein eigener Antrag gestellt werden (2 Nennungen). Z.B. muss die Kostenbefreiung für das Kita-/Hort-/Schulesen jedes Halbjahr erneut beantragt werden, was sehr aufwändig ist, wenn man mehrere Kinder hat (1 Nennung).

Probleme kann es den Familien auch bereiten, wenn die Beantragung einer Leistung die Bewilligung einer anderen voraussetzt. So ist die Kostenbefreiung vom Schulesen u.a. vom Vorliegen eines Wohngeldbescheids abhängig. Derzeit dauert die Bearbeitung eines Wohngeldantrags jedoch wegen Überlastung des Amtes fast ein halbes Jahr (1 Nennung).

Die Eltern müssen viele Formulare ausfüllen, selbst für Sportangebote, für die u.U. ein Mitgliedsantrag für einen Verein nötig ist (2 Nennungen).

Hinzu kommt, dass die „*Verwaltungssprache*“ der Anträge für einige Familien unverständlich ist und sie auch nur in Deutsch verfasst sind, was für fremdsprachige Familien eine weitere Hürde darstellt

(3 Nennungen). Dieses Problem wird noch durch die Digitalisierung der Verfahren verschärft, da bei Online-Anträgen keine Möglichkeit mehr zum mündlichen Nachfragen besteht (1 Nennung). Abschreckend wirkt auch die z.T. als diskriminierend wahrgenommene Sprache der Anträge, wenn etwa Begriffe wie „*besondere Lebenslagen*“ verwendet werden (1 Nennung).

Die komplizierten und aufwändigen Antragsverfahren sind nicht nur für die Familien ein Problem, sondern auch für die Fachkräfte, die u.a. in der Beratung viel Zeit dafür aufwenden müssen (1 Nennung).

Verbesserungsvorschläge der Expert*innen bestehen darin, dass der Zugang zu Angeboten niederschwelliger sein sollte, näher an der Praxis und weniger bürokratisch (2 Nennungen). Es sollte persönliche Hilfe beim Beantragen von Angeboten und Leistungen geben (1 Nennung) und Unterstützung, um die Teilnahme an Angeboten „*in die Wege zu leiten*“ (1 Nennung). Die Behörden selbst beraten i.d.R. nicht und verweisen auf die Beratungsstellen der Träger (1 Nennung), die es in ausreichendem Maße geben sollte (1 Nennung).

Müssen Behörden aufgesucht werden, kann eine Begleitperson beim „*ersten Gang*“ helfen, die Hemmschwelle zu überwinden (1 Nennung).

Vereinfachend wäre auch, wenn Einzelleistungen bei Vorliegen der Grundvoraussetzungen automatisch ohne gesonderte Antragstellung gewährt werden könnten (2 Nennungen), wenn z.B. Beziehende*innen von Arbeitslosengeld automatisch die Berechtigung für kostenloses Schulessen erhalten würden. Dem stehen jedoch oft auch Datenschutzgründe entgegen, wenn verschiedene Behörden involviert sind und Daten austauschen müssten (in diesem Fall Jobcenter und Stadt Freiburg). In diesem Zusammenhang wäre ein Sozialausweis nützlich, der den Zugang zu Einzelleistungen ohne weitere Beantragung ermöglichen könnte (1 Nennung). Ein positives Beispiel für die unbürokratische Ausgestaltung von Hilfen ist der Kinderzuschlag.

Eine Vereinfachung des Antragsverfahrens ist bei individuellen Hilfen, wie der Eingliederungshilfe, schwer möglich, da eine aufwändige, rechtlich aber vorgegebene, Prüfung der Anspruchsberechtigung erfolgen muss. Deshalb ist es besser, in solchen Fällen strukturelle Hilfen (z.B. Förderkurse) in den Kitas und Schulen vorzuhalten, die den Kindern unbürokratischer zugutekommen können (1 Nennung).

Dauer des Antragsverfahrens

Sind Angebote und Leistungen mit einer Beantragung verbunden, ist die häufig zu lange Bearbeitungsdauer ein großes Problem für die Familien (3 Nennungen). Handelt es sich um finanzielle Hilfen oder die Erstattung von Ausgaben, kommt es dadurch oft zu erheblichen Engpässen (2 Nennungen). Besser wäre es, wenn bedürftige Familien automatisch ein pauschales Budget zur freien Verfügung erhalten würden oder Gutscheine.

Ziehen sich die Antragsverfahren hin und müssen Belege nachgereicht oder Angaben ergänzt werden, sind einige Eltern damit überfordert und scheitern daran (1 Nennung).

Durch den aktuellen Fachkräftemangel wird die Personalnot in den Verwaltungen in Zukunft noch zunehmen und sich die Dauer der Antragsbearbeitung voraussichtlich weiter verlängern (1 Nennung).

Zersplitterung des Hilfesystems

Der Zugang zu Hilfen und Angeboten wird auch dadurch erschwert, dass das Hilfesystem stark zersplittert ist. Man bekommt sie nicht „*aus einer Hand*“, sondern muss sie bei vielen verschiedenen Stellen beantragen bzw. in Anspruch nehmen (4 Nennungen). Die Zuständigkeiten sind auch für Fachkräfte schwer zu durchschauen und wechseln dann auch noch, wenn die Kinder in eine andere Altersgruppe

kommen und z.B. volljährig werden (1 Nennung). Es fehlt an Beratung, die „*durch den Ämterdschungel führt*“, jemand um „*zu lotsen am Beginn*“ (1 Nennung). Die Verwaltungen haben zudem eine „*eigene Logik*“, die für die Familien nicht immer einfach zu durchschauen ist (1 Nennung).

Helfen würde auch die Bündelung von Leistungen, wie in der geplanten Kindergrundsicherung (1 Nennung).

Die Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Angebote führen auch dazu, dass sie nur für eine begrenzte Zielgruppe zugänglich sind. Die Familien haben aber oft Multiproblemlagen und brauchen eher umfassendere Hilfen, z.B. Förderung des Kindes *und* Sprachkurs *und* Elterngespräche (1 Nennung).

Weitere strukturelle und bürokratische Hürden

Manchmal können Angebote auch nicht wahrgenommen werden, weil keine Kinderbetreuung organisiert werden kann bzw. nicht mit angeboten wird (1 Nennung). Das betrifft in besonderem Maße Alleinerziehende. Die Einrichtung einer angebotsbegleitenden Kinderbetreuung ist aber für die Anbieter schwierig, da das mit sehr viel Bürokratie verbunden ist (1 Nennung).

Spezielle Probleme treten für Asylbewerber*innen auf. Bei unsicherem Aufenthaltsstatus besteht die Angst, bei der Beantragung von Angeboten bei den Behörden „*in den Blick zu geraten*“ (1 Nennung) oder dass die Beantragung von Sozialleistungen oder Hilfen negative Auswirkungen auf das Asylverfahren haben könnte (1 Nennung).

Dass man es als Migrant*in, vor allem wenn man dunkelhäutig ist, in der Bürokratie mitunter auch mit Hürden aufgrund von ethnischer Diskriminierung und Rassismus zu tun haben kann, wurde von einzelnen Expert*innen ebenfalls berichtet (2 Nennungen).

Scham, Angst vor Stigmatisierung

Eine von vielen Expert*innen genannte weitere große Hürde ist, sich als Armutsbetroffene/r „*outen*“ zu müssen, z.B. wenn man (finanzielle) Hilfen für sein Kind beantragen muss (3 Nennungen) oder Beratung benötigt (1 Nennung). Das ist mit der Scham verbunden, sein Kind und seine Familie nicht alleine versorgen zu können und auch mit der Angst vor Stigmatisierung durch andere (6 Nennungen). Es gibt eine „*Hemmnis, irgendwo hinzugehen und sich Unterstützung zu holen*“ (1 Nennung), die Familien wollen „*das einfach auch selber stemmen*“ (1 Nennung) und es herrscht das Bild vor: „*Jemand, der zum Amt rennt, hat irgendwas nicht geschafft*“ (1 Nennung).

Die Schamschwelle ist dabei kulturell und individuell unterschiedlich (1 Nennung). Das Schamgefühl ist bei Männern oft stärker ausgeprägt, da sie in ihren Augen ihrer Rolle als Versorger der Familie nicht gerecht werden (1 Nennung). Akademiker*innen haben tendenziell weniger Scham, Hilfe anzunehmen, als bildungsferne Eltern, v.a. wenn es Migrant*innen sind (1 Nennung). Durch die Corona-Pandemie ist es auch in der Mittelschicht verbreitet zu Jobverlusten gekommen, die den damit verbundenen sozialen Abstieg als besonders beschämend empfindet (1 Nennung). Dabei spielen Vergleiche der eigenen Situation mit der von Anderen eine entscheidende Rolle, „*warum kriege ich das nicht hin*“ (1 Nennung). Bei Geflüchteten spielt noch das Gefühl der Dankbarkeit für die Aufnahme in diesem Land und die erfahrene Hilfsbereitschaft eine Rolle und die Scham, noch weitere Hilfen in Anspruch zu nehmen (1 Nennung).

Die Scham ist besonders groß, wenn es um die Ausstattung der eigenen Kinder geht (1 Nennung) oder man Kostenbefreiungen beantragen muss (1 Nennung). Die Angst vor Stigmatisierung hingegen besteht sehr ausgeprägt, wenn man psychosoziale Beratung in Anspruch nimmt (1 Nennung). Bei psychischen

Erkrankungen der Kinder wird von den Eltern aus diesem Grund teilweise der Bedarf geleugnet: „*Mein Kind ist doch nicht verrückt!*“ (1 Nennung).

Gegen die Scham der Zielgruppen hilft, wenn jemand Bekanntes beim Aufsuchen von Angeboten begleitet, weshalb auch die Nachbarschaftswerke so wichtig sind (1 Nennung). Weniger stigmatisierend, als wie bei den BuT-Leistungen Gutscheine abgeben zu müssen, ist die FamilienCard, bei der nicht sichtbar wird, ob jemand im Sozialleistungsbezug ist (2 Nennungen). Allgemein sollte man bei Informationen über Angebote oder bei deren Durchführung auf nicht stigmatisierende Sprache achten; „*Alle, die nicht lesen und schreiben können, in Raum 6!*“ (1 Nennung). Und natürlich helfen eine soziale Durchmischung in den Stadtquartieren gegen Stigmata aufgrund des Wohnorts (Haslach, Weingarten) sowie Menschen nicht über materiell orientierte Statussymbole (Kleidung, Reisen etc.) zu definieren (1 Nennung).

Sprachbarrieren

Die Mehrzahl der Expert*innen konstatiert auch Sprachbarrieren bei der Inanspruchnahme von Angeboten und Leistungen (9 Nennungen). Damit sind zunächst einmal mangelnde Deutschkenntnisse gemeint, die auch bei Migrant*innen, die schon lange hier leben, eine Hürde darstellen können (1 Nennung). In der Regel werden die Angebote nicht in Fremdsprachen zur Verfügung gestellt oder wenn, dann nicht durchgängig (1 Nennung). So gibt es Informationen (Print oder Online) und Anträge in den allermeisten Fällen nur auf Deutsch (2 Nennungen).

Informationen und Angebote auch fremdsprachig anzubieten, ist nur sehr eingeschränkt möglich; es gibt einfach zu viele Sprachen, um sie auch nur ansatzweise adäquat abdecken zu können (3 Nennungen). Helfen könnten niederschwellige Dolmetscher*innendienste, die z.B. bei Beratungsgesprächen angefordert werden können (1 Nennung). Der von der Stadt eingerichtete Dolmetscher*innenpool ist unpraktikabel und es fehlt auch an einer Regelfinanzierung für Dolmetscher*innendienste, die nur für bestimmte Leistungen bezahlt werden (2 Nennungen). Ein Dolmetscher*innenpool, der bspw. in den Quartiersbüros schnell und unkompliziert abgerufen werden könnte, wäre ideal (1 Nennung).

Werden Dolmetscher*innen eingesetzt, muss auch darauf geachtet werden, dass diese vertrauenswürdig sind und neutral, ohne Eigeninteressen übersetzen (1 Nennung).

Neben Fremdsprachigkeit gibt es auch das Problem von Analphabetismus (2 Nennungen) oder – in abgeschwächter Form – Probleme der Eltern, die „Verwaltungssprache“ zu verstehen oder sich in ihr auszudrücken und ihr Anliegen präzise zu formulieren (2 Nennungen). Dann kann es – vor allem bei Behörden gängen – leicht zu Überforderungen kommen, denen z.T. durch „Übersetzungsarbeit“ der Beratungsstellen der Träger begegnet werden muss (1 Nennung). Man sollte also als Anbieter bei den Informationen (auch im Web) und allgemein im Umgang mit der Zielgruppe auf einfache Sprache achten (2 Nennungen).

Ein weiterer Aspekt ist, dass man in der Wortwahl gendersensibel sein sollte. Es ist z.B. nicht hilfreich, eine Einrichtung „Mütter-Treff“ zu nennen, wenn auch Väter zur Zielgruppe gehören sollen (1 Nennung).

Kulturelle Zugangsbarrieren

Bei manchen Familien führt der kulturelle Hintergrund dazu, dass Angebote nicht wahrgenommen werden. So herrschen in einigen Kulturen eher traditionelle Frauenrollen vor, was sich z.B. darin äußert, dass Männer nicht wollen, dass ihre Frauen zu einer Schwangerschaftsberatung gehen und die Frauen wiederum nicht von Männern beraten werden wollen (1 Nennung) und sich auch eher „*mit ihresgleichen*

verbinden“ (1 Nennung). Mädchen aus anderen Kulturen können manche Angebote nicht nutzen, weil sie sehr früh zuhause sein müssen (1 Nennung) oder die Eltern sehen den Sinn mancher Angebote nicht und lehnen sie ab, weil sie aus ihrer Sicht „*nicht wichtig für [mein] Kind*“ sind (1 Nennung). Ein weiteres genanntes Beispiel ist, dass jugendliche Roma sehr viel früher als Deutsche in einer Erwachsenenrolle sind und sich dann von Angeboten für Jugendliche überhaupt nicht angesprochen fühlen (1 Nennung).

Ein Teil der Migrant*innen, v.a. Geflüchtete, kennen das aus ihren Herkunftsländern auch nicht, dass man kostenlos Angebote wahrnehmen und sie sogar mitgestalten kann (2 Nennungen) bzw. Anrecht auf bestimmte Leistungen hat (1 Nennung) und kommen dann gar nicht auf die Idee, sich darüber zu informieren. Bei ehrenamtlich erbrachten Angeboten der Vereine kommt hinzu, dass Vereinsarbeit etwas typisch „Deutsches“ ist und solche Ehrenamtsstrukturen in anderen Ländern vielfach unbekannt sind (1 Nennung).

Kulturelle Zugangsbarrieren können dadurch abgebaut werden, dass Angebote und Zugangswege kultursensibel gestaltet werden (2 Nennungen). Die Träger könnten sich dabei absprechen und einige dann gezielt z.B. kultursensible Angebote für Frauen entwickeln (1 Nennung). Ein Problem dabei ist, dass die Anbieter die kulturell geprägten Zugangswege der Zielgruppen oftmals nicht gut genug kennen (1 Nennung). So kommen Migrant*innen teilweise aus „*geselligeren*“ Kulturen (1 Nennung) und lassen sich deshalb besser über persönliche Ansprache, z.B. bei einem Fest, erreichen.

In vielen Fällen sind kulturelle Zugangsbarrieren mit dem Bildungshintergrund gekoppelt. Besonders hohe Hürden bestehen für Familien aus anderen Kulturen mit einem niedrigen Bildungsniveau. „*Wenn ich nicht weiß, was auf mich zukommt und was die von mir wissen wollen*“ (1 Nennung), ist die Hemmschwelle für eine Inanspruchnahme besonders groß.

Geografische Lage und Erreichbarkeit von Angeboten

Je nach Art des Angebots spielt auch dessen geografische Lage und Erreichbarkeit eine Rolle. Manche Angebote und auch Behörden sind zu weit entfernt oder ungünstig gelegen und für die Familien schwer zu erreichen (6 Nennungen). Das stellt besonders für nicht mobile Familien ein Problem dar (1 Nennung).

Sind Angebote weiter entfernt, bedeutet das für die Eltern oftmals, dass kleine Kinder begleitet werden müssen oder für etwas ältere zumindest der Transport organisiert werden muss (2 Nennungen). Die Lage einiger Sportvereine erfordert es sogar, dass dafür ein Auto benutzt werden muss (2 Nennungen). Das Problem wird mit zunehmendem Alter der Kinder kleiner, für ältere Jugendliche ist es normalerweise ohne Schwierigkeit möglich, in einen anderen Stadtteil zu fahren (1 Nennung).

Wie an anderer Stelle bereits berichtet, könnten hier (ehrenamtliche) Helfer*innen oder Pat*innen, ggf. der Anbieter und Institutionen, unterstützen, indem sie kleinere Kinder zu den Angeboten begleiten (1 Nennung).

Zudem herrscht in Freiburg – trotz der überschaubaren Größe der Stadt – eine „*Kiezstruktur*“, die dazu führt, dass Familien ihr Viertel nur ungerne verlassen (1 Nennung).

Für Geflüchtete besteht das Problem, dass ihre Unterkünfte z.T. sehr abgelegen sind und sie keine oder nur einen Teil der Fahrtkosten erstattet bekommen, wenn sie Angebote wahrnehmen wollen (1 Nennung).

Sinnvoll kann es sein, Angebote für Familien an einem Ort, z.B. in einem gut erreichbaren, niederschwellig zugänglichen Stadtteilhaus (1 Nennung), zu bündeln. Sie werden dann eher wahrgenommen,

da man dann „*sowieso hier ist*“ (1 Nennung) und nicht viele verschiedene Orte aufsuchen muss (1 Nennung). Die räumliche Nähe von Förderangeboten für Kinder zu den Kitas und Schulen wäre ebenfalls wünschenswert, ist aber in Freiburg nur vereinzelt gegeben (1 Nennung).

Kosten

Für einkommensschwache Familien sind – selbst geringe – Kosten für Angebote eine große Hürde (4 Nennungen). Eine bessere finanzielle Förderung würde es den Trägern eher ermöglichen, kostenfreie Angebote vorzuhalten (1 Nennung). Eine Expertin war aber auch der gegenteiligen Meinung, dass die Kosten eher nicht der Grund für Nichtinanspruchnahme wären (1 Nennung).

Zu hohe Kosten fallen u.a. für Ferienbetreuungen (1 Nennung), Sportvereine (1 Nennung) oder kreative und musikalische Angebote (1 Nennung) an. Selbst wenn es keine Teilnahmegebühren gibt, entstehen oftmals Begleitkosten für benötigte Materialien (z.B. Gummistiefel für Waldgruppe, Bastelmaterial), Ausrüstung für den Sportverein oder Musikinstrumente und Noten (4 Nennungen). Es gibt zwar z.T. die Möglichkeit der Kostenerstattung, etwa über die BuT-Leistungen, aber erstens fehlt das Wissen über diese Möglichkeiten (1 Nennung) oder die erstatteten Beträge sind viel zu niedrig (1 Nennung). Z.B. werden für Musikunterricht im Monat 15€ erstattet, was dafür keinesfalls ausreicht. Die Kosten führen zudem dazu, dass Kinder nicht ausprobieren können, welches Instrument ihnen gefällt. Hier würde helfen, wenn es mehr „*Schnupperangebote*“ mit Leihinstrumenten im Musikunterricht gäbe (1 Nennung).

In Kitas werden z.T. bei Bedarf gespendete Gummistiefel und Matschkleidung bereitgestellt, um die Teilhabe aller Kinder zu sichern (1 Nennung).

Zusätzliche Kosten entstehen durch Fahrten zu den Angeboten. Dafür gibt es zu wenig finanzielle Hilfen, so werden nur zwei Fahrten pro Tag für die Schulkindbetreuung erstattet. Insofern hatte das 9€-Ticket, das im Sommer 2022 als Entlastung bei den Energiekosten genutzt werden konnte, einen sehr positiven Effekt (1 Nennung).

Digitale Ausstattung und Kompetenz

Eng mit den Kosten hängt die fehlende Ausstattung der Familien mit digitalen Geräten und schnellen Internetverbindungen zusammen (1 Nennung). Das macht es schwierig, sich online zu informieren und Anmeldungen vorzunehmen. Informationen und Registrierungen werden jedoch immer häufiger ausschließlich digital angeboten.

Selbst wenn die nötigen Geräte vorhanden sind, fehlt z.T. die Kompetenz solche digitalen Recherchen und Anmeldeverfahren durchzuführen (2 Nennungen).

Fehlende Zeit, unpassende Öffnungszeiten

Einigen armutsgefährdeten Eltern fehlt schlichtweg die nötige Zeit, um sich über Angebote zu informieren und sie wahrzunehmen, da sie mit Berufstätigkeit, der Sicherung der Lebensgrundlage, Deckung der Grundbedarfe und der Familienorganisation sehr stark belastet sind (5 Nennungen). Das trifft vor allem auf problembelastete Eltern, ggf. mit anderem kulturellen Hintergrund zu. Diese Eltern haben oftmals „*ganz andere Baustellen*“, als die Förderung ihrer Kinder (1 Nennung).

Eine Entlastung der Eltern wären ehrenamtliche Pat*innen, die Kinder zu Angeboten begleiten, wenn das die Eltern – z.B. wegen der nötigen Betreuung kleinerer Geschwister – nicht können (1 Nennung).

Schlechte telefonische Erreichbarkeit und zu kurze Öffnungszeiten machen es schwierig, sich über Angebote zu informieren und sie wahrzunehmen (1 Nennung). Besser sind lange Öffnungszeiten, eine Teilnahme ohne Anmeldung und Ansprechpartner vor Ort (Beratungsstellen, offene Treffs etc.)

(1 Nennung). Eine spontane Nutzung oder Beratung ohne Terminvergabe sollte möglich sein, ohne „*dass man eine Nummer ziehen muss*“ (1 Nennung).

Fehlendes Vertrauen, negative Einschätzung von Angeboten

Ein Hinderungsgrund für die Teilnahme an Angeboten kann auch sein, dass man dem Träger, der durchführenden Person oder der inhaltlichen Ausgestaltung eines Angebots nicht vertraut.

Es braucht eine „*Vertrauensbasis*“ zu den Personen, die über Angebote beraten und damit den Zugang ebnen sowie zu den jeweiligen Anbietern (2 Nennungen). Es hilft auch, wenn ein Angebot an einem „*vertrautem Ort für das Kind*“ (1 Nennung) oder für die Eltern (1 Nennung) stattfindet. Vertrauensbildend ist es auch, wenn Angebote durch Mund-zu-Mund-Information von Bekannten weiterempfohlen wurden (1 Nennung) oder wenn die eigenen Eltern schon gute Erfahrungen mit Angeboten (z.B. in der Jugendverbandsarbeit) gemacht haben und sie ihren Kindern vermitteln (1 Nennung).

Ausreichende Informationen über die Angebote, z.B. durch Elternarbeit, Tage der offenen Tür etc., verhindern, dass Eltern deren inhaltliche Ausrichtung anzweifeln und ihre Kinder deshalb nicht teilnehmen lassen (1 Nennung).

Manche Träger haben einen schlechten Ruf (1 Nennung) und auch Ämtern und Behörden wird Misstrauen entgegengebracht, da sie mit Kontrolle assoziiert werden, selbst wenn sie Hilfen anbieten (1 Nennung). Vor allem das Jugendamt wird von Eltern aufgrund seines Kontrollauftrags negativ konnotiert und wird deshalb ungerne für Beratungen oder Hilfen aufgesucht (1 Nennung). Es besteht im Extremfall sogar die Angst, dass die „*Kinder weggenommen*“ werden, wenn man Hilfen beantragt oder Angebote wahrnimmt (1 Nennung). „*Vor dem Jugendamt haben alle Angst, aber wenn sie dann mal da waren, nehmen sie die Angebote auch an*“ (1 Nennung).

Um Vertrauen aufzubauen, würde Personal bei den Anbietern und Ämtern helfen, das den Zielgruppen näher ist, also mehr weibliche Fachkräfte, Migrant*innen, Personen mit Behinderung etc. (1 Nennung). Bisher werden Angebote fast ausschließlich von „*weißen Deutschen*“ betreut, die sich nicht gut in die Zielgruppe hineinversetzen können (1 Nennung). Wenn die Fachkräfte und Ansprechpersonen aber „*aus der Community*“ der Zielgruppe kommen, können sie Vertrauen schaffen („*wir verstehen uns*“) und als „*Türöffner*“ wirken (1 Nennung). Vertrauen entsteht auch, wenn Eltern selbst in den Einrichtungen und den Angeboten mitarbeiten können (1 Nennung).

Individuelle Hinderungsgründe

Neben äußeren Umständen gibt es auch Zugangsbarrieren, die eher in der Persönlichkeitsstruktur der Betroffenen begründet sind. Dazu gehört in manchen Fällen die fehlende Motivation, um zu Beratungsstellen zu gehen oder Angebote wahrzunehmen (1 Nennung). „*Man muss sich kümmern, man muss ein bisschen gucken*“ (1 Nennung). Einige Familien haben sich schon so an ihre Situation gewöhnt, dass sie ihren Unterstützungsbedarf gar nicht mehr wahrnehmen (1 Nennung). Man muss aus Sicht der Expert*innen deshalb nicht nur informieren, sondern auch aktivieren und motivieren und mitunter auch „*ein bisschen Druck machen*“ (1 Nennung).

Teilweise fehlt auch das Selbstbewusstsein, um an Angeboten teilzunehmen. An einer Veranstaltung wie „*Zocken mit dem OB*“ nehmen eher Wiehre-Jugendlichen teil, Jugendliche aus Weingarten trauen sich das nicht (1 Nennung). Das hat auch etwas mit dem Bildungshintergrund zu tun. Akademiker*innen und ihre Kinder „*wissen sich eher zu helfen*“ (1 Nennung) und „*trauen sich auch was zu*“ (1 Nennung), haben mehr Selbstvertrauen. Zudem haben sie bessere Strategien, ihren Kindern auch mit knappen materiellen Ressourcen die nötige Förderung zu ermöglichen.

3.1.2.3. Einschätzungen zu Netzwerken

Wie auch in der Online-Umfrage bei den Anbietern, wurde den Expert*innen die Frage gestellt, in welche Netzwerke sie eingebunden sind und welche weiteren Netzwerke ihnen bekannt sind. Die gewonnenen Informationen aus beiden Erhebungen wurden in Kap. 2.2.4. zusammengefasst.

Es wurde jedoch auch um weitere Einschätzungen zur Vernetzung gebeten, die sich nicht nur auf einzelne Netzwerke beziehen. Über die Aussagen hierzu soll an dieser Stelle berichtet werden.

Art und Grad der Vernetzung

In Freiburg ist die Vernetzung der Angebote und Anbieter – auch im Vergleich mit anderen Kommunen – relativ stark (1 Nennung). Es bestehen Netzwerke auf allen Ebenen und in allen Formen; trägerübergreifend oder intern, themenbezogen oder -übergreifend, auf Fachebene oder Leitungsebene, stadtweit oder städteübergreifend etc. (2 Nennungen). Es gibt auch „Pop-Up“-Netzwerke, die bei aktuellen Krisensituationen kurzfristig themenbezogen gebildet werden (1 Nennung).

Je nach Angebotstyp und Funktion der befragten Expert*innen sind sie in verschiedene Netzwerkformen eingebunden, wobei an übergreifenden Netzwerken eher die Leitungsebene teilnimmt oder Expert*innen mit koordinierender Funktion.

Es gibt sowohl lose als auch starke Vernetzungen, je nach Wichtigkeit für die eigene Arbeit (1 Nennung). Über die Mitglieder der Netzwerke bestehen auch zwischen den Einzelnetzwerken personelle Verbindungen (1 Nennung).

Die Vernetzung könnte aber durchaus noch verbessert werden. Es gibt zu viel Konkurrenzdenken zwischen den Trägern, sinnvoller wären bessere Absprachen und daraus folgend eine thematische Spezialisierung der Träger (1 Nennung). Eine Ausweitung der Vernetzung ist jedoch nur möglich, wenn dafür die nötigen Ressourcen zur Verfügung stünden; es mehr Personal und damit verbunden eine bessere Finanzierung bzw. Förderung der Angebote gäbe und der Zeitaufwand für Netzwerkarbeit eingerechnet würde (3 Nennungen).

Nutzen und Effizienz der Vernetzung

Einhellig wurde von der Expert*innen der Nutzen einer Vernetzung gesehen. Netzwerke dienen dem Informationsaustausch und helfen, die eigenen Angebote bekannter zu machen und die der anderen kennen zu lernen (2 Nennungen). Man kann dieses Wissen für die eigene Arbeit nutzen und weiß besser, wohin man Betroffene vermitteln kann (2 Nennungen).

Netzwerke unterstützen dabei, aktuelle Bedarfslagen und Angebotslücken zu erkennen und darauf zu reagieren (5 Nennungen)⁹⁹. Die Träger können sich über gemeinsame Probleme austauschen und Strategien entwickeln (z.B. den Einsatz von Ehrenamtlichen) (1 Nennung) und man kann sich zusammenschließen und Programme, wie das für Eltern- und Familienbildung, auf den Weg bringen (1 Nennung). Von Vorteil ist auch ein themenbezogener fachlicher Austausch, weshalb neben der Vernetzung der (oberen) Leitungsebene auch eine persönliche Vernetzung auf Fachebene sinnvoll ist (1 Nennung). Als besonders effektiv für die Praxis werden Vernetzungen der fachpraktischen Leitungsebene angesehen (1 Nennung).

⁹⁹ Als Beispiel wurde genannt, dass die FamilienCard in einer Arbeitsgruppe des Freiburger Bündnisses für Familie entwickelt wurde (1 Nennung).

Um noch besser von den Netzwerken profitieren zu können, sollten die Kompetenzschwerpunkte und thematische Spezialisierung der beteiligten Anbieter bei den Treffen klarer gemacht werden (1 Nennung).

Sehr wichtig sind aber auch die informellen Kontakte und der persönliche Austausch bei den Netzwerktreffen (1 Nennung). Man lernt sich persönlich kennen und hat dadurch „kurze Dienstwege“ und weiß, an wen man sich für spezifische Themen wenden kann (1 Nennung). Auch aus diesem Grund sollten Netzwerktreffen vorzugsweise in Präsenz und nicht online stattfinden (1 Nennung).

Obwohl der Nutzen einer Vernetzung insgesamt gesehen wird, ist die Effektivität einzelner Netzwerke recht unterschiedlich. So gibt es auch Netzwerke oder Unter-Arbeitskreise, die sozusagen aus Gewohnheit weitergeführt werden, obwohl sie nicht mehr viel bringen (1 Nennung). Bei der Einrichtung von neuen Netzwerken, auch dem geplanten Präventionsnetzwerk, sollte immer geprüft werden, ob dadurch bereits bestehende entbehrlich werden (1 Nennung).

Kritisch wurde auch angemerkt, dass in den Netzwerken oft mit viel Energie gute Ideen entwickelt werden, die dann nicht praktisch umgesetzt werden (1 Nennung). Bemängelt wurde ebenfalls, dass die formalisierten Netzwerke i.d.R. von der Stadt geleitet werden, die dann die Agenda setzt. Dabei kommen die Anliegen der Träger manchmal zu kurz (1 Nennung).

Die Beteiligung an Netzwerken erfolgt, mit Blick auf die Effektivität und den relativ hohen Zeitaufwand, selektiv, je nachdem wie wichtig das Netzwerk oder ein einzelnes Thema für die eigene Arbeit ist (1 Nennung). *„Dieses ganze Besprechungswesen darf ja auch nicht ausufernd werden“* (1 Nennung). Der Aufwand ist am geringsten, wenn Netzwerktreffen nur für die eigene Information genutzt werden. Die Teilnahme an Fachtagen oder – die eigentlich nötige – Lobbyarbeit für seine Zielgruppe und politische Arbeit über die Netzwerke zu betreiben ist erheblich zeitaufwändiger und erfordert entsprechende (personelle) Ressourcen, die häufig nicht vorhanden sind (1 Nennung).

Mehrfach betont wurde, dass es für effektive Netzwerke unbedingt nötig ist, die Treffen vorzubereiten, zu koordinieren, zu moderieren und zu protokollieren (4 Nennungen). Es braucht dafür nicht zwingend eine Koordinierungsstelle oder Geschäftsführung, aber zumindest jemand, der sich verantwortlich fühlt und einlädt, Räume organisiert, die Themen setzt, ggf. als Sprecher*in des Netzwerks auftritt etc.

Große Netzwerke sind insoweit nützlich, weil man dort alle relevanten Akteur*innen treffen kann. Man kann sich Themen und Personen passgenau auswählen (1 Nennung). Sie dienen aber eher dem Informationsaustausch, die eigentliche Arbeit wird in den Arbeitskreisen bzw. -gruppen geleistet (2 Nennungen). Deshalb sollte die Einrichtung von Unterarbeitskreisen für einzelne Fragestellungen verstärkt werden. Auch das Organisieren von gemeinsamen Fortbildungen ist sehr zu begrüßen (1 Nennung).

Im ehrenamtlichen Bereich ist – im Gegensatz zu professionellen Kontexten – die Fluktuation in den Netzwerken sehr hoch, was dazu führt, dass Themen mehrfach besprochen werden. Das ist aber nicht unbedingt ineffektiv, da die Gesellschaft sich wandelt und eine regelmäßige Aktualisierung von Themen sinnvoll ist (1 Nennung).

Ausweitung der Vernetzung

Zu der Frage, ob eine generelle Ausweitung der Vernetzung wünschenswert wäre, gab es verschiedenen Nennungen.

Es sollte aus Sicht der Expert*innen nicht zu viele zusätzliche Netzwerke geben (1 Nennung), die bestehenden sollten sich stattdessen besser untereinander vernetzen (2 Nennungen) und sollten hinsichtlich ihrer Ziele und Konzeption optimiert werden (1 Nennung).

Was ausgebaut werden sollte, ist eine Vernetzung der *Zielgruppen*, damit diese untereinander Informationen austauschen können (1 Nennung). Außerdem sollte die Vernetzung zwischen den am Themenfeld beteiligten Rechtsbereichen (z.B. SGB VIII und IX, Jugendhilfe und Gesundheitsvorsorge) verbessert werden (1 Nennung).

Damit sich die Praktiker*innen kennen lernen und wissen, wohin sie Klient*innen weitervermitteln können, sollte man sie noch besser vernetzen und „*in Präsenz an den Tisch holen*“ (1 Nennung).

Die Vernetzung sollte auch hinsichtlich der Beteiligten ausgebaut werden. Zu den Anbietern sollten auch andere Akteur*innen hinzukommen, wie z.B. die Arbeitgeber, die so Bedarfe der Zielgruppen kennen lernen und andererseits den Anbietern ihre Erfahrungen und Probleme mit den Zielgruppen schildern können (1 Nennung).

Eine noch stärkere Vernetzung von Angeboten und Trägern könnte helfen, die Beantragung von Leistungen der Zielgruppen zu vereinfachen (1 Nennung) und die Zugangswege zu den Zielgruppen zu optimieren (1 Nennung).

Zum Aufbau eines übergreifenden Präventionsnetzwerks wurden folgende Meinungen geäußert: Zunächst einmal wurde begrüßt, dass es eine übergreifende Vernetzung zum Thema Kinderarmut geben soll (1 Nennung). Es sollten dafür jedoch die bestehenden Netzwerke genutzt werden, aber keine neuen gebildet werden (1 Nennung). Auf jeden Fall sollten die Erfahrungen und vorhandenen Evaluationen der Träger mit bestimmten Angeboten gesammelt und einbezogen werden (1 Nennung).

Neben den auf die Gesamtsituation bezogenen Aussagen zu einer Ausweitung der Netzwerke im Bereich Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut in Freiburg haben die Expert*innen auch einige Angaben dazu gemacht, welche zusätzlichen Vernetzungen sie für ihren eigenen Arbeitsbereich sinnvoll fänden. Da diese Nennungen spezifisch auf die jeweilige Situation bezogen sind und sich nicht unbedingt verallgemeinern lassen, wird an dieser Stelle darauf verzichtet, sie wiederzugeben.

Unterstützung der Netzwerkarbeit durch die Stadt Freiburg

Am Ende des Themenkomplexes wurden die Expert*innen gefragt, wie die Stadt Freiburg die Netzwerkarbeit im Bereich Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut unterstützen kann.

Zunächst einmal wird es begrüßt, dass die Stadt ein übergeordnetes Präventionsnetzwerk mit entsprechender Koordinierungsstelle zum Thema Kinderarmut etablieren will (2 Nennungen). Wichtig wäre aber, dass eine solche Stelle langfristig angelegt wird und nicht nur für zwei oder drei Jahre (1 Nennung). Netzwerktreffen mit den relevanten Trägern sollten dann ein- bis zweimal jährlich stattfinden (1 Nennung).

Die Stadt sollte dabei jedoch „*größer denken*“ (1 Nennung); sie sollte den Kreis der Akteur*innen erweitern. Die Vernetzung sollte über die verschiedenen Arbeitsbereiche hinweg reichen und auch die Akteur*innen aus dem ökonomischen Bereich (Arbeitgeber, Jobcenter etc.) einbeziehen (1 Nennung).

Es wurde auch geäußert, dass die Aufgabe der Stadt in der Entwicklung einer Strategie gegen Kinderarmut gesehen wird, an der sich die Träger orientieren können („*Rote Linie*“) (1 Nennung). Die eigentlichen Angebote sollten dann aber die Träger mit ihrer Expertise entwickeln, koordiniert durch die Stadt (1 Nennung). Weitere Koordinierungsstellen bräuchte es nicht unbedingt, da die bestehenden ausreichen. Eine Hilfe wäre es aber, wenn die Stadt weitere „*Möglichkeitsräume*“ (1 Nennung) für die Vernetzung der Träger bereitstellt. Eine solche Gelegenheit zur Vernetzung würden von der Stadt organisierte Fortbildungen darstellen, auf denen sich die Träger austauschen könnten (1 Nennung).

Vorzugsweise sollte die Stadt bei ihren Bemühungen nicht eigene, neue Strukturen aufbauen, sondern die bestehenden fördern und unterstützen (1 Nennung).

Hinsichtlich der bestehenden Netzwerke wurde angemerkt, dass die Stadt sinnvollerweise nach Möglichkeit eingebunden sein sollte, da sie in vielen Fällen die Mittel verwaltet. Hilfreich für die Planungen der freien Träger wäre ein Austausch in den Netzwerken über die jeweilige Bedarfslage und die städtische Haushaltslage (1 Nennung) sowie Informationen für die Träger über aktuelle Fördermöglichkeiten (1 Nennung). Als Grundlage für Planungen sollte die Stadt die statistischen Informationen über die Zielgruppen und deren Bedarfe erheben und bereitstellen und dabei aber auch deren ökonomische Situation mit abbilden, nicht nur die soziale (1 Nennung).

Netzwerke brauchen Ressourcen für die Koordination und Organisation (s.o.). Die Stadt kann, muss aber nicht, die Koordination der Netzwerke, an denen sie beteiligt ist, übernehmen (1 Nennung). Eine Geschäftsstelle ist hilfreich, die Koordination kann aber auch „*reihum*“ gehen (1 Nennung).

Aus inhaltlichen Gründen sollte konkret das Jugendamt, das de facto die zentrale Anlaufstelle für viele Problemlagen in diesem Themenfeld ist, in die Netzwerke eingebunden sein und eine steuernde Funktion übernehmen. Dadurch können präventive Angebote der Träger bekannt gemacht und gestärkt werden und Leistungen der Jugendhilfe vermieden werden (1 Nennung).

Wie schon erwähnt, ist die Netzwerkarbeit mit Zeit- und Personalaufwand für die Träger verbunden. Deshalb sollte sie – stärker als bisher – bei städtischen Fördermitteln bzw. Finanzierungen berücksichtigt werden (1 Nennung). Die eigenen Angebote der Stadt sollten dafür mit zusätzlichen Personalressourcen bzw. Stellenprozenten ausgestattet werden (1 Nennung).

In Bezug auf die Vernetzung bzw. Zusammenarbeit mit der Stadt wurde angeregt, dass sie Ansprechpersonen für die Träger für allgemeinere Themen, die über Fachfragen hinausgehen, bereitstellen und die Abläufe transparenter gestalten sollte (1 Nennung).

3.1.2.4. Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die Angebote und die Situation von armutsgefährdeten Familien

Zum Zeitpunkt der Expert*inneninterviews im Spätsommer/Herbst 2022 war die Covid-Pandemie im Abklingen. Es gab keine Einschränkungen bei der Teilnahme an Angeboten mehr. In der Zeit davor konnten jedoch viele Angebote gar nicht oder nur mit begrenzter Teilnehmendenzahl, entsprechendem Impfstatus usw. wahrgenommen werden.

Die Expert*innen wurden – wenn noch Zeit dafür war – am Ende des Interviews um eine Einschätzung gebeten, welche Auswirkungen die Pandemie auf die Angebote und die Situation von armutsgefährdeten Familien in Freiburg hatte¹⁰⁰.

Für die Träger und die Familien kam es durch die Covid-Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen zu gravierenden Einschränkungen. Eine ganze Reihe von Angeboten konnten überhaupt nicht oder nur in sehr eingeschränkter Form stattfinden. Das betraf u.a. persönliche Sprechstunden (1 Nennung), Gruppenangebote (etwa der Frühen Hilfen) (1 Nennung) und offene Begegnungsmöglichkeiten (z.B. offene Cafés) (1 Nennung). Für die Anbieter war es auch nicht möglich, institutionenübergreifende Projekte durchzuführen (1 Nennung).

¹⁰⁰ In 11 der 15 Interviews wurden Angaben zu diesem Thema gemacht.

In der Jugendarbeit gingen viele Strukturen kaputt, da viele Angebote davon leben, dass Jüngere von den Älteren lernen und dann später deren ehrenamtliche Leitungsaufgaben übernehmen. Es konnten auch keine Schulungen für nachrückende Führungskräfte durchgeführt werden (1 Nennung).

Durch die fehlende Kinderbetreuung mussten sich einige Eltern andere Jobs suchen oder ihre Stelle reduzieren (1 Nennung). Für Familien, die darauf angewiesen sind, bereitete es auch große Probleme, dass die Mittagessen in den Kitas und Schulen nicht mehr angeboten wurden (2 Nennungen).

Es gab zwar z.T. Alternativen zu bestehenden Angeboten oder auch neue Angebote im Online-Format, deren Nutzung ist jedoch für die Zielgruppe schwieriger (2 Nennungen) (siehe auch Kap. 3.1.2.2.). Zudem können digitale Formate nicht die persönlichen Beziehungen ersetzen, die z.B. für die Jugendarbeit sehr wichtig sind (1 Nennung). Was in der Zeit auch gefehlt hat, waren u.a. alternative Angebote für Kinder, um sich draußen treffen zu können (1 Nennung).

Insgesamt gesehen waren armutsgefährdete Familien stärker als andere von den Corona-Maßnahmen, vor allem den Lockdowns, betroffen, weil sie oft in beengten Wohnungen leben, ihnen die Materialien (z.B. Spiele) für die Beschäftigung der Kinder zuhause fehlen usw. (1 Nennung).¹⁰¹

Für die Anbieter war die coronakonforme, kreative Umgestaltung bzw. Neuentwicklung von Angeboten mit einer hohen Arbeitsbelastung verbunden (1 Nennung). Corona hat sich auch negativ auf die Netzwerkarbeit der Anbieter und Träger ausgewirkt, die nur sehr eingeschränkt in digitaler Form, mit eingeschränkten Möglichkeiten zum Aufbau und zur Pflege persönlicher Beziehungen, stattfinden konnte (1 Nennung).

Nachdem es derzeit keine Einschränkungen mehr durch Corona-Maßnahmen gibt, laufen viele Angebote nach und nach wieder an. Dabei zeigt sich, dass die Bekanntheit von Angeboten stark zurückgegangen ist, weil sie oftmals Mund-zu-Mund unter den Nutzer*innen weiterempfohlen werden (1 Nennung). Weiterhin haben sich vor allem im Freizeitbereich viele ehemalige Nutzer*innen in der Zwischenzeit virtuell orientiert oder haben sich andere Beschäftigungen und Hobbys gesucht, die auch unter Coronabedingungen möglich waren (1 Nennung). Bei Kindern und Jugendlichen besteht deshalb ein starkes Interesse an Angeboten in neuen Themenfeldern, denen sie sich in dieser Zeit zugewandt haben (1 Nennung). In der Jugendarbeit fällt weiterhin auf, dass es schwieriger geworden ist, Jugendliche in Gruppen zusammenzuführen, da sie mittlerweile daran gewöhnt sind, sich alleine zu beschäftigen (1 Nennung).

In der Beratung der Anbieter haben Themen wie Wohnungs- und Einkommenssicherung stark zugenommen, da die Pandemie die Existenzsicherung vieler Familien gefährdet hat (1 Nennung). Die Jugendhilfe verzeichnet einen Anstieg der Auffälligkeiten, der sich u.a. in mehr Inobhutnahmen und verstärktem Therapiebedarf äußert (1 Nennung). Ein verstärkter psychologischer Beratungsbedarf wird auch in der Schulsozialarbeit wahrgenommen (1 Nennung). Die Lockdowns und das „*eingesperrt sein*“ haben aufgrund der Vereinsamung und dem zwangsweisen Zusammensein in der Familie zu einer Zunahme von Aggressionen und einer Verstärkung sozialer Phobien geführt (1 Nennung). Die massive Zunahme von häuslichen Problemen hat auch den individuellen Betreuungs- und Unterstützungsbedarf für Kinder deutlich erhöht (1 Nennung). Viele Kinder haben jetzt – neben weiteren psychischen

¹⁰¹ Dass die Corona-Maßnahmen sich besonders stark auf sozial schwache Familien ausgewirkt haben, wurde in vielen nationalen und internationalen Studien gezeigt. Gut belegt ist auch, dass Kinder und Jugendliche in ganz besonderem Maß darunter zu leiden hatten. Eine Datenbank zu sozialwissenschaftlich orientierten Studien zur Corona-Pandemie wird u.a. beim Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) geführt: <https://www.konsortswd.de/ratswd/themen/krisen/corona/> [zuletzt geprüft am 8.2.2023].

Auswirkungen – durch das „*quasi eingesperrt sein*“ (1 Nennung) Entwicklungsstörungen, was durch den Wegfall von Vorschulprogrammen durch die Kita-Schließungen noch verschärft wurde (1 Nennung).

Insgesamt sind gewisse Anlaufschwierigkeiten bei der Wiederaufnahme von Angeboten zu bemerken. Viele Familien haben sich lange Zeit zuhause „*eingeschlossen*“ (1 Nennung), man muss sich jetzt erst wieder daran gewöhnen, unter Leute zu gehen (1 Nennung). Es herrscht auch eine gewisse „*Trägheit, sich wieder aufzuraffen und sich wieder neu zu motivieren*“, bei den Zielgruppen, aber auch bei den Mitarbeitenden der Anbieter (1 Nennung).

Bei Angeboten, die mit Unterstützung von Ehrenamtlichen arbeiten, müssen diese nach Corona jetzt wieder in mühsamer Aufbauarbeit reaktiviert oder neu gewonnen werden (1 Nennung).

Finanziell gesehen, stehen die Träger bei der Reaktivierung von Angeboten nach der Corona-Pause vor dem Problem, dass es Fördermittel häufig nur für neue Angebote gibt und sie sich z.T. kleine Änderungen oder neue Bezeichnungen ausdenken müssen, damit Altbewährtes fortgeführt werden kann (1 Nennung).

3.1.3. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse der Expert*inneninterviews

An dieser Stelle sollen die wesentlichen Ergebnisse der 15 Expert*inneninterviews nochmals – stark verkürzt – im Überblick wiederholt und zusammengefasst werden.

Mit den Expert*innen wurden mehrere Themenblöcke diskutiert: welche ungedeckten Bedarfe und Angebotslücken in Freiburg bestehen, was die wichtigsten Zugangsbarrieren sind, in welche Netzwerke die Angebote und die Träger eingebunden sind und – wenn noch Zeit dafür blieb – welche Auswirkungen die Covid-Pandemie auf die Angebote und armutsgefährdeten Familien hatte.

Ungedeckte Bedarfe und Angebotslücken

Die Expert*innen waren überwiegend der Meinung, dass in Freiburg weniger das *Fehlen* von Angeboten zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut das Problem ist, sondern oftmals der *Zugang* dazu aus verschiedenen Gründen nicht gelingt. Dennoch wurde eine Reihe von Angebotslücken benannt.

Die Anbieter sind nur unzureichend über die Angebote anderer Träger **informiert**, was die Planung und Beratung schwierig macht. Ein Teil der Expert*innen ist auch der Meinung, dass die Bedarfe der Zielgruppen zu wenig bekannt sind.

Was in Freiburg chronisch fehlt, sind **Räume**. Einerseits bezahlbarer, adäquater Wohnraum für armutsgefährdete Familien, andererseits aber auch Räume, in denen sich Gruppen privat oder zum Austausch treffen können. Auch für die Träger ist es mitunter schwierig, geeignete Räumlichkeiten für ihre Angebote zu finden.

Viele Nennungen der Expert*innen bezogen sich auf Angebotslücken im **Bildungs- und Betreuungsbereich**. Es fehlt an bedarfsgerechten Sprachkursen für Eltern mit Migrationshintergrund sowie an Förderangeboten in den Schulen und außerhalb für Schüler*innen mit entsprechendem Bedarf. Mit erheblichen Schwierigkeiten für Eltern verbunden ist das unzureichende Angebot an Kinderbetreuung. In manchen Gebieten fehlen in den Kitas (Ü3-)Plätze und durch den Fachkräftemangel werden die bisherigen, oft unzureichenden Betreuungszeiten mitunter sogar weiter eingeschränkt. Auch die Schulkinderbetreuung müsste ausgebaut werden; mit mehr Plätzen und längeren Betreuungszeiten. Weiterhin fehlen niederschwellige Ferienbetreuungen und -angebote. Den Eltern wird es durch die unzureichenden

Betreuungsangebote erheblich erschwert, einer auskömmlichen Erwerbstätigkeit nachzugehen oder sich beruflich zu qualifizieren.

Weil der Zugang zu den Angeboten ein großes Problem darstellt (s.u.), sind niederschwellige **Beratungsangebote** vor Ort sehr wichtig. Diese sollten ausgebaut werden, etwa in Form von weiteren Quartiersbüros bzw. -treffs, die sich sehr bewährt haben.

Da **Freizeitangebote** wichtig für die Teilhabe armutsgefährdeter Familien sind, sollten diese ausreichend vorhanden sein. Das ist jedoch nicht der Fall; es gibt zu wenige. Vor allem für Jugendliche fehlen Treffpunkte und Sportangebote, die Vereine haben lange Wartelisten. Besonders schwierig ist die Situation für Kinder mit Förderbedarf, für die es zu wenig qualifizierte Angebote gibt.

Besonders **unterversorgte Bevölkerungsgruppen** sind aus Sicht der Expert*innen alleinerziehende Frauen, die vor allem mehr Unterstützung bei der Kinderbetreuung benötigen. Zu wenige bedarfsgerechte Angebote gibt es auch für Migrant*innen, vor allem, wenn sie neu zugewandert sind. Problematisch ist zudem die Situation von Familien, die knapp über der Einkommensgrenze liegen und deshalb viele Hilfen und Angebote nicht nutzen können. Durch die Krisen der letzten Jahre sind selbst viele Mittelschichtsfamilien in prekäre Lagen geraten und bräuchten Unterstützung.

Das Thema **sozialräumliche Lücken** in der Verfügbarkeit von Angeboten wurde unterschiedlich beurteilt. Einerseits werden Lücken und Nachteile für die Bevölkerung der betroffenen Stadtteile gesehen, andererseits hat die Ballung von Angeboten an bestimmten Orten auch Vorteile. Wünschenswert wäre nach Ansicht einzelner Expert*innen eine bessere Verteilung von Bildungsangeboten, Beratungsstellen, Familienzentren, Frauen- und Mädchentreffs sowie Sportangeboten im Stadtgebiet. Unterversorgte Stadtteile sind vor allem Haslach und Weingarten, aber auch Munzingen.

Für die Expert*innen sind **Doppelstrukturen** bei den Angeboten von eher untergeordneter Bedeutung. Parallele Angebote kommen zwar vor, das kann aber für die Zielgruppen aufgrund der dadurch vorhandenen Auswahlmöglichkeiten sogar von Vorteil sein. Doppelungen entstehen einerseits durch die unterschiedlichen Strukturen mit ungenügender Koordination bei den Anbietern und auch durch „Konjunkturen“ bei den geförderten Themenschwerpunkten.

Lücken in der Präventionskette können an den **Schnittstellen und Übergängen** entstehen. Beim Übergang eines Kindes in die nächste Lebensphase, z.B. von der Kita in die Schule, geht durch den Wechsel der Zuständigkeiten oftmals zumindest teilweise das Wissen über die Bedarfe des Kindes und der Familie und mitunter auch die Vertrauensbasis verloren.

Zugangsbarrieren

Wie schon erwähnt, sehen die Expert*innen die Hauptproblematik weniger in einem Mangel an Angeboten zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut, sondern in den Zugangsbarrieren bei der Inanspruchnahme.

Sehr wichtig nach Meinung der Expert*innen ist es, einen **Zugang** zu den Zielgruppen zu finden. Das beinhaltet zunächst einmal, dass die Angebote bekannt sein müssen. Zusätzlich müssen sie von den Zielgruppen dann aber auch tatsächlich wahrgenommen werden. Dafür ist es am besten, wenn man aktiv und niederschwellig auf die Familien zugeht, sie informiert und vorzugsweise auch zu den Angeboten begleitet. „Lotsen“ oder „Kümmerer“, die im persönlichen Gespräch informieren und Hilfestellungen leisten, sowie Tandems oder Patenschaften, die bei Behördengängen oder beim Aufsuchen von Angeboten begleiten, können diesen persönlichen Kontakt herstellen. Zusätzlich sollten die Netzwerke der Familien gestärkt werden, da sich viele am ehesten durch „Mund-zu-Mund-Information“ informieren

und zur Teilnahme an einem Angebot überzeugen lassen. Da es wichtig ist, die Bedarfe von Familien möglichst frühzeitig zu erkennen, sind die Kinderärzt*innen wegen der dort stattfindenden verpflichtenden U-Untersuchungen eine gute Gelegenheit, auch Familien zu erreichen und zu beraten, die nicht in private Netzwerke eingebunden oder institutionell angebunden sind.

Der Zugang misslingt oftmals bereits wegen fehlender **Bekanntheit** der Angebote bei den Zielgruppen. Nach Aussage der Expert*innen sind die Zielgruppen kaum informiert, auch nicht über die ihnen zustehenden Transferleistungen und Hilfen. Sie informieren sich eher nicht aktiv selbst und sollten – wie bereits gesagt – aufsuchend, niederschwellig und persönlich angesprochen werden. Ämter und Behörden sollten proaktiv und nicht nur auf Nachfrage über Angebote, Leistungen und Hilfen informieren. Zudem spielen auch allgemeine Beratungsstellen mit offenen Sprechstunden, wie die Quartiersbüros oder das Familienbüro, eine wichtige Rolle, vor allem, wenn Angebote mit komplizierten Antragstellungen verbunden sind. Die Informationswege müssen zielgruppengerecht sein, weshalb digitale oder gedruckte Informationen weniger gut als persönliche Ansprache geeignet sind. Ein zentrales, benutzerfreundlich gestaltetes (Online-)Verzeichnis wäre trotzdem hilfreich, auch für die Fachkräfte in den Beratungen.

Eine sehr große Hürde stellen die **strukturellen** Rahmenbedingungen und die **bürokratischen Hindernisse** beim Zugang zu Angeboten dar. Eine erhebliche Hemmschwelle entsteht, wenn ein Angebot mit einer Antragstellung oder mit einer Anmeldepflicht verbunden ist und es nicht spontan oder unregelmäßig genutzt werden kann. Das „Antragswesen“ ist oftmals zu kompliziert und zu aufwändig, besonders, wenn die Beantragung einer Leistung die Bewilligung einer anderen voraussetzt. Zudem ist die Bearbeitungsdauer zum Teil sehr lang, was zu erheblichen (finanziellen) Engpässen bei den Antragstellenden führen kann. Die Anträge sind i.d.R. nur in Deutsch und in einer spezifischen „Verwaltungssprache“ verfasst, was für viele Familien ein Problem darstellt. Der Zugang zu Angeboten und Leistungen wird auch dadurch erschwert, dass das Hilfesystem stark zersplittert ist („Ämterdschunzel“). Die Zuständigkeiten sind – auch für Fachkräfte – schwer zu überblicken und teilweise müssen viele verschiedene Anlaufstellen angesteuert werden. Insofern ist die Bündelung von Leistungen – wie in der geplanten Kindergrundsicherung – eine sinnvolle Maßnahme.

Angebote werden aber auch aus **Scham** oder der **Angst vor Stigmatisierung** nicht wahrgenommen. Sich als arm „outen“ zu müssen ist mit der Scham verbunden, seine Familie nicht ohne fremde Hilfe alleine versorgen zu können und der Angst, durch andere stigmatisiert zu werden. Die Schamsschwelle ist dabei kulturell und individuell unterschiedlich und kann z.B. durch Begleitung bei der Beantragung oder der erstmaligen Nutzung von Angeboten gesenkt werden. Gegen Stigmatisierung hilft u.a. Anonymität bei der Leistungsgewährung, wie bei der FamilienCard, bei der nicht vermerkt ist, ob jemand im Transferleistungsbezug steht. Und natürlich sollte auf Seiten der Anbieter auf eine nicht stigmatisierende Sprache geachtet werden.

Es bestehen aber auch **Sprachbarrieren**, vor allem für Migrant*innen mit mangelnden Deutschkenntnissen. In der Regel werden die Informationen und die Angebote nur in Deutsch angeboten. Gibt es fremdsprachige Informationen oder Angebote, dann meist nicht durchgängig und nur in wenigen Sprachen. Die Sprachvielfalt kann realistischere Weise aber auch nie adäquat abgedeckt werden, auch nicht durch Dolmetschen. Sprachbarrieren gibt es aber auch für deutschsprachige Familien, etwa durch die schwer verständliche Verwaltungssprache oder auch Analphabetismus.

Ein Hinderungsgrund bei der Wahrnehmung von Angeboten kann auch der **kulturelle** Hintergrund sein. So herrscht in einigen Kulturen eine sehr traditionelle Interpretation der Frauenrolle vor, die z.B. die Beratung von Frauen durch Männer problematisch macht oder verhindert, dass Mädchen an bestimmten

Angeboten teilnehmen. Menschen aus anderen Kulturen kennen aus ihren Herkunftsländern z.T. auch nicht, dass man ein Anrecht auf bestimmte Leistungen hat, kostenlos Angebote wahrnehmen und sogar mitgestalten kann. Bei Vereinsangeboten kommt hinzu, dass Vereinsarbeit etwas „typisch Deutsches“ ist und solche Ehrenamtsstrukturen in vielen anderen Ländern unbekannt sind. Helfen könnte, mehr kultursensible Angebote vorzuhalten. Dem steht entgegen, dass die kulturspezifischen Bedarfe und Zugangswege den Trägern nicht ausreichend bekannt sind.

Bei einem Teil der Angebote sind die **geografische Lage** und **Erreichbarkeit** eine Zugangsbarriere. Schlechte Erreichbarkeit stellt vor allem für nicht mobile Familien ein Problem dar. Kleinere Kinder müssen zu weiter entfernten Angeboten begleitet werden oder zumindest muss der Transport organisiert werden. Können nicht flächendeckend mehrere Standorte vorgehalten werden, kann eine örtliche Bündelung von verschiedenartigen Angeboten sinnvoll sein, damit unnötige Wege vermieden werden.

Natürlich sind für einkommensarme Familien auch die **Kosten** eines Angebots eine große Hürde. Selbst wenn keine Teilnahmegebühren zu entrichten sind, fallen häufig hohe Begleitkosten an, etwa für benötigte Materialien, Fahrtkosten u.Ä. Für die Ferienbetreuung in der Waldgruppe werden bspw. Gummistiefel benötigt, für den Fußballverein Trikot und Schuhe, für den Musikunterricht das Instrument und die Noten etc. Die gezahlten finanziellen Hilfen (etwa über BuT-Gutscheine) sind viel zu niedrig angesetzt.

Angebote werden auch aus **Zeitmangel** nicht wahrgenommen. Armutsgefährdete Familien sind teilweise zeitlich sehr stark mit der Sicherung ihres Lebensunterhalts und dem Management der Mangel-lage, verbunden mit vielen Behördengängen, eingebunden und haben kaum Luft, um selbst Angebote wahrzunehmen oder das für ihre Kinder zu organisieren. Erschwerend kommt hinzu, dass Beratungszeiten begrenzt sind und viele Angebote zu ungünstigen Zeiten stattfinden.

Damit man sein Kind an einem Angebot teilnehmen lässt, muss auch das **Vertrauen** in den Träger, die durchführenden Personen und die Inhalte vorhanden sein. Hilfreich ist, wenn man den Träger bereits kennt oder ein Angebot von anderen Nutzenden empfohlen wurde. Über die Inhalte sollte durch Elternarbeit, Tage der offenen Tür etc. ausreichend informiert werden. Ämtern und Behörden wird oftmals mit Misstrauen begegnet, vor allem das Jugendamt wird mit Kontrolle assoziiert, auch wenn es um Hilfestellungen geht.

Einschätzungen zu Netzwerken

Die Expert*innen wurden weiterhin gefragt, in welche Netzwerke sie mit ihren Angeboten eingebunden sind. Zudem wurden allgemeinere Fragen zur Vernetzung gestellt. Die Ergebnisse werden hier kurz zusammengefasst.

Der **Grad der Vernetzung** ist in Freiburg vergleichsweise hoch. Es existieren Netzwerke auf allen Ebenen: Trägerübergreifend oder intern, themenbezogen oder übergreifend, auf Fach- oder Leitungsebene, stadtweit oder überregional etc. In übergreifende Netzwerke sind eher die Leitungsebenen eingebunden oder Expert*innen mit koordinierender Funktion. Je nach Wichtigkeit für die eigene Arbeit ist die Vernetzung eher lose oder stärker. Die Vernetzung könnte durchaus noch verbessert werden, allerdings sollten dann auch die nötigen Ressourcen (u.a. Stellenprozente) für die Akteur*innen bereitgestellt werden.

Der **Nutzen** der Vernetzung steht außer Frage. Netzwerke dienen dem Informationsaustausch, helfen, die eigenen Angebote bekannt zu machen und andere Akteur*innen persönlich kennen zu lernen. Sie unterstützen dabei, aktuelle Bedarfslagen und Angebotslücken zu erkennen und darauf zu reagieren.

Vorteilhaft ist auch ein themenbezogener Fachaustausch auf Praxisebene. Die geknüpften informellen Kontakte helfen dabei, bei spezifischen Fragestellungen „auf kurzem Dienstweg“ Absprachen treffen zu können.

Die **Effektivität** der Netzwerke ist unterschiedlich. Manche werden aus reiner Gewohnheit weitergeführt, weshalb die Zielsetzung regelmäßig überdacht und auf die praktische Umsetzung getroffener Absprachen geachtet werden sollte. Effizient sind Netzwerke nur dann, wenn die Treffen vorbereitet, koordiniert, moderiert und protokolliert werden. Es braucht dafür nicht unbedingt eine Geschäftsführung, aber zumindest jemand, der/die sich verantwortlich fühlt. Große Netzwerke haben den Vorteil, dass man die wichtigsten Akteur*innen auf einem Feld kennenlernt, die eigentliche Arbeit findet aber i.d.R. in den Arbeitsgruppen statt. Ob man an einem Netzwerk teilnimmt, wird von Fall zu Fall nach Aufwand/Nutzen-Abwägung entschieden.

Eine **Ausweitung der Vernetzung** wird nur bedingt als sinnvoll angesehen. Zunächst sollten die bestehenden Netzwerke optimiert werden und sich besser untereinander vernetzen, bevor neue initiiert werden. In die bestehenden Netzwerke sollte weitere Akteur*innen einbezogen werden, z.B. die Arbeitgeber*innen oder das Jobcenter.

Eine **Unterstützung durch die Stadt Freiburg** hinsichtlich der Vernetzung könnte darin liegen, Leitlinien bzw. eine Strategie gegen Kinderarmut vorzulegen, an denen sich die Träger mit ihren Angeboten orientieren können. Ein übergeordnetes Präventionsnetzwerk wird begrüßt, sofern es längerfristig angelegt ist. Es ist auf jeden Fall sinnvoll, dass die Stadt, vor allem das Jugendamt, in den relevanten Netzwerken vertreten ist. Dabei kann sie die Koordination übernehmen, muss es aber nicht. Wichtig wäre, die Erfahrungen und Expertise der Träger bei Planungen einzubeziehen, anstatt eigene städtische Strukturen aufzubauen. Eine Hilfe wäre auch, wenn die Stadt die nötigen (statistischen) Informationen bereitstellt.

Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die Angebote und die Situation armutsgefährdeter Familien

Während der Hochphase der Covid-Pandemie kam es zu gravierenden Einschränkungen. Eine ganze Reihe von Angeboten konnte nicht stattfinden oder wenn, dann nur in sehr eingeschränkter Form. Betroffen waren vor allem persönliche Sprechstunden, Gruppenangebote und offene Begegnungsmöglichkeiten. In der Jugendarbeit und auch in anderen Bereichen gingen ehrenamtliche Strukturen kaputt und müssen erst mühsam wieder aufgebaut werden. Es gab zwar digitale Alternativangebote, deren Nutzung für die Zielgruppen jedoch schwieriger ist. Zudem fehlten dabei die persönlichen Beziehungen.

Für die Anbieter war die Umgestaltung der Angebote mit einer hohen Arbeitsbelastung verbunden und die Pandemie hatte auch negative Auswirkungen auf die Netzwerkarbeit. Derzeit, nach dem Ende der meisten Einschränkungen, laufen viele Angebote nur sehr schleppend wieder an. Die Nutzer*innen haben sich mittlerweile anderweitig orientiert, z.T. digital und weg von Gruppenaktivitäten, und die Bekanntheit der Angebote hat durch die fehlende Mund-zu-Mund-Information stark nachgelassen.

In der Beratung haben Themen wie Wohnungs- und Einkommenssicherung durch die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie auf die Familien stark an Bedeutung gewonnen. In der Jugendhilfe zeigt sich ein Anstieg der Auffälligkeiten, hervorgerufen durch die (psychischen) Belastungen aufgrund der Pandemiesituation. Mehr Beratungsbedarf wird auch in der Schulsozialarbeit wahrgenommen. Der individuelle Betreuungs- und Unterstützungsbedarf ist in vielen Bereichen aufgrund der entstandenen Entwicklungsstörungen von vielen Kindern deutlich erhöht.

Die Auswirkungen auf die Familien sind in der Öffentlichkeit bereits vielfach diskutiert worden. So waren einkommensarme Familien in besonderem Maße von den Corona-Maßnahmen betroffen, da sie oft in beengten Wohnungen ohne Garten wohnen, ihnen Materialien (z.B. Spiele) für die Beschäftigung der Kinder fehlen usw. Durch die Schulschließungen und die fehlende Kinderbetreuung mussten einige Eltern andere Jobs suchen oder waren gezwungen, ihre Stelle zu reduzieren oder aufzugeben und sind dadurch in prekäre Lagen geraten.

3.2. Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen

Bei einer Erhebung zu den Angeboten zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut ist es unabdingbar, die Zielgruppen selbst zu Wort kommen zu lassen. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen ist dafür die Methode der moderierten Fokus-Gruppendiskussion mit den Betroffenen am besten geeignet. Dadurch lassen sich mit vertretbarem Aufwand umfangreiche Informationen zur Situation und den Bedarfen der Zielgruppen von Angeboten erheben.

Geplant wurden zwei Veranstaltungen mit jeweils drei bis vier Gruppendiskussionen, eine mit Eltern, eine mit Jugendlichen, jeweils an einem Samstagnachmittag.

Die erste Veranstaltung mit Jugendlichen war für den 19.11.2022 im Jugendzentrum Weingarten in der Zeit von 14:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr vorgesehen. Die Gewinnung der Jugendlichen erfolgte über sieben ausgewählte Jugendzentren, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass ein Großteil der Jugendlichen der Zielgruppe zuzurechnen ist, d.h. aus einkommensarmen Familien stammt. Es sollten etwa 20-30 Jugendliche teilnehmen. Eingeladen werden sollten Jugendliche ab 14 Jahren, da bei unter 14-Jährigen die Umsetzung der Datenschutzvorgaben zu schwierig geworden wäre (z.B. das Einholen der Einwilligung der Eltern).

Die Veranstaltung mit den Eltern war für den 26.11.2022 im Mehrgenerationenhaus EBW in Weingarten geplant in der Zeit von 14:00 Uhr bis ca. 18:00 Uhr. Die Eltern wurden über acht Quartiersbüros und Stadtteiltreffs angesprochen und für eine Teilnahme geworben. Die Zahl der Teilnehmer*innen sollte bei maximal 40 liegen.

Den Quartiersbüros bzw. -treffs und den Jugendzentren wurden Einladungsschreiben für die Eltern und Jugendlichen bereitgestellt, für die Anmeldung wurde ein Online-Formular eingerichtet. Zur Steigerung der Teilnahmebereitschaft wurden verschiedene Incentives im Wert von 20€ je Teilnehmenden angekündigt (Kino- oder Einkaufsgutscheine) sowie die Erstattung der Fahrtkosten für den ÖPNV, sofern nötig.

Trotz intensiver Rekrutierungsanstrengungen hatten sich jedoch bis kurz vor den Veranstaltungsterminen keine Eltern oder Jugendlichen angemeldet, sodass sie storniert werden mussten. Als Gründe dafür kommen in Betracht, dass das Format einer zentralen Großveranstaltung für diese Zielgruppe weniger gut als gedacht geeignet ist. Zudem wurde von den Fachkräften später berichtet, dass es seit Corona auch in ihren Einrichtungen sehr schwierig geworden ist, größere Gruppenveranstaltungen durchzuführen, da bei Vielen eine Umorientierung bzw. ein Rückzug in den privaten Bereich stattgefunden hat.

Da die Einbindung der Zielgruppe integraler Bestandteil des Projekts ist, wurden im Nachgang als Alternative jeweils zwei kleinere Veranstaltungen mit Jugendlichen und Eltern geplant, bei denen bereits bestehende Gruppen an deren Treffpunkten und wenn möglich zu einem regulären Gruppentermin aufgesucht werden sollten.

Es wurden folgende Diskussionen durchgeführt:

Jugendliche:

- Jugendliche des Jugendzentrums LetzFetz im Stadtteil Stühlinger
- Mädchengruppe der Mobilen Jugendarbeit Weingarten-Ost

Erwachsene:

- Offener Treff für Alleinerziehende im Familienzentrum Klara
- Nutzer*innen des Kompetenzzentrums Familie des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF)

3.2.1. Methodik

Die vier Gruppendiskussionen wurden jeweils von einem Moderator geleitet und die beiden vorgegebenen Themen – fehlenden Angebote und Zugangsbarrieren – mithilfe der Metaplan-Methode¹⁰² bearbeitet. Konkret wurden die Argumente der Teilnehmenden vom Moderator als Stichworte auf Kärtchen notiert und an Stellwände gepinnt. Die Ergebnisse wurden durch Abfotografieren der Stellwände mit den beschrifteten Kärtchen und Protokollierung der Diskussion durch eine Assistentkraft dokumentiert.

Für alle Diskussionen wurde ein Catering bereitgestellt (Getränke, Butterbrezeln) und alle Teilnehmenden erhielten zum Abschluss als kleines Dankeschön Einkaufs- oder Kinogutscheine im Wert von 20€.

Der Ablauf der vier Diskussionen war folgendermaßen:

Zunächst wurden in einer Einführung durch den Moderator Hintergrundinformationen zum Projekt und zum Ziel der Diskussionen gegeben sowie der Ablauf erklärt. Weiterhin wurde erläutert, wie der Datenschutz gewahrt wird (keine Nennung von Namen, keine Audio-, Foto- oder Videoaufnahmen, keine Weitergabe der erhobenen Daten etc.). Anschließend wurde schriftlich das Einverständnis zur Teilnahme und zur Weiterverarbeitung der erhobenen Informationen von den Teilnehmenden eingeholt.

Nach der Einführung wurde das erste Thema mit der Frage eingeleitet, welche Angebote zur Verbesserung der Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in Freiburg fehlen. Die Angaben der Teilnehmenden wurden als Stichworte auf Kärtchen notiert und grob sortiert an die Stellwand gepinnt. Durch Nachfragen des Moderators wurden die Argumente vertieft und Unklarheiten geklärt und ggf. weitere Kärtchen zur Ergänzung oder Erläuterung beschriftet. Durch weiteres Nachfragen wurden die Teilnehmenden dazu angeregt, zusätzliche Punkte zu nennen.

Zur Diskussion des zweiten Themas – Zugangsbarrieren – wurde eine zweite Pinnwand benutzt bzw. die Pinnwand gewendet. Zur Einleitung wurde gefragt, was die Nutzung bestehender Angebote schwierig macht und warum man sie evtl. nicht wahrnimmt.

Da die beiden Themen eng zusammenhängen, ist die Zuordnung der Nennungen nicht immer trennscharf¹⁰³.

3.2.2. Gruppendiskussionen mit Jugendlichen

Jugendzentrum LetzFetz, Stadtteil Stühlinger

Die erste Gruppendiskussion fand am 7.12.2022 im Jugendzentrum „LetzFetz“ im Stadtteil Stühlinger statt¹⁰⁴. Das Jugendzentrum hatte 12 Jugendliche eingeladen, die auch ihre Teilnahme zugesagt hatten.

¹⁰² Für eine Kurzbeschreibung der Methode siehe: https://www.metaplan.com/wp-content/uploads/2021/04/Metaplan-Basiswissen_dt.pdf [abgerufen 8.12.2022].

¹⁰³ Beispielsweise bedeutet die Nennung, dass „kostenlose Angebote“ fehlen, indirekt auch, dass die Kosten für Angebote eine Zugangsbarriere darstellen.

¹⁰⁴ <https://www.vfs-ev.de/jugendzentrum-stuehlinger-letzfetzt.html> [zuletzt geprüft: 4.1.2023].

Teilgenommen haben letztlich drei, was auch an vielen krankheitsbedingten Absagen aufgrund einer zu diesem Zeitpunkt grassierenden Grippewelle lag. Es handelte sich um männliche Jugendliche von etwa 16-18 Jahren, die alle einen Migrationshintergrund haben und noch zur Schule gehen¹⁰⁵. Einer ist gerade in der Ausbildung zum Erzieher. Aus der Diskussion ergab sich, dass es sich um Jugendliche aus einkommensschwachen Familien handelt.

Die Diskussion war sehr rege und dauerte von 18:00 Uhr bis ca. 19:30 Uhr. Nach einer kurzen Einführung durch den Moderator (s.o.) wurde das erste Thema – fehlenden Angebote – diskutiert.

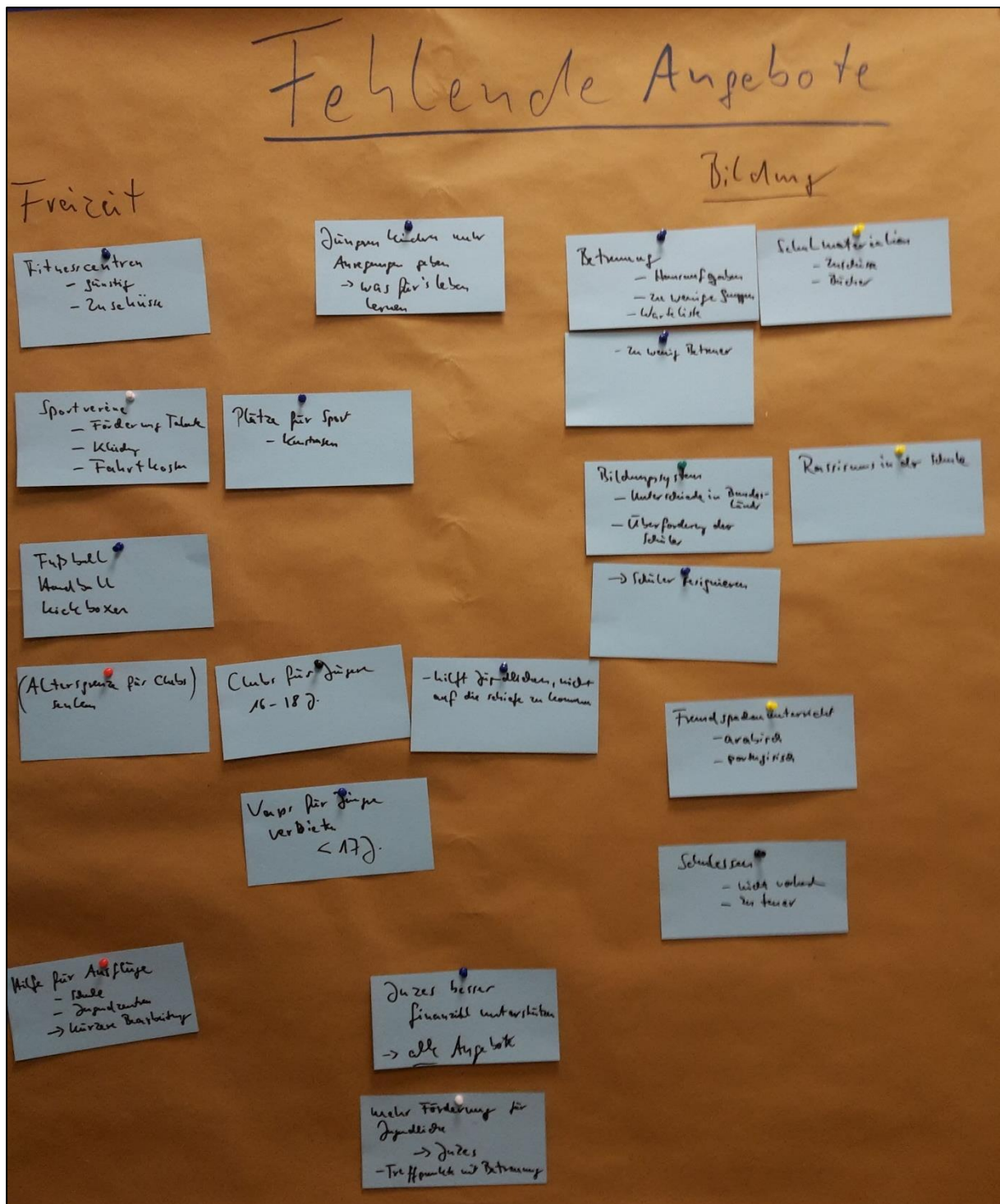
Fehlende Angebote

Die Nennungen der Jugendlichen (s. Abbildung 3¹⁰⁶) zu diesem Thema können zum Großteil zwei Bereichen zugeordnet werden: fehlende Sport- und Freizeitangebote sowie Unterstützung im Bereich Bildung.

¹⁰⁵ Es wurden keine Angaben zur Person abgefragt; das Alter ist geschätzt, der Migrationshintergrund ergab sich durch Aussagen in der Diskussion.

¹⁰⁶ Da die abfotografierten Kärtchen z.T. schlecht lesbar sind, sind sie im Anhang nochmals in Textform dokumentiert.

Abbildung 3: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Jugendzentrum „LetzFetz“ – Fehlende Angebote



Im Bereich **Sportangebote** fehlen nach Ansicht der Jugendliche günstige, bezuschusste Fitnesszentren. Sport ist für die Gesundheit wichtig und zumindest im Winter ist Outdoorsport keine Alternative, weil die benötigte Kleidung zu teuer ist.

Im Vereinssport sollten Jugendliche mit wenig Geld, vor allem Talente, durch Zuschüsse für Kleidung, Fahrtkosten etc. gefördert werden. Von Freunden sind Beispiele bekannt, die ihre Karriere im Fußballverein aufgeben mussten, da sie sich den Aufstieg in eine höhere Liga nicht leisten konnten, weil das mit zu hohen Kosten verbunden gewesen wäre (z.B. für die Auswärtsspiele). Auch in anderen Sportarten

wie Handball und Kickboxen besteht dieses Problem. Ein Teilnehmer meinte dazu: „*Das kann die Zukunft kaputt machen*“. Zudem fehlen Plätze für Sport, u.a. Kunstrasenplätze.

Als **Freizeitangebote** sollten Clubs zum Feiern für Jüngere (16-18-Jährige) eingerichtet werden. Diese Clubs sollten keinen oder zumindest keinen harten Alkohol ausschenken, damit die Jugendlichen den Umgang damit einüben können. Sonst besteht die Gefahr, dass sie mit falscher Altersangabe in Clubs für Erwachsene gehen und dort infolge des Alkoholkonsums „*auf die schiefe Bahn*“ kommen. Ein minderjähriger Freund der Diskussionsteilnehmer wurde unter starkem Alkoholeinfluss überfahren.

Ähnlich negativ wurde in diesem Zusammenhang das Rauchen der Minderjährigen eingeschätzt. So sollten Vapes (elektrische Zigaretten) nicht an unter 18-Jährige verkauft werden, da sie gesundheitsschädlich und wegen explodierender Batterien gefährlich seien.

Jugendzentren und die dort tätigen Mitarbeiter*innen, vor allem das „LetzFetz“, in dem sich die Diskussionsteilnehmer sehr oft aufhalten und dort quasi „*eine Familie*“ gefunden haben, werden überaus positiv beurteilt. „*Jedes Jugendzentrum hilft richtig vielen Menschen*“, z.B. bei den Themen Gewalt und Drogen. Deshalb sollten sie auch finanziell besser unterstützt werden. Es sollte mehr Geld für Reparaturen, Renovierungen und Projekte bereitstehen. Ein Diskussionsteilnehmer berichtete, dass es keine Finanzmittel für das Anlegen eines Gartens im „LetzFetz“ gab, sodass die Jugendlichen gezwungen waren, alles selbst zu organisieren. „*Alles was der Stadt fehlt, hat das ‚LetzFetz‘, außer Geld!*“

Den Jugendlichen fehlen Treffpunkte mit Betreuung, aber auch Räume, um sich zurückziehen zu können und die Freiheit zu haben, das zu tun, worauf sie Lust haben. Dazu dienen die Jugendzentren.

Allgemein sollte die Stadt mehr Ressourcen in Projekte für Jugendliche stecken und weniger in das Aussehen der Stadt. „*Wenn die Finanzierung fehlt, dann fehlt auch die Kreativität, was zu tun*“.

Mehr Anregungen und Angebote zum Rausgehen würden auch der übermäßigen und damit schädlichen Nutzung von Social Media von Kindern entgegenwirken.

Wenn man finanzielle Hilfen für Ausflüge benötigt, der Schule oder des Jugendzentrums, ist die sehr lange Bearbeitungszeit ein großes Problem, da das Geld vorgestreckt werden muss. Wie ein Teilnehmer monierte: „*Zwei Monate vorher beantragt und dann sechs Monate später wurde er erst angenommen.*“

Eine Reihe von Aussagen kann dem Bereich **Bildung** zugeordnet werden.

Insgesamt wird das Bildungssystem in Deutschland kritisch gesehen. Die Noten in den Bundesländern sind zu unterschiedlich und die hohe Stofffülle erzeugt Überforderungen, was bei den Schülern zur Resignation führen kann. Es kommt auch zu psychischen Problemen wie Depressionen oder Angstzuständen, weil man denkt, man kann nichts mehr erreichen. Die Leute „*sehen nicht den Weg vor sich*“. Eine Förderung durch die Lehrenden erhalten eher bessere Schüler, bei schlechten Noten „*unterstützen einen die Lehrer auch nicht mehr*“.

Die Jugendlichen berichten in diesem Zusammenhang auch von Erfahrungen mit Rassismus in der Schule, der „*einem indirekt gezeigt*“ wird, etwa durch fehlende Förderung.

Den Jugendlichen fehlen Angebote für Fremdsprachenunterricht in den Sprachen ihrer Herkunftsländer (arabisch, portugiesisch). Ein Jugendlicher berichtet, dass er für Arabischunterricht in eine weit entfernte Moschee fahren musste, weil es kein anderes Angebot gab.

Es sollte (mehr) Zuschüsse für die Schulmaterialien (Bücher etc.) geben, die sich einige Leute nicht leisten können. Ein weiteres Problem ist das zu kleine Angebot an Hausaufgabenbetreuungen im Hort und in der Schule oder Nachhilfe, da es zu wenige Gruppen und lange Wartelisten gibt. Da diese

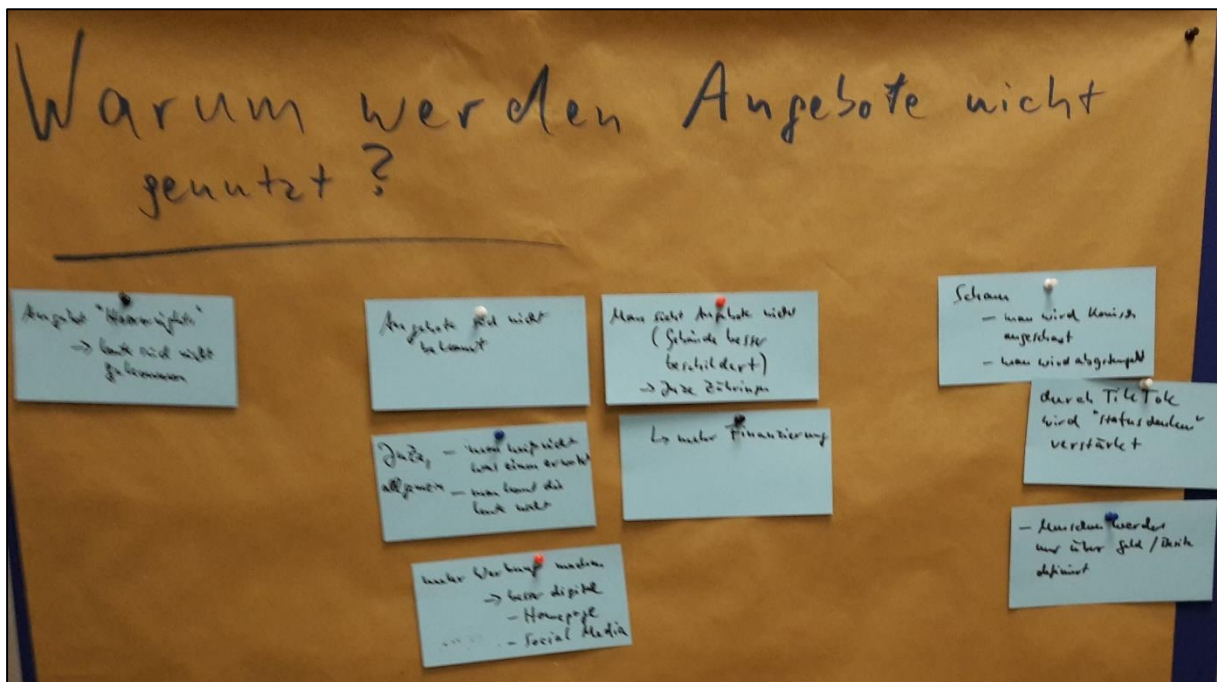
Angebote wirklich helfen, sollte jedoch jeder einen Platz bekommen. Um das Problem zu lösen, wäre u.a. eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen sinnvoll.

Auch das Schulesse sollte bezuschusst werden. Zudem wird es in einigen Schulen nicht angeboten, sodass auf externe Kantinen (im Fall eines Jugendlichen in einem Altenheim) ausgewichen werden muss.

Zugangsbarrieren

Im zweiten Teil der Diskussion wurde nach Zugangsbarrieren zu bestehenden Angeboten gefragt (s. Abbildung 4).

Abbildung 4: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Jugendzentrum „LetzFetz“ – Zugangsbarrieren



Mitunter liegt die Nichtteilnahme an Angeboten an der zunehmenden Unverbindlichkeit der Jugendlichen. Selbst bei einem Ausflug in den Europapark, für den bereits viele mit Kosten verbundene Anmeldungen vorlagen, ist einer der Diskussionsteilnehmer als Einziger erschienen.

Teilweise werden Angebote auch nicht genutzt, weil sie nicht bekannt sind. Ein Jugendlicher sagte: „Zum Beispiel wusste ich nicht, dass es hier eine Hausaufgabenbetreuung gibt, obwohl ich in der Straße wohne“. Man sollte deshalb mehr Werbung machen, am besten digital über Homepages und Social Media wie TikTok.

Ein Problem stellt in einigen Fällen auch die räumliche (Un-)Sichtbarkeit von Angeboten dar. So ist das Jugendzentrum Zähringen, das in einem ehemaligen Schwimmbad untergebracht ist, kaum als solches erkennbar. Eine bessere Beschilderung würde helfen.

Bei einigen Jugendlichen fehlt auch der Mut oder Wille, sich auf Unbekanntes einzulassen. In Bezug auf die Jugendzentren meinte ein Jugendlicher: „Man weiß nicht, was einen erwartet und kennt die Leute da nicht“. Man befürchtet dann, dass es keinen Spaß macht und probiert es lieber gar nicht erst aus. Die Jugendzentren sollten deshalb öffentlichkeitswirksamer sein; „Ich sehe hier seit Jahren dieselben Leute“.

Weitere Gründe, weshalb Angebote nicht wahrgenommen werden, sind Scham und die Angst vor Stigmatisierung. Arme Menschen werden in der Gesellschaft ausgegrenzt, „*abgestempelt*“ und „*komisch angeschaut*“. So konnte sich ein Diskussionsteilnehmer einen Ausflug nicht leisten und wurde danach in der Schule ausgegrenzt. Menschen werden sehr stark über Geld und Besitz definiert und dieses „*Statusdenken*“ wurde durch die Sozialen Medien, insbesondere TikTok sehr verstärkt. TikTok verbreitet die Meinung „*wenn sie nichts haben, sind sie nichts*“. Deshalb sollten die Eltern mehr darauf achten, was die Kinder in ihrer Freizeit tun und ältere Jugendliche sollten sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein.

Mädchengruppe der Mobilen Jugendarbeit Weingarten-Ost

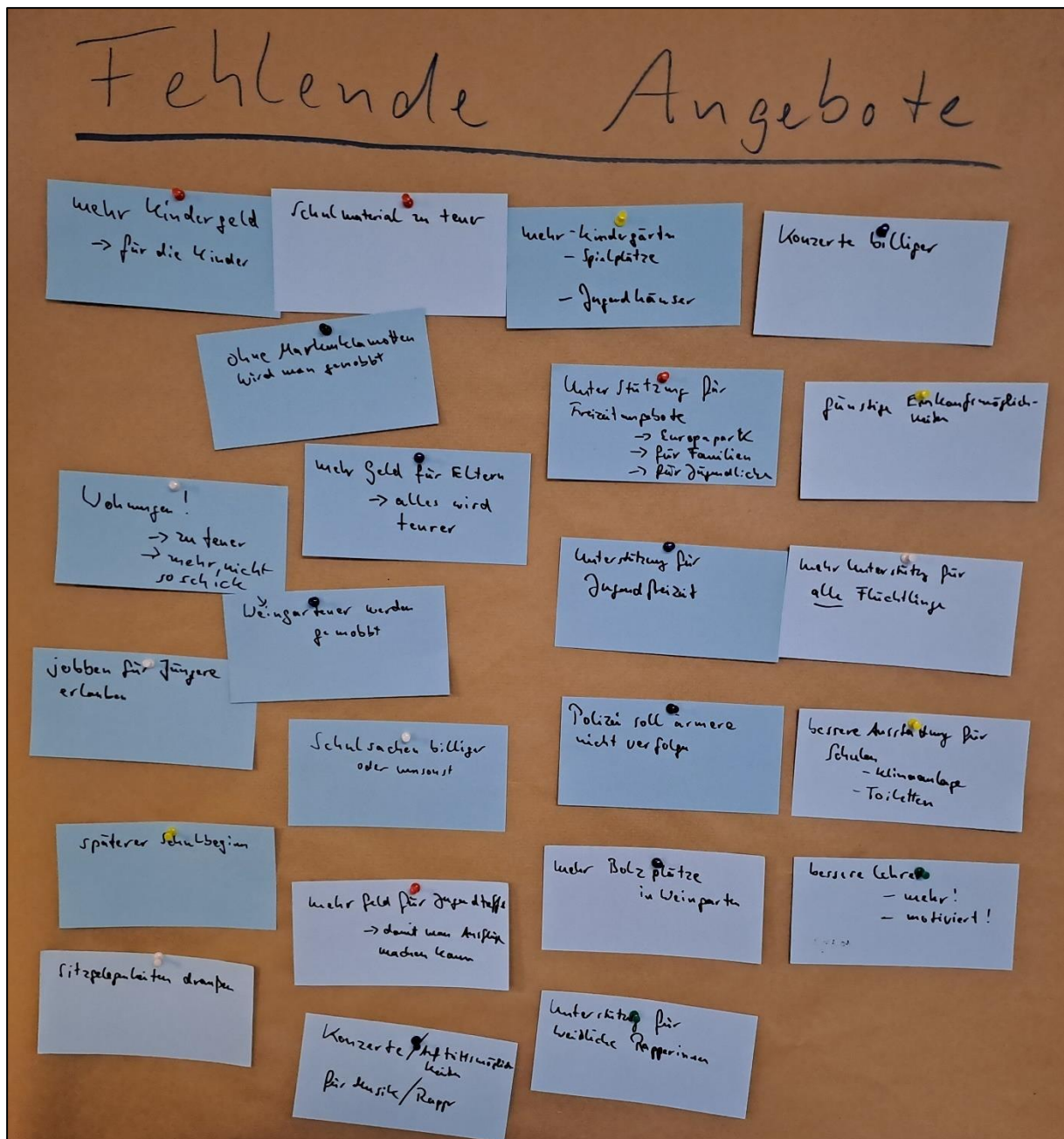
Die zweite Gruppendiskussion mit Jugendlichen wurde am 19.1.2023 mit einer Mädchengruppe in den Räumlichkeiten der Mobilen Jugendarbeit (MJA) Weingarten-Ost¹⁰⁷ geführt. Teilgenommen haben sieben Mädchen im Alter von 14-16 Jahren, die alle einen Migrationshintergrund haben. Die beiden Betreuerinnen der Mädchengruppe waren auf Wunsch der Mädchen ebenfalls anwesend, haben sich jedoch nicht an den Gesprächen beteiligt. Die Diskussion dauerte von etwa 15:30 Uhr bis 16:30 Uhr und verlief etwas turbulent, da die Mädchen viele lautstarke Gespräche nebenher führten.

Fehlende Angebote

Zunächst wurde die Frage diskutiert, welche Angebote in Freiburg fehlen.

¹⁰⁷ <https://www.diakonie-suedwest.de/einrichtungen/mobile-jugendarbeit-weingarten-ost/> [zuletzt geprüft: 24.1.2023].

Abbildung 5: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Mobile Jugendarbeit Weingarten-Ost – Fehlende Angebote



Die Mädchen wünschten sich mehr **finanzielle Hilfen** und zwar einerseits in Form von Kindergeld, das aber den *Kindern* ausgezahlt werden sollte und nicht den Eltern. Als Begründung wurden die hohen Kosten für z.B. Markenkleidung angeführt und dass man als Jugendliche gemobbt wird, wenn man keine hat. Deshalb sollte es auch möglich sein, dass Jüngere jobben gehen können, um Geld zu verdienen. Und da alles, auch die Miete, sehr teurer wird, sollte mehr Geld auch für die Eltern gezahlt werden. Alle **Flüchtlinge** sollten mehr Unterstützung erhalten, unabhängig davon, aus welchem Land sie kommen. Da gibt es derzeit große Unterschiede und Ungerechtigkeiten.

Für ärmere Familien stellt auch die „Verfolgung“ durch die **Polizei** eine Verschärfung der Situation dar, etwa, wenn der Sohn etwas angestellt hat und eine Strafe bezahlt werden muss. Deshalb sollte weniger Polizei im Viertel unterwegs sein und die ärmeren Familien nicht verfolgen.

Angesichts der hohen Preise bräuchte es mehr **günstige Einkaufsmöglichkeiten**, wo man z.B. billiger Kleidung kaufen kann.

Eine weitere finanzielle Belastung stellen die benötigten **Schulmaterialien** (Hefte, Bücher etc.) dar. „*Ich musste einmal 40€ für Schulsachen ausgeben und dann hatte ich kein Geld für anderes mehr*“. Deshalb sollten sie günstiger oder am besten umsonst sein. Ein Mädchen wünschte sich – auch wenn das eher nicht zum Thema gehört – einen späteren Schulbeginn, weil sie sich dann besser konzentrieren könnte.

Es sollte mehr günstiger **Wohnraum** geschaffen werden, allerdings „*nicht so schick*“. Da man als Bewohner*in von Weingarten oftmals allein wegen des schlechten Rufs des Stadtteils stigmatisiert und gemobbt wird, würde es in der Logik der Mädchen helfen, wenn es noch andere Gebiete in Freiburg gäbe, die ähnlich unterprivilegiert sind. Dadurch würde das schlechte Image von Weingarten relativiert.

Mehr Geld sollte es auch für **Jugendtreffs** geben, wie die Räume der MJA, in denen sich die Mädchengruppe trifft. Dann könnten damit Ausflüge (z.B. in den Europapark) und Jugendfreizeiten finanziert werden und die ansonsten zu leistenden Eigenanteile wegfallen. Insgesamt sollte es mehr Unterstützung für Freizeitangebote für Familien und für Jugendliche geben.

Ein Mangel wird auch bei **Räumen für Kinder und Jugendliche** gesehen, sowohl draußen (Spielplätze) als auch in Form von Jugendzentren. Es sollte nicht nur „*Junkieplätze*“ geben, wie es eine Jugendliche formulierte. Weiterhin fehlt es an **Sitzgelegenheiten** im öffentlichen Raum.

In Weingarten gibt es auch zu wenig **Bolzplätze** zum Fußballspielen. Diese sollten besser in der Stadt verteilt sein.

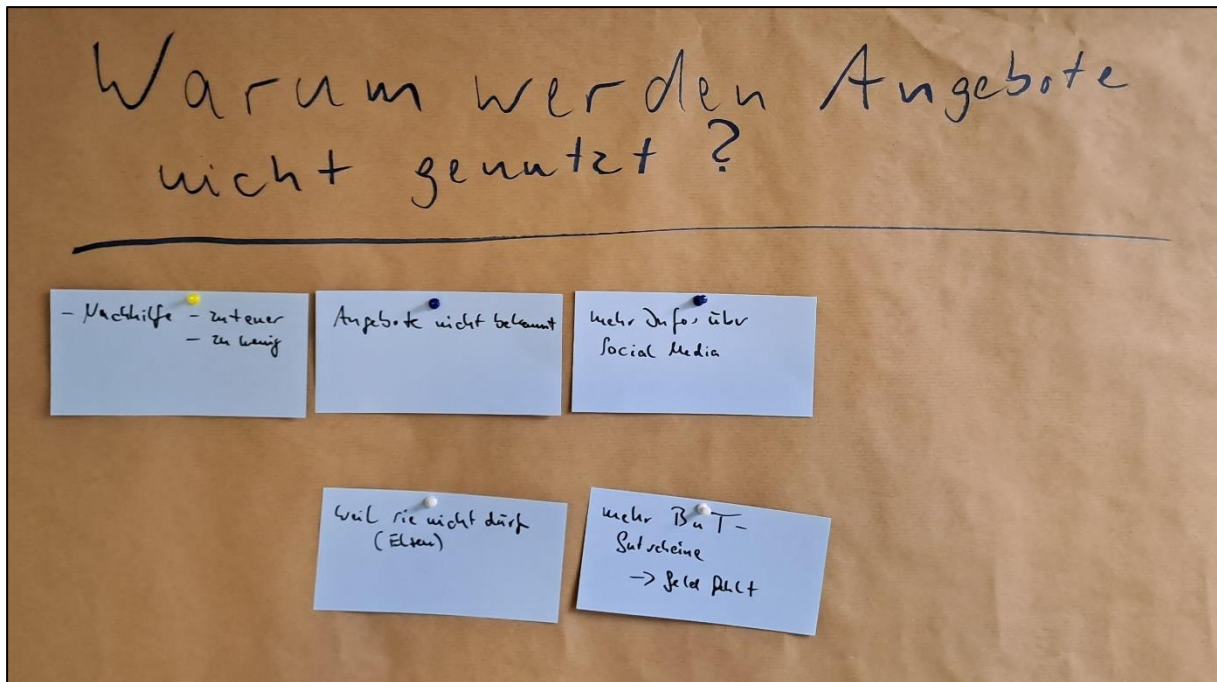
Im Bereich **Musik** gibt es sowohl zu wenig Konzerte in Freiburg als auch Auftrittsmöglichkeiten für Musiker*innen, vorzugsweise Rapper*innen. Vor allem sollten (lokale) weibliche Rapperinnen mehr gefördert werden und die Konzerte billiger sein.

Eine Reihe von Aussagen bezogen sich auf das Thema **Schule**. So wurde die schlechte Ausstattung der Schulgebäude bemängelt, u.a. mit Klimaanlage und akzeptablen Toiletten. Derzeit wird dort auch zu wenig geheizt. Aber auch die zu geringe Anzahl an Lehrer*innen und deren fehlende Motivation und Unterstützung sind aus Sicht der Mädchen problematisch. Dadurch wird es sehr schwer, in der Schule erfolgreich zu sein und gute Noten zu haben. Wünschenswert wäre es, wenn man völlig unmotivierte Lehrer, die die Schüler*innen nicht unterstützen, „*loswerden*“ könnte.

Zugangsbarrieren

Im zweiten Teil der Diskussion wurde den Mädchen die Frage gestellt, warum bestehende Angebote nicht genutzt werden. Dazu kamen relativ wenige Äußerungen.

Abbildung 6: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Mobile Jugendarbeit Weingarten-Ost – Zugangsbarrieren



Zunächst einmal sind viele Angebote **nicht bekannt**. Jugendliche, „*die immer da sind*“ – z.B. in diesem Mädchentreff – sind informiert, aber die anderen erreicht die Information nicht. Deshalb sollte es mehr öffentliche Werbung geben und vor allem Informationen über Social Media gestreut werden.

Weiterhin sind viele Angebote **zu teuer**. Das betrifft Schülernachhilfen, für die u.U. auch teure Bücher angeschafft werden müssen. Helfen würden mehr BuT-Gutscheine, damit man an damit zugänglichen Angeboten kostenfrei teilnehmen kann. Im Freizeitbereich sollten die Schwimmbäder günstiger sein.

Teilweise können Kinder und Jugendliche nicht an Angeboten teilnehmen, weil die **Eltern** zu streng sind und das nicht erlauben.

3.2.3. Gruppendiskussionen mit Erwachsenen

Offener Treff für Alleinerziehende im Familienzentrum Klara

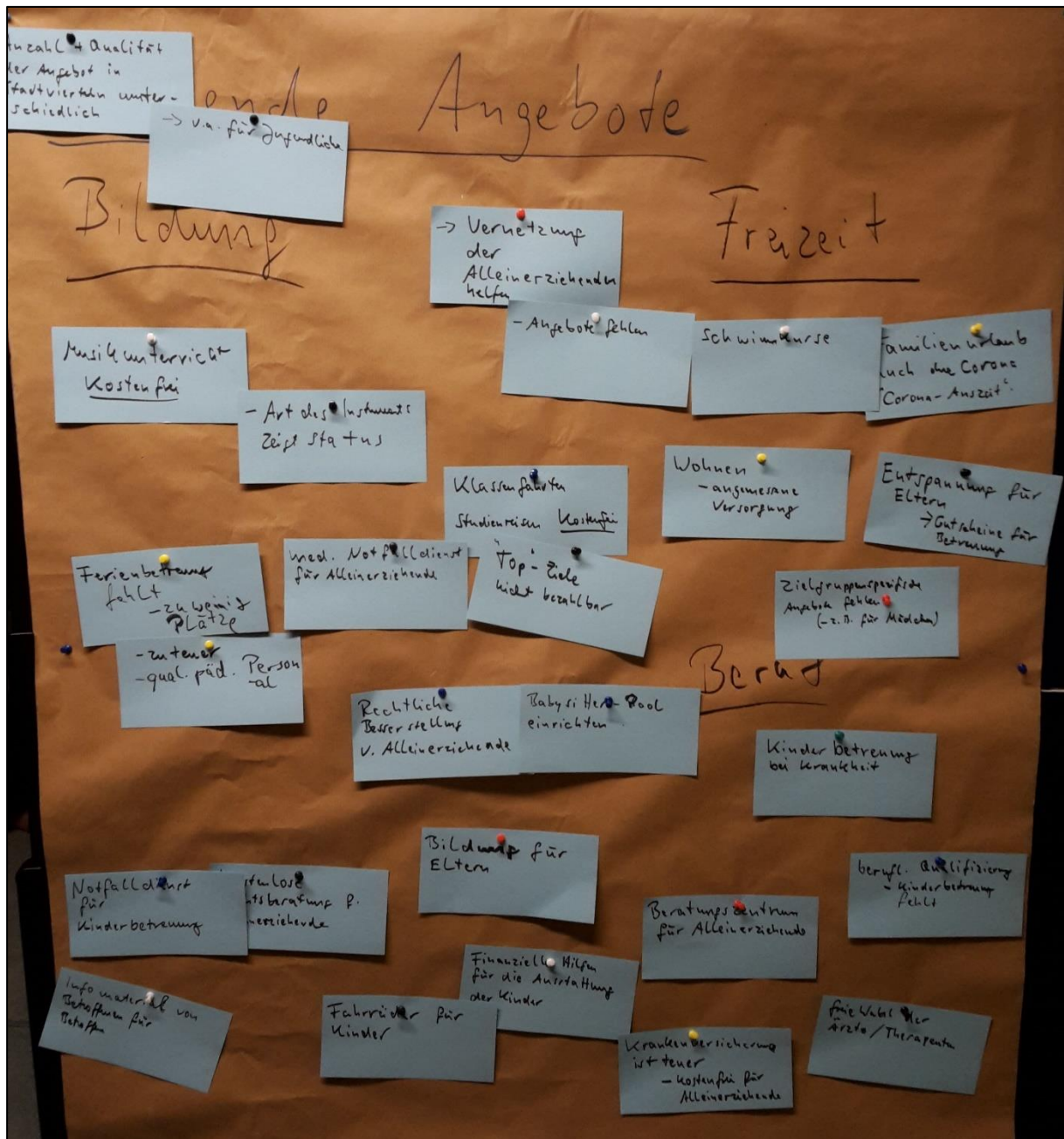
Die erste Diskussion mit Erwachsenen wurde am 13.12.2022 mit einer Gruppe von alleinerziehenden Frauen im Familienzentrum Klara im Stadtteil Stühlinger durchgeführt¹⁰⁸. Sie fand zum regulären Termin des offenen Elterncafés statt und dauerte von 16:15 Uhr bis 18:15 Uhr. Es nahmen sechs Frauen und die Gruppenleiterin teil, die auch mitdiskutierte. Eigentlich hatten sich noch fünf weitere Frauen angekündigt, die jedoch krankheitsbedingt nicht teilnehmen konnten. Die Kinder der Frauen (überwiegend im Vorschulalter) waren z.T. anwesend, die meiste Zeit jedoch in anderen Räumen. Die Diskussion wurde dadurch nicht beeinträchtigt. Bei einem Teil der Frauen kann ein Migrationshintergrund vermutet werden. In der Diskussion wurde deutlich, dass die finanzielle Situation der Frauen eher angespannt ist.

Wie auch bei den Diskussionen mit den Jugendlichen, wurde nach einer kurzen Einführung durch den Moderator zunächst das erste Thema – fehlende Angebote – diskutiert. Einige Nennungen zu fehlenden Angeboten wurden erst im zweiten Themenblock, den Zugangsbarrieren (s.u.), geäußert und auf Kärtchen notiert, jedoch im Nachgang dem ersten Block zugeordnet.

¹⁰⁸ <https://familienzentrum-klara.de/> [zuletzt geprüft: 4.1.2023].

Fehlende Angebote

Abbildung 7: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Familienzentrum Klara – Fehlende Angebote



In der Diskussion wurde sehr deutlich, dass für Alleinerziehende die hohe (zeitliche) Beanspruchung durch die Betreuung ihrer Kinder mit vielen Nachteilen und auch physischen und psychischen Belastungen verbunden ist und zu wenig entlastende Angebote und Hilfen in diesem Bereich verfügbar sind.

Sehr wichtig und entlastend wären deshalb mehr und bessere Angebote zur **Kinderbetreuung**. So gibt es zu wenig Plätze für die Ferienbetreuungen, die häufig ausgebucht sind. Das stellt für Berufstätige ein großes Problem dar, da ihr Urlaubsanspruch i.d.R. deutlich kürzer ist, als die Ferien der Kinder. Zudem sind die vorhandenen Angebote zu teuer und es gibt dort zu wenig qualifiziertes pädagogisches Personal, „man will seine Kinder ja auch nicht irgendwem abgeben“.

Fehlende Betreuungsmöglichkeiten stellen auch ein Problem bei kurzfristig auftretender Krankheit der Kinder von Berufstätigen dar, da ein Anspruch auf Freistellung von der Arbeit nur für Eltern von Kindern unter 12 Jahren besteht. Diese Altersgrenze sollte angehoben werden, da auch ältere Kinder nicht ohne Betreuung bleiben können, wenn sie krank sind. Eine Hilfe wäre auch die Einrichtung eines medizinischen Notfalldienstes speziell für Alleinerziehende, da es mit enormen Herausforderungen verbunden ist, mit einem kranken Kind in die Notaufnahme gehen und dort lange warten zu müssen, während u.U. ein weiteres Kind unbetreut alleine zuhause zurückbleibt. Zumindest sollte in der allgemeinen Notaufnahme eine Priorisierung zugunsten von Alleinerziehenden vorgenommen werden. Auch bei normalen Arztbesuchen wären kürzere Wartezeiten wünschenswert.

Fehlende oder zeitlich eingeschränkte Betreuungsangebote schränken in hohem Maße die beruflichen Möglichkeiten für Alleinerziehende ein. Das gilt sowohl für die Ausübung einer Berufstätigkeit als auch für die berufliche Qualifizierung. So berichtete eine Diskussionsteilnehmerin, dass es für sie nicht möglich war, eine regelmäßig stattfindende Fortbildung wahrzunehmen, da die Termine ungünstig lagen. *„Meine Tochter geht bis 14:30 Uhr in den Kindergarten. Ich hätte eine Qualifizierung, die geht bis 15:30 Uhr, aber ich kann die Zeit nicht überbrücken“*. Und natürlich ist die Aufnahme einer regelmäßigen Berufstätigkeit nur möglich, wenn die Kinderbetreuung verlässlich gesichert ist und sich die Arbeitszeiten damit vereinbaren lassen.

Auch andere persönliche Aktivitäten, z.B. politisches Engagement, setzen die Möglichkeit für eine Kinderbetreuung voraus.

Verbesserte Angebote für Kinderbetreuung würden den Müttern auch mehr Zeit für sich und damit Entspannung und psychische und physische Entlastung ermöglichen: *„Wenn die Mutter entspannt ist, dann sind auch die Kinder entspannt.“* In dieselbe Richtung geht der Wunsch, dass es weiterhin Zuschüsse für Familienurlaub (in Familienerholungseinrichtungen) geben sollte, die bis 31.12.2022 als „Corona-Auszeit für Familien“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gewährt wurden. Dieses Angebot war auch zu wenig bekannt. Allgemein sollten die Möglichkeiten für Eltern, sich auch mal ohne schlechtes Gewissen wegen der Kosten Freizeitaktivitäten gönnen zu können, ausgebaut werden.

Eine Verbesserung würde die Einrichtung einer zentralen Vermittlungsstelle oder Datenbank mit einem Pool von vertrauenswürdigen und qualifizierten Betreuer*innen sowie ein Notfalldienst für Kinderbetreuung, z.B. bei kurzfristiger Erkrankung der Mutter, darstellen. Für eine finanzielle Entlastung würden kostenfreie oder zumindest günstigere Betreuungsangebote sorgen, z.B. in Form von Betreuungsgutscheinen für Alleinerziehende.

Die angespannte finanzielle Situation der Alleinerziehenden zeigte sich im Wunsch nach **finanziellen Entlastungen** in weiteren Bereichen.

Ein großes Problem stellen die enormen Wohnkosten in Freiburg dar. Die bestehenden Hilfen berücksichtigen zu wenig die besondere Situation von Alleinerziehenden. So ist die Einkommensgrenze für Wohngeldbezug zu niedrig und es wird nicht unterschieden zwischen Ein- und Zwei-Eltern-Haushalten, obwohl die relative Kostenbelastung für Alleinerziehende höher ist. Bei der Gewährung von Wohngeld sollte der einzelne Fall stärker berücksichtigt werden. Die städtische Wohnungsvermittlung kann den Bedarf an angemessenem Wohnraum für Alleinerziehende nicht decken. Bezüglich der Zimmerzahl sollte berücksichtigt werden, dass auch die Kinder ein eigenes Zimmer benötigen.

Unterstützung sollte es auch für die Ausstattung der Kinder geben, z.B. benötigen sie Kleidung und Fahrräder. *„In Freiburg ist ein Jugendlicher ohne Fahrrad raus, aber die sind sauteuer“*. Eine

Möglichkeit wäre, Fundfahräder bevorzugt an Alleinerziehende abzugeben, so wie es in Kirchzarten gehandhabt wird.

Finanzielle Entlastungen wären auch bei der Krankenversicherung wichtig. Die hohen Kosten führen z.T. dazu, dass sich Frauen trotz Trennung nicht scheiden lassen, um in der Familienversicherung bleiben zu können. Deshalb sollte es eine kostenfreie Krankenversicherung für Alleinerziehende geben. Im Gesundheitsbereich sollte die freie Wahl von Ärzten und Therapien möglich sein und nicht von den finanziellen Möglichkeiten abhängen. Eine Teilnehmerin sagte mit Bezug auf die nötigen Therapien für ihr Kind: *„Was es umsonst gibt, ist nicht unbedingt das Beste“*. Anzustreben wäre, dass alle Therapien und Behandlungen kostenfrei zur Verfügung stehen.

Alleinerziehende sollten auch **rechtlich** bessergestellt werden, bestehende Benachteiligungen sollten beseitigt werden. Das betrifft das Steuerrecht, das Verheiratete bevorzugt, aber bspw. auch die Coronahilfen, die für Paare deutlich höher ausfielen. Eine rechtliche Besserstellung ist nötig, weil Väter, da sie kaum Erziehungsarbeit übernehmen, beruflich und finanziell im Vorteil sind und freiwillig häufig zu wenig Verantwortung übernehmen. Damit Alleinerziehende ihre Rechte auch wahrnehmen können, sollte es für sie eine kostenlose Rechtsberatung geben.

Mehr Zuschüsse und kostenfreie Angebote wurden auch für die Bereiche **Schule, Bildung und Kultur** gewünscht.

So fehlt kostenfreier Musikunterricht. Sowohl die Unterrichtsstunden, als auch die benötigten Instrumente, Noten etc. sind z.T. sehr teuer. An der Art des gewählten Instruments kann man derzeit den sozialen Status ablesen; arme Kinder spielen Flöte, reichere Geige. Es gibt zwar Zuschüsse, diese sind aber viel zu gering.

Ein Problem stellen auch die Eigenanteile für Schulausflüge oder Studienreisen dar, die verringert oder besser ganz übernommen werden sollten. Die beliebten „Top-Ziele“ (USA, England etc.) sind für die Diskussionsteilnehmerinnen unbezahlbar. Auch kleinere Ausflüge, wie eine Skifreizeit, sind schwierig zu finanzieren. Eine Mutter war jedoch der Meinung: *„Wer mitfahren möchte, soll mitfahren“*.

Den Diskussionsteilnehmerinnen fehlen – neben der Rechtsberatung – allgemeine Beratungszentren für Alleinerziehende, am Besten in allen Stadtteilen. Derzeit sind die Wartezeiten für Beratungen sehr lang. In diesen Zentren sollte Beratung stattfinden, aber auch Austausch untereinander und die Möglichkeit, sich zu entspannen. Die dadurch geförderte Vernetzung der Nutzerinnen wird als sehr wichtig angesehen, da Alleinerziehende sonst schnell im sozialen Abseits landen. *„Damit man sich nicht als das fünfte Rad am Wagen fühlt“*.

Weitere Nennungen zu fehlenden Angeboten in Freiburg betrafen die unterschiedliche Anzahl und Qualität von Angeboten in den Stadtvierteln, vor allem für Jugendliche. Einzelne Stadtteile sind unterversorgt, bspw. gibt es in der Wiehre mehr Angebote als im Stühlinger oder in Haslach. Das betrifft z.B. Sportplätze, aber auch das Jugendzentrum „Haus der Jugend“ in der Wiehre ist deutlich besser aufgestellt als das „LetzFetz“ im Stühlinger.

Zudem besteht ein Mangel an zielgruppenspezifischen Angeboten (z.B. für Mädchen) und Schwimmkursen.

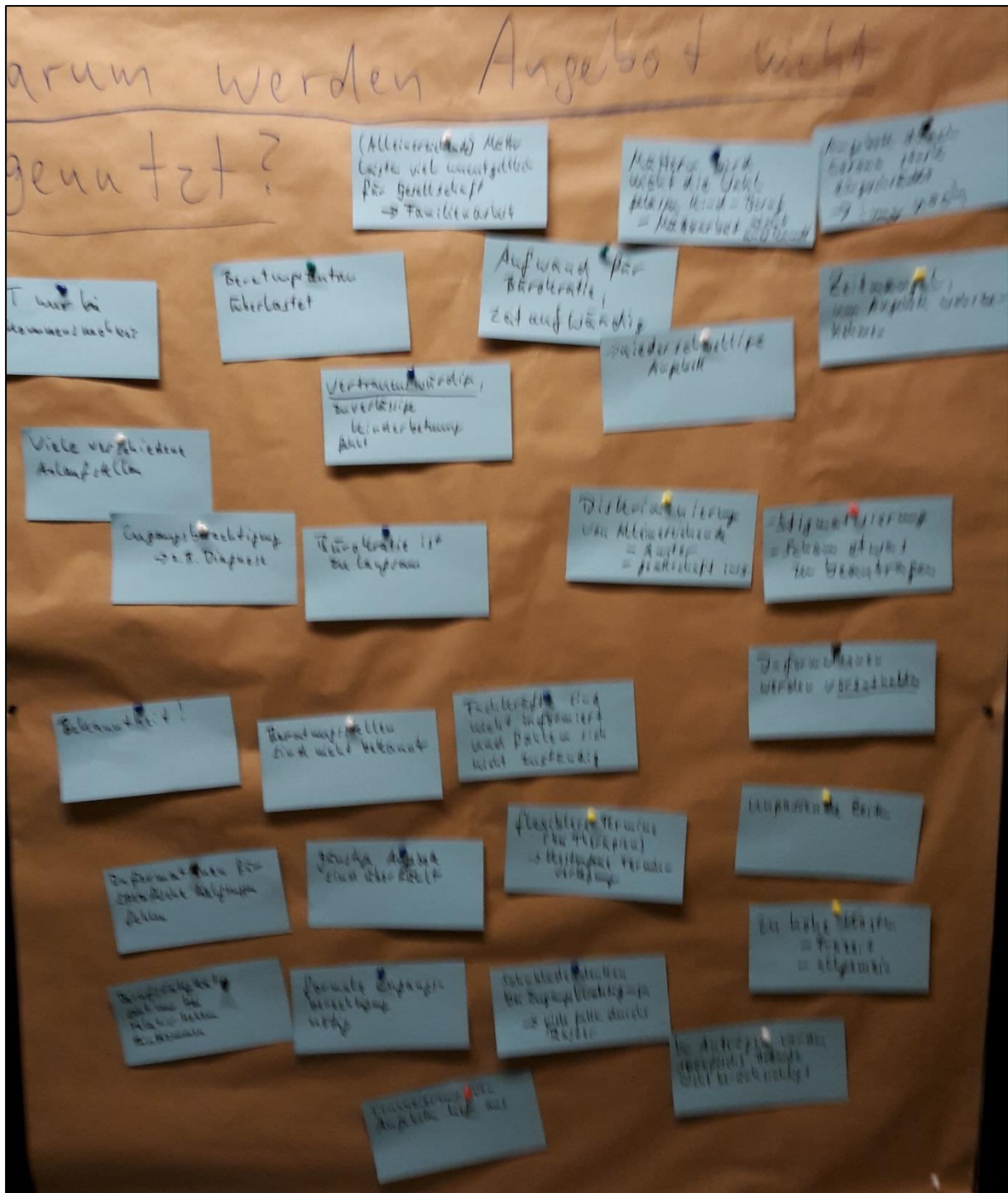
Zum Ende der Diskussion wurde durch die Teilnehmerinnen die strukturelle Benachteiligung von alleinerziehenden Müttern thematisiert. In der Gesellschaft wird die Familienarbeit, die Mütter durch die Betreuung ihrer Kinder leisten, gesellschaftlich nicht anerkannt oder gar finanziell abgegolten. Dadurch sind alleinerziehende Mütter gezwungen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen und sind dadurch doppelt

belastet. Dabei müssen sie jeden Job annehmen, auch wenn er unterbezahlt ist oder nicht den eigenen Präferenzen entspricht. Um „*alleinerziehend sein Leben menschenwürdig finanzieren zu können*“, ist jedoch eigentlich ein relativ hohes Einkommen von mindestens 2.500€ nötig. Zusätzlich bleibt oftmals auch die Pflege der Älteren an den Frauen hängen. Diese gesellschaftlichen Benachteiligungen werden als „*strukturelle Gewalt*“ und auch als politisch gewollte Armut wahrgenommen. „*Das Geld ist da*“, wird aber nicht gerecht verteilt. „*Mütter arbeiten umsonst für den Staat*“ und „*Ich lebe in Armut, weil ich dem deutschen Staat viel Geld spare*“ waren Aussagen, die das bekräftigten. Um Frauen eine echte Wahlmöglichkeit zwischen Kinderbetreuung und Beruf zu geben, sollte eine finanzielle Vergütung für die geleistete Familienarbeit gezahlt werden, wenn sich Frauen gegen eine Berufstätigkeit entscheiden.

Zugangsbarrieren

Im zweiten Teil der Diskussion wurde thematisiert, warum bestehende Angebote nicht genutzt werden, welche Zugangsbarrieren bestehen.

Abbildung 8: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Familienzentrum Klara – Zugangsbarrieren



Eine große Hürde für die Teilnahme an Angeboten ist die **Bürokratie**. Die bürokratischen Verfahren sind zu langsam, teilweise sehr kompliziert und zeitaufwändig, die Angebote sollten niederschwelliger sein. Es gibt zu viele verschiedene Anlaufstellen, die Zuständigkeiten und Ansprechpartner*innen sind häufig unklar und mitunter werden die Zuständigkeiten auch zwischen den Stellen hin und her geschoben (bspw. zwischen Schule und Jugendamt). Viele Angebote sind von einer formalen Zugangsberechtigung abhängig, z.B. wird ein Einkommensnachweis für die Bildungs- und Teilhabe-Gutscheine benötigt. Es gibt ein ausgeprägtes Schubladendenken bzgl. der Zugangsberechtigungen in der Verwaltung, manche Probleme fallen jedoch aus dem Raster und es dauert dann sehr lange, bis eine Hilfe bewilligt

wird. „*Ich habe im August einen Antrag gestellt, aber nichts mehr gehört*“. Eine Teilnehmerin bezeichnete das als institutionelle Diskriminierung: „*für 10% gibt es eine Lösung*“. Oder: „*Manche fallen aus dem System und für die gibt es nix*“. Unterstützung gibt es oftmals erst, wenn eine Extremsituation eingetreten ist, vorher hilft niemand.

Ein weiterer Grund, weshalb Angebote nicht beantragt oder wahrgenommen werden, ist die Angst vor **Diskriminierung und Stigmatisierung**. Alleinerziehende werden per se als nicht solvent und als „unvollständig“ eingeschätzt und entsprechend diskriminiert und zwar sowohl auf Ämtern als auch in der Gesellschaft insgesamt. Dabei ist es ein Vorurteil, dass ihnen irgendetwas fehlen würde.

Da Alleinerziehende durch ihre vielfältigen Belastungen zeitlich stark eingespannt sind, können Angebot oftmals wegen **Zeitmangel** nicht wahrgenommen werden. Neben Beruf oder Studium weitere Aktivitäten zu organisieren ist schwierig, vor allem, wenn unvorhergesehene Ereignisse dazwischenkommen. „*Sobald es ein Problem gibt, läuft es nicht mehr*“. Termine, z.B. für Therapieangebote, sollten darum flexibler sein und kostenfrei verlegt werden können.

Häufig sind Angebote **nicht bekannt**, sowohl bei den Zielgruppen als auch bei den Fachkräften, die deshalb nicht gut beraten können. Außerdem fehlt den Fachkräften z.T. das Bewusstsein, für die Beratung zuständig zu sein. Oder die Verantwortlichkeit für eine Beratung wird zwischen den beteiligten Stellen hin und her geschoben und „diffundiert“ dabei, vereinzelt werden Informationen nach Ansicht einer Teilnehmerin sogar bewusst vorenthalten. „*Es hat mir keiner gesagt, dass ich mit einem behinderten Kind Pflegegeld beantragen kann*“. Helfen würden in diesem Fall zentrale Beratungsstellen und ein besseres Casemanagement, das klar die Zuständigkeiten regelt. Ebenfalls hilfreich wären Informationsmaterialien von Betroffenen für Betroffene, in denen Berichte und Tipps ausgetauscht werden. So sind bspw. die Fördermöglichkeiten und Angebote der verschiedenen Stiftungen wenig bekannt.

Problematisch sind auch die allgemein zu hohen **Kosten** für Angebote, u.a. im Freizeitbereich, wie z.B. Kinderturnen. „*Das überlegt man sich schon dreimal!*“. Die kostengünstigen Angebote sind dann oft überfüllt, auch mit Leuten, die eigentlich nicht darauf angewiesen sind. Der Schwimmunterricht wurde z.B. verkürzt, da die Bäder zu voll waren. Nach den starken Einschränkungen durch Corona ist die Nachfrage jetzt besonders hoch. Mitunter werden Angebote auch ganz eingestellt, weil ihre Finanzierung ausgelaufen ist.

Kompetenzzentrum Familie des SkF

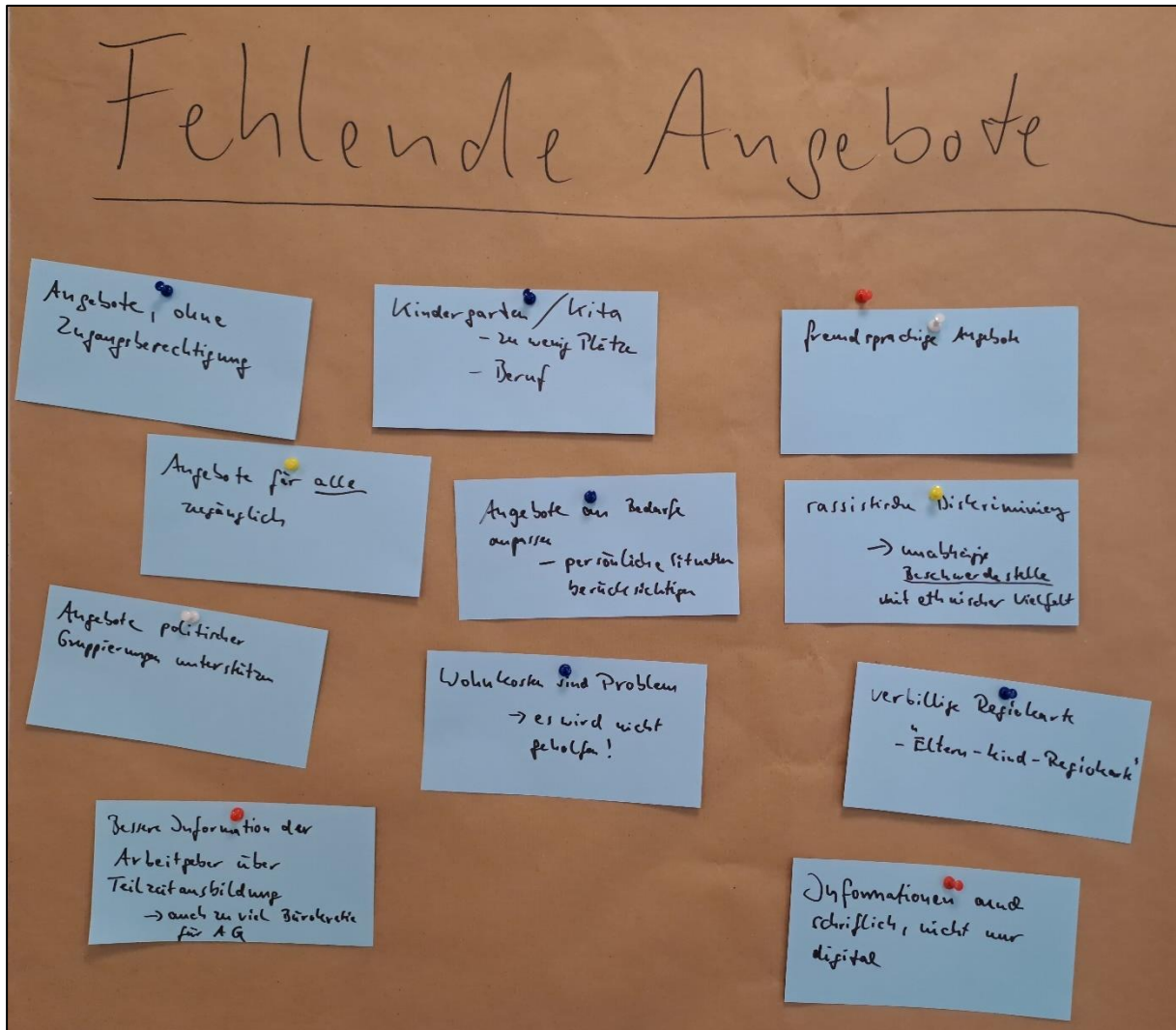
Die letzte Gruppendiskussion fand am 24.1.2023 im Kompetenzzentrum Familie des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF)¹⁰⁹ statt. Eingeladen waren fünf Nutzer*innen verschiedener Angebote des Zentrums, teilgenommen haben letztlich drei Eltern; zwei Frauen, ein Mann. Eine Mutter hatte ihr Kleinkind dabei, zwei Eltern waren Migrant*innen. Die Diskussion begann um 10:30 Uhr und dauerte ca. 1,5h.

Als Erstes wurde wieder über die Frage diskutiert, welche Angebote in Freiburg fehlen.

¹⁰⁹ <https://www.skf-freiburg.de/unser-neues-kompetenzzentrum-familie> [zuletzt geprüft 24.1.2023].

Fehlende Angebote

Abbildung 9: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Kompetenzzentrum Familie des SkF – Fehlende Angebote



Die Teilnehmer*innen waren sich einig, dass das gravierendere Problem die Zugangsmöglichkeiten zu den Angeboten ist. Über diese wird gesammelt im nächsten Abschnitt berichtet. Dennoch wurden einige Lücken bei den Angeboten genannt.

Ein großes Problem sind die **Wohnkosten** in Freiburg, für die ein erheblicher Teil der Einkünfte aufgewendet werden muss. Dadurch bleibt dann zu wenig Geld für Angebote übrig, die den Kindern oder der Familie zugutekommen würden. Es gibt viel zu wenig Hilfe in diesem Bereich, auch die Mitarbeitenden in den Beratungsstellen oder dem Wohnungsamt haben resigniert, da sie nur den Mangel verwalten, aber keine Hilfe – z.B. in Form von Vermittlung günstiger Wohnungen – anbieten können.

Die finanziellen Hilfen, die Familien bekommen können, sind in ihrer Höhe viel **zu niedrig** und decken den tatsächlichen Bedarf bei weitem nicht. „*Mich hat eine Sachbearbeiterin auf dem Amt gefragt, warum ich nicht mit 30€ in der Woche für Essenseinkäufe auskomme*“, meinte eine Teilnehmerin sarkastisch. Durch die derzeitige Inflation wird die Situation einkommensschwacher Familien erheblich verschärft.

Ein großer Mangel herrscht auch an **Kitaplätzen**. Es gibt zu wenige und oftmals sind die Betreuungszeiten so eingeschränkt, dass eine Erwerbstätigkeit beider Eltern kaum möglich ist.

Die Angebote berücksichtigen zu wenig die **individuelle Situation und den Bedarf** der Einzelnen. Bei der Ausgestaltung sollte das mehr berücksichtigt werden.

Aufgrund der – vor allem in Behörden – vorkommenden rassistischen Diskriminierungen sollte eine unabhängige **Beschwerdestelle** eingerichtet werden, die am besten mit ethnisch diversem Personal besetzt sein sollte.

Da Mobilität für die Familien sehr wichtig ist, sollte die **Regiokarte** für Familien verbilligt sein, es also eine Art „Eltern-Kind-Regiokarte“ geben.

Es gibt in Freiburg eine ganze Reihe von unabhängigen Angeboten, die von (linken) **politischen Gruppierungen** und Initiativen initiiert werden. Diese sollten besser unterstützt werden, u.a. indem bei Beratungsgesprächen über sie informiert wird.

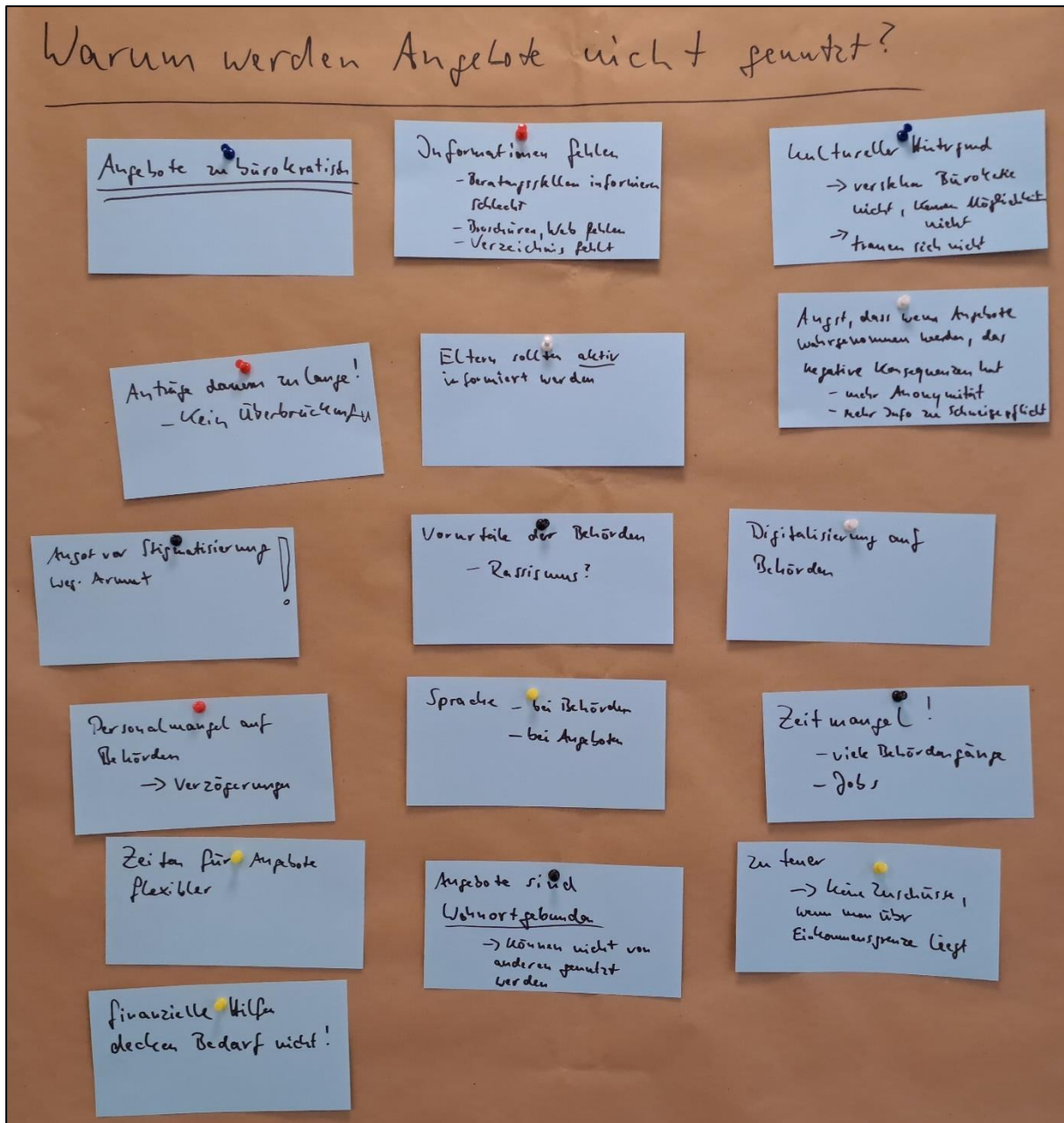
Sowohl Angebote als auch Informationen darüber sollten, häufiger als bisher, in anderen **Sprachen** verfügbar sein.

Eine Teilnehmerin hatte ein konkretes Problem. Sie wollte aufgrund ihrer Situation eine **Teilzeitausbildung** absolvieren, musste aber feststellen, dass die Arbeitgeber sehr schlecht über diese Möglichkeit informiert sind und zudem eine Teilzeitausbildungsstelle einzurichten mit hohem bürokratischem Aufwand für den Arbeitgeber verbunden ist. Die Arbeitgeber besser zu informieren und die Bürokratie zu vereinfachen wäre also hilfreich.

Zugangsbarrieren

Bereits bei der Diskussion, welche Angebote in Freiburg fehlen, wurden Gründe genannt, warum vorhandene Angebote nicht genutzt werden. Dieser Frage wurde im zweiten Diskussionsteil weiter nachgegangen.

Abbildung 10: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Kompetenzzentrum Familie des SkF – Zugangsbarrieren



Eine sehr große Hürde bei der Nutzung von vielen Angeboten ist, dass oftmals eine formale **Zugangsberechtigung** vorliegen muss. Und diese Berechtigungen, etwa eine Einkommensgrenze, führen dazu, dass viele Eltern, die eigentlich aufgrund ihrer schwierigen Situation einen hohen Bedarf haben, „durch's Raster fallen“. Angebote sollten aber nach Meinung der Befragten für *alle* zugänglich sein.

Zusätzlich zu nötigen Berechtigungen sind die Zugangswege oftmals zu **bürokratisch**. Dieser Punkt wurde von den Diskussionsteilnehmer*innen als besonders wichtig eingeschätzt. Und wenn man Hilfen beantragt hat, dauert die Bewilligung **zu lange**. Es gibt auch keine unbürokratischen Überbrückungshilfen, die in Notsituationen kurzfristig helfen könnten. Die lange Bearbeitungszeit wird durch den **Personalmangel** in den Behörden und Ämtern weiter verschärft. Hinsichtlich der Bearbeitungszeit könnte eine weitere **Digitalisierung** der Behörden und der Verfahren helfen.

Die Diskussionsteilnehmer*innen finden, dass zu wenig über die Angebote **informiert** wird. Die Beratungsstellen informieren zu wenig und sind auch selbst zu schlecht informiert. Es sollte mehr Broschüren, Verzeichnisse und Informationen im Internet geben, wobei es wichtig ist, auch schriftliche Informationen für Betroffene ohne Internetzugang vorzuhalten. Die Eltern sollten am besten *aktiv* informiert werden, also z.B. bei Beratungsgesprächen auf Angebote hingewiesen werden.

Wie schon erwähnt, sind viele finanziellen Hilfen und Ermäßigungen an Einkommensgrenzen gebunden. Liegt man knapp darüber, werden viele Angebote **zu teuer**.

Einkommensarme Familien leiden oft auch unter **Zeitmangel**, da sie stark damit beansprucht sind, ihr Leben zu organisieren (Behördengänge, Erwerbstätigkeit etc.). Insofern würde es helfen, wenn Angebote zu flexibleren Zeiten nutzbar wären, damit sie nicht mit den anderen Anforderungen der Familie kollidieren.

Eine weitere, aus Sicht der Teilnehmer*innen besonders gravierende Hürde ist die **Angst vor Stigmatisierung**, wenn man Hilfen in Anspruch nehmen möchte. Oftmals herrschen bei Mitarbeitenden von Behörden und auch allgemein in der Gesellschaft Stereotype vor, beispielsweise dass einkommensschwache Personen auch bildungsfern sind, ihr Leben nicht geregelt bekommen und ihre Kinder nicht adäquat versorgen. Das führt dazu, dass manche Eltern sich nicht trauen, eine Leistung oder ein Angebot zu beantragen, weil sie negative Konsequenzen befürchten, bis hin zu Einschränkungen des Sorgerechts durch das Jugendamt. Diese Problematik stellt sich verstärkt für Straffällige oder Eltern mit Suchtproblemen. Bessere Informationen zu Anonymität und zur Schweigepflicht der Verwaltungsmitarbeitenden würden solchen Ängsten begegnen.

Eltern aus **anderen Kulturen** haben teilweise Hemmungen, Angebote wahrzunehmen, weil sie die Möglichkeit an sich oder den Zugangsweg nicht kennen oder sich unsicher sind. Eine Barriere bei Behördengängen und bei der Wahrnehmung von Angeboten stellt z.T. auch die **Sprache** dar.

Die Teilnehmer*innen haben auch Erfahrungen mit **Vorurteilen** einzelner Mitarbeitenden in den Behörden gemacht, bis hin zu Rassismus. Das führt dazu, dass Antragsverfahren unnötig verkompliziert werden, da den Antragstellenden z.B. negative Absichten unterstellt werden. So wurde die Beantragung des gemeinsamen Sorgerechts für das Kind des unverheirateten ausländischen Teilnehmers auf dem Amt sehr argwöhnisch beurteilt.

Viele Angebote sind nur für Nutzer*innen zugänglich, die **in Freiburg wohnen**. Auswärtige, z.B. aus dem Umland, sind davon ausgeschlossen.

3.2.4. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse der Gruppendiskussionen

Die Bedarfe der Zielgruppen wurden zusätzlich zur Befragung von Expert*innen auch bei den Betroffenen selbst erhoben. Dafür wurden vier moderierte Gruppendiskussionen geführt, zwei mit Jugendlichen und zwei mit Erwachsenen. An dieser Stelle sollen die wichtigsten Ergebnisse noch einmal – stark verkürzt – im Überblick zusammengefasst werden.

In den Diskussionen wurden zwei Themen besprochen:

- Welche Angebote zur Verbesserung der Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche in Freiburg fehlen.
- Was macht die Nutzung bestehender Angebote schwierig und warum nimmt man sie evtl. nicht wahr.

Fehlende Angebote

Sowohl die Eltern als auch die Jugendlichen benötigen mehr **finanzielle Hilfen und Entlastungen**, vor allem im Bereich Wohnen und Einkaufen. Es sollte mehr günstige Wohnungen und Einkaufsmöglichkeiten geben sowie Hilfen für die Eltern, u.a. bei der Ausstattung der Kinder mit Kleidung, Fahrrädern etc. Die bestehenden finanzielle Hilfen und Zuschüsse sind in ihrer Höhe viel zu niedrig und decken nicht den tatsächlichen Bedarf. Bei der Bewilligung von Hilfen sollte nach Ansicht der Eltern viel stärker die individuelle Situation berücksichtigt werden.

Im Bereich **Freizeit** fehlen Eltern und Jugendlichen Möglichkeiten und Räume, sich zu treffen. Die Eltern wollen solche Treffs (auch) für den Austausch und zur Vernetzung nutzen, den Jugendlichen fehlen zusätzlich Möglichkeiten für Treffen im Außenraum und vor allem Rückzugsmöglichkeiten um unter sich zu sein. Die Jugendlichen fänden eine bessere Förderung der Jugendtreffs bzw. -zentren gut, u.a. damit mehr Ausflüge und (kreative) Projekte angeboten werden können. Sie wünschen sich allgemein mehr Unterstützung für Freizeitangebote für Familien und Jugendliche.

Als **Sportangebote** sollte es aus Sicht der Jugendliche mehr günstige Fitnesszentren und mehr Fußball- bzw. Bolzplätze geben. Im Vereinssport sollten Talente besser unterstützt werden, damit Karrieren nicht an fehlenden finanziellen Ressourcen für Ausrüstung, Fahrtkosten u.Ä. scheitern.

Im Bereich **Bildung und Kultur** werden von den Jugendlichen besser ausgestattete Schulgebäude angemahnt und mehr Förderung im Schulsystem; mehr und vor allem motiviertere, fördernde Lehrer*innen, mehr Hausaufgabenbetreuung sowie (mehr) Zuschüsse für Schulmaterialien und Schulessen. Die Eltern weisen auf die zu hohen Kosten für attraktive Schulausflüge und Studienreisen hin. Die Jugendlichen wünschen sich Clubs für Jüngere, mehr und günstigere Konzerte sowie Förderung und Auftrittsmöglichkeiten für (lokale) Musiker*innen.

Für die Eltern sind die nicht ausreichend vorhandenen, zu teuren und zeitlich unpassenden bzw. unflexiblen Möglichkeiten zur **Kinderbetreuung** ein großes Problem, insbesondere da die Ausübung oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit oder die berufliche (Weiter-)Qualifizierung dadurch verhindert oder zumindest sehr erschwert wird. So sind Kita-Plätze rar und haben häufig sehr eingeschränkte Betreuungszeiten. Für Alleinerziehende stellt sich das Problem verschärft, da sie die Betreuung weitgehend alleine bewerkstelligen müssen und auch außerhalb ihrer Arbeitszeit Entlastung benötigen.

Zugangsbarrieren

Ein wichtiger Grund, warum Angebote aus Sicht der Befragten nicht genutzt werden, ist die **fehlende Bekanntheit** und zwar nach Ansicht der Eltern sowohl bei den Zielgruppen als auch bei den beratenden Fachkräften. Die Eltern bemängeln auch, dass – vor allem in Behörden – sich niemand für die Beratung verantwortlich fühlt und deshalb kaum Informationen gegeben werden und wenn, dann nicht aktiv, sondern nur auf Nachfrage. Die Jugendlichen fänden mehr Öffentlichkeitsarbeit für die Angebote und zielgruppengerechtere digitale Informationswege, vor allem über Social Media, hilfreich.

Eine sehr große Hürde stellt auch die **Bürokratie** dar. Oftmals sind formale Zugangsberechtigungen nötig, die aufwändig nachgewiesen werden müssen und viele eigentlich Bedürftige fallen, z.B. aufgrund zu niedriger Einkommensgrenzen oder des ausgeprägten „Schubladendenkens“ in der Verwaltung, durchs Raster. Die Verfahren sind zu kompliziert, das Hilfesystem ist zu zersplittert und die Zuständigkeiten sind schwer überschaubar. Mehr zentrale Beratungsstellen und ein besseres Casemanagement wären deshalb hilfreich. Sowohl Eltern als auch Jugendliche klagen über sehr lange Bearbeitungszeiten in der Bürokratie und dass es trotzdem keine Überbrückungshilfen in Notfällen gibt und Ausgaben – auch bei sehr engem Budget – deshalb vorgestreckt werden müssen.

Dass die **Kosten** ein großes Problem darstellen, wurde bereits bei der Frage nach fehlenden Angeboten deutlich. Viele Angebote sind zu teuer, nicht unbedingt wegen der Teilnahmegebühren, sondern wegen der Begleitkosten, die anfallen. Die Jugendlichen führten Nachhilfeunterricht an sowie die Bücher und Materialien, die sie dafür und für die Schule kaufen müssen. Die Eltern nannten Musikunterricht wegen der benötigten Instrumente, Noten etc. sowie Sportangebote wie Kinderturnen. Kostengünstige Angebote sind begehrt und oft überfüllt.

Hemmungen bei der Beantragung und Inanspruchnahme von Angeboten entstehen auch aus **Scham** und der **Angst vor Stigmatisierung**. Eltern waren, vor allem auf Behörden, schon mit dem Vorurteil konfrontiert, dass Einkommensarmut mit Bildungsarmut einhergeht und ärmere Eltern nicht in der Lage sind, ihr Leben zu regeln und ihr Kinder adäquat zu versorgen. Einige Jugendlichen wurden allein schon wegen des schlechten Rufs ihres Stadtteils (Weingarten) „abgestempelt“ und beklagen, dass das diskriminierende, materiell orientierte Statusdenken durch die Sozialen Medien wie TikTok deutlich verstärkt wurde.

Die Eltern, vor allem die Alleinerziehenden, weisen auch auf den **Zeitmangel** hin, dem einkommensarme Eltern unterliegen. Durch die geringen Einkommen sind sie darauf angewiesen, dass alle Elternteile mit möglichst hohen Stundenkontingenten arbeiten. Zudem geht viel Zeit für Behördengänge und das Management der Mangelsituation verloren. Und wenn etwas Außerplanmäßiges dazwischenkommt, gerät der Zeitplan ins Wanken. Auf der anderen Seite finden viele Angebote zu unflexiblen und zu unpassenden Zeiten statt, was geändert werden sollte.

4. Zusammenführung und Interpretation der Ergebnisse

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln 2 und 3 die Ergebnisse der verschiedenen Erhebungen zur Erfassung des Bestands und des Bedarfs an Angeboten zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut in Freiburg dargestellt wurden, sollen diese nun zusammengeführt und interpretiert werden.

Zunächst die wichtigsten Ergebnisse der Studie als Stichworte im Überblick:

Erhebung der Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut
<ul style="list-style-type: none"> • Datenbank mit Angeboten als Grundlage für die Erstellung der Präventionskette
Ungedeckte Bedarfe und Angebotslücken
<ul style="list-style-type: none"> • Informationen der Träger über Angebotsbestand und Bedarfe der Zielgruppen verbessern • finanzielle Hilfen und Entlastungen der Familien bei Wohnkosten und beim Einkaufen • Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder; mehr Plätze, erweiterte Betreuungszeiten • mehr Unterstützung im Bildungsbereich durch Beratung, Sprachkurse, Förderangebote etc. • mehr niederschwellige, wohnortnahe Beratungsangebote • mehr Freizeitangebote für Familien und ihre Kinder • Vermeidung von Schnittstellen- und Übergangsproblemen durch bessere Vernetzung der Zuständigen, „Hand-zu-Hand“-Vermittlung, Casemanagement etc.
Zugangsbarrieren
<ul style="list-style-type: none"> • Zugangsbarrieren sind gravierendes Problem • niederschwellige, aufsuchende, persönliche Ansprache ermöglicht zielgruppengerechten Zugang zu Zielgruppen • Zugang zu Informationen und zu Angeboten kann durch Lotsen erleichtert werden • Informationsaustausch innerhalb der Zielgruppen durch Stärkung der Vernetzung verbessern • Zugang zu Familie sollte so früh wie möglich, spätestens im Kleinkindalter, erfolgen • erhebliche strukturelle und bürokratische Hürden sind: <ul style="list-style-type: none"> ○ komplizierte, aufwändige Antrags- oder Anmeldeverfahren ○ lange Bearbeitungszeiten ○ benötigte Zugangsberechtigungen ○ Zersplitterung des Hilfesystems mit schwer überblickbaren Zuständigkeiten • bürokratische Hürden können durch die Vereinfachung von Antragsverfahren, Bündelung von Leistungen und persönliche Beratung und Unterstützung abgebaut werden • Scham und Angst vor Stigmatisierung kann durch Anonymität bei der Leistungsgewährung, Sensibilität der Anbieter und durch Begleitung bei Beantragung oder Inanspruchnahme von Angeboten begegnet werden • zu hohe (Begleit-)Kosten für Angebote durch Leihequipment, Fahrtkostenerstattung etc. verringern • Abbau von Sprachbarrieren durch mündliche Beratung und Unterstützung, Dolmetscher*innendienste, einfache Sprache etc. • Berücksichtigung von kulturspezifischen Bedarfen • leichte Erreichbarkeit und Wohnortnähe der Angebote anstreben • flexible, günstig gelegene Nutzungs- bzw. Öffnungszeiten anbieten • Vertrauen in Träger, anbietende Personen und Inhalte von Angeboten herstellen
Vernetzung der Angebote und Träger
<ul style="list-style-type: none"> • der Nutzen von Vernetzung ist unstrittig, wegen des i.d.R. nicht durch eine Finanzierung abgedeckten Aufwands müssen Netzwerke aber effizient sein und einen Nutzen für die eigene Arbeit haben • Netzwerke müssen durch eine Koordinierungsstelle, Geschäftsstelle oder zumindest eine verantwortliche Person koordiniert werden, um effizient zu sein
Präventionsnetzwerk
<ul style="list-style-type: none"> • um den Aufwand zu minimieren, sollte auf bestehende Netzwerke und Strukturen zurückgegriffen werden • der Kreis der Beteiligten sollte breit angelegt sein und alle relevanten Rechts- und Fachbereiche einschließen, inkl. den ökonomischen Bereich • die Erfahrungen und Interessen der Träger sollten gesammelt und einbezogen werden • das Präventionsnetzwerk sollte langfristig angelegt sein • die Koordinierung beim Jugendamt anzusiedeln, ist sinnvoll

4.1. Erhobene Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut

In der Großstadt Freiburg gibt es eine Vielzahl von Angeboten zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut und ein breites Spektrum an Trägern und Anbietern. Sich einen umfassenden Überblick darüber verschaffen zu wollen, ist ein sehr ambitioniertes Unterfangen, zumal es bei dem zugrunde gelegten weiten Armutsbegriff sehr schwierig ist, eine Abgrenzung der einzubeziehenden Angebote vorzunehmen. Im Rahmen des Projekts standen für diese Aufgabe nur relativ begrenzte (zeitliche) Ressourcen zur Verfügung.

Die Erhebung (Kap. 2.2.) ergab eine **Angebots-Datenbank** mit über 500 Einträgen, die der Stadt Freiburg für die weitere Arbeit des Präventionsnetzwerks zur Verfügung steht. Es handelt sich dabei um eine erste Sammlung, die – trotz ihres Umfangs – noch nicht vollständig ist und in der Zukunft ergänzt und aktualisiert werden kann. So handelt es sich bei einigen Einträgen um Einrichtungen und Institutionen (z.B. Familienzentren, Eingliederungshilfe usw.), deren einzelne Angebote noch nicht erfasst werden konnten. Zudem wurden bei manchen Angeboten noch nicht alle Standorte aufgenommen. Und natürlich gibt es auch Erhebungslücken, weil Akteur*innen die Online-Abfrage nicht beantwortet haben oder sie nicht erhalten haben. Insofern ist die *Anzahl* der erfassten Angebote derzeit wenig aussagekräftig und quantitative Verteilungen, etwa nach Stadtgebieten oder Themenbereichen, lassen sich nur sehr eingeschränkt und eher im Sinne von Dimensionen und Tendenzen interpretieren.

Zur Strukturierung wurden die in der Datenbank erfassten Angebote einem zweistufigen Kategorienschema zugeordnet. Die übergeordneten Kategorien sind: „Beratung“, „Unterstützung in besonderen Lebenslagen“, „Bildung und Betreuung“, „Familienangebote und Quartier“, „Freizeit und Kultur“, „Gesundheit“ sowie „Materielle Unterstützung und Wohnen“. Jede dieser Hauptkategorien ist dann in bis zu sieben Unterkategorien weiter untergliedert. Weiterhin umfasst die Datenbank die Zuordnung der Angebote zu den Lebensphasen, auf die sie abzielen (0-3 Jahre, 3-6 Jahre etc.), den Lebenslagen (materielle Lage, Bildung, soziale Integration und Teilhabe, Gesundheit) und – sofern standortgebunden – den Stadtbezirken, in denen der Standort liegt¹¹⁰.

Die in der Datenbank enthaltenen Informationen ermöglicht die Einordnung der erfassten Angebote in eine Präventionskette. Sie werden dafür, strukturiert nach den Angebotskategorien, den Lebensphasen der Zielgruppen zugeordnet¹¹¹. Idealerweise sollten die verschiedenen unterstützenden Angebote der Träger und Institutionen entlang der Biografie der Kinder und Jugendlichen abgestimmt und lückenlos ineinandergreifen. Mithilfe der Datenbank können dann Lücken in der Präventionskette, z.B. in einem bestimmten Themenfeld oder Stadtgebiet, identifiziert und dadurch Ansatzpunkte für die weiteren Planungen gewonnen werden.

Werden Angebotslücken aufgedeckt, sollte vor einer abschließenden Bewertung nochmals geprüft werden, ob in diesem Themenfeld noch wichtige vorhandene Angebote fehlen und nacherfasst werden müssen und ob die erhobenen Informationen ggf. aktualisiert werden müssen, etwa bzgl. der durch ein Angebot adressierten Lebensphasen.

4.2. Ungedeckte Bedarfe und Angebotslücken

Vor allem aus den qualitativen Expert*inneninterviews (Kap. 3.1.) und den Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen (Kap. 3.2.), z.T. auch aus der Online-Abfrage bei den Trägern, lassen sich

¹¹⁰ Eine Übersicht über die in der Datenbank enthaltenen Merkmale findet sich im Anhang.

¹¹¹ Kap. 2.2.2. enthält eine schematische Überblicksdarstellung der Präventionskette in Freiburg.

weitere Informationen zu Lücken in der Angebotslandschaft und zu ungedeckten Bedarfen aus den Erhebungen gewinnen.

Für die Mehrzahl der Expert*innen ist weniger das *Fehlen* von Angeboten das Problem, sondern dass der *Zugang* aus verschiedenen Gründen (s.u.) nicht gelingt. Dennoch haben sie auch eine Reihe von Angebotslücken benannt.

Um Lücken erkennen zu können und die eigene Angebotspalette entsprechend planen und anpassen zu können, ist es für die Anbieter bzw. Träger zunächst einmal wichtig, den **Bestand** an Angeboten in Freiburg und die **Bedarfe** der Zielgruppen zu kennen. Sowohl den Trägern als auch den Behörden fehlt mitunter jedoch der nötige Überblick über die vorhandenen Angebote, was z.T. auch an der Zersplitterung des Hilfesystems liegt. Insofern wäre ein zentrales (Online-)Verzeichnis durchaus hilfreich. Inwiefern die Bedarfe der Zielgruppen bei Trägern und Behörden bekannt sind, wird von den Expert*innen unterschiedlich beurteilt. Es überwiegt jedoch die Ansicht, dass dies eher nicht der Fall ist. Helfen könnten eine Erweiterung der Statistikdaten und quartiersbezogene Bedarfserhebungen durch die Stadtverwaltung.

Für die Träger besteht eine Schwierigkeit bei der Weiterentwicklung ihrer Angebotspalette auch in den Finanzierungsmodalitäten. Oftmals werden Mittel nicht oder nur projektbezogen bewilligt, was es schwer macht, ein Angebot kontinuierlich aufrechtzuerhalten oder zu verbessern, auch, weil sich unter diesen Rahmenbedingungen kein qualifiziertes Personal finden lässt.

Ein sehr großes Problem für die Teilhabechancen und Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern aus armutsgefährdeten Familien stellt für die Expert*innen die oftmals ungenügende **Wohnraumversorgung** dar. Obwohl die Stadt viel Initiative in diesem Feld zeigt, ist es für einkommensschwache Familien nach wie vor extrem schwer, eine angemessene Wohnung zu finden. Der angespannte Wohnungsmarkt macht es auch schwierig, Räumlichkeiten für andere Nutzungen (z.B. als Treffpunkte oder für Kurse) zu finden. Bekanntlich besteht dieses Problem in Freiburg schon seit geraumer Zeit und hat sich eher verschärft. Eine kurz- oder mittelfristige Lösung ist nicht absehbar. Da nicht nur die Wohnungen, sondern auch die Einkaufsmöglichkeiten zu teuer sind, wünschten sich in den Gruppendiskussionen sowohl die Eltern als auch die Jugendlichen mehr **finanzielle Hilfen und Entlastungen** in diesem Bereich, die dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden.

Nach Ansicht der befragten Expert*innen sollten in Freiburg die **Angebote zur Kinderbetreuung** weiter ausgebaut werden. Die unzureichenden Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder erschweren es Eltern – vor allem alleinerziehenden – erheblich, einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit nachzugehen oder eine berufliche Qualifizierung zu absolvieren. Dafür braucht es genügend verlässliche Betreuungsmöglichkeiten mit ausreichenden, lückenlosen Betreuungszeiten, die das ermöglichen. Besonders knapp ist das Angebot an (Ü3-)Kita-Plätzen, aber auch die Schulkinderbetreuung sollte ausgebaut werden. Um die Ferienzeiten besser abdecken zu können, bräuchte es mehr niederschwellige Ferienbetreuungen und -angebote. Die Betreuungszeiten müssten bei vielen bestehenden Angeboten ebenfalls erweitert werden, aber durch den aktuellen Fachkräftemangel wird das Angebot tendenziell sogar weiter eingeschränkt. Die Aussagen der Expert*innen werden durch die Gruppendiskussionen mit Eltern bestätigt.

Um die Vererbung von Armut zu durchbrechen, ist die Unterstützung der Kinder in der **Bildung** sehr wichtig. Deshalb sollten in diesem Bereich mehr Angebote bereitstehen. Konkret fehlt es aus Sicht der Expert*innen an Beratungsangeboten zum Bildungssystem, Unterstützung für Migrant*innen durch bedarfsgerechte Sprachkurse für die Eltern und Dolmetscher*innendienste sowie an Förderangeboten für Schüler*innen mit entsprechendem Bedarf. Die Jugendlichen nennen in den Gruppendiskussionen ähnliche Bedarfe: besser ausgestattete Schulgebäude, mehr Unterstützung und Förderung im Schulsystem

durch motivierte Lehrer*innen, mehr Hausaufgabenbetreuung und Zuschüsse für Schulmaterialien und -essen. Die Eltern kritisieren die Benachteiligungen durch zu hohe Kosten für attraktive Schulausflüge und Studienreisen.

Da der Zugang zu den Angeboten ein großes Problem darstellt (s.u.), sollten niederschwellige, wohnortnahe **Beratungsangebote** ausgebaut werden. Sehr bewährt haben sich in dieser Hinsicht die Quartiersbüros, bzw. -treffs, die an weiteren Standorten eingerichtet werden sollten.

Um die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, sollten für sie genügend **Freizeitangebote** zur Verfügung stehen. Eine Unterversorgung besteht für die Expert*innen vor allem für Jugendliche, denen es an Treffpunkten und Sportangeboten mangelt. Auch im Freizeitbereich gibt es zu wenig qualifizierte Angebote für Kinder mit Förderbedarf. Die Eltern und Jugendlichen äußern in den Gruppendiskussionen ebenfalls den Bedarf an Räumen, um sich zu in der Freizeit treffen zu können, die Jugendlichen bestätigen den Mangel an bestimmten Sportangeboten.

Die Expert*innen sehen als besonders **unterversorgte Gruppen** alleinerziehende Frauen, die vor allem mehr Unterstützung bei der Kinderbetreuung benötigen. Zu wenige bedarfsgerechte Angebote gibt es auch für Migrant*innen, vor allem, wenn sie neu zugewandert sind. Problematisch ist zudem die Situation von Familien, die knapp über der Einkommensgrenze liegen und deshalb viele Hilfen und Angebote nicht nutzen können. Durch die Krisen der letzten Jahre sind selbst viele Mittelschichtsfamilien in prekäre Lagen geraten und bräuchten mehr Unterstützung. Dass für Jugendliche das Angebot eher eingeschränkt ist, wurde bereits erwähnt. Neben Freizeitangeboten fehlen für sie Ansprechpersonen bzw. eine Anlaufstelle für ihre Anliegen.

Zur Frage, ob es genügend **gendergerechte** Angebote in Freiburg gibt, ergaben sich nur wenige Informationen. Einerseits wurden bei der Online-Abfrage bei den Trägern nur sehr wenige genderspezifische Angebote genannt, andererseits sahen die Expert*innen keine gravierenden Defizite in der Angebotslandschaft. Es ist aber möglich, dass bei der Erhebung nur ein Teil der vorhandenen genderspezifischen Angebote erfasst wurde bzw. sie in übergreifenden Angebotsnennungen mit enthalten sind. Ein dringlicher Handlungsbedarf lässt sich jedenfalls aus den durchgeführten Erhebungen nicht ableiten.

Doppelstrukturen bei den Angeboten kommen zwar vor, sind aber in den Augen der Expert*innen von untergeordneter Bedeutung. Sie entstehen durch ungenügende Koordination der in unterschiedliche Strukturen eingebundenen Anbieter und durch die „Konjunkturen“ bei den Themenschwerpunkten der Förderprogramme. Ein gewisses Maß an Doppelungen ist für die Zielgruppen aufgrund der dadurch gegebenen Auswahlmöglichkeiten mitunter sogar von Vorteil.

In der Literatur wird immer wieder betont, auf die **Schnittstellen und Übergänge** in der Präventionskette zu achten. Tatsächlich geht nach Aussage der Expert*innen beim Übergang eines Kindes in die nächste Lebensphase, z.B. von der Kita in die Schule, durch den Wechsel der Zuständigkeiten und Akteur*innen oftmals Wissen über die Bedarfe des Kindes und Problemlagen der Familie und mitunter auch die Vertrauensbasis zwischen Anbieter und Familie verloren. Hilfreich wäre mehr „Hand-zu-Hand-Vermittlung“, d.h. dass eine Übergabe beim Wechsel von Zuständigkeiten stattfindet, so wie das z.B. einige Kitas durch Kooperationen mit den Grundschulen praktizieren. Dafür müssten mehr Zeit- und Personalressourcen zur Verfügung stehen. Um die Vertrauensbasis zu erhalten, wäre Case-Management mit langfristigen Bezugspersonen von Vorteil. Schnittstellenproblemen zwischen in verschiedene Systeme eingebundene Anbieter und Institutionen kann durch eine verbesserte, quartiersbezogene Vernetzung der Akteur*innen begegnet werden.

Angebote und Bedarfe in den Freiburger Stadtteilen

Betrachtet man die Verteilung der durch die Erhebung erfassten Angebote im Stadtgebiet (Kap. 2.2.3.), fällt auf, dass sie sich eher in der Innenstadt konzentrieren. Vergleichsweise viele sind in den Stadtteilen Wiehre, Stühlinger, Haslach, Weingarten, Brühl und in der Altstadt angesiedelt. In den Ortsteilen Ebnet, Kappel, Waltershofen und Munzingen befinden sich dagegen nur wenige. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die *Anzahl* der erfassten Angebote für sich genommen nur sehr bedingt aussagekräftig ist.

Auch in den qualitativen Erhebungen wurden Informationen zu möglichen sozialräumlichen Lücken gesammelt. Die Expert*innen (vgl. Kap. 3.1.2.) argumentierten in diesem Punkt differenziert. Einerseits wurden Lücken gesehen, andererseits aber auch die Vorteile einer räumlichen Ballung von Angeboten benannt, die u.a. in einer Vereinfachung bei deren Verzahnung und geringerem Mobilitätsaufwand für die Nutzer*innen liegen.

Als mit Angeboten unversorgte Quartiere nennen einzelne Expert*innen in Verbindung mit der Bewohnerstruktur Haslach und Weingarten, aber auch Munzingen. Auch die anderen Freiburger Randstadtteile haben Defizite, weil hier fast ausschließlich Vereinsangebote zu finden sind.

Die Expert*innen bestätigen das Ergebnis der Angebotserhebung, dass die Beratungsstellen räumlich konzentriert sind und eine bessere Verteilung im Stadtgebiet sinnvoll wäre. Weitere sozialräumlich Lücken werden gesehen bei den Ü3-Kitaplätzen, Familienzentren, Frauen- und Mädchentreffs sowie Sportangeboten am Nachmittag.

4.3. Zugangsbarrieren

Sowohl in der Online-Abfrage bei den Trägern (Kap. 2.2.), als auch in den Expert*inneninterviews (Kap. 3.1.) und Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen (Kap. 3.2.) wurde gefragt, welche Zugangsbarrieren die Inanspruchnahme von Angeboten verhindern. Generell stellen Zugangsbarrieren, gerade auch angesichts teilweise hoher Nichtinanspruchnahmequoten von Leistungen und geringer Auslastung von Angeboten, ein gravierendes Problem dar. Die meisten befragten Expert*innen sehen darin sogar ein viel größeres Problem als in den bestehenden Lücken in der Angebotslandschaft.

Welche der im Folgenden genannten Zugangsbarrieren besonders gravierend sind und einen besonders starken Einfluss darauf haben, dass Angebote nicht wahrgenommen werden, lässt sich anhand der erhobenen, überwiegend qualitativen Informationen schwer einschätzen. Um den Effekt einer Zugangsbarriere auf die Inanspruchnahme eines bestimmten Angebots beziffern zu können, wären Daten aus einer repräsentativen quantitativen Erhebung bei den Zielgruppen nötig, die nicht vorliegen und sich auch kaum erheben ließen. Als Indiz für einen starken Effekt kann hier lediglich herangezogen werden, dass eine Zugangsbarriere häufig in den qualitativen Interviews und Gruppendiskussionen genannt wurde oder (mehrfach) als besonders wichtig eingestuft wurde.

Damit ein Angebot von den Zielgruppen genutzt wird, müssen mindestens zwei Bedingungen erfüllt sein. Zunächst einmal muss es der Zielgruppe bekannt sein. Und wenn es bekannt ist, muss auch der Schritt gegangen werden, es wahrzunehmen. Damit es wahrgenommen wird, dürfen einer Nutzung keine schwerwiegenden Hinderungsgründe entgegenstehen.

Sowohl in den Expert*inneninterviews als auch den Gruppendiskussionen mit den Eltern war ein wichtiger Aspekt, dass die Freiburger Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut einem großen Teil der Zielgruppe (und auch manchen beratenden Fachkräften) nicht oder nur wenig **bekannt**

sind¹¹². Das legt den Schluss nahe, dass die meistens ja vorhandenen Informationen die Zielgruppen nicht erreichen, der Zugang zu ihnen nicht gelingt. Die „klassischen“ Zugangswege, wie Broschüren, Flyer, Homepages, funktionieren oftmals nicht.

Der effektivste Weg, um über Angebote zu informieren, ist eine niederschwellige, aufsuchende, persönliche Ansprache der Zielgruppe durch vertrauenswürdige Personen. Das können Mitarbeitende der Anbieter oder übergreifender Beratungsstellen sein. Persönliche Ansprache ist auch deshalb sinnvoll, da ein Teil der Zielgruppe sich eher nicht aktiv selbst informiert und in gewisser Weise „an die Hand“ genommen werden sollte. Deshalb sind „Lotsen“ oder „Kümmerer“ besonders hilfreich, die genau diese persönliche Beratung und Begleitung leisten, die es braucht¹¹³.

Die Eltern bemängeln in den Gruppendiskussionen in diesem Zusammenhang, dass – vor allem in Behörden – sich niemand für die Beratung zuständig fühlt und Informationen, wenn überhaupt, nur auf Nachfrage gegeben werden. Das bestätigen auch die Aussagen der Expert*innen.

Sehr gut funktioniert aber auch die Mund-zu-Mund-Information innerhalb der Zielgruppen. Wie wichtig diese ist, zeigt sich nun nach Abflauen der Covid-Pandemie, während deren Hochphase viele Angebote gar nicht oder nur stark eingeschränkt genutzt werden konnten. Die Bekanntheit bei den Zielgruppen hat dadurch stark nachgelassen und es ist mitunter ein langwieriger Prozess, bis Angebote sich wieder herumgesprochen haben und wieder genutzt werden (s. Kap. 3.1.2.4.). Um den Informationsaustausch untereinander zu fördern, ist deshalb auch die Stärkung der Netzwerke der Zielgruppen sinnvoll.

Ein persönlicher **Zugang** zu den Zielgruppen ist einerseits besonders gut geeignet, um zu beraten und Informationen zu vermitteln. Er kann aber auch sehr dabei helfen, Hemmschwellen bei der Wahrnehmung eines Angebots abzubauen, vor allem, wenn die Schritte dahin (Beantragung, Anmeldung etc.) aktiv begleitet werden. Am besten gelingt eine persönliche Kontaktaufnahme im Lebensraum der Zielgruppen, also indem sie am Wohnort oder an Orten, an denen sie sich ohnehin aufhalten, angesprochen werden.

Beratung mit Informationen über unterstützende Angebote sollten die Eltern so früh wie möglich, spätestens wenn das Kind im frühen Kleinkindalter ist, erhalten, damit sich Problemlagen im Laufe der Biografie nicht erst kumulieren und verfestigen. Dabei ist darauf zu achten, dass möglichst alle erreicht werden, auch Familien, die bisher keine Einbindung in das Hilfesystem oder in andere Netzwerke haben. Die verpflichtenden U-Untersuchungen bei den Kinderärzt*innen wären in den Augen einzelner Expert*innen z.B. eine gute Gelegenheit, um zu beraten und Informationen weiterzugeben. Und natürlich wären auch Ämter und Behörden, die z.B. zur Beantragung von Leistungen aufgesucht werden müssen, dafür geeignet, sehen das aber – wie gesagt – eher nicht als ihre Aufgabe an. Die Expert*innen haben noch weitere Beispiele genannt, wie Zugang und Information gelingen können (s. Kap. 3.1.2.2.).

Neben der fehlenden Bekanntheit von Angeboten, bestehen noch weitere Zugangsbarrieren, die der Nutzung von Unterstützungsangeboten im Wege stehen. Die wichtigsten werden im Folgenden, zusammen mit genannten Lösungsvorschlägen, nochmals aufgeführt:

¹¹² Die Online-Abfrage kommt zu einem positiveren Ergebnis. Hier wurde für über vier Fünftel der genannten Angebote angenommen, dass die Bekanntheit „hoch“ oder zumindest „mittelmäßig“ ist. Auf der anderen Seite werden jedoch fehlende Informationen und falsche Informationswege häufig als Zugangsbarriere benannt (s. Kap. 2.2.1.).

¹¹³ Dieser Ansatz wird in Tübingen sehr erfolgreich mit den ehrenamtlichen TAPs („Tübinger AnsprechPersonen“) praktiziert, die beraten und Informationen weitergeben (s. https://www.buendnis-fuer-familie-tuebingen.de/Netzwerk_TAPs [zuletzt geprüft 21.2.2023]).

Eine große Rolle spielen **strukturelle und bürokratische Hürden**¹¹⁴. Eine erhebliche Barriere entsteht, wenn eine Anmeldung oder ein Antrag für die Wahrnehmung eines Angebots erforderlich ist und es nicht spontan oder unregelmäßig genutzt werden kann. Die Beantragung ist oftmals kompliziert und aufwändig, vor allem bei finanziellen Hilfen. Teilweise ist sie sogar mehrstufig, wenn die Beantragung einer Leistung die Bewilligung einer anderen voraussetzt und dafür mehrere verschiedene Stellen aufgesucht werden müssen. Die Eltern kritisieren, dass der unflexible Umgang mit formalen Zugangsberechtigungen dazu führt, dass viele Familien mit hohem Unterstützungsbedarf nicht berücksichtigt werden, weil sie die Kriterien knapp nicht erfüllen. Abschreckend sind auch die sehr langen Bearbeitungsdauern mancher Anträge, die bei finanziellen Hilfen oder Kostenerstattungen zu erheblichen Engpässen bei den Antragstellenden führen können. Die Eltern und Jugendlichen kritisierten in den Diskussionen, dass es i.d.R. keine Überbrückungshilfen in Notfällen gibt. Eine große Herausforderung stellt zudem die Zersplitterung der Angebotslandschaft und des Hilfesystems dar. Die Zuständigkeiten sind – auch für beratende Fachkräfte – schwer zu überblicken und teilweise müssen viele verschiedene Anlaufstellen zunächst identifiziert und dann aufgesucht werden, um den Unterstützungsbedarf einer Familie zu decken. Die Vereinfachung von Bürokratie, z.B. indem Zugangsberechtigungen nicht für jede Einzelleistung gesondert nachgewiesen werden müssen, und die Bündelung von Leistungen, wie in der geplanten Kindergrundsicherung, sind deshalb sinnvolle Maßnahmen. Persönliche Beratung und Unterstützung bei Antragstellungen oder Anmeldeprozeduren würde vielen Familien helfen, diese bürokratischen Hürden zu überwinden.

Angebote und Leistungen werden aber auch aus **Scham** oder der **Angst vor Stigmatisierung** nicht beantragt oder wahrgenommen¹¹⁵. Sich als arm „outen“ zu müssen, ist mit der Scham verbunden, seine Familie nicht ohne fremde Hilfe alleine versorgen zu können und der Angst, durch andere stigmatisiert zu werden. Die Schamschwelle ist dabei kulturell und individuell unterschiedlich und kann z.B. durch Begleitung bei der Beantragung oder bei der erstmaligen Nutzung von Angeboten gesenkt werden. In den Gruppendiskussionen wurde über Stigmatisierung aufgrund von Vorurteilen berichtet, etwa indem bei Einkommensarmut in Behörden automatisch auf Bildungsarmut und Unfähigkeit zur Alltagsbewältigung geschlossen wird oder indem allein die Herkunft aus einem bestimmten Stadtteil stigmatisiert. Sehr kritisch zu sehen ist in diesem Zusammenhang das in der Gesellschaft weit verbreitete materiell orientierte Statusdenken, das besonders in den Sozialen Medien sehr stark transportiert wird. Gegen Stigmatisierung hilft u.a. Anonymität bei der Leistungsgewährung, wie bei der FamilienCard, bei der nicht vermerkt ist, ob jemand z.B. im Transferleistungsbezug steht. Und natürlich sollte auf Seiten der Anbieter auf eine nicht stigmatisierende Sprache geachtet werden. Gegen eine Stigmatisierung aufgrund der Herkunft würde eine stärkere soziale Durchmischung der Stadtquartiere helfen.

Für einkommensschwache Familien sind naturgemäß die **Kosten** für ein Angebot eine große Hürde¹¹⁶. Selbst wenn keine Teilnahmegebühren für ein Angebot anfallen und auch nicht aufwändig eine Erstattung beantragt werden muss, müssen oftmals teure Materialien gekauft werden (Musikinstrument und Noten für den Musikunterricht, Ausrüstung für den Sportverein, Schlafsack für das Ferienlager etc.). Selbst für Nachhilfeunterricht und die Schule müssen Material und z.T. Bücher gekauft werden, wie Jugendliche in der Gruppendiskussion beklagten. Solche Kosten werden zwar zum Teil – auf Antrag – erstattet, die gezahlten Beträge sind jedoch viel zu gering und sollten angehoben werden. Da in Materialien und Ausrüstung investiert werden muss, können Kinder auch nur sehr begrenzt ausprobieren,

¹¹⁴ In der Begleitgruppe zum Projekt (s. Kap. 1.3.2.) wurden die strukturellen und bürokratischen Hürden aus diesem Grund als ein Schwerpunktthema für die Expert*innenbefragung vorgeschlagen.

¹¹⁵ „Scham“ wurde auch in der Online-Abfrage relativ häufig als Zugangsbarriere markiert (s. Kap. 2.2.1., Tabelle 8, S. 37).

¹¹⁶ In der Online-Abfrage spielten „zu hohe Kosten“ als Zugangsbarriere jedoch so gut wie keine Rolle (ebd.).

welches Instrument oder welche Sportart ihnen am besten gefällt. Mehr Schnupperangebote mit Leih-equipment wären deshalb wünschenswert.

Besonders für Familien mit Migrationshintergrund und eingeschränkten Deutschkenntnissen kommen als weitere Hürde **Sprachbarrieren** bei der Informierung über Angebote und Leistungen, deren Beantragung und deren Nutzung bzw. Inanspruchnahme, hinzu¹¹⁷. Informationen und die Angebote selbst gibt es i.d.R. nur auf Deutsch und selbst wenn Fremdsprachen berücksichtigt werden, können es angesichts der Sprachvielfalt nur sehr wenige sein. Aber auch für Familien mit Deutsch als Muttersprache kann es Sprachbarrieren geben, etwa durch die schwer verständliche Verwaltungssprache oder auch durch Analphabetismus. Um Sprachbarrieren zu begegnen, hilft persönliche Beratung und Unterstützung, wenn nötig verbunden mit Dolmetscher*innendiensten. Dafür sollten ein schnell und unkompliziert abrufbarer Dolmetscher*innenpool und dafür vorgehaltene Finanzmittel verfügbar sein. Bei Informationsmaterial und auf Formularen sollte Mehrsprachigkeit angestrebt und auf möglichst einfache Sprache geachtet werden.

Bei manchen Familien existieren auch **kulturelle Barrieren** bei der Wahrnehmung von Angeboten. Ein „klassisches“ Beispiel ist der gemischtgeschlechtliche Schwimmkurs, an dem muslimische Mädchen wegen ihrer Eltern nicht teilnehmen dürfen. Dem kann durch entsprechend kultursensible Angebote begegnet werden, wobei das die detaillierte Kenntnis der kulturspezifischen Bedarfe der Zielgruppen bei den Anbietern voraussetzt. Diese Kenntnis ist jedoch nur begrenzt vorhanden und lässt sich angesichts der Vielfalt der Kulturen auch nur schwer erlangen. Kulturelle Zugangsbarrieren von Familien sind häufig an deren Bildungsniveau gekoppelt. Kulturelle Barrieren können auch darin bestehen, dass Migrant*innen nicht wissen, dass ihnen Leistungen zustehen oder sie kostenlose Angebote wahrnehmen oder sogar mitgestalten können, weil sie das aus ihren Herkunftsländern nicht kennen.

Je nach Art des Angebots kann dessen **geografische Lage** bzw. **Erreichbarkeit** ein Problem darstellen¹¹⁸. Muss ein kleines Kind zu einem Kurs begleitet werden, oder muss man bei der Arbeit extra freinehmen, um eine abgelegene Behörde aufsuchen zu können, kann das je nach Familiensituation schwierig sein. Angebote, bei denen das wichtig ist, sollten deshalb wohnortnah verfügbar sein. Ist das nicht möglich, kann es sinnvoll sein, Angebote und auch Behörden räumlich zu konzentrieren, weil dadurch der Wegeaufwand verringert wird. Wenn man z.B. ohnehin einen Kurs in einem gut zugänglichen Stadtteilhaus absolviert, fällt es leicht, sozusagen en passant, ein anderes dort angesiedeltes Angebot wahrzunehmen oder die sich ebenfalls dort befindende Beratungsstelle aufzusuchen.

Angebote werden auch aus **Zeitmangel** nicht wahrgenommen. Viele armutsgefährdeten Familien sind zeitlich sehr stark mit der Sicherung ihres Lebensunterhalts und dem Management der Mangellage, verbunden mit vielen Behördengängen, eingebunden und haben kaum Luft, um sich zu informieren, selbst Angebote wahrzunehmen oder das für ihre Kinder zu organisieren. Erschwerend kommt hinzu, dass Beratungszeiten begrenzt sind und viele Angebote zu ungünstigen Zeiten stattfinden. Eine Entlastung für Eltern können ehrenamtliche Pat*innen sein, die Kinder zu Angeboten begleiten, sollten diese mit längeren Fahrtzeiten verbunden sein oder zu ungünstigen Zeiten angeboten werden. Und natürlich hilft es, wenn ein Angebot zu unterschiedlichen, für die Familien günstigen, Zeiten angeboten wird und Beratungsstellen lange Öffnungszeiten haben.

Ein weiterer Grund, warum Angebote nicht genutzt werden, ist das fehlende **Vertrauen** in den Träger, die durchführenden Personen oder die Inhalte. Vor allem Ämtern und Behörden wird häufig mit

¹¹⁷ Bei der Online-Abfrage war „Sprachbarrieren“ die am häufigsten genannte Kategorie (s. Kap. 2.2.1., Tabelle 8, S. 35).

¹¹⁸ In der Online-Abfrage wurden die Kategorien „zu weit entfernter Standort“ und „schlecht erreichbar“ nicht besonders häufig markiert (ebd.).

Misstrauen begegnet, da sie eher mit Kontrolle und weniger mit Hilfe assoziiert werden. Vertrauensbildend wirkt, wenn die Familie den Träger bereits über andere seiner Angebote kennt oder Empfehlungen durch Bekannte erhalten hat. Über die Inhalte von Angeboten sollte ausreichend durch Elternarbeit, Tage der offenen Tür etc. informiert werden. Vertrauen kann auch durch (Beratungs-)Personal aufgebaut werden, das der Zielgruppe näher ist und sich besser in sie hineinversetzen kann (Migrant*innen, Personen mit Behinderung etc.).

Zusätzlich zu den bisher genannten, gibt es auch **individuelle Hinderungsgründe**. Manchmal fehlt – z.T. aufgrund von Resignation – die Motivation, um sich beraten zu lassen oder ein unterstützendes Angebot wahrzunehmen. Das macht zugehende Beratungen nötig und nicht nur zu informieren, sondern auch zu aktivieren und zu motivieren. Und man muss berücksichtigen, dass es mitunter auch am nötigen Selbstbewusstsein oder Selbstwertgefühl mangelt, um bestimmte Angebote wahrzunehmen.

4.4. Vernetzung der Angebote und Träger

In der Online-Abfrage bei den Trägern (Kap. 2.2.1.) und in den Expert*inneninterviews (Kap. 3.1.2.3.) wurden auch Informationen zu der Netzwerkeinbindung der Freiburger Angebote und ihrer Träger erhoben.

Die in beiden Erhebungen genannten Netzwerke wurden in Tabelle 11 (Kap. 2.2.4., S. 48) im Überblick zusammengestellt. Diese Sammlung kann als eine Grundlage für die Verknüpfung der bestehenden Netzwerke zu einem gesamtstädtischen Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut dienen.

Aus den Erhebungen ergeben sich zudem eine ganze Reihe von Hinweisen, wie eine Vernetzung gestaltet sein sollte, um effizient und effektiv zu sein.

Völlig unstrittig bei den Fachleuten ist der generelle **Nutzen** von Netzwerken. Sie dienen u.a. der informellen Kontaktaufnahme und -pflege, dem Informationsaustausch und bieten für die Anbieter und Träger die Möglichkeit, sich zu koordinieren und gemeinsame Projekte und Strategien zu entwickeln¹¹⁹. Allerdings gibt es einen Grenznutzen, weil die Beteiligung an Netzwerken immer mit erheblichem Zeitaufwand für die Mitglieder verbunden ist, der auf Dauer nur durch entsprechende Ergebnisse und Effizienz gerechtfertigt ist. Der Zeitaufwand ist für die Teilnehmenden umso höher, je aktiver die eigene Rolle in einem Netzwerk ist. Die Mitarbeit in einem Arbeitskreis, der Lösungen für Fachfragen erarbeitet, erfordert mehr Einsatz als die passive Nutzung eines Netzwerks zur Informationsgewinnung. Besonders ineffektiv und frustrierend für die Beteiligten ist es, wenn mit viel Energie Ideen und Konzepte entwickelt werden, die dann „in der Schublade verschwinden“ und in der Praxis nicht umgesetzt werden.

Da der Zeitaufwand für Netzwerkarbeit i.d.R. bei Fördermitteln nicht berücksichtigt wird und auch bei anderweitig finanzierten Stellen nur sehr selten mit Stellenanteilen hinterlegt ist, ist es auf Dauer unerlässlich, dass Netzwerke effektiv sind und einen Nutzen für die eigene Arbeit haben. Dafür unbedingt nötig ist die Steuerung durch eine Koordinierungsstelle, eine Geschäftsstelle oder zumindest eine dafür verantwortliche Person. Die Themen müssen festgelegt, ein Raum organisiert, die Mitglieder eingeladen, das Treffen vorbereitet, koordiniert, moderiert und protokolliert werden.

Sowohl große als auch kleinere Netzwerke haben ihre Berechtigung. Der Vorteil der großen Netzwerke ist, dass dort alle relevanten Akteur*innen versammelt und ansprechbar sind, die eigentliche inhaltliche Arbeit wird aber eher in kleineren Netzwerken geleistet bzw. in Arbeitskreisen oder -gruppen der großen

¹¹⁹ Der Nutzen der Vernetzung wurde auch in der Online-Abfrage bestätigt (s. Abbildung 2, Kap. 2.2.1., S. 38).

Netzwerke. Neben einer Vernetzung der Leitungsebene sind auch Netzwerke der Fachebene sinnvoll, in denen Fragestellungen aus der Fachpraxis thematisiert werden können.

Zu einer **Ausweitung der Vernetzung** und der Zusammenführung in einem übergreifenden Präventionsnetzwerk gaben die Expert*innen einige Hinweise¹²⁰. Bevor neue Netzwerke etabliert werden, sollten zunächst die bestehenden hinsichtlich ihrer Effektivität, Ziele und Konzeption optimiert werden. Ausgebaut und unterstützt werden sollte auch die Vernetzung der *Zielgruppen*, damit untereinander Informationen ausgetauscht werden können¹²¹. Eine Verbesserung der Vernetzung der verschiedenen Fach- bzw. Rechtsbereiche (SGB VIII, IX, Gesundheitsvorsorge etc.) würde helfen, Schnittstellenproblemen zu begegnen.

Sinnvoll wäre auch eine Ausweitung des Kreises der Beteiligten. Im Allgemeinen sind die Netzwerke in diesem Themenfeld durch Akteur*innen aus dem Sozialbereich dominiert, wichtig wäre aber auch, den ökonomischen Bereich mit einzubinden. Z.B. wäre es bei Netzwerken von berufsbezogenen Angeboten sehr hilfreich, auch die Arbeitgeber in einen Austausch einzubeziehen.

Die Einrichtung eines übergreifenden **Präventionsnetzwerks** zum Thema Kinderarmut wird begrüßt. Soweit möglich, sollte dafür auf bestehende Netzwerke und Strukturen zurückgegriffen werden und die Erfahrungen und vorhandenen Evaluationen der Träger gesammelt und einbezogen werden. Wichtig ist auch, dass das Präventionsnetzwerk langfristig angelegt wird und nicht nur, etwa wegen auslaufender Fördermittel, für zwei oder drei Jahre.

Da das Jugendamt de facto die zentrale Anlaufstelle in diesem Themenfeld ist und die Stadt auch die meisten Mittel verwaltet, sollte es nach Ansicht der Expert*innen in die bestehenden Netzwerke eingebunden sein und eine steuernde Funktion übernehmen, unter ausreichender Berücksichtigung der Anliegen der Träger. Insofern ist es richtig, dass die Koordinierungsstelle für das Präventionsnetzwerk beim Amt für Kinder, Jugend und Familie angesiedelt ist.

Wenn die Stadt die Netzwerkarbeit in diesem Feld unterstützen und ausweiten möchte, sollte sie auch darüber nachdenken, den dadurch für die Anbieter und Träger entstehenden Zeit- und Personalaufwand z.B. bei den städtischen Fördermitteln mit zu berücksichtigen.

4.5. Resümee

In der Stadt Freiburg lebt jedes siebte Kind in einer armutsgefährdeten Familie. Das bedeutet, dass diese Familie ein weit unterdurchschnittliches Einkommen hat oder im SGB II-Leistungsbezug ist. Das kann erhebliche und lebenslange Auswirkungen auf die Teilhabechancen und Verwirklichungsmöglichkeiten dieser Kinder haben. Die Stadt Freiburg beteiligt sich deshalb mit ihrem Projekt „Gemeinsam wachsen – Freiburger Netzwerk gegen Kinderarmut“ an der vom Land Baden-Württemberg geförderten Etablierung von Präventionsnetzwerken, mit denen integrierte kommunale Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut entwickelt werden sollen.

Durch das Präventionsnetzwerk sollen die vorhandenen Angebote, Strukturen, Netzwerke und Institutionen, die nebeneinander bestehen und arbeiten, zu einer sinnvollen Gesamtstruktur mit einer abgestimmten Strategie zur Armutsprävention zusammengeführt werden.

¹²⁰ In der Online-Abfrage wurde mehrheitlich eine Ausweitung der Vernetzung befürwortet (ebd.).

¹²¹ Die Mund-zu-Mund-Information wurde bereits im Abschnitt „Zugangsbarrieren“ als effektive Möglichkeit zur Steigerung der Bekanntheit von Angeboten diskutiert (s.o.).

Ergebnisse der Studie

Mit der von FIFAS durchgeführten Bestandserhebung und -analyse wurde eine wichtige Grundlage für die Etablierung und die zukünftige Arbeit des Freiburger Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut geschaffen.

- Die in Freiburg vorhandenen Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut wurden erhoben und eine nach Themenfeldern strukturierte Angebotsdatenbank erstellt, die auch eine Zuordnung zu den Lebensphasen beinhaltet. Diese Datenbank ermöglicht es den Akteur*innen des Präventionsnetzwerks, Lücken und ggf. auch Doppelstrukturen in den einzelnen Themenfeldern zu erkennen und darauf hinzuwirken, eine lückenlose Präventionskette unterstützender Angebote von der Geburt bis zum Erwachsenwerden in Freiburg aufzubauen. In der Folge wird es jedoch nötig sein, die Datenbank sukzessive zu ergänzen und zu aktualisieren.
- Mit den Erhebungen wurde auch ein Überblick über die wichtigsten Akteur*innen in diesem Themenfeld und die vorhandenen Vernetzungen der Angebote und Träger gewonnen. Diese Informationen können dabei helfen, die auf Dauer angelegte Netzwerkgruppe zusammenzustellen, die gemeinsam an der Weiterentwicklung der kommunalen Angebotslandschaft und Strukturen arbeiten wird. Die beim Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt angesiedelte Netzwerkkoordination ist bereits vorhanden und war in die Erhebungsphase eingebunden.
- Die für das Projekt durchgeführte sozialräumliche Analyse von Sozialindikatoren gibt Hinweise auf die Situation und spezifische Bedarfslagen in den Stadtgebieten. Betrachtet werden konnten Indikatoren für die Lebenslagendimensionen „materielle Lage“ und „Bildung“. Bei der Recherche nach Indikatoren konnte auf die gut ausgebaute Berichterstattung der Stadt Freiburg zurückgegriffen werden, die in vielen Bereichen bereits indikatorengestützt und sozialräumlich orientiert ist. Als Publikationen beispielhaft zu nennen sind die regelmäßig erstellten Sozialberichte, die Bildungsberichte, die Schulentwicklungsberichte und die Nachhaltigkeitsberichte. Allerdings wäre es für ein zukünftiges Monitoring wünschenswert, dass noch weitere Indikatoren zur Beschreibung der Situation von armutsgefährdeten Kindern und ihren Familien in den Sozialräumen Freiburgs zur Verfügung stünden. Aufschlussreich wäre es, noch besser die armutsbedingten Benachteiligungen im Bildungsbereich abbilden zu können. Und für die mit der Einkommensarmut von Familien verbundenen Einschränkungen der sozialen Integration und Teilhabe sowie die Auswirkungen auf die Gesundheit der Kinder sind derzeit noch überhaupt keine aussagekräftigen, sozialräumlich differenzierten Indikatoren verfügbar. Die Stadt Freiburg sollte prüfen, welche zusätzlichen Indikatoren sich für diese Themenfelder aus den Daten der amtlichen Statistik gewinnen und für die Sozialberichterstattung nutzbar machen lassen. Als besonders wichtig erachtete Datenlücken müssten ggf. über Primärerhebungen geschlossen werden, etwa indem geeignete Fragestellungen in die regelmäßige Freiburg-Umfrage aufgenommen werden oder indem gezielt zusätzliche, sozialräumlich orientierte Repräsentativerhebungen¹²² durchgeführt werden.
- Durch die qualitativen Erhebungen in den Expert*inneninterviews und Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen wurden weitere Hinweise auf ungedeckte Bedarfe und Angebotslücken sowie zu Zugangsbarrieren bei der Inanspruchnahme von Angeboten und Leistungen gewonnen. Eine wichtige Erkenntnis ist, welche erhebliche Rolle Zugangsbarrieren spielen. Diese Informationen werden für die spätere Arbeit des Freiburger Präventionsnetzwerks sehr nützlich sein.

¹²² Ein Beispiel ist der Jugendsurvey 2019, dessen Ergebnisse jedoch wegen der zu geringen Fallzahl nicht kleinräumig differenziert werden können.

Empfehlungen für das weitere Vorgehen

Aus den Ergebnissen der Bestands- und Bedarfserhebung sowie aus den publizierten Erfahrungen aus anderen Kommunen¹²³ lassen sich einige Empfehlungen für das weitere Vorgehen ableiten.

- Für den Aufbau des Präventionsnetzwerks sollten die langfristigen strategischen Ziele, die verfolgt werden und das zugrunde liegende Präventionsverständnis expliziert formuliert, am besten verschriftlicht und mit allen an der noch zu bildenden Netzwerkgruppe beteiligten Akteur*innen konsentiert werden.
- Für die Netzwerkgruppe sollten die für das Thema relevanten Akteur*innen festgelegt und gewonnen werden. Um die Effizienz der Netzwerkarbeit zu erhöhen, sollten Schlüsselpersonen und Entscheidungsträger*innen mitarbeiten. Der Kreis der Teilnehmenden sollte fachlich breit gefächert sein und – um z.B. Schnittstellenprobleme angehen zu können – alle involvierten Fach- und Rechtsbereiche (SGB, Gesundheit etc.) abdecken. Zumindest für einen Teil der zu bearbeitenden Themen sollte auch daran gedacht werden, den ökonomischen Bereich, etwa die Arbeitgeber, mit einzubeziehen. Es sollte auf die bestehenden Netzwerke zurückgegriffen werden, indem einzelne deren Vertreter*innen eingebunden werden. Das erleichtert es auch, diese vorhandenen Netzwerke bei der Planung und Umsetzung von Angeboten operativ mit einzubeziehen, etwa indem gemeinsame Arbeitsgruppen für konkrete Aufgaben gebildet werden.
- Die Steuerung der Arbeit des Präventionsnetzwerks erfolgt durch die Netzwerkkoordinatorin. Dabei ist – auch mit Blick auf eine längerfristig andauernde Teilnahmemotivation – darauf zu achten, dass die Erfahrungen, Bedarfe und Interessen der unterschiedlichen Netzwerk Beteiligten bei der Auswahl von Themen, der Abstimmung der operativen Arbeit, der fachlichen Weiterentwicklung etc. ausreichend berücksichtigt werden.
- Damit das Präventionsnetzwerk wirksam wird, sollte es unbedingt langfristig angelegt sein, mit einer gesicherten Finanzierung, dauerhaften Kümmerer*innen vor allem für die Netzwerkkoordination, regelmäßigen Bedarfserhebungen bei den Zielgruppen und Evaluierung der erreichten Ergebnisse. Deshalb sollte eine Strategie zur Verstetigung, auch nach dem Auslaufen von Fördermitteln, vorhanden sein.
- Es erscheint für die Arbeit des Präventionsnetzwerks ratsam, die Erstellung und Weiterentwicklung der Präventionskette zunächst räumlich und/oder thematisch einzugrenzen. Von Beginn an das komplette Themenspektrum im gesamten Stadtgebiet in den Blick nehmen zu wollen, könnte angesichts der erheblichen Komplexität zu für alle Beteiligten unbefriedigenden Ergebnissen führen. Man könnte sich zunächst auf Stadtgebiete mit – durch die Erhebungen ermittelten – besonders hohen Bedarfen konzentrieren und z.B. mit Angeboten für ausgewählte Altersgruppen beginnen. Dann könnten der Bestand und die spezifischen Bedarfe in diesem Gebiet und für diese Altersgruppe genauer bestimmt und die noch vorhandenen Informationslücken geschlossen werden. Aufgrund der gemachten Erfahrungen kann die Präventionskette dann nach und nach sozialräumlich und thematisch erweitert werden.
- Die Erhebungsergebnisse und auch die Erfahrungen aus den anderen Standorten legen nahe, einen Schwerpunkt der weiteren Arbeit des Präventionsnetzwerks auf den Abbau von Zugangsbarrieren zu legen. Nur so kann erreicht werden, dass bestehende oder neue Angebote die Zielgruppen auch erreichen und Bedarfslücken geschlossen werden können.

¹²³ Für einen Überblick für Baden-Württemberg siehe Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (2020b).

- Die Einbindung und Beteiligung der Zielgruppen sollten fortgesetzt und wenn möglich intensiviert werden. Die bei den Erhebungen gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse lassen sich dabei für die Wahl geeigneter Beteiligungsformate nutzen.
- Selbstredend sollte eine, in der Netzwerkgruppe abgestimmte, langfristig angelegte Planung entwickelt werden, in der Zwischenziele, wie etwa die Erstellung der Präventionskette für ein bestimmtes Stadtgebiet, die dafür nötigen Arbeitsschritte sowie finanziellen und personellen Ressourcen, vorgesehene Evaluierungen und ein Zeitplan, festgelegt werden.

Ausblick

Das Projekt „Gemeinsam wachsen – Freiburger Netzwerk gegen Kinderarmut“ reiht sich ein in die vielfältigen Aktivitäten der Stadt Freiburg im Rahmen einer auf Prävention ausgerichteten Strategie in der Sozialplanung. Es führt die Bemühungen der Stadt zur Vernetzung der verschiedenen Akteur*innen in diesem Handlungsfeld fort und wird deren Zusammenwirken weiter verbessern.

Wenn es gelingt, das Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut längerfristig zu etablieren und zu verfestigen, kann eine integrierte Gesamtstruktur zur Armutsprävention aufgebaut werden, mit der die vorhandenen Unterstützungsangebote, Strukturen, Netzwerke und Institutionen zusammengeführt werden können.

Durch die übergreifende Vernetzung sind Synergieeffekte für alle Beteiligten zu erwarten, die den eventuellen Mehraufwand für die zusätzliche Netzwerkarbeit mehr als aufwiegen werden.

Vor allem aber lassen sich dadurch – und das zeigen die Erfahrungen der Kommunen mit bereits seit längerem etablierten Präventionsnetzwerken – die Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern nachhaltig verbessern.

5. Das Wichtigste in Kürze

An dieser Stelle wird für eilige Leser*innen ein stark komprimierter Kurzüberblick über die Studie und ihre wichtigsten Ergebnisse gegeben.

In der Stadt Freiburg lebt jedes siebte Kind in einer armutsgefährdeten Familie. Die materielle Armut kann erhebliche und lebenslange Auswirkungen auf die Teilhabechancen und Verwirklichungschancen dieser Kinder auch in anderen Lebenslagen haben, wie der Bildung, der sozialen Integration und Teilhabe sowie der Gesundheit. Die Stadt Freiburg beteiligt sich deshalb – in Kooperation mit dem Freiburger Bündnis für Familie – mit ihrem Projekt „Gemeinsam wachsen – Freiburger Netzwerk gegen Kinderarmut“ an der vom Land Baden-Württemberg geförderten Etablierung von Präventionsnetzwerken, mit denen integrierte kommunale Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut entwickelt werden sollen.

Als eine Grundlage wurde vom Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (FIFAS) eine Bestands- und Bedarfserhebung durchgeführt, für die verschiedene Methoden eingesetzt wurden:

- Durch die Aufbereitung und Analyse vorhandener, auf Ebene der Stadtbezirke differenzierter Sozialindikatoren wurden Informationen über die Situation in den Stadtgebieten Freiburgs gewonnen.
- Die vorhandenen Angebote zur Prävention und Eindämmung von Kinderarmut wurden durch eine Online-Abfrage bei den Trägern, ergänzt durch die Erfassung bereits vorliegender Angebotslisten, erhoben.
- Mit leitfadengestützten Expert*inneninterviews wurden vorrangig Einschätzungen zu den Bedarfen abgefragt.
- Ebenfalls zur Bedarfserhebung und zur Einbindung und Beteiligung der Zielgruppen wurden Gruppendiskussionen mit armutsgefährdeten Eltern und Jugendlichen durchgeführt.

Situation in den Stadtbezirken

Die Analyse von Sozialindikatoren ergab, dass sich die Situation in den Freiburger Stadtbezirken sehr unterschiedlich darstellt. Es konnten Indikatoren für eine prekäre materielle Lage der Bevölkerung (Armutgefährdungsquote, Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften, Anteile von Bevölkerungsgruppen mit erhöhtem Armutsrisiko: Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Migrant*innen) und für Bildungschancen (Kita-Plätze für 0-3-Jährige und 3-6-Jährige, Anteil Gymnasiast*innen in Klasse 5-10) berücksichtigt werden. Es zeigt sich, dass es Stadtbezirke mit kumulierten Problemlagen gibt. Weingarten, Brühl-Industriegebiet und Brühl-Beurbarung, Haslach-Schildacker, Haslach-Gartenstadt und Haslach-Egerten, Mooswald-Ost und Landwasser zählen bei allen oder zumindest den meisten Indikatoren zu den Bezirken mit den ungünstigsten Werten in Freiburg. Am anderen Ende der Skala finden sich Stadtteile wie die Wiehre, die bei den meisten Indikatoren Spitzenplätze einnimmt.

Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut in Freiburg

Die Erhebung der in Freiburg vorhandenen Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut ergab eine Datenbank mit derzeit über 500 Einträgen, die dem noch zu etablierenden Freiburger Präventionsnetzwerk für die weitere Arbeit zur Verfügung steht. Mithilfe dieser Datenbank können Lücken und Doppelstrukturen in den einzelnen Themenfeldern erkannt werden und es kann darauf hingearbeitet werden, in Freiburg eine lückenlose Präventionskette unterstützender Angebote von der Geburt bis zum Erwachsenwerden aufzubauen. In der Folge wird es aber nötig sein, die Datenbank sukzessive zu ergänzen und zu aktualisieren.

Ungedeckte Bedarfe und Angebotslücken

Informationen zu Lücken in der Angebotslandschaft und zu ungedeckten Bedarfen lassen sich auch aus den qualitativen Expert*inneninterviews und den Gruppeninterviews mit Eltern und Jugendlichen gewinnen. Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

- Bei den **Anbietern** bzw. Trägern besteht ein Defizit an Informationen zu den vorhandenen Angeboten und den Bedarfen der Zielgruppen. Hilfreich wäre, wenn die Stadt ein zentrales (Online-)Verzeichnis erstellt, zusätzliche Statistikdaten verfügbar macht und quartiersbezogene Bedarfserhebungen durchführt.
- Sowohl für einkommensarme Familien als auch für die Träger von Angeboten ist der chronisch angespannte **Wohnungsmarkt** in Freiburg ein großes Problem, für das aber kaum Lösungen in Sicht sind. Die Wohnraumversorgung der Familien ist oftmals ungenügend, es ist aber auch sehr schwer, geeignete Räumlichkeiten für Treffen oder für Kursangebote u.Ä. zu finden.
- Weiter ausgebaut werden sollten die Angebote zur **Kinderbetreuung** in Freiburg. Um einer existenzsichernden Erwerbstätigkeit nachgehen zu können oder eine berufliche Qualifizierung absolvieren zu können, sind Eltern auf eine möglichst lückenlose Kinderbetreuung angewiesen. Und natürlich hat Kinderbetreuung auch sehr oft einen positiven Effekt auf die soziale Integration und Teilhabe von Kindern und auf deren Bildung. Das Angebot ist aber bei den (Ü3-)Kita-Plätzen, der Schulkinderbetreuung und bei niederschweligen Ferienbetreuungen und -angeboten offenbar knapp. Die Betreuungszeiten sollten in vielen Fällen ebenfalls erweitert werden, das Angebot wird aber derzeit aufgrund des Fachkräftemangels tendenziell eher eingeschränkt.
- Um die Vererbung von Armut zu durchbrechen, ist die Unterstützung der Kinder in der **Bildung** sehr wichtig. Deshalb sollten in diesem Bereich mehr Angebote bereitstehen. Konkret fehlt es aus Sicht der Expert*innen an Beratungsangeboten zum Bildungssystem, Unterstützung für Migrant*innen durch bedarfsgerechte Sprachkurse für die Eltern und Dolmetscher*innendienste und Förderangeboten für Schüler*innen mit entsprechendem Bedarf. Die Jugendlichen nennen in den Gruppendiskussionen ähnliche Bedarfe: besser ausgestattete Schulgebäude, mehr Unterstützung und Förderung im Schulsystem durch motivierte Lehrer*innen, mehr Hausaufgabenbetreuung und Zuschüsse für Schulmaterialien und -essen. Die Eltern kritisieren die Benachteiligungen durch zu hohe Kosten für attraktive Schulausflüge und Studienreisen.
- Da der Zugang zu den Angeboten ein großes Problem darstellt (s.u.), sollten niederschwellige, wohnortnahe **Beratungsangebote** ausgebaut werden. Sehr bewährt haben sich in dieser Hinsicht die Quartiersbüros, bzw. -treffs, die an weiteren Standorten eingerichtet werden sollten.
- Um die soziale Teilhabe von Kindern- und Jugendlichen zu verbessern, sollten für sie genügend **Freizeitangebote** zur Verfügung stehen. Eine Unterversorgung besteht für die Expert*innen vor allem für Jugendliche, denen es an Treffpunkten und Sportangeboten mangelt. Auch im Freizeitbereich gibt es zu wenig qualifizierte Angebote für Kinder mit Förderbedarf. Die Eltern und Jugendlichen äußern in den Gruppendiskussionen ebenfalls den Bedarf an Räumen, um sich zu in der Freizeit zu treffen, die Jugendlichen bestätigen den Mangel an bestimmten Sportangeboten.
- Die Expert*innen sehen als besonders **unterversorgte Gruppen** alleinerziehende Frauen, die vor allem mehr Unterstützung bei der Kinderbetreuung benötigen. Zu wenige bedarfsgerechte Angebote gibt es auch für Migrant*innen, vor allem, wenn sie neu zugewandert sind. Problematisch ist zudem die Situation von Familien, die knapp über der Einkommensgrenze liegen und deshalb viele Hilfen und Angebote nicht nutzen können. Durch die Krisen der letzten Jahre sind selbst viele Mittelschichtsfamilien in prekäre Lagen geraten und bräuchten mehr Unterstützung. Dass für Jugendliche das Angebot eher eingeschränkt ist, wurde bereits erwähnt. Neben

Freizeitangeboten fehlen für sie Ansprechpersonen für ihre Anliegen und „informelle“ Partizipationsmöglichkeiten.

- Zur Frage, ob es genügend **gendergerechte** Angebote in Freiburg gibt, ergaben sich nur wenige Informationen. Einerseits wurden bei der Online-Abfrage bei den Trägern nur sehr wenige genderspezifische Angebote genannt, andererseits sahen die Expert*innen keine gravierenden Defizite in der Angebotslandschaft. Es ist aber möglich, dass bei der Erhebung nur ein Teil der vorhandenen Angebote erfasst wurde bzw. sie in übergreifenden Angebotsnennungen mit enthalten sind. Ein dringlicher Handlungsbedarf lässt sich jedenfalls aus den erhobenen Daten nicht ableiten.
- **Doppelstrukturen** bei den Angeboten kommen zwar vor, sind aber in den Augen der Expert*innen von untergeordneter Bedeutung. Sie entstehen durch ungenügende Koordination der in unterschiedliche Strukturen eingebundenen Anbieter und die „Konjunkturen“ bei den Themenschwerpunkten der Förderprogramme. Ein gewisses Maß an Doppelungen ist für die Zielgruppen aufgrund der dadurch gegebenen Auswahlmöglichkeiten mitunter sogar von Vorteil.
- In der Literatur wird immer wieder betont, auf die **Schnittstellen und Übergänge** in der Präventionskette zu achten. Tatsächlich geht nach Aussage der Expert*innen beim Übergang eines Kindes in die nächste Lebensphase, z.B. von der Kita in die Schule, durch den Wechsel der Zuständigkeiten und Akteur*innen oftmals Wissen über die Bedarfe des Kindes und Problemlagen der Familie und mitunter auch die Vertrauensbasis zwischen Anbieter und Familie verloren. Hilfreich wäre mehr „Hand-zu-Hand-Vermittlung“, d.h. dass eine Übergabe beim Wechsel von Zuständigkeiten stattfindet, so wie das z.B. einige Kitas durch Kooperationen mit den Grundschulen praktizieren. Dafür müssten mehr Zeit- und Personalressourcen zur Verfügung stehen. Um die Vertrauensbasis zu erhalten, wäre Case-Management mit langfristigen Bezugspersonen von Vorteil. Schnittstellenproblemen zwischen in verschiedene Systeme eingebundene Anbieter und Institutionen kann durch eine verbesserte, quartiersbezogene Vernetzung der Akteur*innen begegnet werden.

Angebote und Bedarfe in den Freiburger Stadtteilen

Betrachtet man die Verteilung der durch die Erhebung erfassten Angebote im Stadtgebiet, fällt auf, dass sie sich eher in der Innenstadt konzentrieren. Vergleichsweise viele sind in den Stadtteilen Wiehre, Stühlinger, Haslach, Weingarten, Brühl und in der Altstadt angesiedelt. In den Ortsteilen Ebnet, Kappel, Waltershofen und Munzingen befinden sich dagegen nur wenige. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die *Anzahl* der erfassten Angebote für sich genommen nur sehr bedingt aussagekräftig ist.

Auch in den qualitativen Erhebungen wurden Informationen zu möglichen sozialräumlichen Lücken gesammelt. Die Expert*innen argumentierten in den Interviews in diesem Punkt differenziert. Einerseits wurden Lücken gesehen, andererseits aber auch die Vorteile einer räumlichen Ballung von Angeboten benannt, die u.a. in einer Vereinfachung bei deren Verzahnung und geringerem Mobilitätsaufwand für die Nutzer*innen liegen.

Als mit Angeboten unversorgte Quartiere nennen einzelne Expert*innen in Verbindung mit der Bewohnerstruktur Haslach und Weingarten, aber auch Munzingen. Auch die anderen Freiburger Randstadteile haben Defizite, weil hier fast ausschließlich Vereinsangebote zu finden sind.

Die Expert*innen bestätigen das Ergebnis der Angebotserhebung, dass die Beratungsstellen räumlich konzentriert sind und eine bessere Verteilung im Stadtgebiet sinnvoll wäre. Weitere sozialräumlich Lücken werden gesehen bei den Ü3-Kitaplätzen, Familienzentren, Frauen- und Mädchentreffs sowie Sportangeboten am Nachmittag.

Zugangsbarrieren

Sowohl in der Online-Abfrage bei den Trägern, als auch in den Expert*inneninterviews und Gruppendiskussionen mit Eltern und Jugendlichen wurde gefragt, welche Zugangsbarrieren die Inanspruchnahme von Angeboten verhindern. Generell stellen Zugangsbarrieren, gerade auch angesichts teilweise hoher Nichtinanspruchnahmequoten von Leistungen und geringer Auslastung von Angeboten, ein gravierendes Problem dar. Die meisten befragten Expert*innen sehen darin sogar ein viel größeres Problem als in den bestehenden Lücken in der Angebotslandschaft.

Damit ein Angebot von den Zielgruppen genutzt wird, müssen mindestens zwei Bedingungen erfüllt sein. Zunächst einmal muss es der Zielgruppe bekannt sein. Und wenn es bekannt ist, dürfen einer Nutzung keine anderen schwerwiegenden Hinderungsgründe entgegenstehen.

- Sowohl in den Expert*inneninterviews als auch den Gruppendiskussionen mit den Eltern war ein wichtiger Aspekt, dass die Freiburger Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut einem großen Teil der Zielgruppe (und auch manchen beratenden Fachkräften) nicht oder nur wenig **bekannt** sind. Das legt den Schluss nahe, dass die – meistens ja vorhandenen – Informationen die Zielgruppen nicht erreichen, der Zugang zu ihnen nicht gelingt. Die „klassischen“ Zugangswege, wie Broschüren, Flyer, Homepages, funktionieren oftmals nicht. Der effektivste Weg, um über Angebote zu informieren, ist eine niederschwellige, aufsuchende, persönliche Ansprache der Zielgruppe durch vertrauenswürdige Personen. Das können Mitarbeitende der Anbieter oder übergreifender Beratungsstellen sein. Persönliche Ansprache ist auch deshalb sinnvoll, da ein Teil der Zielgruppe sich eher nicht aktiv selbst informiert und in gewisser Weise „an die Hand“ genommen werden sollte. Deshalb sind „Lotsen“ oder „Kümmerer“ besonders hilfreich, die genau diese persönliche Beratung und Begleitung leisten, die es braucht. Die Eltern bemängeln in den Gruppendiskussionen in diesem Zusammenhang, dass – vor allem in Behörden – sich niemand für die Beratung zuständig fühlt und Informationen, wenn überhaupt, nur auf Nachfrage gegeben werden. Das bestätigen auch die Aussagen der Expert*innen. Sehr gut funktioniert aber auch die Mund-zu-Mund-Information innerhalb der Zielgruppen. Wie wichtig diese ist, zeigt sich nun nach Abflauen der Covid-Pandemie, während deren Hochphase viele Angebote gar nicht oder nur stark eingeschränkt genutzt werden konnten. Die Bekanntheit bei den Zielgruppen hat dadurch stark nachgelassen und es ist mitunter ein langwieriger Prozess, bis Angebote sich wieder herumgesprochen haben und wieder genutzt werden. Um den Informationsaustausch untereinander zu fördern, ist deshalb auch die Stärkung der Netzwerke der Zielgruppen sinnvoll.
- Ein persönlicher **Zugang** zu den Zielgruppen ist einerseits besonders gut geeignet, um zu beraten und Informationen zu vermitteln. Er kann aber auch sehr dabei helfen, Hemmschwellen bei der Wahrnehmung eines Angebots abzubauen, vor allem, wenn die Schritte dahin (Beantragung, Anmeldung etc.) aktiv begleitet werden. Am besten gelingt eine persönliche Kontaktaufnahme im Lebensraum der Zielgruppen, also indem sie am Wohnort oder an Orten, an denen sie sich ohnehin aufhalten, angesprochen werden. Beratung mit Informationen über unterstützende Angebote sollten die Eltern so früh wie möglich, spätestens wenn das Kind im frühen Kleinkindalter ist, erhalten, damit sich Problemlagen im Laufe der Biografie nicht erst kumulieren und verfestigen. Dabei ist darauf zu achten, dass möglichst alle erreicht werden, auch Familien, die bisher keine Einbindung in das Hilfesystem oder in andere Netzwerke haben. Die verpflichtenden U-Untersuchungen bei den Kinderärzt*innen wären in den Augen einzelner Expert*innen z.B. eine gute Gelegenheit, um zu beraten und Informationen weiterzugeben. Und natürlich wären auch Ämter und Behörden, die z.B. zur Beantragung von Leistungen aufgesucht werden müssen, dafür geeignet, sehen das aber – wie gesagt

– eher nicht als ihre Aufgabe an. Die Expert*innen haben noch weitere Beispiele genannt, wie Zugang und Information gelingen können.

Neben der fehlenden Bekanntheit von Angeboten, bestehen noch weitere Zugangsbarrieren, die der Nutzung von Unterstützungsangeboten im Wege stehen. Die wichtigsten werden im Folgenden aufgeführt:

- Eine große Rolle spielen **strukturelle und bürokratische Hürden**. Eine erhebliche Barriere entsteht, wenn eine Anmeldung oder ein Antrag für die Wahrnehmung eines Angebots erforderlich ist und es nicht spontan oder unregelmäßig genutzt werden kann. Die Beantragung ist oftmals kompliziert und aufwändig, vor allem bei finanziellen Hilfen. Teilweise ist sie sogar mehrstufig, wenn die Beantragung einer Leistung die Bewilligung einer anderen voraussetzt und dafür mehrere verschiedene Stellen aufgesucht werden müssen. Die Eltern kritisieren, dass der unflexible Umgang mit formalen Zugangsberechtigungen dazu führt, dass viele Familien mit hohem Unterstützungsbedarf nicht berücksichtigt werden, weil sie die Kriterien knapp nicht erfüllen. Abschreckend sind auch die sehr langen Bearbeitungsdauern mancher Anträge, die bei finanziellen Hilfen oder Kostenerstattungen zu erheblichen Engpässen bei den Antragstellenden führen können. Die Eltern und Jugendlichen kritisierten in den Diskussionen, dass es i.d.R. keine Überbrückungshilfen in Notfällen gibt. Eine große Herausforderung stellt zudem die Zersplitterung der Angebotslandschaft und des Hilfesystems dar. Die Zuständigkeiten sind – auch für beratende Fachkräfte – schwer zu überblicken und teilweise müssen viele verschiedene Anlaufstellen zunächst identifiziert und dann aufgesucht werden, um den Unterstützungsbedarf einer Familie zu decken. Die Vereinfachung von Bürokratie, z.B. indem Zugangsberechtigungen nicht für jede Einzelleistung gesondert nachgewiesen werden müssen, und die Bündelung von Leistungen, wie in der geplanten Kindergrundsicherung, sind deshalb sinnvolle Maßnahmen. Persönliche Beratung und Unterstützung bei Antragstellungen oder Anmeldeprozeduren würde vielen Familien helfen, diese bürokratischen Hürden zu überwinden.
- Angebote und Leistungen werden aber auch aus **Scham** oder der **Angst vor Stigmatisierung** nicht beantragt oder wahrgenommen. Sich als arm „outen“ zu müssen, ist mit der Scham verbunden, seine Familie nicht ohne fremde Hilfe alleine versorgen zu können und der Angst, durch andere stigmatisiert zu werden. Die Schamschwelle ist dabei kulturell und individuell unterschiedlich und kann z.B. durch Begleitung bei der Beantragung oder bei der erstmaligen Nutzung von Angeboten gesenkt werden. In den Gruppendiskussionen wurde über Stigmatisierung aufgrund von Vorurteilen berichtet, etwa indem bei Einkommensarmut in Behörden automatisch auf Bildungsarmut und Unfähigkeit zur Alltagsbewältigung geschlossen wird oder indem allein die Herkunft aus einem bestimmten Stadtteil stigmatisiert. Sehr kritisch zu sehen ist in diesem Zusammenhang das in der Gesellschaft weit verbreitete materiell orientierte Statusdenken, das besonders in den Sozialen Medien sehr stark transportiert wird. Gegen Stigmatisierung hilft u.a. Anonymität bei der Leistungsgewährung, wie bei der FamilienCard, bei der nicht vermerkt ist, ob jemand z.B. im Transferleistungsbezug steht. Und natürlich sollte auf Seiten der Anbieter auf eine nicht stigmatisierende Sprache geachtet werden. Gegen eine Stigmatisierung aufgrund der Herkunft würde eine stärkere soziale Durchmischung der Stadtquartiere helfen.
- Für einkommensschwache Familien sind naturgemäß die **Kosten** für ein Angebot eine große Hürde. Selbst wenn keine Teilnahmegebühren für ein Angebot anfallen und auch nicht aufwändig eine Erstattung beantragt werden muss, müssen oftmals teure Materialien gekauft werden (Musikinstrument und Noten für den Musikunterricht, Ausrüstung für den Sportverein, Schlafsack für das Ferienlager etc.). Selbst für Nachhilfeunterricht und die Schule müssen Material und z.T. Bücher gekauft werden, wie Jugendliche in der Gruppendiskussion beklagten. Solche Kosten werden zwar zum Teil – auf Antrag – erstattet, die gezahlten Beträge sind jedoch viel zu gering und sollten angehoben werden. Da in Materialien und Ausrüstung investiert werden muss,

können Kinder auch nur sehr begrenzt ausprobieren, welches Instrument oder welche Sportart ihnen am besten gefällt. Mehr Schnupperangebote mit Leihequipment wären deshalb wünschenswert.

- Besonders für Familien mit Migrationshintergrund und eingeschränkten Deutschkenntnissen kommen als weitere Hürde **Sprachbarrieren** bei der Informierung über Angebote und Leistungen, deren Beantragung und deren Nutzung bzw. Inanspruchnahme, hinzu. Informationen und die Angebote selbst gibt es i.d.R. nur auf Deutsch und selbst wenn Fremdsprachen berücksichtigt werden, können es angesichts der Sprachvielfalt nur sehr wenige sein. Aber auch für Familien mit Deutsch als Muttersprache kann es Sprachbarrieren geben, etwa durch die schwer verständliche Verwaltungssprache oder auch durch Analphabetismus. Um Sprachbarrieren zu begegnen, hilft persönliche Beratung und Unterstützung, wenn nötig verbunden mit Dolmetscher*innendiensten. Dafür sollten ein schnell und unkompliziert abrufbarer Dolmetscher*innenpool und dafür vorgehaltene Finanzmittel verfügbar sein. Bei Informationsmaterial und auf Formularen sollte Mehrsprachigkeit angestrebt und auf möglichst einfache Sprache geachtet werden.
- Bei manchen Familien existieren auch **kulturelle Barrieren** bei der Wahrnehmung von Angeboten. Ein „klassisches“ Beispiel ist der gemischtgeschlechtliche Schwimmkurs, an dem muslimische Mädchen wegen ihrer Eltern nicht teilnehmen dürfen. Dem kann durch entsprechend kultursensible Angebote begegnet werden, wobei das die detaillierte Kenntnis der kulturspezifischen Bedarfe der Zielgruppen bei den Anbietern voraussetzt. Diese Kenntnis ist jedoch nur begrenzt vorhanden und lässt sich angesichts der Vielfalt der Kulturen auch nur schwer erlangen. Kulturelle Zugangsbarrieren von Familien sind häufig an deren Bildungsniveau gekoppelt. Kulturelle Barrieren können auch darin bestehen, dass Migrant*innen nicht wissen, dass ihnen Leistungen zustehen oder sie kostenlose Angebote wahrnehmen oder sogar mitgestalten können, weil sie das aus ihren Herkunftsländern nicht kennen.
- Je nach Art des Angebots kann auch dessen **geografische Lage** bzw. **Erreichbarkeit** ein Problem darstellen. Muss ein kleines Kind zu einem Kurs begleitet werden, oder muss man bei der Arbeit extra frei nehmen, um eine abgelegene Behörde aufsuchen zu können, kann das je nach Familiensituation schwierig sein. Angebote, bei denen das wichtig ist, sollten deshalb wohnortnah verfügbar sein. Ist das nicht möglich, kann es aber auch sinnvoll sein, Angebote und auch Behörden räumlich zu konzentrieren, weil dadurch der Wegeaufwand verringert wird. Wenn man z.B. ohnehin einen Kurs in einem gut zugänglichen Stadtteilhaus absolviert, fällt es leicht, sozusagen en passant, ein anderes dort angesiedeltes Angebot wahrzunehmen oder die sich ebenfalls dort befindende Beratungsstelle aufzusuchen.
- Angebote werden auch aus **Zeitmangel** nicht wahrgenommen. Viele armutsgefährdeten Familien sind zeitlich sehr stark mit der Sicherung ihres Lebensunterhalts und dem Management der Mangellage, verbunden mit vielen Behördengängen, eingebunden und haben kaum Luft, um sich zu informieren, selbst Angebote wahrzunehmen oder das für ihre Kinder zu organisieren. Erschwerend kommt hinzu, dass Beratungszeiten begrenzt sind und viele Angebote zu ungünstigen Zeiten stattfinden. Eine Entlastung für Eltern können ehrenamtliche Pat*innen sein, die Kinder zu Angeboten begleiten, sollten diese mit längeren Fahrtzeiten verbunden sein oder zu ungünstigen Zeiten angeboten werden. Und natürlich hilft es, wenn ein Angebot zu unterschiedlichen, für die Familien günstigen, Zeiten angeboten wird und Beratungsstellen lange Öffnungszeiten haben.
- Ein weiterer Grund, warum Angebote nicht genutzt werden, ist das fehlende **Vertrauen** in den Träger, die durchführenden Personen oder die Inhalte. Vor allem Ämtern und Behörden wird häufig mit Misstrauen begegnet, da sie eher mit Kontrolle und weniger mit Hilfe assoziiert werden. Vertrauensbildend wirkt, wenn die Familie den Träger bereits über andere seiner Angebote kennt oder Empfehlungen durch Bekannte erhalten hat. Über die Inhalte von Angeboten sollte

ausreichend durch Elternarbeit, Tage der offenen Tür etc. informiert werden. Vertrauen kann auch durch (Beratungs-)Personal aufgebaut werden, das der Zielgruppe näher ist und sich besser in sie hineinversetzen kann (Migrant*innen, Personen mit Behinderung etc.).

- Zusätzlich zu den bisher genannten, gibt es auch **individuelle Hinderungsgründe**. Manchmal fehlt – z.T. aufgrund von Resignation – die Motivation, um sich beraten zu lassen oder ein unterstützendes Angebot wahrzunehmen. Das macht zugehende Beratungen nötig und nicht nur zu informieren, sondern auch zu aktivieren und zu motivieren. Und man muss berücksichtigen, dass es mitunter auch am nötigen Selbstbewusstsein oder Selbstwertgefühl mangelt, um bestimmte Angebote wahrzunehmen.

Vernetzung der Angebote und Träger

In der Online-Abfrage bei den Trägern und in den Expert*inneninterviews wurden auch Informationen zu der Netzwerkeinbindung der Freiburger Angebote und ihrer Träger erhoben.

Die in beiden Erhebungen genannten Netzwerke wurden im Überblick zusammengestellt¹²⁴. Diese Sammlung kann als eine Grundlage für die Verknüpfung der bestehenden Netzwerke zu einem gesamtstädtischen Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut dienen.

Aus den Erhebungen ergeben sich zudem eine ganze Reihe von Hinweisen, wie eine Vernetzung gestaltet sein sollte, um effizient und effektiv zu sein.

- Völlig unstrittig bei den Fachleuten ist der generelle **Nutzen** von Netzwerken. Sie dienen u.a. der informellen Kontaktaufnahme und -pflege, dem Informationsaustausch und bieten für die Anbieter und Träger die Möglichkeit, sich zu koordinieren und gemeinsame Projekte und Strategien zu entwickeln. Allerdings gibt es einen Grenznutzen, weil die Beteiligung an Netzwerken immer mit erheblichem Zeitaufwand für die Mitglieder verbunden ist, der auf Dauer nur durch entsprechende Ergebnisse und Effizienz gerechtfertigt ist. Der Zeitaufwand ist für die Teilnehmenden umso höher, je aktiver die eigene Rolle in einem Netzwerk ist. Die Mitarbeit in einem Arbeitskreis, der Lösungen für Fachfragen erarbeitet, erfordert mehr Einsatz als die passive Nutzung eines Netzwerks zur Informationsgewinnung. Besonders ineffektiv und frustrierend für die Beteiligten ist es, wenn mit viel Energie Ideen und Konzepte entwickelt werden, die dann „in der Schublade verschwinden“ und in der Praxis nicht umgesetzt werden.

Da der Zeitaufwand für Netzwerkarbeit i.d.R. bei Fördermitteln nicht berücksichtigt wird und auch bei anderweitig finanzierten Stellen nur sehr selten mit Stellenanteilen hinterlegt ist, ist es auf Dauer unerlässlich, dass Netzwerke effektiv sind und einen Nutzen für die eigene Arbeit haben. Dafür unbedingt nötig ist die Steuerung durch eine Koordinierungsstelle, eine Geschäftsstelle oder zumindest eine dafür verantwortliche Person. Die Themen müssen festgelegt, ein Raum organisiert, die Mitglieder eingeladen, das Treffen vorbereitet, koordiniert, moderiert und protokolliert werden.

Sowohl große als auch kleinere Netzwerke haben ihre Berechtigung. Der Vorteil der großen Netzwerke ist, dass dort alle relevanten Akteur*innen versammelt und ansprechbar sind, die eigentliche inhaltliche Arbeit wird aber eher in kleineren Netzwerken geleistet bzw. in Arbeitskreisen oder -gruppen der großen Netzwerke. Neben einer Vernetzung der Leitungsebene sind auch Netzwerke der Fachebene sinnvoll, in denen Fragestellungen aus der Fachpraxis thematisiert werden können.

- Zu einer **Ausweitung der Vernetzung** und der Zusammenführung in einem übergreifenden Präventionsnetzwerk gaben die Expert*innen einige Hinweise. Bevor neue Netzwerke etabliert werden, sollten zunächst die bestehenden hinsichtlich ihrer Effektivität, Ziele und Konzeption optimiert werden. Ausgebaut und unterstützt werden sollte auch die Vernetzung der *Zielgruppen*,

¹²⁴ Siehe Hauptteil des Berichts.

damit untereinander Informationen ausgetauscht werden können. Eine Verbesserung der Vernetzung der verschiedenen Fach- bzw. Rechtsbereiche (SGB VIII, IX, Gesundheitsvorsorge etc.) würde helfen, Schnittstellenproblemen zu begegnen.

Sinnvoll wäre auch eine Ausweitung des Kreises der Beteiligten. Im Allgemeinen sind die Netzwerke in diesem Themenfeld durch Akteur*innen aus dem Sozialbereich dominiert, wichtig wäre aber auch, den ökonomischen Bereich mit einzubinden. Z.B. wäre es bei Netzwerken von berufsbezogenen Angeboten sehr hilfreich, auch die Arbeitgeber in einen Austausch einzubeziehen.

- Die Einrichtung eines übergreifendes **Präventionsnetzwerks** zum Thema Kinderarmut wird begrüßt. Soweit möglich, sollte dafür auf bestehende Netzwerke und Strukturen zurückgegriffen werden und die Erfahrungen und vorhandenen Evaluationen der Träger gesammelt und einbezogen werden. Wichtig ist auch, dass das Präventionsnetzwerk langfristig angelegt wird und nicht nur, etwa wegen auslaufender Fördermittel, für zwei oder drei Jahre.

Da das Jugendamt de facto die zentrale Anlaufstelle in diesem Themenfeld ist und die Stadt auch die meisten Mittel verwaltet, sollte es nach Ansicht der Expert*innen in die bestehenden Netzwerke eingebunden sein und eine steuernde Funktion übernehmen, unter ausreichender Berücksichtigung der Anliegen der Träger. Insofern ist es richtig, dass die Koordinierungsstelle für das Präventionsnetzwerk beim Amt für Kinder, Jugend und Familie angesiedelt ist.

Wenn die Stadt die Netzwerkarbeit in diesem Feld unterstützen und ausweiten möchte, sollte sie auch darüber nachdenken, den dadurch für die Anbieter und Träger entstehenden Zeit- und Personalaufwand z.B. bei den städtischen Fördermitteln mit zu berücksichtigen.

Ausblick

Mit der von FIFAS durchgeführten Bestandserhebung und -analyse wurde eine wichtige Grundlage für die zukünftige Arbeit des Freiburger Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut geschaffen. Die in Freiburg vorhandenen Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut wurden erhoben und eine Angebotsdatenbank erstellt und übergeben, die im weiteren Projektverlauf noch vertiefend inhaltlich betrachtet und ggf. ergänzt werden muss. Diese Datenbank soll den zukünftigen Akteur*innen des Präventionsnetzwerks als Grundlage dienen, um ungedeckte Bedarfe, Lücken und Doppelstrukturen in den einzelnen Themenfeldern zu erkennen und darauf hinarbeiten, eine lückenlose Präventionskette unterstützender Angebote von der Geburt bis zum Erwachsenwerden in Freiburg aufzubauen.

Mit den Erhebungen wurden noch weitere wichtige Informationen gewonnen. Durch die qualitativen Interviews mit Expert*innen sowie armutsgefährdeten Eltern und Jugendlichen ergaben sich zusätzliche Hinweise auf ungedeckte Bedarfe, Zugangsbarrieren bei der Nutzung von Angeboten und zur Vernetzung der Angebote und Träger, die bei der weiteren Arbeit des Präventionsnetzwerks sehr nützlich sein werden. Die Zielgruppen sollten – über regelmäßige Bedarfserhebungen und weitere Beteiligungsmöglichkeiten – weiterhin in das Projekt eingebunden werden.

Es bleibt zu hoffen, dass es gelingen wird, das Präventionsnetzwerk gegen Kinderarmut langfristig in Freiburg zu etablieren. Die bisherigen Erfahrungen aus anderen Standorten zeigen, dass sich dann damit die Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern nachhaltig verbessern lassen.

Fragebogen der Online-Abfrage bei den Trägern

Einführungstext

Mit dieser Erhebung sollen alle Angebote erfasst werden, die auf die **Prävention und Eindämmung von (Teilhabe-) Armut von Kindern und Jugendlichen** (unter 18 Jahren) im Stadtgebiet Freiburg ausgerichtet sind.

Dabei soll berücksichtigt werden, dass familiäre Einkommensarmut die Teilhabechancen und Verwirklichungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in vielen Lebensbereichen einschränken kann.

Ziel der Studie ist es, offene Handlungsfelder zu erkennen und eine effiziente Präventionskette aufzubauen.

Die Angebote sollten insbesondere folgenden Bereichen zugeordnet sein:

- **Materielle Lage** (Einkommen, Versorgung mit materiellen Grundgütern wie Wohnen, Nahrung, Kleidung)
- **Bildung** (Bildungschancen und -ungleichheiten)
- **Soziale Integration und Teilhabe** (Freizeitaktivitäten, soziale Beziehungen, Beteiligung, etc.)
- **Gesundheit** (Vorsorge, Ernährung, Bewegung, etc.)

Die Befragung wird vom Freiburger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (FIFAS) [[LINK](#)] durchgeführt. Auftraggeber ist die Stadt Freiburg [[LINK](#)] in Kooperation mit dem Freiburger Bündnis für Familie [[LINK](#)].

Bitte füllen Sie für **jedes** Angebot **einen eigenen** Fragebogen aus. Handelt es sich um ein gleichartiges Angebot Ihres Trägers / Ihrer Organisation an mehreren Standorten, ist **ein Fragebogen ausreichend**. Bitte führen Sie dann die einzelnen Standorte bei der Adressangabe auf.

Bitte versuchen Sie, die Fragen **vollständig** zu beantworten. Holen Sie bitte fehlende Informationen – sofern möglich – auch bei Kolleg*innen ein. Sie können dafür die Umfrage jederzeit mit selbst gewähltem Benutzername und Passwort zwischenspeichern und später vervollständigen.

Selbstverständlich werden bei dieser Befragung alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen beachtet. Die Teilnahme ist freiwillig und die Angaben werden nur im Rahmen dieses Projektes verarbeitet. Um einen Überblick über die Angebote in Freiburg zu bekommen, ist jedoch eine breite Beteiligung sehr wichtig.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen **bis zum 31.07.2022**.

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

Angaben zum Angebot

Name des Angebots

Kurzbeschreibung

Bitte beschreiben Sie kurz, um was für ein Angebot es sich handelt (z.B. "Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund").

Inhalt des Angebots

Bitte beschreiben Sie ausführlicher den Inhalt des Angebots.

Träger des Angebots

Bitte nennen Sie (falls vorhanden) den Träger des Angebots.

Auf welche Lebensphase zielt das Angebot vorrangig?

Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antworten aus:

- Schwangerschaftsbegleitung
- Krippenalter (0-3 Jahre)
- Kita-Alter (3-6 Jahre)
- Grundschulalter (6-10 Jahre)
- weiterführende Schule (Jugendliche (10-18 Jahre))
- Berufs-(aus-)bildung
- auf die Kinder / Jugendlichen **aller** Altersgruppen (0-18 Jahre)
- auf die **Eltern** mit Kindern aller Altersgruppen (0-18 Jahre)

Handelt es sich um ein standortgebundenes Angebot?

D.h. es wird an einem Ort angeboten und genutzt.

- Ja
- Nein (z.B. Telefon-, Onlineberatung, mobiles Angebot usw.)

[Wenn „standortgebunden“:]

Bitte geben Sie die Adresse an, an der die Nutzer*innen das Angebot in Anspruch nehmen können. Falls es **mehrere** Standorte gibt, nennen Sie bitte **alle**.

Bitte geben Sie den Namen der Einrichtung, die PLZ, die Straße und die Hausnummer an.

[Wenn „standortgebunden“:]

Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dieses Angebot mit mehreren Standorten wohnortnah in den Stadtgebieten vorzuhalten?

- sehr wichtig
- eher wichtig
- eher unwichtig
- überhaupt nicht wichtig

[Wenn „wohnortnah – wichtig“:]

Ist eine wohnortnahe Versorgung derzeit realisiert?

- Ja, in einem hohen Grad
- Teilweise, eine Ausweitung wäre wünschenswert
- Nein, nur unzureichend
- Nein, überhaupt nicht

[Wenn „wohnortnah – wichtig“:]

In welchen Stadtteilen sehen Sie eine starke Unterversorgung?

Auswahlliste mit den 28 Stadtteilen

Handelt es sich um ein geschlechtsspezifisches Angebot?

- Ja
- Nein

[Wenn „geschlechtsspezifisch“:]

Ja, das Angebot ist geschlechtsspezifisch und richtet sich an:

- Mädchen bzw. Frauen
- Jungen bzw. Männer
- nicht binär orientierte Jugendliche bzw. Erwachsene

Die Einkommensarmut von Familien kann mit vielfältigen Benachteiligungen in den kindlichen Lebenslagen bzw. -bereichen verbunden sein. Welchem/n Bereich/en ist das Angebot vorwiegend zuzuordnen?

Bitte markieren Sie den/die Bereich(e), auf dem der Schwerpunkt liegt!

- materielle Lage (Einkommen, Versorgung mit materiellen Grundgütern wie Wohnen, Nahrung, Kleidung)
- Bildung (Bildungschancen und -ungleichheiten)
- soziale Integration und Teilhabe (Freizeitaktivitäten, soziale Beziehungen, Beteiligung etc.)
- Gesundheit (Vorsorge, Ernährung, Bewegung etc.)
- Sonstiges: _____

Fragen zu den Nutzer*innen

Von wie vielen Kindern, Jugendlichen bzw. Familien wurde das Angebot **im Durchschnitt der letzten Jahre** jährlich wahrgenommen?

Es geht nur um die Größenordnung, falls Sie keine Statistiken haben, schätzen Sie bitte! Falls es mehrere Standorte gibt, nennen Sie bitte die **Gesamtzahl** der Nutzer*innen.

ca. _____ pro Jahr

Hat sich die Anzahl der Nutzer*innen durch die Corona-Pandemie (seit 2020) im Vergleich zum Zeitraum davor verändert?

- hat stark abgenommen bzw. das Angebot konnte (zeitweise) überhaupt nicht angeboten bzw. genutzt werden
- hat etwas abgenommen
- ist gleichgeblieben
- hat etwas zugenommen
- hat stark zugenommen
- das Angebot wurde erst nach Beginn der Pandemie gestartet

Auf welchen Einzugsbereich erstreckt sich Ihr Angebot?

- gesamter Stadtkreis Freiburg
- einzelne(r) Stadtteil(e)
- Stadtgebiet und das Umland

[Wenn „Einzugsbereich – Stadtteil:“]

Welche(n) Stadtteil(e) umfasst der Einzugsbereich?

Auswahlliste mit den 28 Stadtteilen

Wo wohnen die Nutzer*innen?

Bitte schätzen Sie jeweils grob den Anteil im Durchschnitt der letzten Jahre in Prozent!

- im Stadtteil bzw. dem näheren Umkreis des/r Standorts/e ca. ____%
- im (restlichen) Freiburger Stadtgebiet ca. ____%
- im Freiburger Umland ca. ____%
- weiter entfernt ca. ____%
- unbekannt ca. ____%

Welche Bevölkerungsgruppen nutzen das Angebot besonders stark?

Bitte markieren Sie die wichtigste(n) Gruppe(n)!

- Alleinerziehende bzw. ihre Kinder
- (Kinder aus) kinderreiche(n) Familien (3 und mehr Kinder)
- Kinder mit Migrationsgeschichte bzw. ihre Eltern
- langzeitarbeitslose Eltern bzw. ihre Kinder
- besonders belastete Familien (psychische bzw. Suchterkrankung, Trennungsfamilien, Behinderung oder chronische Krankheit der Eltern bzw. ihrer Kinder etc.)
- weitere wichtige Nutzer*innengruppe(n): _____

Wie schätzen Sie die Bekanntheit des Angebots bei der Zielgruppe ein?

- sehr hoch
- hoch
- mittelmäßig
- niedrig
- sehr niedrig
- kann ich nicht einschätzen

Fragen zum Zugang

Bitte nennen Sie die Personengruppe/n, die von dem Angebot nicht oder nur unzureichend erreicht wird/werden, obwohl sie zur Zielgruppe gehören.

Welche Zugangsbarrieren behindern nach Ihrer Einschätzung die Inanspruchnahme des Angebots?

- ich nehme **keine** Zugangsbarrieren wahr
- zu wenig Öffentlichkeitsarbeit / Informationen
- fehlende fremdsprachige Öffentlichkeitsarbeit / Informationen
- nicht zielgruppengerechte Informationskanäle (Print / Web / Social Media etc.)
- zu hohe Kosten (Teilnahmegebühren, Fahrtkosten, Materialien etc.)
- zu zeitaufwändig
- Zugangswege nicht bekannt
- Zugangswege zu kompliziert (z.B. aufwändige Beantragung)
- benötigte Zugangsberechtigung (z.B. Wohnsitz im Stadtteil, Bezug von Transferleistungen) deckt die Zielgruppe(n) nicht ab
- Standort(e) zu weit entfernt
- schlecht erreichbar (z.B. kein ÖPNV-Anschluss, kein barrierefreier Zugang)
- ungünstige (Öffnungs-)zeiten
- Sprachbarrieren
- kulturelle Barrieren
- soziale Barrieren (z.B. Cliquenbildung, Genderaspekte)
- Scham
- keine freien Plätze, zu lange Wartezeiten
- sonstiges: _____

Sind für das Angebot Nutzungs- oder Teilnahmegebühren zu entrichten?

- Ja, generell
- Ja, zum Teil (z.B. für einzelne Unterangebote oder von bestimmten Personengruppen)
- Nein

Fragen zur Öffentlichkeitsarbeit

Auf welche Arten wird die Zielgruppe über das Angebot informiert?

- Internet (Webpage / eigene Homepage)
- Social Media (Facebook etc.)
- Gedruckte Flyer / Infobroschüren
- Eintrag in öffentlich zugängliche Verzeichnisse
- Regelmäßige Informationsveranstaltungen für die Zielgruppen (z.B. in Schulen)
- Regelmäßige Informationen über die Presse
- Sonstiges: _____

[Wenn „Infos – Internet“:]

Information der Zielgruppe über Internet (Webpage / eigene Homepage):
Bitte geben Sie die URL an:

[Wenn „Infos – Internet“:]

Information der Zielgruppe über Internet (Webpage / eigene Homepage):
Sind die Informationen mehrsprachig?

- Ja
 Nein

[Wenn „Infos – Internet“:]

Information der Zielgruppe über Internet (Webpage / eigene Homepage):
Sind die Informationen in einfacher Sprache verfügbar?

- Ja
 Nein

[Wenn „Infos – Social Media“:]

Information der Zielgruppe über Social Media (Facebook etc.):
Welche Medien werden dabei genutzt?

[Wenn „Infos – Flyer“:]

Information der Zielgruppe über gedruckte Flyer / Infobroschüren:
Gibt es mehrsprachige Flyer / Infobroschüren?

- Ja
 Nein

[Wenn „Infos – Flyer“:]

Information der Zielgruppe über gedruckte Flyer / Infobroschüren:
Sind die Flyer / Infobroschüren in einfacher Sprache verfügbar?

- Ja
 Nein

[Wenn „Infos – Flyer“:]

Information der Zielgruppe über gedruckte Flyer / Infobroschüren:
Falls es den Flyer / die Broschüre auch als PDF-Download gibt, geben Sie bitte den Link an:

Eintrag in öffentlich zugängliche Verzeichnisse:

In welcher Form sind diese Verzeichnisse zugänglich?

- im Internet
 als Printversion

[Wenn „Infos – Verzeichnisse“:]

Eintrag in öffentlich zugängliche Verzeichnisse:
Bitte geben Sie die bzw. den Verzeichnisnamen und ggf. zusätzlich die URL(s) an!

Fragen zu Netzwerken

Gibt es Netzwerke, in welche dieses Angebot mit seinen Akteur*innen (Personen, Gruppen, Organisationen, Institutionen) eingebunden ist (z.B. Netzwerk Frühe Hilfen, Arbeitsgruppen nach § 78 SGB VIII)? Hiermit sind Kooperationen und institutionalisierte Zusammenschlüsse gemeint, die zum Erfahrungsaustausch und zur Abstimmung der Angebote zwischen den Anbietern oder dem fachlichen Austausch der Anbieter/Träger dienen.

- Ja
 Nein

[Wenn „Einbindung in Netzwerke“:]

Das Angebot ist in folgende Netzwerke eingebunden:

[Wenn „Einbindung in Netzwerke“ – für jedes Netzwerk:]

Die Vernetzung ist...

- intensiv, mit z.B. regelmäßigen Treffen und starker Abstimmung
 mittelmäßig
 schwach, mit z.B. sporadischem Austausch

[Wenn „Einbindung in Netzwerke“ – für jedes Netzwerk:]

Besteht die Vernetzung auf Ebene des einzelnen Angebots oder ist sie eher übergreifend?

- Die Vernetzung ist übergreifend und umfasst mehrere Angebote oder einen ganzen Themen- oder Arbeitsbereich (z.B. Gesundheitsförderung, Jugendhilfe).
 Die Vernetzung ist auf Ebene des einzelnen Angebots (z.B. Sprachförderung).

[Wenn „Einbindung in Netzwerke“:]

Inwiefern treffen die folgenden Aussagen zu?

(Antwortkategorien: trifft völlig zu ... trifft überhaupt nicht zu (5-stufig), kann ich nicht einschätzen)

- Durch die bestehende Vernetzung verbessert sich der fachliche Austausch erheblich
 Durch die bestehende Vernetzung erhalten wir einen Überblick über vorhandene Angebote
 Durch die bestehende Vernetzung können wir gemeinsam Angebotslücken identifizieren
 Die bestehende Vernetzung ist wichtig für die Planung und die Entwicklung und Anpassung von Angeboten

Wie schätzen Sie das Ausmaß der Vernetzung in Bezug auf dieses Angebot *insgesamt* ein? Würden Sie eine stärkere Vernetzung sinnvoll finden, ist sie angemessen oder wäre eine geringere Vernetzung ausreichend?

Die Vernetzung...

- ... sollte deutlich verstärkt werden
 ... sollte etwas verstärkt werden
 ... ist genau richtig
 ... sollte etwas verringert werden
 ... sollte deutlich verringert werden

Ist das Angebot in eine offizielle städtische Strategie eingebunden (z.B. das Bildungspaket)?

- Ja
 Nein

[Wenn „Einbindung in Strategie“:]

In welche Strategie ist es eingebunden?

Gibt es aus Ihrer Sicht gravierende Angebotslücken in Freiburg im Bereich der kommunalen Prävention von (Teilhabe)-Armut von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien?

- Ja
 Nein

[Wenn „Angebotslücken“:]

In welchen Bereichen sehen Sie besonders gravierende Angebotslücken?

[Wenn „Angebotslücken“:]

Welche Bevölkerungsgruppen sind davon besonders betroffen?

Gibt es noch etwas Wichtiges, das bei der Interpretation Ihrer Angaben unbedingt beachtet werden muss?

Kontaktdaten

Bitte geben Sie Ihre Kontaktdaten an, damit wir Sie bei möglichen Rückfragen kontaktieren können. Aus datenschutzrechtlichen Gründen benötigen wir hierfür Ihre Bestätigung, dass Sie die [Informationen zum Datenschutz \[Link zu PDF\]](#) zur Kenntnis genommen haben.

- Ich habe die Informationen zum Datenschutz gem. Art. 13 DSGVO zur Kenntnis genommen.
 Ich möchte **keine** Kontaktdaten angeben

[Wenn „Infos zur Kenntnis genommen“:]

Ihre Kontaktdaten für eventuelle Rückfragen:

Name, Vorname: _____
 Funktion: _____
 Amt / Organisation / Träger _____
 ggf. Abteilung / Fachbereich o.ä. _____
 Telefon _____
 E-Mail _____

[Wenn „Infos zur Kenntnis genommen“:]

Die Stadt Freiburg beabsichtigt, die mit dieser Befragung erhobenen Angebote (Name des Angebots, Kurzbeschreibung, Einzugsbereich, Träger, ggf. Adresse/URL, Kontaktdaten) in einer Übersicht für die Anbieter und Nutzer*innen zu veröffentlichen. Die Form der Veröffentlichung (Online-Datenbank, PDF-Broschüre etc.) wird im Laufe des Projekts festgelegt.

Wenn Sie mit einer Veröffentlichung prinzipiell einverstanden sind, bitten wir Sie um Angabe der Kontaktdaten. Vor der Veröffentlichung werden Sie nochmal die Möglichkeit bekommen, die Inhalte zu überprüfen.

Amt / Organisation / Träger _____
 Adresse _____
 Telefon (ggf. inkl. Kontaktzeiten) _____
 E-Mail für das Angebot _____
 URL für Infos und/oder Anmeldung _____

Merkmale der erstellten Angebotsdatenbank

Bereich	Merkmale
Informationen zum Angebot	Name des Angebots Kurzbeschreibung Ausführliche Beschreibung des Inhalts Träger / Institution
Lebensphase, auf die das Angebot vorrangig abzielt (0 / 1)	Schwangerschaftsbegleitung Krippenalter (0-3 Jahre) Kita-Alter (3-6 Jahre) Grundschulalter (6-10 Jahre) weiterführende Schule (10-18 Jahre) Berufs-(aus-)bildung Kinder / Jugendlichen aller Altersgruppen (0-18 Jahre) Eltern
Lebenslage (0 / 1)	materielle Lage Bildung soziale Integration und Teilhabe Gesundheit
Kategorie	Unterkategorie Hauptkategorie
Kontaktdaten für das Angebot	Amt / Organisation / Träger Adresse Telefon E-Mail URL
Standort	Nr. des Standorts (1: ein bzw. erster Standort, 2 - n: weitere Standorte) Stadtbezirk Stadtteil

Gruppendiskussionen mit Jugendlichen und Eltern: Aufschrift der Kärtchen auf den Pinnwänden

Pinnwand 1: Gruppendiskussion mit Jugendlichen - Jugendzentrum LetzFetz - Fehlende Angebote

Fehlende Angebote:

- Fitnesszentren
 - günstig
 - Zuschüsse
- Sportvereine
 - Förderung Talente
 - Kleidung
 - Fahrtkosten
- Fußball, Handball, Kickboxen
- (Altersgrenze für Clubs senken)
- Hilfe für Ausflüge
 - Schule
 - Jugendzentren
 - → kürzere Bearbeitung
- Jüngeren Kindern mehr Anregungen geben
 - → „was für's Leben lernen“
- Plätze für Sport
 - Kunstrasen
- Clubs für Jüngere
 - 16-18 J.
 - → hilft Jugendlichen, nicht auf die schiefe Bahn zu kommen
- Vapes¹²⁵ für Jüngere verbieten
 - < 17 J.
- Jugendzentren besser finanziell unterstützen
 - → alle Angebote
- mehr Förderung für Jugendliche
 - → Jugendzentren
 - Treffpunkte mit Betreuung
- Betreuung
 - Hausaufgaben
 - zu wenige Gruppen
 - Wartelisten
 - zu wenig Betreuer
- Schulmaterialien
 - Zuschüsse
 - Bücher
- Bildungssystem
 - Unterschiede in den Bundesländern
 - Überforderung der Schüler
 - → Schüler*innen resignieren
- Rassismus in der Schule
- Fremdsprachenunterricht
 - arabisch
 - portugiesisch
- Schulessen
 - nicht vorhanden
 - zu teuer

Pinnwand 2: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Jugendzentrum „LetzFetz“ – Zugangsbarrieren

Zugangsbarrieren:

- Angebot „Horrornights“
 - → Leute sind nicht gekommen
- Angebote sind nicht bekannt
- Jugendzentren und allgemein
 - man weiß nicht, was einen erwartet
 - man kennt die Leute nicht
- mehr Werbung machen
 - → besser digital
 - Homepage
 - Social Media
- Man sieht Angebote nicht
 - (Gebäude besser beschildern)
 - → Jugendzentrum Zähringen

¹²⁵ Elektrische Zigaretten, bei denen aromatisierter Dampf (engl. „Vapor“) erzeugt und eingeatmet wird.

- → mehr Finanzierung
- Scham
 - man wird komisch angeschaut
 - man wird abgestempelt
 - Menschen werden nur über Geld / Besitz definiert
 - durch TikTok wird „Statusdenken“ verstärkt

Pinnwand 3: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Mobile Jugendarbeit Weingarten-Ost – Fehlende Angebote

Fehlende Angebote:

- mehr Kindergeld
 - für die Kinder
 - → ohne Markenklamotten wird man gemobbt
- Wohnungen!
 - → zu teuer
 - → mehr, nicht so schick
 - → Weingartener werden gemobbt
- jobben für Jüngere erlauben
- späterer Schulbeginn
- Sitzgelegenheiten draußen
- Schulmaterial zu teuer
- mehr Geld für Eltern
 - → alles wird teurer
- Schulsachen billiger oder umsonst
- mehr Geld für Jugendtreffs
 - → damit man Ausflüge machen kann
- Konzerte / Auftrittsmöglichkeiten für Musik / Rapper
- Unterstützung für weibliche Rapperinnen
- mehr
 - Kindergärten
 - Spielplätze
 - Jugendhäuser
- Unterstützung für Freizeitangebote
 - → Europapark
 - → für Familien
 - → für Jugendliche
- Unterstützung für Jugendfreizeit
- Polizei soll Ärmere nicht verfolgen
- mehr Bolzplätze in Weingarten
- Konzerte billiger
- günstige Einkaufsmöglichkeiten
- mehr Unterstützung für alle Flüchtlinge
- bessere Ausstattung für Schulen
 - Klimaanlage
 - Toiletten
- bessere Lehrer
 - mehr!
 - motiviert!

Pinnwand 4: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Mobile Jugendarbeit Weingarten-Ost – Zugangsbarrieren

Zugangsbarrieren:

- Nachhilfe
 - zu teuer
 - zu wenig
- Angebote nicht bekannt
- weil sie nicht dürfen (Eltern)
- mehr Infos über Social Media
- mehr BuT-Gutscheine
 - → Geld fehlt

Pinnwand 5: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Familienzentrum Klara – Fehlende Angebote

Fehlende Angebote:

- Anzahl + Qualität der Angebote in Stadtvierteln unterschiedlich
 - → v.a. für Jugendliche
- Musikunterricht kostenfrei
 - Art des Instruments zeigt Status
- Ferienbetreuung fehlt
 - zu wenig Plätze
 - zu teuer
 - qualifiziertes pädagogisches Personal
- Notfalldienst für Kinderbetreuung

- kostenlose Rechtberatung für Alleinerziehende
- Infomaterial von Betroffenen für Betroffene
- medizinischer Notfalldienst für Alleinerziehenden
- Rechtliche Besserstellung von Alleinerziehenden
- Fahrräder für Kinder
- → Vernetzungen der Alleinerziehenden helfen
 - Angebote fehlen
- Klassenfahrten / Studienreisen kostenfrei
 - Top-Ziele nicht bezahlbar
- Babysitter-Pool einrichten
- Bildung für Eltern
- Finanzielle Hilfen für die Ausstattung der Kinder
- Schwimmkurse
- Wohnen
 - angemessene Versorgung
- zielgruppenspezifische Angebote fehlen (z.B. für Mädchen)
- Kinderbetreuung bei Krankheit
- Beratungszentrum für Alleinerziehende
- Krankenversicherung ist teuer
 - kostenfrei für Alleinerziehende
- Familienurlaub auch ohne Corona
 - „Corona-Auszeit“
- Entspannung für Eltern
 - → Gutscheine für Betreuung
- berufliche Qualifikation
 - Kinderbetreuung fehlt
 - freie Wahl der Ärzte / Therapeuten

Pinnwand 6: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Familienzentrum Klara – Zugangsbarrieren

Zugangsbarrieren:

- BuT nur bei Einkommensnachweis
- viele verschiedene Anlaufstellen
- Zugangsberechtigung
 - → z.B. nur bei Diagnose
- Bekanntheit!
- Informationen für spezifische Zielgruppen fehlen
- Berufstätigkeit geht nur bei relativ hohem Einkommen
- (Alleinerziehende) Mütter leisten viel unentgeltlich für Gesellschaft
 - → Familienarbeit
- Beratungszentren überlastet
- vertrauenswürdige, zuverlässige Kinderbetreuung fehlt
- Bürokratie ist zu langsam
- Beratungsstellen sind nicht bekannt
- günstige Angebote sind überfüllt
- formale Zugangsberechtigung nötig
- Finanzierung von Angeboten lief aus
- Aufwand für Bürokratie
 - zeitaufwändig
 - → niederschwellige Angebote
- Diskriminierung von Alleinerziehenden
 - Ämter
 - Gesellschaft insg.
- Fachkräfte sind nicht informiert und fühlen sich nicht zuständig
- flexiblere Termine (bei Therapien)
 - → kostenfreie Terminverlegung
- Schubladendenken bei Zugangsberechtigungen
 - → viele fallen durchs Raster
- Müttern wird nicht die Wahl gelassen Kind – Beruf
 - Mütterarbeit wird nicht anerkannt
- Angebote durch Corona stark eingeschränkt
 - → immer noch
- Zeitmangel um Angebote wahrzunehmen
- Stigmatisierung
 - Scham, etwas zu beantragen
- Informationen werden vorenthalten

- unpassende Zeiten
- zu hohe Kosten
 - Freizeit
 - allgemein
 - bei Anträgen werden spezifische Bedarfe nicht berücksichtigt

Pinnwand 7: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Kompetenzzentrum Familie des SkF – Fehlende Angebote

Fehlende Angebote:

- Angebote ohne Zugangsberechtigung
 - Angebote für alle zugänglich
- Angebote politischer Gruppierungen unterstützen
- bessere Information der Arbeitgeber über Teilzeitausbildung
 - → auch zu viel Bürokratie für Arbeitgeber
- Kita
 - zu wenig Plätze
 - Beruf
- Angebote an Bedarfe anpassen
 - persönliche Situation berücksichtigen
- Wohnkosten sind Problem
 - → es wird nicht geholfen
- fremdsprachige Angebote
- rassistische Diskriminierung
 - unabhängige Beschwerdestelle mit ethnischer Vielfalt
- verbilligte Regiokarte
 - „Eltern-Kind-Regiokarte“
- Informationen auch schriftlich, nicht nur digital

Pinnwand 8: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Kompetenzzentrum Familie des SkF – Zugangsbarrieren

Zugangsbarrieren:

- Angebote zu bürokratisch
- Anträge dauern zu lange!
 - keine Überbrückungen
- Angst vor Stigmatisierung wegen Armut!
- Personalmangel auf Behörden
 - → Verzögerungen
- Zeiten für Angebote flexibler
- finanzielle Hilfen decken Bedarf nicht!
- Informationen fehlen
 - Beratungsstellen informieren schlecht
 - Broschüren, Web fehlen
 - Verzeichnis fehlt
- Eltern sollten aktiv informiert werden
- Vorurteile der Behörden
 - Rassismus?
- Sprache
 - bei Behörden
 - bei Angeboten
- Angebote sind wohnortgebunden
 - → können nicht von anderen genutzt werden
- kultureller Hintergrund
 - verstehen Bürokratie nicht, kennen Möglichkeiten nicht
 - → trauen sich nicht
- Angst, dass wenn Angebote wahrgenommen werden, das negative Konsequenzen hat
 - mehr Anonymität
 - mehr Info zu Schweigepflicht
- Digitalisierung auf Behörden
- Zeitmangel!
 - viele Behördengänge
 - Jobs
- zu teuer
 - keine Zuschüsse, wenn man über Einkommensgrenze liegt

Mitglieder der Begleitgruppe des Projekts

Amt / Träger / Institution	Ansprechpersonen
Arbeiterwohlfahrt KV Freiburg e.V.	Rainer Luithardt
Caritasverband Freiburg-Stadt e.V.	Karin Moczygemba
Diakonisches Werk Freiburg	Simone Hahn
Freiburger Bündnis für Familie	Christine Kimpel
Jugendhilfswerk Freiburg e.V.	Daniel Bickel
Vereinigung Freiburger Sozialarbeit e.V.	Sandra Herr
Amt für Kinder, Jugend und Familie (AKI)	Sabine Penka, Johannes Merz, Andreas Schäfer
Amt für Migration und Integration (AMI)	Doris Hoffmann
Amt für Schule und Bildung (ASB)	Holger Renner, Johanna Gans-Raschke
Amt für Soziales (AfS) / Jobcenter	Felicitas Börner
Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Gesundheitsamt	Verena Elias
FIFAS e.V.	Jürgen Spiegel

Expert*inneninterviews: Institutionen der Befragten

Institution, Bereich
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Freiburg e.V., Schulsozialarbeit
Familienzentrum Klara e.V.
Heilpädagogischer Hort und integrative Tagesgruppenplätze / Familienzentrum am Sternwald (Jugendhilfswerk Freiburg e.V.)
Inklusives Kinderhaus Tabitha (Caritas Freiburg)
Interdisziplinäre Beratungs- und Frühförderstelle (AWO)
IN VIA, Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit (Erzdiözese Freiburg)
Kinder- und Jugendzentrum Weingarten (Diakonieverein Freiburg-Südwest e.V.)
Kompetenzzentrum Familie (Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Freiburg)
Quartiersbüro Brühl (Nachbarschaftswerk e.V.)
Stadtjugendring Freiburg e.V.
Südwind Freiburg e.V. – Verein für soziale und interkulturelle Arbeit, Schulkindbetreuung
Vereinigung Freiburger Sozialarbeit e.V. (VFS), Hilfen zur Erziehung
Volkshochschule Freiburg, Eltern- und Familienbildung
Amt für Kinder, Jugend und Familie (AKI), Eingliederungshilfe für Kinder mit drohender seelischer Behinderung
Jobcenter, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anteil der Haushalte mit Kindern und Anteile und Anzahl der unter 18-Jährigen in den Stadtbezirken Freiburgs 2021	8
Tabelle 2: Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung in den Stadtteilen und Minderjährige in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in den Stadtbezirken Freiburgs 2020	13
Tabelle 3: Familien mit erhöhtem Armutsrisiko in den Stadtbezirken Freiburgs 2021	17
Tabelle 4: Indikatoren zum Bereich „Bildung“ in den Stadtbezirken Freiburgs	24
Tabelle 5: Welchen Lebenslagen sind die Angebote zuzuordnen?	34
Tabelle 6: Welchen Lebenslagen sind die Angebote zuzuordnen? – Ohne Kitas	34
Tabelle 7: Welche Bevölkerungsgruppen nutzen das Angebot besonders stark?	36
Tabelle 8: Zugangsbarrieren bei der Inanspruchnahme von Angeboten	38
Tabelle 9: Arten der Information der Zielgruppe	39
Tabelle 10: Präventionskette in Freiburg – Angebotskategorien und Lebensphasen	44
Tabelle 11: Freiburger Netzwerke im Themenfeld Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut	48

Karten- und Abbildungsverzeichnis

Karte 1: Anteile der Haushalte mit Kindern an allen Haushalten in den Stadtbezirken Freiburgs 2021	9
Karte 2: Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in den Stadtbezirken Freiburgs 2021	10
Karte 3: Anteile der Kinder und Jugendliche in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in den Stadtbezirken Freiburgs 2020	14
Karte 4: Anteile alleinerziehende Haushalte an allen Haushalten mit Kindern in den Stadtbezirken Freiburgs 2021	18
Karte 5: Anteile der Haushalte mit drei u.m. Kindern an allen Haushalten in den Stadtbezirken Freiburgs 2021	19
Karte 6: Anteil Migrant*innen an den unter 18-Jährigen in den Stadtbezirken Freiburgs 2021	21
Karte 7: Versorgungsquote 0-3-Jährige (U3-Kita-Plätze je Kind) in den Stadtbezirken Freiburgs 2020	25
Karte 8: Versorgungsquote 3-6-Jährige (Ü3-Kita-Plätze je Kind) in den Stadtbezirken Freiburgs 2020	26
Karte 9: Anteil der Schüler*innen der Klassen 5-10, die ein Gymnasium besuchten, in den Freiburger Stadtbezirken 2017/18	28
Karte 10: Anzahl der Angebote zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut in den Stadtteilen	46
Abbildung 1: Zusammenfassende Darstellung der Sozialindikatoren in den Stadtbezirken (Quantile).....	30
Abbildung 2: Beurteilung der Vernetzung von Angeboten.....	40
Abbildung 3: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Jugendzentrum „LetzFetz“ – Fehlende Angebote	80
Abbildung 4: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Jugendzentrum „LetzFetz“ – Zugangsbarrieren	82
Abbildung 5: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Mobile Jugendarbeit Weingarten-Ost – Fehlende Angebote.....	84
Abbildung 6: Gruppendiskussion mit Jugendlichen – Mobile Jugendarbeit Weingarten-Ost – Zugangsbarrieren	86
Abbildung 7: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Familienzentrum Klara – Fehlende Angebote	87
Abbildung 8: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Familienzentrum Klara – Zugangsbarrieren	91
Abbildung 9: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Kompetenzzentrum Familie des SkF – Fehlende Angebote.....	93
Abbildung 10: Gruppendiskussion mit Erwachsenen – Kompetenzzentrum Familie des SkF – Zugangsbarrieren	95

Literaturverzeichnis

- Albert, M.; Hurrelmann, K.; Quenzel, G. (2019): Jugend 2019. 18. Shell-Jugendstudie, Hamburg.
- Antes, W.; Gaedicke, V. (2020): Jugendstudie Baden-Württemberg 2020, Baltmannsweiler.
- Brachat-Schwarz, W.; Böhm, M. (2021): Werden Großstädte für Familien immer unattraktiver? Zur Abwanderung von Familien aus den Städten Baden-Württembergs mit mehr als 100 000 Einwohnern. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, (2), S. 3–11.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2021): Lebenslagen in Deutschland. Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- Butterwegge, C. (2017): Kinderarmut in Deutschland. Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen, Düsseldorf.
- Grundmann, T.; Winkler, D. (2022): Soziale Lage von Kindern in der Stadt: Kinderarmut im sozialräumlichen Kontext. In: Stadtforschung und Statistik, 35 (1), S. 28–37.
- Häußermann, H. (2003): Armut in der Großstadt: Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. In: Informationen zur Raumentwicklung, (3./4.), S. 141–159.
- Holz, G.; Mitschke, C. (2019): Die Monheimer Präventionskette. Von der Vision zur Verwirklichung kindbezogener Armutsprävention auf kommunaler Ebene, Frankfurt a.M.
- Kooperationsverbund gesundheitliche Chancengleichheit (Hrsg.) (2014): Werkbuch Präventionskette. Herausforderungen und Chancen beim Aufbau von Präventionsketten in Kommunen, Hannover.
- Krentz, A. (2011): Ermittlung der Armutsgefährdungsquoten und Armutsgefährdungsschwellen. Methodische Grundlagen zur Messung von Armut. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2011, S. 16-17.
- Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.; Landeskoordinierungsstelle „Präventionsketten Niedersachsen“ (2022): Präventionsketten konkret. Ein kompetenzorientiertes Handbuch zur Koordination von integrierten kommunalen Strategien. Online verfügbar unter https://www.praeventionsketten-nds.de/fileadmin/media/downloads/Handbuch/Handbuch_Pra%CC%88ventionsketten_konkret.pdf, [zuletzt geprüft am 08.08.2022].
- Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (Hrsg.) (2017): Präventionsnetzwerke und Präventionsketten erfolgreich koordinieren. Eine Arbeitshilfe aus dem LVR-Programm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ im Rheinland, Köln.
- Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt (Hrsg.) (2021): Wissen, was wirkt. Arbeitshilfe für ein wirkungsorientiertes Monitoring kommunaler Präventionsketten gegen Kinderarmut, Köln.
- Laubstein, C.; Holz, G.; Seddig, N. (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien in Deutschland, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Lietzmann, T.; Wenzig, C. (2020): Materielle Unterversorgung von Kindern, Gütersloh.
- Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hrsg.) (2015): Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015, Stuttgart.
- Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (2020): "Starke Kinder - chancenreich". Strategie zur Verbesserung von Chancen für armutsgefährdete Kinder in Baden-Württemberg. Online verfügbar unter https://www.starkekinder-bw.de/fileadmin/user_upload/Strategie_Starke_Kinder_-_chancenreich_lang.pdf, [zuletzt geprüft am 14.03.2022].
- Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021): "Starke Kinder – chancenreich“ 2020/21. Ergebnisse und Ausblick, Stuttgart.
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2020a): Arm ist nicht gleich arm: Armut bei Kindern mit Migrationshintergrund, Gesellschaftsreport BW, Nr. 2, Stuttgart.
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2020b): Strategien gegen Armut. Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut und für Kindergesundheit, Stuttgart.
- Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2021): Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Post, I.; Reinders, H. (2019): Jugendsurvey 2019 der Stadt Freiburg im Breisgau, Freiburg.
- Schäfer-Walkmann, S.; Traub, F.; Höbel, G. (2014): Gute Chancen für alle Kinder - mit Familien gegen Kinderarmut, Stuttgart: Institut für angewandte Sozialwissenschaft.

- Schröder, P. (2021): Kinder in SGB II-Bedarfsgemeinschaften – Kreis-, Großstadt- und Ländervergleich 2020 - neu berechnet. Online verfügbar unter http://biaj.de/images/2021-08-27_biaj_sgb2-kinder-u18-u15-u6-u3-kreise-2020-neu.pdf, [zuletzt geprüft am 20.04.2022].
- Stadt Freiburg i. Br. – Dezernat II (Hrsg.) (2017): Bildungsbericht 2017. 4. Bildungsbericht der Stadt Freiburg im Breisgau, Freiburg i.Br.
- Stadt Freiburg i. Br. – Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement (Hrsg.) (2020): Freiburg-Umfrage 2020. Ergebnisse zum Beteiligungshaushalt 2021/22, Freiburg i.Br.
- Stadt Freiburg i.Br. – Amt für Schule und Bildung (2020): Schulentwicklungsbericht 2020 der Stadt Freiburg, Freiburg i.Br.
- Stadt Freiburg i.Br. (Hrsg.) (2020): 4. Freiburger Nachhaltigkeitsbericht, Freiburg i.Br.
- Stadt Freiburg i.Br. – Amt für Bürgerservice und Informationsmanagement (Hrsg.) (2021): Sozialbericht 2020, Freiburg i.Br.
- Stadt Tübingen (Hrsg.) (2020): Gute Chancen für alle Kinder. Tübinger Präventionskonzept gegen Kinderarmut, Tübingen.
- Stadt Tübingen (Hrsg.) (2014): Projektabschlussbericht: Gute Chancen für alle Kinder – mit Familien aktiv gegen Kinderarmut. Ergebnisse - Schlussfolgerungen – Handlungsansätze, Tübingen.
- Stutzer, E.; Saleth, S. (2015): Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Tophoven, S.; Lietzmann, T.; Reiter, S.; Wenzig, C. (2018): Aufwachsen in Armutslagen. Zentrale Einflussfaktoren und Folgen für die soziale Teilhabe, Gütersloh.